Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

19. Februar 1979
Jg. 7 Nr. 8

Bezirksausgabe für Hamburg/Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

„Gruppe der 77" beschließt Schutz der Rohstoffreserven

z.pek. Auf der Ministerkonferenz der „Gruppe der 77" haben 117 Länder der Dritten Welt vom 12. – 16. Februar in Arusha (Tansania) sich über ein gemeinsames Programm gegen die Ausplünderung ihrer Rohstoffe durch die Imperialisten und für die gegenseitige Unterstützung beim Aufbau ihrer nationalen Wirtschaft verständigt. Danach soll der Aufbau selbständiger Kreditorganisationen und Schiffahrtslinien der Länder der Dritten Welt vorangetrieben und ihr gegenseitiger Handel ausgebaut werden. Gegen die Verschleppungs- und Sabotagepolitik der Imperialisten haben sie sich auf ein gemeinsames Vorgehen auf der kommenden V. UNCTAD-Konferenz in Manila zur Schaffung von integrierten Rohstoffonds geeinigt. Damit gehen die Länder der Dritten Welt daran, der Spekulation und Preisdrückerei der Imperialisten auf den Rohstoffmärkten den Boden zu entziehen.

Indisch-chinesische Verständigung

z.lik. Anläßlich des seit dem indisch-chinesischen Grenzkonflikt von 1962 ersten Staatsbesuches in der VR China erklärte der indische Außenminister Vajpayyee: „Indien will zu China die Beziehungen auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz verwirklichen." Das war Ergebnis von Beratungen mit Deng Xiaoping, in denen die Weltlage und das Ringen der Supermächte erörtert wurden, vor allem die Aggression gegen die Völker Asiens. Deng Xiaoping hielt fest, daß Indien und die VR China als bevölkerungsreichste Länder der Welt bestehende Differenzen beiseiteschieben und „einiges Praktische tun" sollten, um das gegenseitige Verständnis und die Freundschaft zwischen beiden Ländern zu vertiefen. Die Delegationen beider Regierungen verhandelten über verstärkte Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Forschung, Kultur, Wissenschaft und Technik.

Vorschläge Nordkoreas zur Wiedervereinigung des Landes

z.nop. Die „Demokratische Front für die Wiedervereinigung des Vaterlandes" der KVDR hat am 23. Januar einen Vier-Punkte-Vorschlag für die

Vorschläge Nordkoreas zur Wiedervereinigung des Landes

z.nop. Die „Demokratische Front für die Wiedervereinigung des Vaterlandes" der KVDR hat am 23. Januar einen Vier-Punkte-Vorschlag für die
friedliche Wiedervereinigung Koreas veröffentlicht. Danach sollen beide Teile auf der Grundlage der gemeinsamen Erklärung vom 4. Juli 1972 sofort und bedingungslos alle gegenseitigen Verleumdungen, militärischen Aktionen und Bedrohungen einstellen und spätestens bis September eine nationale Konferenz mit Vertretern aller politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen des Nordens und des Südens einberufen. Während sich das Park-Regime unter dem Druck der Bewegung für Wiedervereinigung und Unabhängigkeit windet, hat Carter in seiner „weltpolitischen Analyse" Mitte Februar den angekündigten Abzug von US-Bodentruppen aus Südkorea auf unbestimmte Zeit zurückgestellt.

Chinesische Volksbefreiungsarmee führt begrenzten Gegenschlag

z.ges. Eine autorisierte Erklärung der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua vom 17. Februar teilt mit, daß chinesische Grenztruppen einen Gegenangriff auf die vietnamesischen Aggressoren führen (Wortlaut siehe S. 2). In einer Note vom 10. Februar hatte das Außenministerium der VR China erneut bekräftigt: „Die vietnamesische Führung muß ihre militärischen Provokationen gegen China einstellen; anderenfalls ist sie für alle Konsequenzen verantwortlich, die sich daraus ergeben." Seit Vietnam von der einen Supermacht einen großen Haufen moderne Waffen erbeutet hat und von der anderen Supermacht laufend moderne Waffen geliefert bekommt, glaubt es, sich jede Aggression leisten zu können. Während es in Kampuchea einen Volkskrieg auf sich geladen hatte, greift es gleichzeitig die VR China an. Die VR China lebt aus eigener Kraft und kann ständig anhaltende Grenzprovokationen nicht hinnehmen.

Ob Ehrenberg sich damit wirklich traut?

Er bedankte sich bei der Transfer-Kommission für die „objektiv sehr schwere Arbeit"

z.frb. Am 14. Februar hat die Professorenschaft der „Transfer-Enquête-Kommission" den Ministern Ehrenberg und Graf Lambsdorff ihren Zwischenbericht überreicht. Er stellt einige Untersuchungen über Umfang, Zusammenhang und Wirkung von Zahlungen des Netzes der Sozialen Sicherheit vor.

„Erstaunliche Ergebnisse" hatte die SPD 1977 im Bundestag verkündet, als die 650000 DM für die Kommission bewilligt wurden. Und der FDP-MdB Cronenberg hatte erläutert: „Nur gesicherte Erkenntnisse ermöglichen es uns, notwendige Einschränkungen und Koordinierungen vorzunehmen."

Es geht um die Vollendung der Politik, für deren Grundlegung Willy Brandt einst die richtigen Redewendungen geboten hatte. Kein Versprechen war ihm zu kühn formuliert gewesen, wenn damit nur höhere Staatsabgaben eingetrieben werden konnten. War er vor allem auf der Einnahmeseite tätig, so ist es die Regierung Schmidt vor allem auf der Ausgabeseite. „Beseitigung von Ungerechtigkeiten" ist die Schwindelparole, unter der Ehrenberg ein Programm betreibt, das den Fabrikbesitzern und Börsenhaien steigende Ernte erbringt.

Nach unseren Berechnungen ist es dem imperialistischen Staatsapparat 1977 gelungen, von den 671 Mrd. DM, die die Kapitalistenklasse für die Nutzung der Arbeitskraft der Arbeiterbevölkerung hatte zahlen müssen, knapp die Hälfte per Steuer- und Versicherungsabgaben abzukassieren. 50% der Lohngelder zur freien Verfügung für die politischen Absichten der Geschäftsführung der Kapitalistenklasse! Soweit davon überhaupt wieder etwas ausgezahlt wird, so lassen sich damit tausendfache Spaltungslinien ziehen und Kontrollen errichten. Diese Gelder ermöglichen erst die Senkung der Lohnsumme, die die Kapitalisten zahlen müssen, wie auch jede Kürzung an der Rückzahlung dieser Gelder eine unmittelbare Kürzung des Lohnes bedeutet.

Notwendig ist dieses Machwerk zersplittert, und die Kommission soll hier systematisieren. Auf zwei Drittel der

len müssen, wie auch jede Kürzung an der Rückzahlung dieser Gelder eine unmittelbare Kürzung des Lohnes bedeutet.

Notwendig ist dieses Machwerk zersplittert, und die Kommission soll hier systematisieren. Auf zwei Drittel der

29 Seiten des Berichts wird definiert, abgegrenzt und untergliedert. Der Lohn wird so sehr zerlegt, daß sein Begriff jeweils „entsprechend dem Zweck der Frage gebildet werden muß". Alles Bisherige soll in den Schatten gestellt werden, der Kommission geht es um „die Entwicklung zu einer stärker aktiven Sozialpolitik."

Wie sich die Kommission dies denkt, entwickelt sie vor allem bei den Renten. Diese machen den größten finanziellen Brocken aus, deshalb konzentriert sich das Interesse hier. In 57% aller Haushalte gibt es einen Rentenbezieher, insgesamt 15,4 Millionen Arbeiter und Angestellte. Und 30% aller Haushalte leben überwiegend von Renten. Aber da sind zum Beispiel 11% der Rentner Ehefrauen, weitere 20% leben im Haushalt eines erwerbstätigen Haushaltsvorstandes, oder da erhält z.B. ein Mann eine Rente, weil er Zucker oder sonst ein Krankheit hat – obwohl ja die Frau auch arbeiten gehen kann. Sollten da nicht „bei kritischer Betrachtung der Sozialrechtsordnung unter Bedarfsgesichtspunkten haushaltsbezogene Korrekturen an der individuellen Orientierung der Leistungen erwogen werden"? Außerdem ist jeder 6. Rentenbezieher im erwerbsfähigen Alter, und 2,7 Millionen Bezieher von zwei oder mehr Renten werden ertappt. Vor allem sind es Frauen mit Versicherten- plus Witwenrente. Sollte man da nicht eine Rente streichen, wo doch ein großer Teil von alten Frauen diesen Vorzug nicht genießt? Und damit diejenigen, die von der Kürzung nicht betroffen sind, nicht besser gestellt werden, zählt die Kommission zu den weiteren Untersuchungsaufgaben die „Besteuerung von Sozialeinkommen".

Sicherlich ist das Ausknobeln solcher Gemeinheiten „sehr schwer", aber die Schwierigkeiten für dieses Programm kommen erst noch, denn wie eigentlich will die SPD diesen reaktionären Dreck noch in den Gewerkschaften verkaufen?



Die Provisorische Regierung im Iran versucht die politische Macht zu konsolidieren, ohne bisher in den grundlegenden sozialen Fragen eine Entscheidung getroffen zu haben: wem soll der Grund und Boden gehören, die Banken und die bisher von Imperialisten und Schahanhängern kontrollierte große Industrie? Allerdings ist das beträchtliche Eigentum des Schah und der hingerichteten Schahanhänger bereits beschlagnahmt worden. Es gibt eine Miliz, aber die Soldaten werden in Kasernen zurückgerufen, in denen der Offizierskorps weitgehend intakt ist. Die Bestrebungen der verschiedenen Klassen der revolutionären Bewegung bleiben noch ohne demokratische Tribüne. Die beiden Supermächte lauern weiter auf Interventionsmöglichkeiten. Vorwände können geschaffen werden.

Die Provisorische Regierung im Iran versucht die politische Macht zu konsolidieren, ohne bisher in den grundlegenden sozialen Fragen eine Entscheidung getroffen zu haben: wem soll der Grund und Boden gehören, die Banken und die bisher von Imperialisten und Schahanhängern kontrollierte große Industrie? Allerdings ist das beträchtliche Eigentum des Schah und der hingerichteten Schahanhänger bereits beschlagnahmt worden. Es gibt eine Miliz, aber die Soldaten werden in Kasernen zurückgerufen, in denen der Offizierskorps weitgehend intakt ist. Die Bestrebungen der verschiedenen Klassen der revolutionären Bewegung bleiben noch ohne demokratische Tribüne. Die beiden Supermächte lauern weiter auf Interventionsmöglichkeiten. Vorwände können geschaffen werden.

Gespräch mit dem Botschafter des Demokratischen Kampuchea in der VR China, Pich Theang: „Die vietnamesischen Invasoren haben unser Land nicht unter ihre Kontrolle gebracht"

„Zuerst hatten die vietnamesischen Aggressoren den Plan, möglichst rasch die vollständige Kontrolle über unser Land zu bekommen und es dann der indochinesischen Föderation unter ihrer Vorherrschaft einzuverleiben. Aber trotz 14 vietnamesischen Divisionen, die gegenwärtig im Land stehen, darunter einer Panzerdivision mit modernsten sowjetischen Panzern, trotz des Einsatzes modernster sowjetischer Bomber ist es ihnen nicht gelungen, sich unser Land zu unterwerfen. Sie haben in ihrem Blitzkrieg keinen vollständigen Sieg errungen. Sie können sich in unserem Land nicht richtig bewegen.

Die Gegenoffensive unserer Armee wird immer besser. Die Gegenoffensive unseres Volkes steht unter der Leitung unserer Partei, unter Leitung von Genossen Pol Pot. Nachdem wir uns zuerst vor den vietnamesischen Invasoren zurückgezogen hatten, gehen wir jetzt in alle Gebiete zurück und organisieren den Widerstand. Die leitenden Kader der Partei haben ständigen Kontakt miteinander. In den Gebieten werden die Organe der Partei und der Volksmacht reorganisiert.

Die Vietnamesen haben Phnom Penh und andere wichtige Städte und strategische Punkte an den Nationalstraßen besetzt. Aber im ganzen Land herrscht Guerillakrieg, deshalb können die Aggressoren unser Volk nicht kontrollieren. Ende des letzten Monats waren nur 10000 Menschen der Fremdherrschaft unterworfen. Die anderen sind vor den Aggressoren aufs Land und in den Dschungel gegangen. So haben die vietnamesischen Aggressoren durch unseren Volkskrieg ihr ursprüngliches Ziel, binnen kurzem das Land zu erobern und sich zu unterwerfen, nicht erreicht.

Später versuchten die Vietnamesen, Khmer zu benutzen, um die Khmer-Bevölkerung anzugreifen. Mit der Taktik der Khmerisierung wollten sie Widersprüche unter den Kampucheanern schüren und aus ihrem Aggressionskrieg einen Krieg: Kampucheaner gegen Kampucheaner machen. Aber dies Manöver scheiterte, weil unser Volk nicht die vietnamesische Vorherrschaft akzeptiert. Es gibt zu viele Widersprüche zwischen Vietnam und Kampuchea. Es ist ein anderer Kampf als der Kampf früher gegen die Imperialisten. Der Haß unseres Volkes auf die Eroberer ist noch größer. Die vietnamesischen Aggressoren wüten schlimmer als früher die Imperialisten. Sie wollen unsere Rasse vernichten. Was sie machen, läßt sich nicht mit der Politik der Imperialisten vergleichen.

Nachdem die vietnamesischen Aggressoren mit ihren ersten zwei Plänen – dem Blitzkrieg und der Khmerisierung – gescheitert sind, müssen sie jetzt ihre Truppen verstärken. Sie holen weitere 5 vietnamesische Divisionen ins Land. Statt sich zurückzuziehen, entsprechend den Forderungen der Weltöffentlichkeit und der Mehrheit von 11 von 13 Ländern im Weltsicherheitsrat, verstärken die sowjetisch-vietnamesischen Expansionisten ihr Truppenkontingent sogar noch. Sie wollen unsere Nation auslöschen."

„Wir führen den Befreiungskrieg aufgrund unserer Erfahrungen im Volkskrieg."

„Wir verstärken jetzt in allen Gebieten den Befreiungskrieg und wenden dabei die Erfahrungen an, die wir schon in dem 5jährigen Volkskrieg gegen die US-Imperialisten gesammelt haben. Wir gehen beim Guerillakampf gegen die vietnamesischen Aggressoren folgendermaßen vor: Wenn die Vietnamesen angreifen und ihre Kräfte überlegen sind, dann ziehen wir uns zuerst zurück. Später greifen wir dann den Feind in Blitzattacken an und ziehen uns anschließend sofort zurück. Dabei greifen wir hauptsächlich die Straßen und die Städte – auch die Hauptstadt Phnom Penh – an und ziehen uns dann sofort wieder aufs Land zurück.

Jetzt haben wir im ganzen Land die Verbindungen über die Nationalstraßen abgeschnitten und die Brücken zerstört. Die Nationalstraße 4 vom Hafen Kompong Som bis nach Phnom Penh ist bis auf das Gebiet um Kompong Speu unter unserer Kontrolle. Ebenso kontrollieren wir weite Abschnitte der Nationalstraße 5 von Phnom Penh nach Battambang. Die vietnamesischen Aggressionstruppen müssen jetzt aus der Luft versorgt werden – per Fallschirm und mit Hubschrauber.

Wir können jetzt so operieren, weil wir die Städte rechtzeitig evakuiert haben und die Bevölkerung sich aufs Land zurückgezogen hat, in die Dörfer. Und zwar nicht weit weg in die Berge, sondern nur 10-20 km hinter die vietnamesischen Linien. Dadurch können die vietnamesischen Aggressoren unsere Bevölkerung nicht kontrollieren, und wir können von dort aus die Feinde attackieren.

Unser Volk ist gut organisiert und erzogen. Das hat es schon in den 5 Jahren Befreiungskampf gegen den US-Imperialismus gezeigt. Da wir in Kooperativen leben, lassen sich die Menschen schnell mobilisieren und organisieren. Unserer Partei ist es so gelungen, binnen einem Monat die ganze Bevölkerung hinter sich zusammenzuschließen. Die Kämpfer bewegen sich in der Bevölkerung wie die Fische im Wasser. Vorne in der Nähe der vietnamesischen Aggressoren operieren die Armee und die Partisanenkämpfer. Das Hinterland, die Bevölkerung, unterstützt die Genossen mit Nahrung, übernimmt Transportaufgaben für sie usw.

Da wir die Dörfer kontrollieren, ist der größte Teil der Reisvorräte in unserer Hand und gibt es noch keine Versorgungsprobleme unter der Bevölkerung. Die Ebenen, wo der Reis angebaut wird, gehören uns. Die vietname-

Fortsetzung Seite 2

Gespräch mit dem Botschafter des Demokratischen Kampuchea in der VR China, Pich Theang

Fortsetzung von Seite 1

sischen Aggressoren haben von unseren Reisvorräten bislang 100000 t rauben können und weggeschafft nach Vietnam."

„Wir schaffen eine nationale demokratische Einheitsfront"

„Vor wenigen Tagen hat ein Kongreß von Repräsentanten aus ganz Kampuchea stattgefunden. Das Thema des Kongresses war, wie der Volkskrieg forciert werden kann. Vertreter der Partisanenkämpfer, Parteikader, Armeekader und Kader aus den revolutionären Machtorganen studierten die Lage im Kampf gegen die vietnamesische Aggression. Wir setzen jetzt die Mobilisierung aller Kräfte, die gegen die Aggressoren zusammengeschlossen werden können, fort und wollen eine breite Einheitsfront des ganzen Volkes gegen die Aggression bilden. Alle Kampucheaner unterstützen jetzt unseren Kampf. Wir schaffen jetzt eine nationale demokratische Einheitsfront gegen die Aggression. Wir müssen alle mobilisieren, weil unsere Rasse leidet, unsere Nation leidet und weil die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren uns alle auslöschen wollen. Auch alle Khmer im Ausland wollen zu unserem Kampf beitragen und ihn unterstützen.

Probleme wie die Wiedereinführung des Geldes, die unbeschränkte Rückkehr nach Phnom Penh oder die Auflösung der Kollektive, wie sie in der vietnamesischen Propaganda auftauchen und vom Marionettenregime propagiert werden, gibt es nach diesen langen Jahren des Krieges für unser Volk nicht. In den 5 Jahren unseres Befreiungskrieges gegen den Imperialismus sind unsere Partei, unsere Armee, unsere Jugend und unser ganzes Volk mobilisiert worden. Das Volk hat Kampfgeist und eine hohe Moral. Die Massen denken nicht an solche Fragen, sie sind voller Begeisterung für den Kampf, sie sind revolutionär. Sie sind heroische Kämpfer. Jetzt angesichts der vietnamesischen Aggression hat sich ihre heroische revolutionäre Haltung noch mehr verstärkt. Deshalb gibt es heute diese Probleme nicht. Unser Volk lebt in Kooperativen, es ist in bestimmten Organisationen zusammengeschlossen. Das Volk liebt den Kollektivgeist, weil er dem Kampf gegen Vietnam dient. Individuell, einzeln, kann man die vietnamesischen Aggressoren nicht besiegen. Das ist die Erfahrung unseres Volkes schon aus den 5 Jahren Befreiungskrieg gegen den Imperialismus."

„Die vietnamesischen Expansionisten haben große Schwierigkeiten"

„Die Situation in Kampuchea ist für die vietnamesischen Aggressoren ungünstig. Sie haben das ganze Volk gegen sich. Ihre Brutalität verstärkt nur noch den Haß gegen sie. Die Städte haben sie mit ihren Bomben dem Erdboden gleichgemacht. Alle unsere Kader, deren sie habhaft werden, erschießen sie. In Phnom Penh z.B. haben sie alle Verwundeten in einem Hospital erschossen. Das Nationalmuseum in Phnom Penh haben sie ausgeräubert, ebenso die Tempel von Angkor Vat. Auch die Schätze des alten Königspalastes in Phnom Penh haben sie geplündert und nach Vietnam geschafft. Daran zeigt sich, daß sie unsere Nation und unsere Kultur auslöschen wollen. Umso erbitterter ist der Widerstand gegen sie.

Auch in Vietnam selbst gibt es viele Widersprüche: viele Probleme des täglichen Lebens, der Ernährung, der Bekleidung usw. Die vietnamesischen Behörden haben sich nicht um die Sorgen der Bevölkerung gekümmert und nichts anderes getan, als die Jugend für den Aggressionskrieg zu mobilisieren. Große Schwierigkeiten haben die vietnamesischen Expansionisten auch mit den nationalen Minderheiten im eigenen Land. Ihre Unterdrückungspolitik gegen die Minderheiten führt dazu, daß z.B. die Angehörigen der Meo-Nationalität einen hartnäckigen bewaffneten Kampf gegen die vietnamesischen Behörden führen und immer wieder einzelne Polizeiposten usw. angreifen. Die vietnamesischen Expansionisten können auch nicht die Angehörigen der Khmer-Minderheit in Vietnam zum Kampf gegen ihre Khmer-Brüder mobilisieren."

„Unser Kampf gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression ist auch ein Kampf für die Sicherheit und den Frieden in Asien und in der Welt"

„Die kampucheanische revolutionäre Armee und das Volk haben unter der Führung der KP Kampucheas mit Genossen Pol Pot an der Spitze den Widerstandskrieg in den letzten Wochen immer mehr ausgeweitet. Die Führung unserer Partei und die Regierung sind im Lande und nehmen an Ort und Stelle am Kampf teil. Unser ganzes Volk führt den Kampf, denn wir wollen nicht in Abhängigkeit und Unfreiheit leben. Unser Kampf gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggressions- und Expansionspolitik ist gerecht. Es ist auch ein Kampf für die Sicherheit und den Frieden in Asien und der Welt. Deswegen verurteilen alle Völker der Welt diese Aggression. Viele Länder haben ihre Hilfe für Vietnam gestoppt, weil die Hilfe nur eine Ermutigung für die Aggressoren ist.

Wir danken Eurer Organisation, ihren Mitgliedern und den Massen in Westdeutschland für die Unterstützung unseres gerechten Kampfes und die Verurteilung der sowjetisch-vietnamesischen Expansionspolitik. Eure Organisation hat uns schon lange in allen Phasen unseres revolutionären Kampfes unterstützt. Heute hat Eure Unterstützung für unsern Kampf grundsätzlich dieselben Aufgaben wie während unseres 5jährigen Befreiungskrieges gegen den Imperialismus. Ihr müßt die sowjetisch-vietnamesische Aggression Eurem Volk und der Jugend erklären, damit sie uns unterstützen und die Aggression verurteilen. Das ist die Hoffnung unseres Volkes auf Euch. Alle Manifestationen, Versammlungen usw. sind für uns eine Unterstützung und für uns sehr wichtig.

Der Sieg wird uns gehören, denn der Haß unseres Volkes gegen die vietnamesischen Aggressoren, die Gefühle des Volkes sind unaussprechlich."
(Gespräch am 7.2.1979)

Chinesische Grenztruppen zum Gegenangriff gegen vietnamesische Aggressoren gezwungen

Guangxi- und Yunnan-Grenzfronten, 17. Februar (Xinhua). Grenztruppen der Chinesischen Volksbefreiungsarmee sehen sich heute gezwungen, sich zum Gegenangriff gegen die vietnamesischen Aggressoren an der Grenze bei Guangxi und Yunnan zu erheben.

Die Kämpfe breiten sich in den chinesischen Gebieten Longzhou und Jingxi in Guangxi und Hekou und Jinping in Yunnan aus.

Nachdem ihre Geduld über alle Grenzen strapaziert wurde, erheben sich die chinesischen Grenztruppen zum Gegenangriff, um die Grenzen des Landes zu verteidigen. In den letzten 14 Tagen hat sich die Lage an der Grenze durch die andauernde Eskalation der bewaffneten Einfälle nach China durch die vietnamesischen Behörden rapide verschlechtert.

Unter Ignorierung der wiederholten Appelle und Warnungen Chinas haben die vietnamesischen Behörden seit dem letzten August an 162 Stellen bewaffnete Einfälle auf chinesisches Territorium unternommen, haben in 705 Fällen bewaffnete Provokationen durchgeführt und mehr als 300 chinesische Grenzposten und Zivilisten verwundet oder getötet. Zahlreiche örtliche Einwohner verschiedener Nationalitäten haben unsere Grenztruppen gebeten, einen Gegenangriff gegen die vietnamesischen Aggressoren durchzuführen und Ruhe und Frieden an den Grenzen des Landes zu verteidigen.

Während diese Meldung abgefaßt wird, gehen die Kämpfe weiter.

AUTORISIERTE STELLUNGNAHME DER NACHRICHTENAGENTUR XINHUA

Beijing, 17. Februar (Xinhua). Die Nachrichtenagentur Xinhua ist von der chinesischen Regierung autorisiert worden, heute die folgende Erklärung abzugeben:

Die vietnamesische Führung hat Chinas wiederholte Warnungen ignoriert und hat kürzlich fortgesetzt bewaffnete Truppen zu Übergriffen auf chinesisches Territorium und Angriffen auf chinesische Grenzposten und Zivilisten geschickt und hat dadurch eine rapide Verschlechterung der Lage verursacht und ernsthaft den Frieden und die Sicherheit von Chinas Grenzen bedroht. Nachdem die chinesischen Truppen über jedes erträgliche Maß gereizt wurden, waren sie gezwungen, zum Gegenangriff überzugehen.

Während die vietnamesische Führung rücksichtslos eine Anti-China- und antichinesische Politik betrieben hat, führte sie in den letzten zwei Jahren dauernde bewaffnete Provokationen und feindseligen Aktivitäten in Chinas Grenzgebieten durch. Die chinesische Seite schätzt die Freundschaft zwischen den Völkern Chinas und Vietnams hoch und übte Zurückhaltung und Geduld und hat deshalb den vietnamesischen Behörden wiederholt abgeraten und sie gewarnt, mit der Absicht, eine Verschlimmerung der Lage zu verhindern. Aber die vietnamesischen Behörden, ermutigt durch die Unterstützung der Sowjetunion und dem Fehler verfallen, Chinas Zurückhaltung und Streben nach Frieden für ein Zeichen von Schwäche zu halten, wurden immer skrupelloser und eskalierten ihre bewaffneten Einfälle in Chinas Grenzgebiet weiter. Sie konzentrierten massiv Streitkräfte entlang der chinesisch-vietnamesischen Grenze und führten wiederholt Übergriffe auf chinesisches Territorium durch. Schamlos legten sie Minen, errichteten Befestigungsanlagen auf chinesischem Territorium und eröffneten willkürlich das Feuer mit Gewehren und Geschützen, um chinesische Dörfer zu zerstören und chinesische Soldaten und Zivilisten zu töten, plünderten chinesisches Eigentum und griffen chinesische Züge an, wodurch sie schweres Blutvergießen anrichteten. Allein in den letzten zwei Monaten haben die Vietnamesen in mehr als 700 Fällen bewaffnete Provokationen durchgeführt und mehr als dreihundert chinesische Grenzposten und Einwohner getötet oder verwundet. Mit solchen zügellosen Aggressionsakten zielten die vietnamesischen Behörden darauf, militärische Auseinandersetzungen zu provozieren, die Spannung an Chinas Südgrenze zu verschärfen und Chinas sozialistisches Modernisierungsprogramm zu stören. Solche Aggressionsakte Vietnams werden zweifellos, wenn man sie ungehindert durchgehen läßt, den Frieden und die Stabilität Südostasiens und sogar ganz Asiens bedrohen.

„Wir greifen nicht an, wenn wir nicht angegriffen werden – wenn wir angegriffen werden, werden wir auf jeden Fall einen Gegenangriff führen", das ist die unerschütterliche Haltung der chinesischen Regierung und des chinesischen Volkes. Die chinesischen Grenztruppen sind völlig im Recht, wenn sie sich zum Gegenangriff erheben, nachdem sie über jedes erträgliche Maß hinaus gereizt worden sind. Wir wollen unser Land aufbauen und brauchen eine friedliche internationale Umgebung. Wir wollen nicht kämpfen. Wir wollen keinen Zentimeter vietnamesisches Gebiet, aber wir wollen auch keine mutwilligen Einfälle in chinesisches Gebiet hinnehmen. Wir wollen nicht mehr als eine friedliche und ruhige Grenze. Nachdem die chinesischen Truppen den verdienten Gegenangriff auf die vietnamesischen Truppen geführt haben, werden sie sich strikt darauf beschränken, die Grenze ihres eigenen Landes zu verteidigen. Wir glauben, daß diese Haltung Chinas die Sympathie und Unterstützung aller Länder und Völker finden wird, die den Frieden lieben und die Gerechtigkeit schätzen.

Die Völker Chinas und Vietnams haben in ihren langen revolutionären Kämpfen zusammengehalten und sich gegenseitig unterstützt. Sie haben eine tiefe Freundschaft geschmiedet. Die jetzige ernste bewaffnete Auseinandersetzung ist allein von der vietnamesischen Führung angezettelt, die dem Willen der Völker Chinas und Vietnams zuwiderhandelt. Das chinesische Volk und die chinesische Regierung bewahren die Freundschaft zwischen den beiden Völkern und achten sie. Sie haben das früher getan und sie werden das auch in Zukunft tun.

Die chinesische Regierung fordert die vietnamesische Führung feierlich auf, sofort die bewaffneten Einfälle und alle Provokations- und Sabotageakte in den chinesischen Grenzgebieten zu beenden, alle bewaffneten Einheiten von den illegal besetzten chinesischen Gebieten abzuziehen und Chinas Souveränität und territoriale Integrität zu achten. Die chinesische Regierung war immer für eine gerechte und vernünftige Lösung der Streitpunkte zwischen den beiden Ländern durch friedliche Verhandlungen. Frühere Verhandlungen sind gescheitert, weil es der vietnamesischen Seite an ehrlichem Willen gefehlt hat. Die chinesische Regierung schlägt jetzt erneut vor, daß die beiden Seiten an einem beliebigen Ort Verhandlungen von Vertretern passender Ebene aufnehmen, um die Wiederherstellung des Friedens und der Ruhe an der Grenze beider Länder zu beraten und bei der Lösung der Grenz- und Gebietsstreitigkeiten voranzukommen. Die chinesische Regierung ist bereit, über jede nützliche Maßnahme, die den Frieden und die Ruhe an der Grenze der beiden Länder sichern kann, in konkrete Verhandlungen einzutreten.

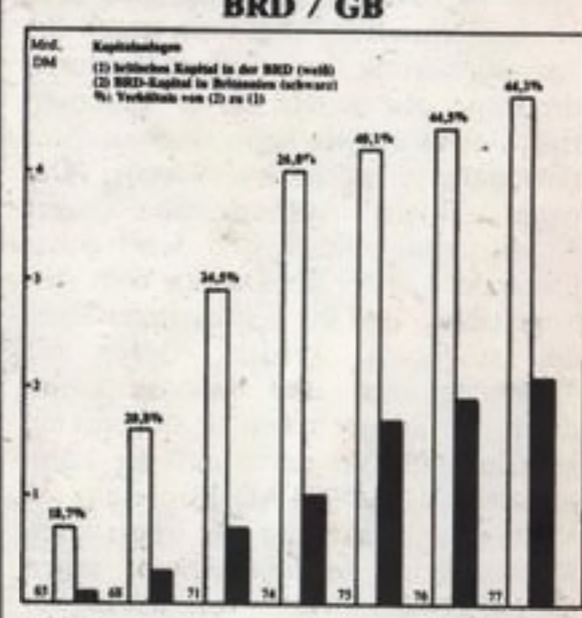
Jetzt, wo die chinesischen Grenztruppen gezwungen sind, vietnamesische bewaffnete Einfälle zurückzuschlagen, ruft die chinesische Regierung die vietnamesische Führung auf, am Abgrund haltzumachen, den falschen Weg zu verlassen und nicht weiterzugehen.

(Vollständiger Text, eigene Übersetzung)

z.hef.London. **Bis Mitte März will Wirtschaftsminister Lambsdorff entscheiden, ob die Bundesregierung dem Austausch von Kapitalanteilen zwischen der VEBA und British Petroleum zustimmt.** BP soll bei dem Geschäft 800 Mio. DM zuzahlen und dafür eine Beteiligung von 25% an der Ruhrgas AG erhalten. Gegen diese Abmachung hatte das Kartellamt im September ein Verbot eingelegt. VEBA und BP beantragten die Aufhebung des Verbots bei der Regierung. Inzwischen hat die Wettbewerbsbehörde der EG ebenfalls eine Untersuchung begonnen.

BP gehört zu 30,9% der britischen Regierung und zu 20,1% der Bank von England. VEBA ist ebenfalls mehrheit-

I: Gegenseitige Kapitalanlagen BRD / GB

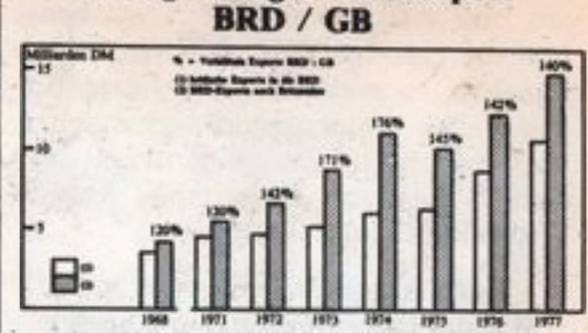


lich im staatlichen Besitz. Anders als beim Verbot des Aufkaufs der Sachs AG durch den britischen Konzern GKN im letzten Jahr geht es der westdeutschen Finanzbourgeoisie nicht darum, ungebetenen Kapitalexport der Briten zu verhindern. Der Streit geht um die richtigen Bedingungen.

um die richtigen Bedingungen.

Mit der Beteiligung an BP sucht sie billigen und gesicherten Zugang zu Öl. BP ist der fünftgrößte Ölkonzern der Welt und hat die größte Rohölförderung unter Kontrolle. Als Teil des Geschäfts mußte BP deshalb in der letzten Woche der Bundesregierung in einem Brief vorrangige Belieferung zusagen. Gleichzeitig versucht die Bundesregierung, die Kontrolle BP's über die Ruhrgas AG auf ein Minimum zu beschränken, weshalb auch Satzungsänderungen erwogen werden.

II: Gegenseitiger Warenexport BRD / GB



Quellen: Business Monitor, M 4 Serie; Statistische Jahrbücher BRD und GB; Runderlaß Außenwirtschaft

Auf dem Weltmarkt und im gegenseitigen Warenexport hat der westdeutsche Imperialismus die britische Konkurrenz klar ausgestochen. Aber immer noch besitzt die britische Finanzbourgeoisie mehr Kapital in Westdeutschland als umgekehrt. Das soll sich jetzt endgültig ändern. Deshalb der Krach. Der BP-Deal zeigt die Richtung: Kapitalexport nach Britannien als Sprungbrett verstärkter weltweiter Expansion. Fordernd schreibt der „Spiegel" in seiner Serie „Das kranke England": „Insgesamt haben die Briten in Übersee und auf dem europäischen Kontinent Anlagen, Aktien und Konten im Wert von 27 Milliarden Pfund (100 Milliarden Mark) – ein Betrag, neben dem die deutschen Auslandsvermögensbesitzer mit insgesamt etwa 55 Milliarden Mark fast arm wirken."

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon: 0611/730231, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730238 / Redakteur: Martin Fochler

Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 73 02 34

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung **Nr. 8: 32000**

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77, Redakteur: Willi Geike

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348, Redakteur: Matthias Stab

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'informations et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n. – agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni, 49/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road · GB-London, WC1X 8OF

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Rienößlgasse 12 · A-1040 Wien

Verbreitungsgebiete und Liste der Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung · Bezugsadressen

Bezirksausgaben: Flensburg (01), Flensburg-Westküste · Kiel (02), Holstein · Hamburg (03), Hamburg-Unterelbe

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168

Bezirksausgaben: Bremen (04), Bremen-Unterweser · Oldenburg (05), Weser-Ems · Münster (06), Münsterland-Emsland

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455

Bezirksausgabe: Westberlin (07)

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099

Bezirksausgaben: Hannover (08), Hannover · Braunschweig (09), Südostniedersachsen · Bielefeld (10), Ostwestfalen

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045

Bezirksausgaben: Dortmund (11), Dortmund/Westliches Westfalen · Essen (12), Essen-Ruhr · Duisburg (13), Duisburg/Niederrhein · Düsseldorf (14), Düsseldorf/Rhein · Wuppertal (15), Wuppertal/Bergisches Land

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Telefon 0201/252353

Bezirksausgaben: Kassel (16), Kassel/Nordhessen · Gießen (17), Gießen/Sieg-Lahn · Frankfurt (18), Frankfurt/Südhessen · Mainz (19), Mainz/Rheinhessen-Taunus

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730241

Bezirksausgaben: Köln (20), Köln/Rhein-Sieg · Aachen (21), Aachen/Grenzland · Koblenz (22), Koblenz/Mittelrhein · Trier (23), Trier/Eifel-Hunsrück · Saarbrücken (24)

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77

Bezirksausgaben: Mannheim (25), Rhein-Neckar-Pfalz · Heilbronn (26), Franken · Würzburg (27), Unterfranken · Nürnberg (28), Mittelfranken · Bayreuth (29), Oberfranken

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279

Bezirksausgaben: Karlsruhe (30), Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald · Stuttgart (31), Mittlerer Neckar · Freiburg, Südbaden · Konstanz (32), Konstanz-Südschwarzwald · Ulm (33), Ulm-Bodensee

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805

Bezirksausgaben: Regensburg (35), Mittlere Donau · Landshut (36), Niederbayern · München (37), München-Oberbayern · Augsburg (38), Schwaben

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstr. 147, Postf. 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten

Carter schickt Brown los: „enges Verhältnis" zu Saudi-Arabien

z.anb. Der demokratische US-Senator Jackson hat genug von Carters Nahost-Politik, sagt er. Was sei dabei herausgekommen? Im nächsten Jahr werde der Benzinpreis bis zu 40% in die Höhe schnellen. Demjenigen, der sich über den Ausfall der iranischen Lieferungen gräme, könne er nur sagen: Es kommt – vielleicht – noch dicker. Jedenfalls solle man durchaus auch mit Ausfall der Lieferungen aus dem größten Ölexportland, Saudi-Arabien, rechnen, da „ein Handstreich mit nur geringen militärischen Mitteln genügen würde, um dort die Ölproduktion lahmzulegen". (Die Presse, 13.2.)

Jackson hat mit dem Zaunpfahl gewunken. Soeben weilte sein strategischer Gesinnungsgenosse, seines Zeichens Verteidigungsminister der US-Supermacht, in Riad, um Saudi-Arabien „die jederzeitige Hilfe" in Gestalt militärischer Intervention der USA „anzubieten". Eine Regionalallianz schwebe ihm vor, schrieb die US-Presse. Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien aus dem Lager der arabischen Staaten herausbrechen und mit dem Zionistenregime „zusammenbringen", das sei der spektakuläre Plan, genannt „Neuformulierung" der Nahost-Politik der USA.

Allerdings: „Kenner der Szene" hätten dafür nur ein müdes Lächeln übrig. Die „islamische Renaissance" – sie meinen die Revolution im Iran – übe einen schrecklichen Einfluß auf die Region aus, das „Klima ist überall mehr oder weniger offen gegen die USA als Protektionsmacht Israels gerichtet". (Die Presse, 13.2.) Mit dem gleichen Datum, am 13.2. hat Saudi-Arabien die vollständige Übernahme der Erdölgesellschaft Aramco bekanntgegeben, an der die US-Konzerne Exxon, Mobil, Texaco und Standard-Oil seit 1974 noch zu 40% beteiligt waren. Der saudi-arabische Erdölminister Yamani erklärte, die aus Anlaß ausbleibender Lieferungen aus dem Iran von 8,5 Mio. barrel pro Tag auf 10,5 Mio. erhöhte Produktion Saudi-Arabiens werde wieder gedrosselt, und zwar auf maximal 9,5 Mio. barrel. Die über den Normalausstoß von 8,5 Mio. barrel hinausgehende Förderung werde zu einem Preis abgegeben, der die volle Ölpreisanhebung der OPEC für 1979 umfasse, also um 14,5% erhöht sei. Dies aus dem einfachen Grund, weil es die Fördermenge sei, die eigentlich zu einem späteren Zeitpunkt im Jahr exportiert worden wäre, an dem die volle Preisanhebung wirksam wird. Dies geschah, obwohl der US-Staatssekretär des Handelsministeriums, Kreps, vor kurzem lauthals verkündet hatte, Saudi-Arabien werde seinen Erdölausstoß auf über 10 Mio. barrel halten. An Preiserhöhungen hätten *sie* überhaupt nicht im Traum gedacht.

Handelsministeriums, Kreps, vor kur- Entwicklung neuer Energiequellen zu porten.

Die Äußerungen des Senators Jackson, als „Kritik" an dem Erdnußpfaffen verkleidet, sind offene Interventionsrufe. Leicht soll es also sein, die Ölproduktion Saudi-Arabiens „lahmzulegen". Das hatten die US-Konzerne nach allen Regeln der Kunst selbst immer wieder versucht, um die planmäßige Steigerung der Produktion zu sabotieren, die Front der OPEC-Staaten durch „unberechenbare" Fördermengen aus dem größten Ölexportland zu spalten und Verwirrung zu stiften.

Saudi-Arabien wird von den US-Imperialisten als „Super-Pipeline" betrachtet. Die Ölkonzerne haben die Exploration von Ölquellen auf die östliche Provinz des Landes konzentriert, dort, wo der Weg zum Golf am kürzesten, der Abtransportweg also am rationellsten ist. Ohne irgendeine Entwicklung der Infrastruktur ändert sich an dieser Lage auch nichts. Im Gegenteil, die imperialistische Plünderung verschärft die Rückständigkeit in allen anderen Teilen des Landes. In den wenigen Ölförderzentren „arbeiten" tausende amerikanische „Berater". Wenige saudische Experten werden „von Kind an" in den USA „ausgebildet", ebenso wie die Offiziere der Armee, für die es in den USA eigene Kadettenschulen gibt. Die Waffenlieferungen ziehen sogleich die Mitlieferung von „Personal" nach sich, einschließlich Schulen, Wohnblocks und Kasernen für die US-Besatzer.

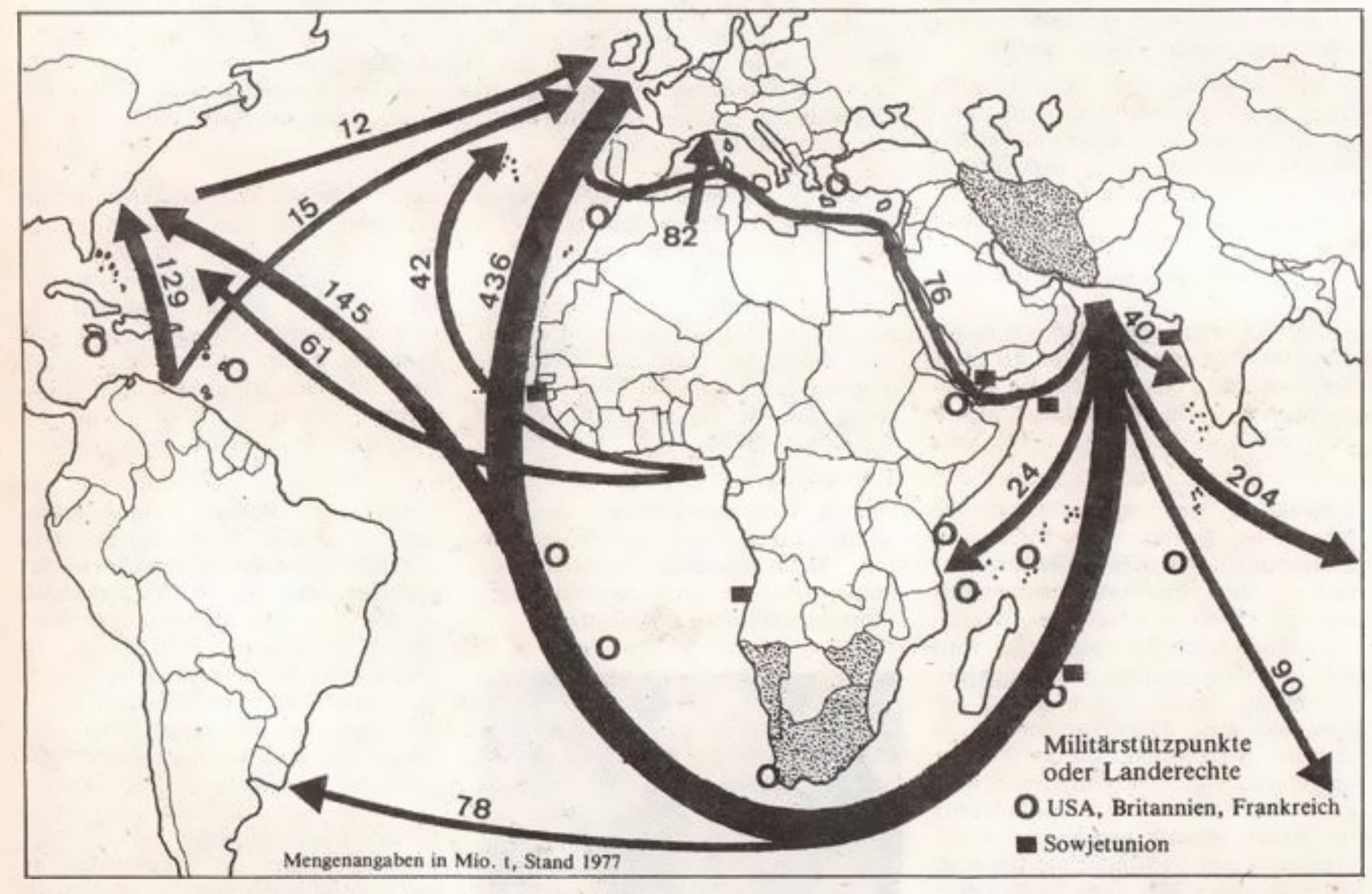
Kürzlich legte der amerikanische Geheimdienst CIA eine „Untersuchung" vor, die die Behauptung aufstellte, Saudi-Arabien könne seine Ölfördermenge bis 1990 verdreifachen, auf über 23 Mio. barrel am Tag. Damit liegen sie sicher nicht daneben, weil weitere große Vorkommen in der arabischen Halbinsel vermutet werden, die 80% des Landes umfaßt. Die saudi-arabische Regierung hat jedoch sofort protestiert, was den USA einfalle, derart arrogant über die Reichtümer des Landes zu verfügen. Es ist nicht beim verbalen Protest geblieben.

Saudi-Arabien unternimmt hartnäckige Versuche, die großen Schwierigkeiten beim Aufbau einer nationalen Wirtschaft im Kampf gegen die US-Einmischung zu lösen. Yamani erklärte: „Der Ölpreis muß weiter allmählich steigen, um den Erhalt des Öls und die Entwicklung neuer Energiequellen zu fördern." Für Saudi-Arabien sei es äußerst wichtig, aus dem Verkauf des Hauptexportgutes etwas Bleibendes zurückzubehalten. Er meinte damit die Entwicklung der Qualifikation der Arbeitskraft, den Erwerb moderner wissenschaftlicher Kenntnisse und den Aufbau moderner Produktionsanlagen.

Saudi-Arabien hat 1,6 Mio. Einwohner. Das dünnbesiedelte Land nimmt in immer größerem Umfang Arbeitskräfte aus anderen arabischen Ländern auf. Aber nicht nur da. Die US-Imperialisten haben seit Jahren die Strategie verfolgt, die in der Ölförderung ausgebeuteten Arbeiter in verschiedene Nationalitäten aufzuspalten, voneinander zu isolieren, durch Bezahlung weniger Facharbeiter mit dem Vierfachen eines Durchschnittslohns vollständig über die lebendige Arbeitskraft zu verfügen. Andererseits haben sie über 70000 Arbeiter aus Südkorea angekarrt, deren Hungerlohn am anderen Ende der Lohnskala den Elendsstandard des saudischen Arbeiters verbrämen soll. Die Volksmassen in Saudi-Arabien betrachten dieses Arbeiterheer als „Brückenkopf einer US-Intervention".

Aus den ländlichen Gebieten kommen die Bauern und Hirten in die wenigen Städte, um sich als LKW-Fahrer ausbeuten zu lassen. Die landwirtschaftliche Produktion, nach dem Fünfjahrplan von 1975 bis 1980 mit dem zehnfachen Betrag an Finanzmitteln gefördert wie bislang, liegt darnieder. Die Fesselung der Produktivkräfte und die einseitige Auslagerung verursachen gewaltige Kosten, um Grundlagen eigenständiger wirtschaftlicher Produktion zu entwickeln. Der jahrelange relativ hohe Exportüberschuß Saudi-Arabiens im Vergleich zu anderen OPEC-Staaten, deren Ölvorkommen und -export weit niedriger sind, ist im letzten Jahr drastisch gesunken um 4,6 Mrd. $. Aufgrund des Dollarverfalls sind die Gesamteinnahmen der Ölexporte 1978 auf 27,5 Mrd. $ gegenüber 37,8 Mrd. $ 1977 gesunken. Die Folge: Wichtige Planvorhaben zur Entwicklung der nationalen Industrie mußten gestoppt werden, der Staatshaushalt 1978/79 von 145 Mrd. Rial auf 130 Mrd. Rial gekürzt. Der Generalsekretär der OPEC, Ortiz, erklärte, Saudi-Arabien habe am schärfsten unter den Einnahmeverlusten der OPEC zu leiden, weil es den größten Lieferanteil an Öl habe und zugleich die größte Steigerungsrate bei Nahrungsmittelimporten.

Die Wege des „schwarzen Goldes" – Die Sicherheit der Nachschublinien der Imperialisten ist erschüttert



Im Dezember vergangenen Jahres hat der Energieminister der US-Imperialisten, Schlesinger, einen Aufruf losgelassen: „Die industrialisierte Welt muß der Sicherheit der Erdölrouten mehr Beachtung schenken". An der „Beachtung" der Imperialisten hat es nie gefehlt. Daß 75% ihrer Erdölimporte aus der Region des Arabischen Golfes stammen und dann um das südliche Afrika nach Westeuropa und in die USA abtransportiert werden müssen, war für sie schon immer sehr beklemmend. Zur Absicherung dieser Route haben sich die US-Imperialisten und ihre Verbündeten mit einer Kette von Stützpunkten ihrer Kriegsflotten in den Ländern Afrikas, des Nahen Ostens und den Inselstaaten des Indischen Ozeans festgesetzt. Die sozialimperialistische Supermacht betreibt ihrerseits durch Putsch- und Kanonenbootpolitik sowie durch hinterhältige Anbiederung gegenüber den um ihre Befreiung kämpfenden afrikanischen Völkern die Errichtung von Flottenstützpunkten entlang dieser Route. Die Revolution des iranischen Volkes sowie die unaufhaltsamen Erfolge des Befreiungskampfes im südlichen Afrika durchkreuzen die „Sicherheit" der Nachschublinien für die Schlacht um die Weltherrschaft.



Etappen im Kampf der arabischen Völker um nationale und soziale Befreiung

z.scc. 1945 halten die britischen, französischen und italienischen Imperialisten neun der heute 14 unabhängigen arabischen Staaten offen kolonial unterdrückt. Ägypten, Libanon, Syrien und Irak, formell „unabhängig", sind wirtschaftlich ausgesaugt, politisch geknechtet, militärisch besetzt.

Zielstrebig betreiben die Imperialisten, unter ihnen vor allem die aufstrebende Supermacht USA, die Gründung des Siedlerstaates Israel und bauen ihn zum Vorposten gegen die starke nationalrevolutionäre Bewegung der arabischen Völker aus. Der Kampf des palästinensischen Volkes gegen seine nationale Unterdrückung und Vertreibung von seinem Land wird zur Speerspitze des Befreiungskampfes der arabischen Nation. Noch ist die imperialistische Bastion Israel nicht gefallen. Aber die arabischen Völker haben große Siege über den Imperialismus errungen, die Tage seiner Herrschaft im Mittleren Osten sind gezählt.

1945 In *Syrien* erheben sich die Volksmassen gegen die Versuche der französischen Kolonialmacht, die 1941 erreichte Unabhängigkeit doch noch zu verhindern. Die rasch aus Europa verstärkten französischen Truppen stoßen auf bewaffneten Widerstand des ganzen syrischen Volkes und müssen schließlich abziehen. Syrien wird unabhängig.

1946 Die Arbeiter- und Bauernaufstände in *Ägypten* erreichen einen Höhepunkt. Im ganzen Land streiken die Arbeiter der bedeutenden Textilindustrie; die britischen Mandatsherren entsenden Truppen zur Niederschlagung. *Transjordanien*, bis dahin ebenfalls britisches Mandatsgebiet, erkämpft seine Unabhängigkeit und kündigt 1948 auch den Militärvertrag, den die britischen Imperialisten zuerst noch hatten durchsetzen können. Ab 1950 Jordanien.

1949 Eine starke nationaldemokratische Bewegung erzwingt die Unabhängigkeit der ehemals italienischen Kolonie *Libyen*. Es bleibt ein halber Sieg; die Imperialisten installieren ein feudales Königreich, dem sie gleich weitgehende Militärverträge abknöpfen.

1949 Eine starke nationaldemokrati- sche Bewegung erzwingt die Unabhän-

1952 In *Ägypten* reißen die Kämpfe der Arbeiter und Bauern nicht ab; die britischen Imperialisten verstärken ihre Truppen auf mehr als 80000 Mann. Am 23. Juli stürzt die „Revolutionäre Gemeinschaft der Offiziere" die Herrschaft des Großgrundbesitzes, setzt den König ab und bildet eine Regierung, die die Befreiung von Kolonialismus und Feudalherrschaft durchsetzen soll. 1953 wird Ägypten Republik.

1955 Diese Niederlage läßt die Imperialisten nicht ruhen. Sie lassen Israel die entmilitarisierte Zone am Suezkanal angreifen; Ägypten erobert seine Stützpunkte zurück.

1956 Gegen wirtschaftliche Erdrosselungsversuche seitens der Imperialisten verstaatlicht *Ägypten* den Suezkanal. Französische und britische Truppen fallen ein, werden geschlagen. Zur Unterstützung Ägyptens stellen die arabischen Länder ihre Öllieferungen an die Imperialisten ein, Syrien, der Libanon und Jordanien sprengen die Ölleitungen. Nach langjährigen Kämpfen der Volksmassen, gegen die die französische Kolonialmacht ihre Fremdenlegionäre losschickt, kündigt *Marrokko* den Protektoratsvertrag. Als die französischen Truppen zwei Jahre später abziehen, übergeben sie fünf Flugplätze den US-Imperialisten. In *Algerien* führen die Volksmassen unter Führung der FNL den Volkskrieg.

1957 Generalstreik in *Algerien*. Mit blutigem Terror und Luftangriffen versucht Frankreich, den Kolonialbesitz zu retten. Fast alle aktiven Einheiten der französischen Armee werden mobilgemacht, 100000 Reservisten gezogen.

1958 Die Volksmassen des *Irak* erkämpfen die Republik. Eine führende Rolle in diesen Kämpfen spielen die Gewerkschaften, die Bauernvereinigungen, die Volksmiliz, in der u.a. 10000 Frauen organisiert sind. Die erste Aufgabe der neuen Regierung nationalistischer Offiziere ist die Bodenreform. 1959 müssen die britischen Truppen den Irak räumen. Bürgerkrieg im *Libanon:* Die arabischen Massen erheben sich gegen die imperialistische Herrschaft. Zum Einsatz gegen die erstarkende revolutionäre Bewegung in *Jordanien* landen dort britische Fallschirmjäger.

1961 *Kuweit*, bislang britische Kolonie, wird unabhängig. *Ägypten* verstaatlicht den Baumwollhandel, Banken, Versicherungen, alle Einfuhren. Der Großgrundbesitz wird auf 42 ha beschränkt. Im Jahr darauf setzt die ägyptische Arbeiterklasse gesetzliche Mindestlöhne, die 42-Stundenwoche und das Verbot von Überstunden durch.

1962 Das *algerische* Volk erkämpft seine Unabhängigkeit. Bodenreform. Verstaatlichung der französischen Landwirtschaftsunternehmen. Im *Jemen* rufen nationaldemokratische Offiziere auf dem Höhepunkt von Streiks, Demonstrationen und bewaffneten Aufständen gegen den feudalen Iman die Arabische Republik Jemen aus. Die Imperialisten organisieren die Konterrevolution und entfesseln Bürgerkrieg. Im *Südjemen*, der britischen Kolonie Aden, organisiert die Arbeiterklasse den Generalstreik gegen die Absicht der britischen Imperialisten, mit der Gründung einer scheinunabhängigen „Föderation Südarabiens" die Unabhängigkeit zu verhindern. Unter der Führung der FNL entfalten die Volksmassen den bewaffneten Kampf.

1964 Der *Irak* proklamiert seine neue Verfassung. Banken und Großbetriebe werden verstaatlicht. 1965 die

staatliche Iraq National Oil Company

triebe werden verstaatlicht. 1965 die staatliche Iraq National Oil Company gegründet und die Konzessionsgebiete der imperialistischen Iraq Petroleum Company um 75% eingeschränkt.

1965 *Masqat* und *Oman* erreichen ihre Unabhängigkeit.

1968 Die bewaffneten Volksmassen des *Südjemen* erkämpfen die unabhängige Volksrepublik Südjemen. *Algerien* verstaatlicht die französischen Gesellschaften.

1969 In *Marokko* und *Libanon* kommt es wiederholt zu heftigen Volksunruhen gegen die neokoloniale Unterdrückung vor allem durch die US-Imperialisten. In *Libyen* erkämpft die nationalrevolutionäre Bewegung die Republik. Die neue Militärregierung kündigt alle Verträge, einschließlich aller Stützpunktverträge mit den Imperialisten. Der italienische Kolonialbesitz wird enteignet.

1970 Nach dem Sieg über die Konterrevolution wird die Arabische Republik *Jemen* allgemein anerkannt.

1971 Die britischen Imperialisten verlieren ihre letzten Einflußsphären am Persischen Golf. Unabhängig werden: *Katar, Bahrein*, die *Vereinigten Arabischen Emirate*. Die arabischen erdölproduzierenden Staaten beschließen auf der Konferenz der *OAPEC* die Entwicklung einer selbständigen petrochemischen Industrie.

1974 Die *Opec-Staaten* erhöhen die Erdölpreise. Diese Maßnahme ebenso wie die „neue Erdölkrise", von der sie nach dem Sieg der iranischen Volksmassen heute wieder sprechen, ruft den Imperialisten schmerzlich ins Gedächtnis, daß die Völker der Dritten Welt die imperialistische Herrschaft bekämpfen und die hemmungslose Ausplünderung ihrer Reichtümer nicht länger hinnehmen.

z.sth. **Lohntarifverträge, die gerade gekündigt sind bzw. deren Kündigung im Laufe des Frühjahres anstehen:**

ÖTV: Die Lohntarifverträge für Arbeiter im öffentlichen Dienst sind zum 28.2.1979 gekündigt. Die Große Tarifkommission tagt am 21.2.1979. Auf dieser Sitzung sollen die Forderungen abschließend beraten werden.

IG Druck und Papier: Für die Druckindustrie laufen die Lohntarifverträge bis zum 31.3.1979. Der Hauptvorstand und die Tarifkommission tagen am 19. und 20.2.1979 in Frankfurt. Dabei soll auch eine Beratung über die Forderungen in der kommenden Lohntarifrunde erfolgen. Aufgestellt wurde auf der Hauptversammlung der IG Druck und Papier in Weinheim eine Forderung nach 140 DM Festgeld. Die gleiche Forderung wurde auf der Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Mannheim aufgestellt. Der Bezirkstag in Stuttgart forderte 75 DM plus 3%.

IG Chemie: Die Lohn- und Gehaltstarifverträge in der Chemie-Industrie laufen aus zum März, April und Mai. Die Tarifverhandlungen sollen wie im letzten Jahr bundesweit geführt werden. Die Verhandlungen über den Manteltarifvertrag, der zum 31.12.1978 gekündigt wurde, sollen am 28.2.1979 fortgesetzt werden. Diese Verhandlungen sollen mit den anstehenden Lohntarifverhandlungen verbunden werden.

IG Bau-Steine-Erden: Die Lohntarifverträge für das Bauhauptgewerbe sollen zum 30. April gekündigt werden. Die Forderungen sollen am 20.2.1979 offiziell von der IG-BSE bekanntgegeben werden.

HBV: Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für den Bankenbereich sind gekündigt. Der Hauptvorstand hat als Forderungen vorgeschlagen: 6%, 4 Tage mehr Urlaub und die Ermöglichung einer vorgezogenen Pensionierung. Für die Beschäftigten im Groß- und Außenhandel in Hessen ist der Gehalts- und Lohntarifvertrag zum 31.1.1979 ausgelaufen. Der Lohn- und Gehaltstarifvertrag für den Einzelhandel in Hessen ist zum 28.2.1979 gekündigt. Die HBV fordert Erhöhung der Löhne und Gehälter zwischen 100 und 170 DM. Am 31.3.1979 läuft der Lohn-und Gehaltstarifvertrag für den Buchhandel und die Verlage, Hessen, aus.

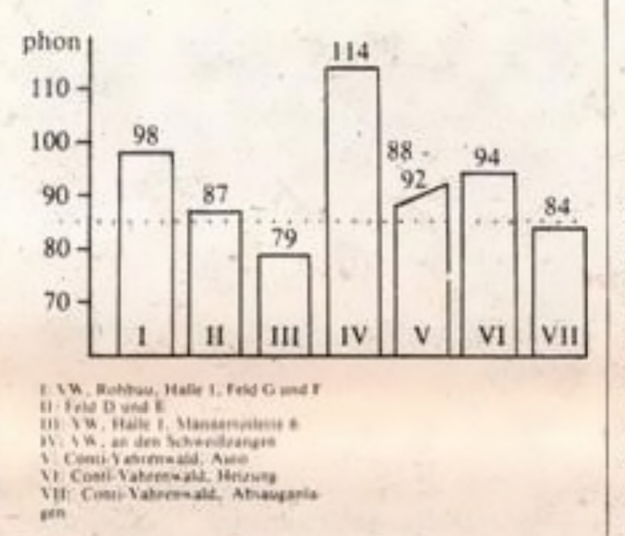
Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft: Hier sind bereits alle Lohntarifverträge in der BRD (ca. 30) gekündigt.

Gewerkschaft Textil und Bekleidung: In Hessen und Rheinland-Pfalz sind die Lohn- und Gehaltstarifverträge bereits gekündigt. Zur Zeit finden noch die Beratungen über die Forderungen statt.

z.gug. **In Augsburg sind die Krankenhausaufenthaltstage von 194681 im Jahr 1976 auf 141241 1977 gesenkt worden,** im Urbankrankenhaus/Westberlin wurde die durchschnittlichen Aufenthaltstage je Kranken von 1974 bis 1977 von 23,7 Tagen auf 18,8 Tage gedrückt, in Erlangen liegt der durchschnittliche Aufenthalt mittlerweile bei nur 11,2 Tagen. Gleichzeitig wurden die Aufnahmen erhöht, wie in Westberlin auf 23214 von 13439 im Vergleich 1977/71. Diese Zahlen geben einen Eindruck von der Verschlechterung der Gesundheitsversorgung der Massen. – Dieser Entwicklung will die Bundesregierung mit der Vorlage einer „Heilsverfahrensverordnung", die künftig die Gesundheitsversorgung der Beamten des öffentlichen Dienstes bestimmen soll, neuen Zunder geben. „Der Verletzte ist verpflichtet, sich nach Weisung der Dienstbehörde ärztlich untersuchen zu lassen", heißt es in der Verordnung. Neben der damit gesetzlich möglichen Zwangseinweisung in irgendwelche Anstalten, steht die Gesundheitsversorgung der Beamten des öffentlichen Dienstes unter vollständiger Kontrolle der Dienstbehörden. Diese können zukünftig anweisen, daß die Krankenversorgung, – sei es im Krankenhaus, beim Arzt, die Verordnung von Medikamenten – von Vertrauensärzten auf ihre Notwendigkeit hin überprüft wird. Bestimmt der Vertrauensarzt, es war zuviel, zahlt der Beamte das „Zuviel". Beobachtungsaufenthalte im Krankenhaus sollen künftig nur noch mit vorheriger Zustimmung des Vertrauensarztes zulässig sein, Krankheiten im Urlaub im Ausland müssen vom Beamten selbst bezahlt werden. Diese Verordnung soll der Stachel sein, der den Beamten ansspornen soll, gegen seine und die Interessen aller Werktätigen, für die Durchsetzung des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes einzutreten. – Der ÖTV-Hauptvorstand hat im September 1977 u.a. die Forderung aufgestellt: „ Die Versicherten sollen ... die Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger allein übernehmen. Dies gilt insbesondere für die gesetzlichen Krankenkassen ..." Es ist unbedingt erforderlich, daß die Beamten in die gesetzliche Krankenversicherung eingegliedert werden, damit sie diesen Kampf unterstützen können.

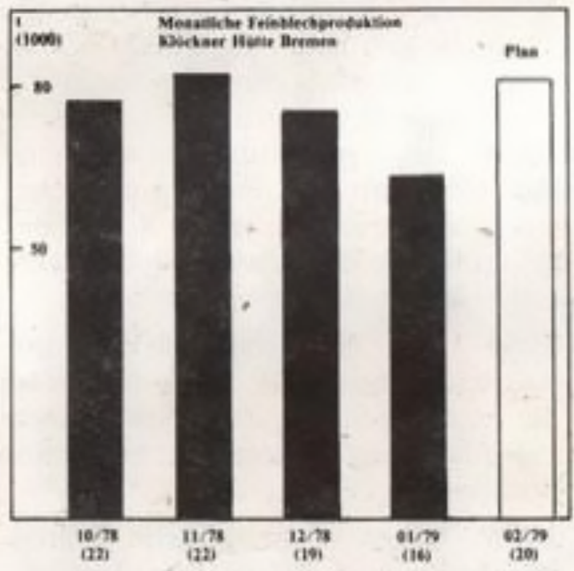
z.pev. **Das Schaubild zeigt Lautstärke-Meßergebnisse an verschiedenen Stellen bei VW und bei Conti in Hannover.** Die Lautstärke am Arbeitsplatz wurde in Phon gemessen, eine Einheit, durch die der absolute Lautstärkepegel korrigiert wird, weil das menschliche Ohr für verschiedene Tonhöhen verschieden empfindlich ist. Gesetzlich vorgeschrieben ist seit dem 20. März 1975 (Arbeitsstättenverordnung) eine Höchstgrenze des Schallpegels von 85 Phon. Die Kapitalisten haben sich aber in derselben Verordnung vorbehalten, diesen Wert zu überschreiten. Ab 90 Phon sind die Arbeiter verpflichtet, Gehörschutz zu tragen (meist Gehörschutzwatte), bei Nichteinhalten werden von den Berufsgenossenschaften „Ordnungsstrafen" bis zu 20000 DM angedroht. Die Ohren zustopfen nützt nichts, weil dadurch der über die Schädelknochen aufgenommene Schall nicht gedämpft wird, und die Verständigung der Arbeiter untereinander wird völlig verhindert. Ist das Gehör ruiniert, sind die Berufsgenossenschaften noch längst nicht bereit zu zahlen: Die Zahl der angezeigten Fälle von Lärmschwerhörigkeit stieg 1970 bis 1976 von 1789 auf 13331, die Zahl der

1976 von 1789 auf 13331, die Zahl der



erstmals Entschädigten nur von 567 auf 2400. Was in den Statistiken der Kapitalisten überhaupt nicht auftaucht, ist die darüberhinausgehende Ruinierung der Gesundheit der Arbeiter durch Lärm: Kopfschmerzen, Schwindel, Schlafstörungen, Herzrhythmusstörungen, deutliche Häufung von Magengeschwüren, Bluthochdruck.

z.thw. **Stahl: Nach dem Tarifabschluß planen die Stahlkonzerne neue Rekordproduktionsergebnisse.** Die Stahlmonopole setzen alles daran, die Arbeit zu intensivieren und den Arbeitstag auszudehnen. Auf der Klöckner-Hütte in Bremen werden alle Vorbereitungen getroffen, für April den Großhochofen II mit einer Tagesproduktion von 7000 t anzublasen und infolgedessen im Stahlwerk die Produktion auf die Rekordmarke von 17 Chargen pro Schicht zu treiben. Für Hochofen und Stahlwerk und für die Breitbandstraße sind Arbeitsplätze innerbetrieblich ausgeschrieben – ausnahmslos Voll-Konti-Schicht. Arbeiter, die im Laufe dieses Jahres in Frührente geschickt werden sollten, müssen weiterarbeiten. Im Kaltwalzwerk soll die Schicht an den Walzgerüsten auf 48-Stundenweise ausgedehnt werden. Im Februar (20 reguläre Arbeitstage) soll fast genauso viel Feinblech produziert werden wie im November (22 reguläre Arbeitstage).



z.mih. **25 multinationale Gesellschaften, an der Spitze Höchst, BASF, Bayer, Du Pont (USA) und ICI (GB), diktieren den Weltmarkt für Pharmazeutika.** Sie verfügen über 40% der Weltproduktion und kontrollieren die Märkte der Dritten Welt. Ihr Export nimmt über 50% ihrer Gesamtproduktion ein. Eine Medikamentenschwemme von 15000 verschiedenen, nutzlosen, aber teuren Pharmazeutika wird z.B. in Indien verkauft, von denen 116 ausreichen würden, den Bedarf an grundlegenden Medikamenten zu decken. Antibiotika, die in Europa umgerechnet 48 bis 60 DM kosten, sind in Indien, Pakistan oder Kolumbien 5 bis 10mal, Aspirin mit Spezialnamen gegenüber dem gewöhnlichen 40mal so teuer. Bei über 70% aller angebotenen Medikamente wird die Wirkung übertrieben, die Nebenwirkungen bzw. Gegenindikationen werden untertrieben oder verheimlicht. Schmerzstillende Mittel wie „Aminopyrene" und „Dipyrone", in England und den USA verboten, werden weiter exportiert und führen bei jedem 200. nach der Einnahme zum Tod. – Um den „pharmazeutischen Kolonialismus" ein Ende zu machen, haben 23 Länder der Dritten Welt beschlossen, über gemeinsame Forschung und Produktion von Medikamenten, Geräten und Impfstoffen die sechs gefährlichsten Tropenkrankheiten auszurotten.

Ein afrikanisches Forschungsteam sammelt Malaria erregende Moskito-Larven.

z.inm. **„Die Polizei"...muß erfahren..., „wenn durch Schußwaffen verletzte Personen in Krankenhäuser gebracht oder von Ärzten behandelt werden"**, so tritt Manfred Schreiber, Münchens oberster Polizeihund, als Initiator für die Meldepflicht der Ärzte bei Hieb-, Stich- und Schußwaffenverletzungen auf. Ein neues Gesetz, gestützt auf die Reichsmeldeordnung, soll jedes Krankenhaus, jede Arztpraxis, jeden Arzt zur Polizeispitzelstelle werden lassen. Schreiber, Schützer des Privateigentums der Kapitalisten an den Produktionsmitteln, greift auf seine alten Erfahrungen zurück, er rühmt sich als „Polizeipraktiker" mit „zwanzigjähriger Alltagserfahrung: Kriegserfahrung bis 1945, Wunsch nach Abrüstung, Liberalität und Bürgerpolizei 1962, Jugendprobleme (Schwabinger Krawalle) ab 1962, Demonstrationen ab 1967, Gewalt und Gewaltkriminalität mit der ersten Geiselnahme in der BRD 1967..., Überfall bei den Olympischen Spielen 1972..., Massenver-

Frister zur Einsicht gezwungen – Wiederaufnahme in den DGB erreicht

r.bak. Auf ihrer Landesvertreterversammlung am 5./6. Dezember 1978 haben die Delegierten der GEW Berlin mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit ihre Satzung geändert und damit die Satzung der GEW akzeptiert. Insbesondere die Anerkennung der einheitlichen Mitgliedschaft im gesamten Organisationsbereich der GEW war die Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Mitglieder der GEW Berlin in die GEW und damit in den DGB. Am 6. Dezember hat auch die Landesvertreterversammlung der GEW im DGB ihre Satzung in einigen Punkten an die zuvor zwischen der GEW und GEW Berlin vereinbarten Formulierungen angepaßt, so daß jetzt die Voraussetzungen geschaffen sind, Vertrauensleute, Bezirksvorsitzende, Fachgruppendelegierte zu wählen, die die gemeinsame Landesvertreterversammlung bilden werden. Dieser Prozeß soll Mitte des Jahres 1979 abgeschlossen sein.

Der Geschäftsführende Vorstand der GEW Bund erklärte dazu, es komme jetzt darauf an, „die Kolleginnen und Kollegen der GEW Berlin mit Behutsamkeit, Geduld und dem erforderlichen langen Atem in die Gewerkschaftsarbeit zu integrieren". Zum anderen müßten die sich ankündigenden gewerkschaftspolitischen Konflikte aufgegriffen werden. (Erziehung und Wissenschaft 1/79) Den „langen Atem" des 1. Vorsitzenden Erich Frister wird niemand so schnell anzweifeln wollen. Was ist sein Kalkül? Man muß sich nochmals den Ausgangspunkt des Konfliktes, der zum Ausschluß des Landesverbandes Berlin führte, vergegenwärtigen:

1973 streikten die Beschäftigten der öffentlichen Dienste um mehr Lohn. Dies fand die Solidarität auch bei Lehrern und Schülern. 1974 sah sich der sozialdemokratische Landesvorstand Berlin unter Kujawa gezwungen, ebenfalls unter der Lehrerschaft eine Urabstimmung für Arbeitszeitverkürzung gegen die gesteigerte Vernutzung der Arbeitskraft durchführen zu lassen. Das Mittel sollte der Streik sein. Die politische Erschütterung als Hoheitsträger des Bildungsgedankens fand ihren materiellen Ausdruck. Der verlangte loyale Staatsdiener und Funktionär des Bildungsgedankens zeigte in diesen Auseinandersetzungen wenig Staatstreue, die Frister angetreten war zu erneuern über das ideologische Konzept, die eingeleitete und ins Stocken geratene imperialistische Bildungsreform mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft als Bildungsverein zu Ende zu bringen. Die Charakterveränderung von einem Bildungsstandesverein in eine Lehrergewerkschaft im Kampf für materielle und politische Interessen war schmerzlich und kompliziert. Mit Hilfe des organisierten Opportunismus und ihrem plazierten Geschrei nach feuerroter „RGO" gelang es der hohen Sozialdemokratie für eine Zeitlang, die Lehrerbewegung zu spalten, die so bitter notwendige Einheit gegen Lohnraub, kapitalistische Rationalisierung und politische Unterdrückung aus der Gewerkschaft zu kanten und ihre radikalen Mitglieder mit. Trotz aller Windungen und Wendungen konnten der Sozialdemokrat Frister und die organisierten Opportunisten die objektive Strömung unter den Lehrermassen nach Zusammenschluß in den DGB-Gewerkschaften und gegenseitiger Unterstützung der Kämpfe um Arbeiterrechte und Demokratie nicht aufhalten. Frister ist gezwungen worden, dieser Strömung heute organisatorisch mit der Wiederaufnahme in den DGB Rechnung zu tragen.

Was tun? Die Lohnforderungen in den öffentlichen Diensten werden aufgestellt. Festgeld ist die breite Strömung. Der Landesvorstand der GEW Berlin hat 145 DM und 250 DM mehr Urlaubsgeld aufgestellt. Beschlußfassungen unter der Lehrerschaft für Festgeld mit Auftrag an Frister und Zusammenarbeit mit der ÖTV sind das geeignete. Passend ist die Vorbereitung des 1. Mai in Unterstützung und Unterrichtung besonders der ÖTV-Gewerkschaft, um politische Bilanz zu ziehen auf Demonstrationen der DGB-Gewerkschaften für Lohn, Arbeiterrechte und Demokratie. Die fortschrittliche Lehrerbewegung kann sich dafür entscheiden. Sie hat langen Atem bewiesen und einen Erfolg errungen.

Werfthilfe und 4,3/13: Neue Aufträge für HDW

Werfthilfe und 4,3/13: Neue Aufträge für HDW

Steuerreform und 4,3% vertiefen die Spaltung der Belegschaft

r.thc. Pieper, stellvertretender Vorsitzender der Salzgitter AG, äußerte am 9.2. im Radio, durch die Werfthilfe sei die Katastrophe abgewehrt. Die Aufträge aus dem Iran über sechs U-Boote seien gesichert, außerdem seien zwei Aufträge über Großfähren in Kiel und zwei zusätzliche für Hamburg hereingekommen. 1000 Arbeitsplätze seien damit gesichert. An den Werksschließungen in Kiel (Dietrichsdorf) und Hamburg (Reiherstieg) müsse aber festgehalten werden.

Diese Aufträge sind eine Woche nach dem 4,3/13-Abschluß hereingekommen. Gleichzeitig mit dem Lohnabschluß wurde die Regelung eingeführt, daß zwischen Weihnachten und Neujahr Zwangsurlaub genommen werden muß. Das gleiche gilt für die Arbeitszeit zwischen Feiertagen, z.B. 1. Mai. Die einzelnen Urlaubstage werden dann vom Jahresurlaub abgezogen. Man kann Brief und Siegel dafür geben, daß die Aufträge nicht nur wegen der Werfthilfe hereingekommen sind, sondern auch weil nach dem 4,3%-Abschluß mit der Kalkulation heruntergegangen werden konnte.

Das Schaubild zeigt die Lohnerhöhung von 4,3% auf die einzelnen Monatslöhne, sowie die Auswirkungen der Steuerreform von 1979. Den Kurven unterlegt ist eine Lohnverteilung von Arbeitern, die an einem Schiffsneubau arbeiten (ca. 350). Die Lohnverteilungskurve beruht auf Erfahrungswerten.

Das Schaubild zeigt, daß erst rechts von 1900 DM man etwas von der Steuerreform hat. Dort liegen die Lohngruppen ab sechs mit durchschnittlich 30% Akkord. Auf der anderen Seite stehen die Kollegen der Lohngruppe fünf, sowie die Angestellten mit K/T 1 bis 3. Sie bezahlen in diesem Jahr *mehr* Lohnsteuer als 1978. Der Keil ist dort angesetzt, um die unteren Lohngruppen vom Facharbeiterstamm abzuspalten. Betrachtet man die Reformertragskurve auf den 79er Lohn im Vergleich zum 78er Lohn, so läßt sich das Zusammenwirken von Regierungs- und Gewerkschaftssozialdemokraten erkennen. Offenbar wird der Betrug mit der Steuerreform. Es bleibt nicht nur der Reformertrag aus. Darüberhinaus muß – entsprechend dem Feld (+) – draufgezahlt werden. Für die Kollegen, die mit ihrem Lohn/Gehalt links des Schnittpunktes der beiden Kurven angesiedelt sind, heißt die Steuerreform schlicht Lohnsenkung.

Schaubild 1 Steuerklasse I/IV ohne Kinder
„Reformertrag" + 4,3% Lohnerhöhung (aufaddiert)
DM Ertrag
Lohnsteuer gegenüber 1978 (+ = mehr als 78; - = weniger als 78)
% der auf einem Schiff Arbeitenden
Reformertrag auf den Lohn 1978
Bruttolohn
724 1024 1448 2048 2896 4096 DM

Insgesamt zeigt sich, daß die 4,3% und die Steuerreform zusammengenommen die Spaltung der Belegschaft vertiefen. Die Verantwortung dafür liegt bei den Sozialdemokraten, denen in der Gewerkschaftsführung und denen in der Regierung. Damit das ganze Ausmaß der Spaltung klar wird, muß der Betriebsrat die gesamte Lohnverteilung herausrücken. Im April sind die Vertrauensleutewahlen. Sie müssen genutzt werden, um den Spaltungsabsichten und der Lohnsenkung der HDW-Kapitalisten entgegenzutreten. 1500 DM Steuerfreibetrag! Verbot der Überstunden- und der Akkordarbeit, sowie der Arbeit bei Nacht und in Schichten. Festgeldforderungen!

Öffentliche Aktionen der Beschäftigten Westberliner Krankenhäuser gegen Kostendämpfung

r.bas. „Wir Beschäftigte des Urban-Krankenhauses sind nicht länger bereit, diese Bedingungen der Arbeit und Patientenversorgung zu verantworten", stand in einer Resolution von Beschäftigten dieses Krankenhauses, die als Anzeige mit ca. 380 Unterschriften in der bürgerlichen Presse erschien. In den letzten Wochen hat sich der Kampf der Beschäftigten gegen kapitalistische Rationalisierung, Ausdehnung von Sonderwachen, Bereitschaftsdienst und Schichtarbeit, Personalabbau und Überstunden erheblich verschärft. Die Beschäftigten des Urban-Krankenhauses erklärten u.a., daß die Betten derart überbelegt sind und die Patienten in Arbeits- und Tagesräumen liegen müssen ohne Waschbecken und Versorgungsanschlüsse. Mangels Personal reicht die Zeit zum Füttern der Patienten oft nicht mehr. Sie bekommen dann Magensonden durch die Nase eingeführt. Wehren sie sich zu Recht, werden sie angebunden und ruhiggestellt. Auf der Personalversammlung im Oktober 78 verabschiedeten die Beschäftigten eine Resolution gegen diese Zustände und verteilten sie in der Stadt. Die Bourgeoispresse spukte Gift und Galle – jedoch mit wenig Erfolg. Im Januar wurde erneut eine Resolution beschlossen, die sich vor allem gegen die Lügen und die Hetze in der bürgerlichen Presse richtete. Sie wurde als Anzeige veröffentlicht.

Der Personalrat des Krankenhauses Neukölln führte am 7. Februar eine Pressekonferenz durch, um öffentlich gegen die katastrophalen Verhältnisse in der Patientenversorgung zu protestieren. Bereits im Dezember war von den Beschäftigten ebenfalls eine Entschließung der Personalversammlung öffentlich verteilt worden. Auf der Pressekonferenz berichteten Ärzte und Schwestern, daß die Einweisungen zugenommen haben, während die Liegezeiten auf der Intensivstation II (Innere) z.B. von 7 Tagen 1971 auf 3,4 Tage 1978 verkürzt wurden. Statt 402 wurden 1027 Patienten durchgeschleust. Nach frühzeitiger Verlegung auf die Normalstation ist dann eine Schwester für 38 Kranke verantwortlich und soll noch die Arbeiten, die eigentlich auf der Intensivstation erfolgen, wie Kreislaufkontrolle und Mundpflege, übernehmen. Infarktpatienten werden nicht mehr nach 5 bis 7 Tagen, sondern bereits am 3. Tag verlegt. Durch die Nichtbesetzung von 50 und Nichtbeschaffung weiterer 12 Planstellen hat der Senat allein in einem Jahr in einem Krankenhaus 1,86 Mio. DM Kosten gedämpft. „Tote können nicht mehr reden", sagte der Personalrat, und: „mit der Schweigepflicht werden wir daran gehindert, konkrete Fälle zu nennen".

Gemeinsame Erklärung von Personalräten und Beschäftigten aus Berliner Krankenhäusern!

In einer Anzeige im Tagesspiegel vom 30. Januar 1979 veröffentlichten Beschäftigte des Urban-Krankenhauses Fakten über die Situation der Patientenversorgung in ihrem Hause.

Als Beschäftigte in Berliner Krankenhäusern unterstützen wir oben genannte Resolution, weil ähnliche Pflege- und Versorgungsmängel auch in unseren Krankenhäusern zu verzeichnen sind.

Durch das Krankenhausfinanzierungsgesetz sind die Krankenhausleitungen gezwungen, die Krankenversorgung in erster Linie unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu gewährleisten. Die öffentlichen Subventionen für die Städtischen Krankenhäuser und Universitätskliniken sind abgebaut worden, die Krankenkassen müssen jetzt den vollen Pflegesatz zahlen.

Das führt zu einem großen Spannungsverhältnis zwischen den Krankenkassen und den Krankenhäusern, zwischen den Versicherten (Patienten) und den Beschäftigten der Krankenhäuser.

Es werden immer mehr Patienten in kürzerer Zeit durch die Krankenhäuser geschleust. – Die Personalkosten werden gesenkt durch schleppende Besetzung freier Stellen. – Trotz Arbeitszeitverkürzung und größerer Arbeitsintensität sind die Planstellen nicht entsprechend vermehrt worden. – Bis 1990 sollen weitere 7500 Krankenhausbetten abgebaut werden, ohne daß klar ist, wer dann wo die kranken Menschen versorgen soll.

Wir fordern eine Krankenhauspolitik, die den Ruf einer Sozialstaatlichkeit rechtfertigt.

Personalratsvorsitzende vom Humboldt-Krankenhaus, Krankenhaus Wilmersdorf, Krankenhaus Moabit, Karl-Bonhoeffer-Heilstätten, Auguste-Viktoria-Krankenhaus, Klinikum Steglitz, Klinikum Westend sowie 287 Beschäftigte des Krankenhauses Neukölln und 302 Beschäftigte des Krankenhauses Spandau.

(Anzeige im „Tagesspiegel" vom 16.2.1979)

Die Forderungen der Beschäftigten beziehen sich noch fast immer auf die unmittelbare Situation im Arbeitsbereich; so fordern die Beschäftigten im Klinikum Steglitz sofort 60 Planstellen in den Pflegebereichen, am Rudolph-Virchow-Krankenhaus geht der Kampf gegen die Stillegung der Wäscherei, an den kirchlichen Krankenhäusern werden Tarifverträge mit der Gewerkschaft gefordert, die Krankenpflegeschüler richten sich gegen ihre Anrechnung auf die Stellenbedarfspläne, am DRK-Krankenhaus fordert die Betriebsversammlung die 5-Tage-Woche für die Stationshilfen. Das Gemeinsame an den Forderungen ist, daß sie eindeutig gegen das Kostendämpfungsprogramm der Bourgeoisie gerichtet sind. Gegenwärtig wird über „Streik – ja oder nein" diskutiert. Unter der Forderung „Weg mit dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz" läßt sich ein Streik organisieren, und er wird sicher die Unterstützung der Industriearbeiter finden.

Neuer großdeutscher Geländewagen von Daimler

z.gük. Die mit dem Bau von geländegängigen Kriegsfahrzeugen mit großdeutscher Tradition erfahrenen Daimler-Benz-Imperialisten haben in Zusammenarbeit mit der österreichischen Steyr-Daimler-Puch AG einen mit dem Jeep vergleichbaren Wagen entwickeln lassen. „Bestnoten auf der Straße und im Gelände" jubelt das Handelsblatt vom 8.2.79. „... neue Maßstäbe auf dem expandierenden Markt geländegängiger leichter Fahrzeuge." Einen Marktanteil von ca. 2% will man erobern, vorerst, so Daimler-Benz Vorstandsmitglied H. Schmidt. 100 Millionen DM sind dafür investiert worden, um 800 Grazer Arbeiter im 2-Schichtbetrieb ausbeuten zu können. Zwischen 30 000 DM und 50 000 DM soll der dem US-amerikanischen Marktführer Jeep weit überlegene allradangetriebene Gelände-Mercedes kosten. 11 000 Fahrzeuge sollen in dem österreichischen Werk produziert werden. Militärisch gut nutzbar ist der über 120 km/h schnelle Geländewagen. Der Geländewagen wurde in Frankreich auf dem Ricard-Kurs vorgestellt. Daimler-Benz kommt mit seinem Vorhaben, im fränkischen Boxberg direkt neben ein geplantes Nato-Zentralbenzinlager einen 10 km langen Rundkurs bauen zu lassen, nicht voran. Die Bauern dort haben sich im Januar zu einer „Bundschuhgenossenschaft" zusammengeschlossen gegen die Zerstörung ihrer Existenz durch das Daimler-Benz Kapital.

Das Finanzkapital „saniert" die italienische Chemieindustrie

Grundlage für imperialistische Expansion: Lohnsenkung und billiges Öl

z.ulg.Rom. Nach der Liquichimica (s. KVZ 38/78) machen sich die Banken nun auch über den drittgrößten italienischen Chemiekonzern, die SIR-Rumianca, zwecks „Sanierung" her. Die staatsmonopolistischen Großbanken bereiten die Bildung eines Konsortiums vor, das den SIR über die Ohren an sie verschuldeten Konzern wieder auf Expansionskurs bringen soll.

Auf die SIR entfällt etwa ein Fünftel der italienischen Chemieproduktion. Die gut 10000 Lohnabhängigen des Konzerns produzieren auf Erdölbasis vor allem Kunststoffe, besonders Polyäthylen und PVC, sowie Chemiefasern. Dafür liegen die in Sardinien konzentrierten Werke günstig. Cagliari, wo sich eins der Hauptwerke befindet, ist kaum 300 km von der ölreichen nordafrikanischen Küste entfernt.

Die Ölpreiserhöhungen, die die OPEC-Länder in den letzten Jahren durchgesetzt haben, haben die Extraprofite der Petrochemiekönige beschnitten. Im gleichen Maß hat sich die Konkurrenz zwischen den internationalen Chemiemonopolen zugespitzt. Die italienischen Konzerne haben da nicht mithalten können: die Liquichimica und die SIR sind praktisch bankrott, der größte Konzern, die Montedison, und die Tochter des staatlichen Ölmonopols ENI, die ANIC, schließen Jahr für Jahr mit hohen Verlusten ab.

Doch einen Vorteil haben die italienischen Imperialisten gegenüber den meisten westeuropäischen Konkurrenten: die ENI verfügt über „eigene" Ölquellen, vor allem im Irak und in Nordafrika. So haben die italienischen Imperialisten für eine Tonne importiertes Rohöl 1976 durchschnittlich 15,71 DM, 1977 sogar durchschnittlich 17,31 DM weniger gezahlt als ihre westdeutschen Konkurrenten. Während die Außenhandelsbilanz für Chemieprodukte insgesamt mit etwa 1000 Mrd. Lire (2,2 Mrd. DM) im Defizit ist, übersteigen bei den auf Ölbasis hergestellten Kunststoffen und Chemiefasern die Exporte die Einfuhr erheblich. Die volle Ausnutzung dieses Vorteils ist bisher durch die Konkurrenz der verschiedenen italienischen Konzerne gegeneinander behindert worden. Namentlich die Revisionisten können sich gar nicht beruhigen vor Entrüstung über den unnützen „Chemiekrieg". Daß die beiden kleineren Konzerne wegen ihrer Schulden praktisch bereits eh den staatlichen Banken gehören, soll nun zum Ansatzpunkt einer gewaltigen Zentralisierungsbewegung dienen.

In einem für den „Branchenplan Chemie" von mehreren Ministerien erstellten Gutachten wird der Kurs zur Expansion auf dem Weltmarkt abgesteckt: „Es ist offensichtlich, daß sich keine fruchtbare Politik der Zusammenarbeit auf internationaler Ebene entwickeln kann, wenn man nicht rasch zu einer Neuordnung der Petrochemiebranche schreitet, was unausweichliche Aufgabe der nationalen Industriepolitik ist." Durch Zentralisierung des Kapitals bei den Banken soll die „Arbeitsteilung" zwischen den verschiedenen Konzernen entwickelt und die Auslastung der jeweiligen Kapazitäten verbessert werden. Zugleich sollen einige Betriebe stillgelegt und die Investitionsvorhaben zum Teil zurückgestellt werden. Da die italienische Chemieindustrie an einigen wenigen „Polen" (Sizilien, Sardinien, Pomündung) konzentriert ist, wird dadurch die industrielle Reservearmee weiter vergrößert werden. Die Imperialisten hoffen, so die jetzt noch etwas über dem Durchschnitt liegenden Löhne der Chemiearbeiter drücken zu können.

Nach einer nationalen Demonstration haben die Arbeiter der von Stillegung und Massenentlassungen bedrohten Werke im Dezember vorübergehend alle Betriebe besetzt. Im Januar haben alle italienischen Chemiearbeiter in einem eintägigen Streik ihre Forderungen unterstützt.

Die bürgerlichen Führer der Gewerkschaften verdrehen mit ihrer Propagierung der Zusammenarbeit mit den Chemiemonopolen zur „Rettung der Arbeitsplätze" die gerechten Ziele dieser Kämpfe ins gerade Gegenteil, in weitere Drückung der Arbeits- und Lebensbedingungen. So fordern die Gewerkschaftszentralen in ihrer Stellungnahme zum „Branchenplan" „eine effektive Rolle der öffentlichen Beteiligung an der Leitung der Montedison", um „die großen Veränderungsmöglichkeiten, die es in dem größten italienischen Unternehmen der Branche gibt ... freizusetzen". In ihrem letzten Geschäftsbericht danken die Montedison-Kapitalisten herzlich – und fordern mehr: „Die Lohnstückkosten sind durchschnittlich um 13,1% gestiegen, und das *trotz* der Milderungen, die durch Vereinbarungen mit den Gewerkschaften, durch teilweise Übernahme der Soziallasten durch den Staat, durch neue Modalitäten bei der Berechnung der Alterszuschläge und durch Blockierung der automatischen Anpassung der Produktionsprämien infolge von Erhöhungen der Inflationszuschläge herbeigeführt worden sind."

Streikende Arbeiter vor dem Montedison-Werk in Porto Marghera

Alfasud versucht, mit Akkord Belegschaft zu spalten

z.ulg.Rom. Schon im letzten Jahr hatte die Geschäftsleitung von Alfasud in Pomigliano bei Neapel die Antreiber mit „Prämien" von 50000 bis 100000 Lire (110–220 DM) gestachelt. Dann hat sie ausgestreut, auch für die Fließbandarbeiter seien 25000 bis 30000 Lire drin – wenn Akkordarbeit eingeführt wird. Die Arbeiter an den Bändern, etwa 8000 von den 15500 der Belegschaft, verdienen rund 350000 Lire (780 DM). Davon sind oft nicht nur Frau und Kinder, sondern auch arbeitslose Geschwister und Eltern zu ernähren. Sie brauchen das Geld, und viele kennen die seit Jahren tariflich abgeschaffte Akkordarbeit nicht aus eigener Erfahrung. Der Fabrikrat läßt sich auf Verhandlungen ein. Die Leitung des staatlichen Konzerns teilt dem Hauptvorstand der Gewerkschaft ihre Absicht mit und kriegt die erwartete Antwort: Nein zum Akkord. Der Fabrikrat ist isoliert, er hatte die Arbeiter, die schon fest mit den 30000 Lire mehr gerechnet hatten, nicht über den Gang der Verhandlungen informiert. Auf die Betriebsversammlung am letzten Montag kommen viele mit Schildern: „Wir fordern mehr Lohn an den Bändern!" Der Fabrikrat muß zurücktreten. Die Neuwahl der Vertrauensleute Anfang März wird jetzt ermöglichen, die Belegschaft im Kampf für einheitliche Lohnerhöhung zu einigen.

Streikbewegung in Spanien Wahlkampfbetrug empfindlich gestört

z.anb. So haben sich die bürgerlichen Parteien den Wahlkampf nicht vorgestellt: eine Streikbewegung von zehntausenden von Arbeitern aus allen Branchen reißt der Bourgeoisie das Heft aus der Hand. Dabei wollen sie Ruhe für ihre Parlamentsbetrügereien. Aufgestöbert aus ihrer Seelenruhe versuchen die Revisionisten und Reformisten in der Führung der Gewerkschaften, *ihren* Beitrag zur Niederringung der Streikkämpfe gegen die dauernden Lohnsenkungen zu leisten: Am 29. Januar erklärten sie kurzerhand den Streik der Arbeiter und Angestellten der Sozialversicherungen für eine Lohnerhöhung von mindestens 16% für „ausgesetzt"; er fand trotzdem statt. Bis zum 3. Februar hatten die Beschäftigten das erste Teilziel, die Aufnahme von Verhandlungen über ihre Forderung, durchgesetzt. Am 2.2. erließ die Regierung ein Gesetz, das die Behörden der Sozialversicherungen zur Dienstverpflichtung der Arbeiter ermächtigt und Streikposten als „terroristische Vereinigungen" kriminalisiert. Sogleich wurden von allen Abteilungen der streikenden Arbeiter der Industrie, des öffentlichen Dienstes, der Handelsmarine politische Forderungen zur Verteidigung ihrer Rechte, vor allem des Streikrechts, erhoben. In Navarro fand am 9.2. ein Generalstreik statt, führend beteiligt waren die Metallarbeiter, sie setzten eine Lohnerhöhung von 16,2% durch.

halten ..., steigende Mobilität ..." Er trifft Maßnahmen gegen die Vorbereitung der proletarischen Revolution: „Bei der Beurteilung der Sicherheitslage hilft weder Verniedlichung noch hysterische Übertreibung, sondern nur nüchternes Augenmaß". Der bayerische Ärzteverband spielt ihm den Ball zu: „Eine gesetzliche Regelung wird es dem Arzt ermöglichen, bei der Aufklärung eines Verbrechens mitzuwirken ... Meldebehörde ist schließlich nicht das Gesundheitsamt, sondern die Polizei!"

z.thw. **„Schneekatastrophe": Arbeiter werden gezwungen, in Schulen oder Fabriken zu übernachten.** Sie sollen damit der ununterbrochenen Ausbeutung zur Verfügung stehen. Viele tausend konnten am Mittwochmorgen von ihren Arbeitsplätzen nicht nach Hause fahren. Schon am Mittwochmorgen *vor* dem Berufsverkehr war die Wetterlage klar – der Plan des bürgerlichen Staatsapparates: Erstmal die Arbeiter in der Fabrik, dann Fahrverbot verhängen, dann hat man sie, am besten noch nachts, Schnee schippen lassen, damit morgens die Produktion voll anlaufen kann, das war die Absicht. Unter anderem bei HDW-Kiel, Blohm und Voss und MBB-Hamburg haben sie das für ca. 1000 Arbeiter durchgesetzt. In vielen Betrieben ist die Zwangsrekrutierung bekämpft worden. Bei AEG N42P haben die Arbeiter „Frei ab 14.00 Uhr und Bezahlung der Stunden durch die Geschäftsleitung" verlangt. 10000 sind gleich zu Haus geblieben.



z.hep. **Am 10./11.2.1979 wurde in Hannover der „Republikanische Anwaltsverein" gegründet, parallel zur traditionellen Standesorganisation „Anwaltsverein".** Gründungspapst ist Rechtsanwalt und Notar Dr. Werner Holtfort, altgedienter Sozialdemokrat, vormals Präsident der Notarkammer Celle, derzeit Mitglied des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs. Angetreten war seine Vorbereitungsmannschaft unter der scheinradikalen Parole nach Verteidigung der „freien Advokatur". Nach der Holtfort-Eröffnungsrede soll die Freiheit z. B. darin bestehen, daß die fortschrittlichen Anwälte zukünftig am Standesrecht mitwirken sollen. Bezweckt war Aufsaugung örtlicher Anwaltsgruppen, die sich in den letzten Jahren als Zusammenschlüsse gegen staatliche Unterdrückung gebildet haben. 700 Anwälte hatte Holtfort erwartet, 118 waren in Hannover. Die örtlichen Zusammenschlüsse arbeiten weiter.

„Es wird wirklich Zeit, daß sich im deutschen Fußball etwas ändert" (Rote Fahne, 20.9.78) – **Zum Abschluß des „Jahres der Roten Fahne" für Leser der „Roten Fahne"**

Kommunistische Volkszeitung – Flugschrift 19.2.1979 / Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland / 0,20 DM

Zu beziehen über jeden Verkäufer der Kommunistischen Volkszeitung und über Buchvertrieb Hager, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

„Frohe Botschaft" gegen den nationalen Befreiungskampf

z.ulg.Rom. Am letzten Mittwoch ist die lateinamerikanische Bischofskonferenz in Puebla/Mexico zu Ende gegangen. In seiner Eröffnungsansprache hatte der Papst die Konferenz angewiesen, gegenüber gefährlichen Aufweichungserscheinungen im niederen Klerus auf strikte Disziplin bei der „Verkündigung der Frohen Botschaft" zu achten. Die Bischöfe zeigten sich ebenso gehorsam wie flexibel. Lärmend versuchen sie in der zum Schluß verabschiedeten „Botschaft an die Völker Lateinamerikas", sich in die antiimperialistische Bewegung einzuschleichen: „Es ist an der Zeit, daß Lateinamerika den entwickelten Ländern sagt, daß sie... unseren Fortschritt nicht behindern, uns nicht ausbeuten sollen, sondern uns mit Großmut helfen, die Barrieren unserer Unterentwicklung zu überwinden, und unsere Kultur, unsere Prinzipien, unsere Souveränität, unsere Identität und unsere natürlichen Ressourcen respektieren." Daß „Großmut" der Imperialisten gegen Ausbeutung und Plünderung der natürlichen Reichtümer helfen soll, läßt schon ahnen, wo die Reise hingehen soll. Doch hören wir, welchen Weg die Bischöfe zur „Befreiung" anzubieten haben. In der „Öffnung der Tore für Christus" liege „die Potentialität der Samen der Befreiung für den lateinamerikanischen Menschen, unsere Hoffnung". In frömmelnde „Hoffnung" des „lateinamerikanischen Menschen" – jeder für sich, versteht sich – sollen die gerechten Kämpfe der Völker des Kontinents umgedreht werden. Die schwierige Lage der Revolution nach der Niederlage der meisten bewaffneten Befreiungsbewegungen in Lateinamerika wird, so spekulieren die Pfaffen, den rechten Boden für ihre Botschaft bieten. Und so heißt es speziell an die Jugend gewandt: „Die Stunde des in esoterischen Formen oder durch unzeitige Erregungen ausgedrückten Protests ist nun vorbei... Es ist die Zeit der Reflexion und der vollen Annahme der Herausforderung gekommen, in Fülle die wesentlichen Werte des wahren integralen Humanismus zu leben." Ein „gutes Leben" führen, statt für ein besseres zu *kämpfen*, ist die Botschaft der Bischöfe.

tegralen Humanismus zu leben." Ein „gutes Leben" führen, statt für ein besseres zu *kämpfen*, ist die Botschaft der Bischöfe.

Kirche und Staat der DDR: Eine Hand wäscht die andere

z.rua. Die Funktion der Kirche sei es – so die evangelische Zeitschrift der DDR, „Standpunkte", in ihrer Februar-Ausgabe – „die Gemeindemitglieder für den Dienst in der sozialistischen Gesellschaft zu befähigen". Die neue Bourgeoisie verlangt von den Arbeitern verstärkte Arbeitsleistungen. Die Kirche gibt ihren Segen. – Mit der Durchsetzung des Revisionismus stieg die Notwendigkeit für die neue Ausbeuterklasse, das materialistische Bewußtsein der Arbeiterklasse durch metaphysische Scheinheiligkeit zu verdrängen. Dafür, daß die Pfaffen den Arbeitern die irdische Ausbeutung mit himmlischer Gerechtigkeit nahelegen wollen, werden sie vom Staat bezuschußt. Im Radio und Fernsehen haben sie regelmäßige Sendezeiten. 200 Kirchen sind neu gebaut worden, für 1979 sind zehn weitere geplant. Pro Jahr werden aus der Staatskasse 12 Mio. Mark für Pfarrerbesoldung und 4,3 Mio. Mark für die Theologenausbildung an staatlichen Universitäten gezahlt, aus einem Sonderfonds kommen 1,2 Mio. Mark für Restaurationsarbeiten. 60 Mio. Mark gehen an kirchliche Krankenhäuser, Altenheime und Kindergärten. Beim Eintreiben der Kirchensteuer leistet der Staat Amtshilfe. 8,5 Mio. DDR-Bürger waren 1974 in der evangelischen Kirche, 1,3 Mio. in der katholischen. Die Kirchensteuer beträgt ca. 2,5% des Nettoeinkommens, Rentner sind nicht ausgespart. Wird sie nicht freiwillig gezahlt, wird zwangsvollstreckt. Aber dennoch haben die Kirchen zunehmende Finanzsorgen. Die Mitglieder sterben ihnen weg. Um die Kirchen und vor allem die Kassen wieder aufzufüllen, wurde im vergangenen Jahr das Gezeter gegen den Wehrkundeunterricht angestimmt. Der Haß der Jugend auf die neue Bourgeoisie soll umgekehrt werden in Liebe zum Erlöser. Schon immer haben die Pfaffen die Waffen gegen die Völker gesegnet. Die der DDR zücken den Klingelbeutel obendrein. Getreu der „sozialistischen Arbeitsteilung" sammelte die evangelische Kirche über „Brot für die Welt" bisher 8,2 Mio. Mark für Vietnam, die katholische Kirche trieb 1978 über „Not in der Welt" 3 Mio. Mark für Äthiopien ein.

Überstunden, keine 40-Stunden-Woche – Bundeskanzler Schmidt: „Konservatismus und Faulheit"

Nach Stahl und Metall jetzt auch bei VW 6 Wochen Urlaub durchgesetzt

z.hev. Am 15. Februar hat Schmücker von VW am 3. Verhandlungstag einem neuen Tarifvertrag zustimmen müssen, der sich von den übrigen Verträgen in der Metallindustrie („Hessenmodell") abhebt: 4,3% bei einer Laufzeit von 12 Monaten, statt wie in der übrigen Metallindustrie 13 Monate, was die VW-Arbeiter in die Front der übrigen Metallarbeiter in den weiteren Lohnkämpfen einreiht. Diese 4,3% bedeuten 85 bis 121 Mark im Monat mehr. Bis 1983 wird in Stufen der 6-Wochen-Urlaub (30 Arbeitstage) eingeführt. Kein Ergebnis zum Jubeln, was die Höhe des Lohnabschlusses angeht, aber bezüglich des Urlaubs ein wichtiger Erfolg der VW-Arbeiter im Kampf gegen die Auswirkung der Intensivierung der Arbeit und der Ausdehnung des Arbeitstages durch Überstunden und Sonderschichten.

Während gegenwärtig von der Arbeiterbewegung Erfolge beim Urlaub erzielt werden, wird immer deutlicher, daß das alleine nicht reicht. Doch ist die einheitliche Durchsetzung von 6 Wochen Urlaub bei Stahl, Metall, VW sowie die Tatsache, daß Metall und VW jetzt wieder im Gleichschritt gehen können, eine wichtige Voraussetzung, der Ruinierung der Arbeitskraft Schranken zu setzen: den Normalarbeitstag durchzusetzen als Ausgangspunkt für den 7-Stundentag an 5 Werktagen.

Geht es nach den Tarifverträgen, dann müßten rund 93% aller Lohnabhängigen in Westdeutschland die 40-Stunden-Woche haben. Ein Blick auf die Schaubilder, in denen die Überstunden der Stahl- und Metallarbeiter dargestellt sind, genügt, um zu sehen, daß kaum ein Lohnabhängiger die 40-Stunden-Woche hat, daß die *Regel* Überarbeit über die 40 Stunden hinaus ist. Dargestellt sind *Durchschnittszahlen* 100000er Metall- und Stahlarbeiter, die von den wirklichen, alltäglichen Verhältnissen in den Betrieben ein völlig verzerrtes Bild geben, ebnet

ist. Dargestellt sind *Durchschnittszahlen* 100000er Metall- und Stahlarbeiter, die von den wirklichen, alltäglichen Verhältnissen in den Betrieben ein völlig verzerrtes Bild geben, ebnet

der Durchschnitt doch Kurzarbeit und Überstunden, wie sie im Wechsel von den Kapitalisten gefordert werden, je nach den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals, vollkommen ein. Trotzdem aber resultieren durchschnittliche Mehrarbeitsstunden pro Woche, die sich gewaschen haben. Wie weit das gehen kann, beschreibt „Der Gewerkschafter" 1/79 und zitiert aus dem Jahresbericht des Gewerbeaufsichtsamts Bremen über den Reparaturbereich einer Werft: Arbeitszeiten bis zu 20 Stunden pro Tag bei Verkürzung der ununterbrochenen Ruhezeit auf 3 Stunden und 40 Minuten. Und über die Arbeitszeit bei Monteuren der Elektrobranche: werktäglich bis zu 16 Stunden, wöchentlich bis zu 93 Stunden, dazu bis zu 20 Stunden Sonntagsarbeit.

Für den öffentlichen Dienst liegen uns keine Gesamtzahlen aus dem Bundesgebiet über geleistete Überstunden vor. Diese werden angeblich beim Statistischen Bundesamt in Wiesbaden nicht geführt. Begründung auf telefonische Anfrage: Überstunden im öffentlichen Dienst würden abgebummelt und seien deshalb eigentlich gar keine Überstunden.

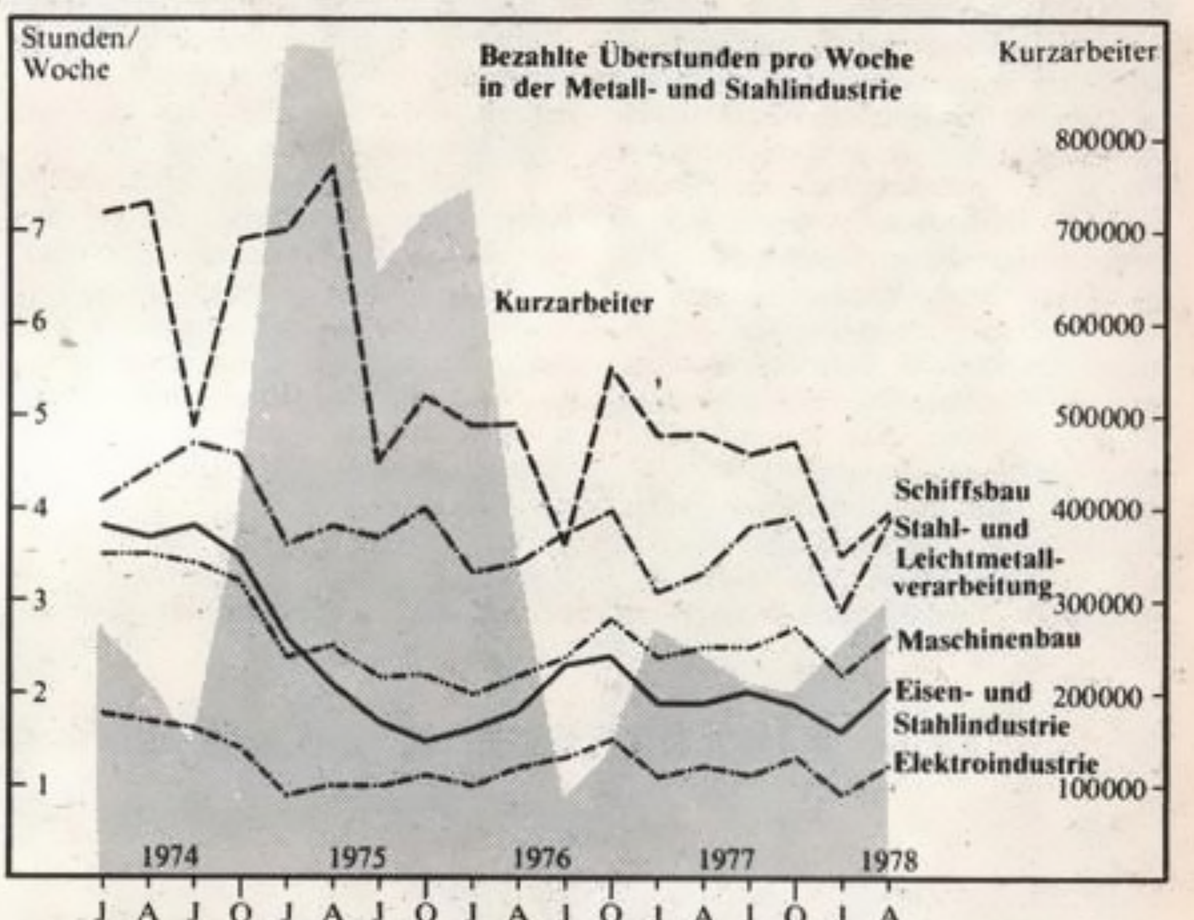
Die Bewegung gegen die weitere Intensivierung der Arbeit und die Ausdehnung der täglichen, wöchentlichen und jährlichen Arbeitszeit hat eine solche Stärke und Einheitlichkeit erreicht, daß die obersten Größen der SPD nun mit vier Veranstaltungen über „Arbeit und Technik" reagieren. Die erste fand am 1. Februar in Essen mit Gewerkschaftsführern und Kapitalistenvertretern statt. Bundeskanzler Schmidt verlangte dort „mehr Leistungsbereitschaft und Mobilität": „Was bei ausländischen Arbeitern möglich ist, muß auch Deutschen zugemutet werden können. Alles andere ist Konservativismus und Faulheit." Sonst würden die deutschen „Spitzenmarken" bei Löhnen und Gehältern und Sozialleistungen nicht mehr zu halten sein. Kürzere Arbeitszeit könne es nur bei mehr Produktivität geben. Die Verachtung, mit der der Kanzler von der Arbeiterklasse spricht, ist kaum noch zu überbieten. Schon immer hatte die Bourgeoisie den Kampf der Arbeiterklasse für die Verkürzung der Arbeitszeit als Ausgeburt eines faulen Lumpenpacks, das man zur Arbeit treiben müsse, angesehen. Schmidt ist der Bourgeoisie ehrlicher Propagandist.

Wir haben als statistisches Kriterium für die Vernutzung der Arbeitskraft die Lohnfortzahlung genommen. In ihr drückt sich nicht nur aus, wie krank die Lohnabhängigen sind, sondern auch, was die Kapitalisten *bezahlen* müssen, wenn ein Arbeiter oder Angestellter krank wird. Sie werden also an einem besonders wunden Punkt getroffen. Ein weiterer Vorteil ist, daß in die Lohnfortzahlung gerade die kurzfristigen Krankheiten eingehen, die als Konsequenz der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen auftreten. Diese kürzeren Krankheiten

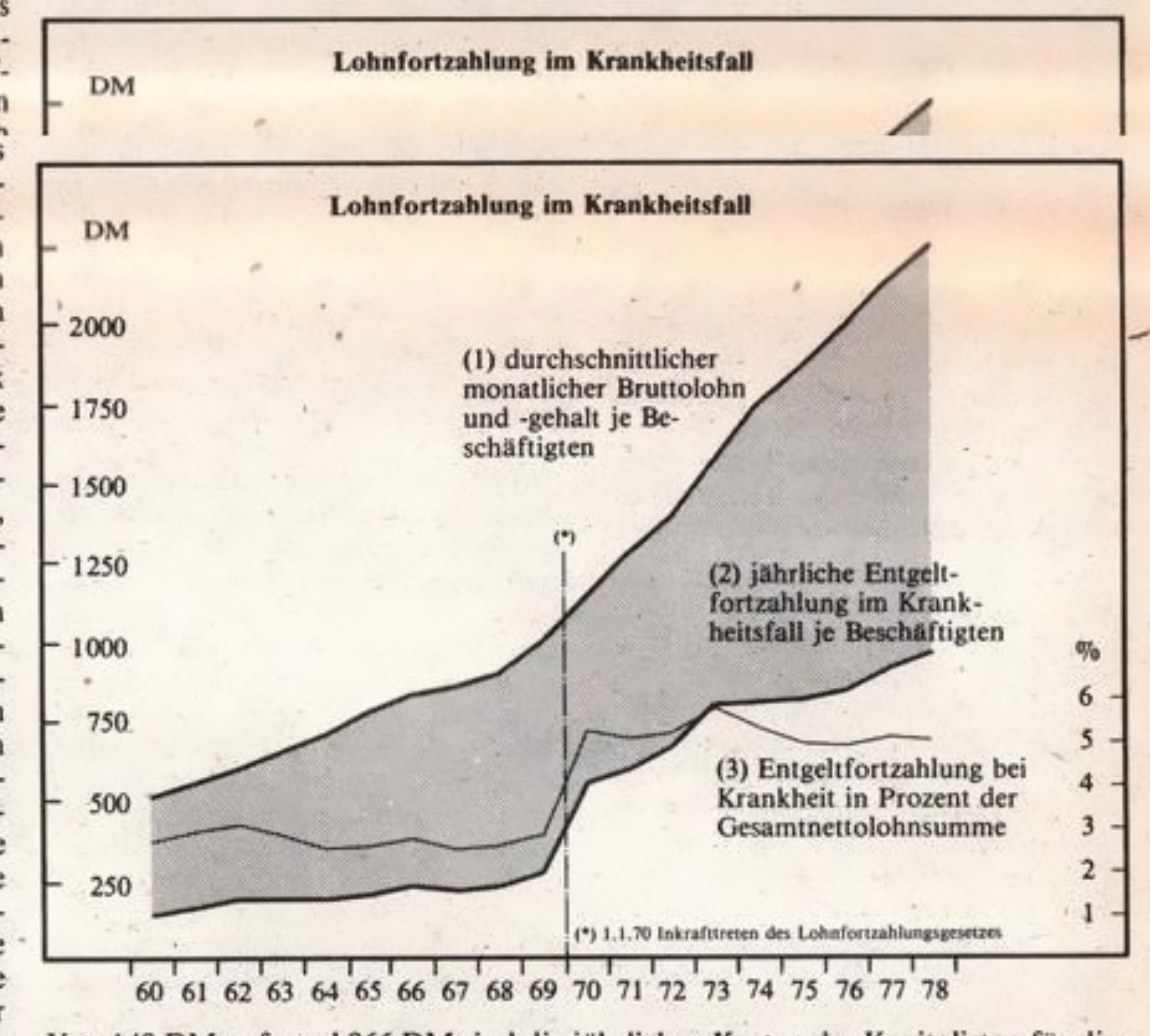
fristigen Krankheiten eingehen, die als Konsequenz der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen auftreten. Diese kürzeren Krankheiten

sind erste Anzeichen einer unerbittlich tickenden Zeitbombe. Der Mensch, in Akkord-, Schicht-, Nacht- und Überstundenarbeit geschunden, wird krank – ein paar Tage oder Wochen, bis die gequälte Muskulatur, der überbeanspruchte Band-, Sehnen- oder Knochenapparat, die überreizten Sinne, der Blutkreislauf, vorübergehend wieder in den Tritt kommen. Die Lohnfortzahlung für diese Erkrankungen muß seit dem 27. Juli 1969, dem Lohnfortzahlungsgesetz, der Kapitalist tragen. Der tägliche Kampf im Betrieb um diese kurzen Erholzeiten wird auf dem 6-Wochen-Schauplatz der Lohnfortzahlung ausgetragen und je nach Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Kapitalisten entschieden. Unsere Kurve für den Prozentanteil der Lohnfortzahlung an der Gesamtlohnsumme ist ein feiner Indikator dafür, welche Bedingungen der *einzelne* Arbeiter vorfindet, um Zeit für die Wiederherstellung seiner Arbeitskraft zu bekommen. Diese Bedingungen sind derzeit ganz schlecht. Den Kapitalisten ist es gelungen, die Lohnfortzahlung zu senken mit den vielfältigen gehässigen Methoden, die jedem Lohnabhängigen bekannt und ebenso verhaßt sind: am häufigsten mit Entlassungsdrohung oder Entlassung, aber auch mit Prämien fürs Nicht-Krank-Sein, mit dem Zwang, Urlaub zu machen, eventuell sogar unbezahlten. Bei diesem Vorgehen nutzt die Bourgeoisie das Vorhandensein der Reservearmee: „Na bitte, Sie können ja gehen", oder „Sie können gleich ganz zu Hause bleiben".

Der Versuch, so die notwendige Zeit für die Wiederherstellung der Arbeitskraft rauszuholen, ist zum Scheitern verurteilt, weil er vom einzelnen Arbeiter unternommen wird. Wirklich kann dieser Kampf nur durch die kollektive Kraft der Arbeiter und Angestellten entschieden werden, was die Erfolge im Kampf für die Verlängerung des Urlaubs beweisen. *Dafür* ist die Lage günstig, und jede Abteilung der Arbeiterklasse, die für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, den Abbau und das Verbot von Überstunden, die Verkürzung der Tagesarbeitszeit auf 7 Stunden kämpft, wird die volle Unterstützung der ganzen Klasse haben.



Aufgetragen haben wir die in den Arbeits- und Sozialstatistiken des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung seit 1974 aufgewiesenen durchschnittlichen Überstunden der bezahlten wöchentlichen Arbeitszeit der Arbeiter in der Metall- und Stahlindustrie. Zum Vergleich ist die Zahl der Kurzarbeiter in der Industrie während des gleichen Zeitraums hinterlegt, denn die Zahl der Kurzarbeiterstunden senkt die statistische „bezahlte wöchentliche Arbeitszeit" gegenüber den tatsächlich von den Arbeitern geleisteten Wochenarbeitsstunden und beschönigt noch die tatsächliche Überstundenschinderei in den Betrieben.



Von 148 DM auf rund 966 DM sind die jährlichen Kosten der Kapitalisten für die Entgeltfortzahlung bei Krankheit gestiegen (Kurve 2). Relativ zu den durchschnittlichen monatlichen Bruttolöhnen und Gehältern der Beschäftigten in der Industrie jedoch sinkt die Lohnfortzahlung bei Krankheit je Beschäftigten (Kurve 1) seit 1973. Daß dies tatsächlich gesenkte Lohnfortzahlung an den im Akkord, in Nacht- und Schichtarbeit und durch Überstunden verschlissenen Arbeiter bedeutet, verdeutlicht Kurve 3.

Tarifverträge '78: vertraglich festgelegte Arbeitszeiten über 40 Wochenstunden

Tarifvertraglich festgelegte Wochenarbeitszeit in % der Lohnabhängigen

Wochenarbeitszeit in Stunden	Lohnabhängige in % 1974	1975	1976	1977	1978
40	87,1	90,6	91,5	92,2	92,6
41	1,9	1,6	0,9	1,0	1,5
41,5	1,6	0,7	0,5	0,4	0,4
42	3,2	1,5	2,0	2,2	2,5
42,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
43	1,8	1,6	1,3	1,7	2,1
44	1,8	2,7	2,8	1,6	0,4
45	1,1	0,9	0,6	0,5	0,1
Durchschnittliche Wochenarbeitszeit	40,3	40,27	40,24	40,21	40,17

Quelle: Sozialpolitische Umschau, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 20. Oktober 1978

Erzbergbau
Eisenerzbergbau der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG (30.11.78): 48 Wochenstunden, unter Tage einschließlich, über Tage ausschließlich der Pausen, 52 bezahlte Ruhetage im Jahr unter Nichtanrechnung der Wochenfeiertage.

Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden
Ziegelindustrie in Hamburg, Schleswig-Holstein, Reg.-Bez. Stade und Lüneburg; Niedersachsen; Nordrhein-Westfalen (31.1.79); Baden-Württemberg und Bayern (31.1.79); Pfalz (31.3.79): 41 Stunden.

Nahrungs- und Genußmittelindustrie
Brot- und Backwarenindustrie in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen (31.5.78): 40,5 Stunden / Brotindustrie in Bayern (28.2.79): 42 Stunden / Brot- und Backwarenindustrie Westberlin (30.6.78): 40,5 Stunden, 48 Stunden für Tourenfahrer und Mitfahrer, sowei: diese neben dem tariflichen Grundlohn Provision erhalten / Bäckerhandwerk in Nordrhein-Westfalen (31.3.79): 41 Stunden / Bäckerhandwerk in Baden-Württemberg (30.4.78): 42 Stunden / Milchbe- und -verarbeitende Betriebe im Gebiet Weser-Ems (31.12.78): 40,5 Stunden / Fleischwarenfabriken, Metzgereien und Schlachtbetriebe im Saarland (30.6.78): 42 Stunden / Fleischerhandwerk in Hessen (28.2.79): 42 Stunden; in Bayern (31.12.78): 43 Stunden.

Verkehrsbetriebe
Verkehrsgewerbe in Schleswig-Holstein (31.3.79): 42 Stunden / Güternahverkehr und Speditionsgewerbe in Hamburg (28.2.79): 41 Stunden / Privates Verkehrsgewerbe in Niedersachsen (28.2.79): 42 Stunden / Privater Güterverkehr in Nordrhein-Westfalen (28.2.79): 42 Stunden / Privates Transport- und Verkehrsgewerbe in Hessen (28.2.79): 43 Stunden / Verkehrsgewerbe in Rheinland-Pfalz (31.3.78): für Kraftfahrer im Droschken- und Mietwagengewerbe mit Pkw täglich 10 Stunden, für Kraftfahrer, Beifahrer und Schaffner im Omnibusgewerbe 41 Stunden, in Betrieben der Binnenumschlagsspedition 41 Stunden / Privates Omnibusgewerbe in Baden-Württemberg (31.1.79): 42 Stunden, im Fahrdienst 48 Stunden / Speditionsgewerbe in Baden-Württemberg (31.12.78): 41 Stunden; in Bayern (31.3.79): 41 Stunden, Lenkzeit für Kraftfahrer höchstens 48 Stunden; in Westberlin (31.12.78): 41 Stunden.

Wäscherei und Reinigungsbetriebe
Gewerbliche und industrielle Wäschereien in Westberlin (30.8.78): 42,5 Stunden.

(Stand: April 1978; in Klammern Datum der Kündigung des Lohntarifvertrages. Angaben nach Statistischem Bundesamt)

Die Sicherheit der Arbeiter zählt einen Dreck

Mehlstaubexplosion bei Bremer Rolandmühle AG

z.jom. Am 6.2.79 zerstörte eine der größten Mehlstaubexplosionen die Bremer Rolandmühle Erling und Co. 14 Menschen fanden den Tod, 7 von ihnen sind erst gefunden. Über 50% der Anlagen liegen in Schutt und Asche. Ein Schwelbrand in den Silos ist immer noch nicht gelöscht und es besteht weiterhin Explosionsgefahr. Rolandmühlenkapitalist Erling: „Nach menschlichem Ermessen konnte gar nichts passieren. Wir haben sogar Sprinkleranlagen und stehen direkt mit der Feuerwehr in Kontakt.“ Auch Lampen und Schalter seien eigens explosionsgeschützt gewesen. Auch das Gewerbeaufsichtsamt Bremen geht davon aus, daß alle Sicherheitsbestimmungen eingehalten wurden. Es gäbe durchschnittlich einen Unfall dieser Größenordnung pro Jahr in der Welt, das könne man nicht verhindern. Die Bourgeoisie versucht die Explosion als naturnotwendig hinzustellen.

Die Gründe liegen auf der Hand: Nur mit maßloser Verdichtung des Arbeitstages, mit einhergehender Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und dem Sparen an den Sicherheitsmaßnahmen konnte der Profit blühen. Das einzige, was in der Mühle der Familie Erling seit drei Generationen sicher war, solange diese Bedingungen vorherrschten, war die erhöhte Mehrwertauspressung. Die eingebauten Sprinkleranlagen waren all und reagierten auf Rauch. Das bedeutet, daß es erst brennen muß, bevor sich die automatische Löschanlage in Gang setzt. Längst schon gibt es empfindlichere Geräte, die erhöhte Temperaturen mittels Infrarot feststellen und so das Feuer schon im Keim ersticken. Was Erling als neueste Errungenschaft darzustellen versucht, explosionsgeschützte Schalter, die einen Zündfunken verhindern sollen, wird selbst von der Bourgeoisie in den VDI-Vorschriften 2263 „Verhütung von Staubbränden und Staubexplosionen“ unter ferner liefen genannt.

So sehen sie die Hauptgefahr in der Entstehung von Bränden durch die Mechanik oder durch Einflüsse von außerhalb. Das Gewerbeaufsichtsamt vermutet denn auch ein Feuer in einem Nebenraum, der selbst nicht zur Produktion gehörte, als Ursache der Explosion. Auch dieser Gefahr war man sich vorher bewußt, denn in den VDI-Vorschriften steht als Empfehlung, man solle solche Räume möglichst getrennt halten. Doch rationelle Gestaltung der Räumlichkeiten nach Profitgesichtspunkten stehen im Vorder-

Mechanik oder durch Einflüsse von außerhalb. Das Gewerbeaufsichtsamt vermutet denn auch ein Feuer in einem Nebenraum, der selbst nicht zur Produktion gehörte, als Ursache der Explosion. Auch dieser Gefahr war man sich vorher bewußt, denn in den VDI-Vorschriften steht als Empfehlung, man solle solche Räume möglichst getrennt halten. Doch rationelle Gestaltung der Räumlichkeiten nach Profitgesichtspunkten stehen im Vorder-

grund. Weiterhin ist vorgeschrieben, alle Vorsprünge, Rohrleitungen etc. mit einer 60-gradigen Abschrägung zu versehen, damit sich kein Staub ansammeln kann. Der Boden und die Wände müssen aus glattem Material und leicht zu reinigen sein. Beides war nicht erfüllt. Anstatt den Staub mit dem Staubsauger abzusaugen, wurde er mit dem Mob oder sogar mit einem Besen aufgewirbelt. Um die Staubbildung überhaupt erst zu vermeiden, müssen Absauganlagen installiert werden, von denen die VDI-Vorschrift verlangt, daß sie groß genug sein müssen. Erling hielt eine kleine Absauganlage für groß genug, die in der ersten Stunde ihres Betriebs nur den gewünschten Erfolg brachte und ansonsten oft verstopft war. Das kam besonders dann zum Tragen, wenn für die Länder der Dritten Welt abgesackt wurde, wo man derart grobe Säcke genommen hat, daß ein Großteil daneben schoß und die Luft in ein explosives Gemisch verwandelte. Oft wurden auch die dünnen Leinensäcke den doppelten Plastiksäcken vorgezogen, da sie billiger waren. Daß sie öfter platzten, nahm Erling in Kauf.

Als letztes Jahr ein Arbeiter in der Absackerei sich geweigert hatte, unter diesen Bedingungen weiterzuarbeiten, konnte dies von der Betriebsführung nur unterbunden werden, weil ein Zusammenschluß mit den dort arbeitenden Studenten nicht möglich war, weil sie sofort hätten entlassen werden können. Um die Arbeitshetze zu steigern, hat die Betriebsleitung den Druck, mit dem das Mehl in den Sack gepreßt wird, erhöht. Entsprechende Staubentwicklung war die Folge. Wenn ein Kontrolleur kam, was früh genug bekannt war, wurde schnell wieder auf normal gedreht. Ausgefegt wurden die Hallen, wenn die Arbeiter die Produktion unterbrechen mußten.

Die Produktion lief von Montag bis Samstag in drei Schichten rund um die Uhr. In der Erntezeit stand auch an den Wochenenden der Betrieb nicht still. Der Grundlohn für einen ungelernten Arbeiter beträgt 10,15 DM. Auf diesen Grundlohn kommen noch verschiedene Zuschläge wie Tonnengeld, Staubgeld und Schmutzzulagen. 100 Überstunden im Monat waren keine Seltenheit. Man kommt dann gerade auf DM 1900 bis 2000 netto. Die Gesundheit der Arbeiter ist auf diese Weise schnell zerschlissen, wobei der dauernde Mehlstaub sein übriges dazu beiträgt.

Kleinere Mehlstaubexplosionen sind

lernten Arbeiter beträgt 10,15 DM. Auf diesen Grundlohn kommen noch verschiedene Zuschläge wie Tonnengeld, Staubgeld und Schmutzzulagen. 100 Überstunden im Monat waren keine Seltenheit. Man kommt dann gerade auf DM 1900 bis 2000 netto. Die Gesundheit der Arbeiter ist auf diese Weise schnell zerschlissen, wobei der dauernde Mehlstaub sein übriges dazu beiträgt.

Kleinere Mehlstaubexplosionen sind

in den letzten Jahren häufiger vorgekommen. Vor 10 Jahren wurden dabei mehrere Arbeiter verletzt, und vor 2½ Jahren wurde ein Kollege in der benachbarten Futtermühle durch eine Explosion getötet. Der Weser-Kurier vom 14.2.79 meldet, daß in einer mit 1000 Tonnen Tapioka-Mehl gefüllten Lagerhalle ein Feuer ausgebrochen ist. „Mehlstaub hat auf einer Wandlampe geglimmt und ist dann zu Boden gefallen. Bald schwelte dort ein halber Kubikmeter Mehl.“

Schon einmal, im Jahre 1897, ist die Mühle abgebrannt. Damals war es notwendig, eine Aktiengesellschaft zu gründen, die „Bremer Rolandmühlen AG“, um das nötige Kapital an Land zu ziehen. Dieses Problem besteht für die Erling-Kapitalisten heute nicht mehr. Die Produktion wurde von 100 t pro Tag im Jahre 1900 auf 1200 t im Jahre 1979 gesteigert. Allein in der Absackanlage, die das Zentrum der Explosion war, haben 9 Arbeiter in 8 Stunden 10800 Sack Exportmehl abgepackt, das sind ca. 500 t. Bis heute haben sich die Erling-Kapitalisten in etlichen anderen Betrieben mit ca. 14 Mio. Kapitalbeteiligung eingekauft. Diese Millioneninvestitionen sind das Ergebnis von über einem Jahrhundert langer Schweißauspressung der Arbeiter bei den Rolandwerken.

„Uns schlägt eine Welle der Hilfsbereitschaft entgegen“, sagte Theodor Herrschel, Prokurist der Rolandmühle, und meinte damit, daß die Erling-Kapitalisten weite Anerkennung in der Ausbeutung unter ihrer Klasse finden, daß z.B. einige Lieferanten Zahlungstermine verlängert hätten, andere Unternehmen Hilfskräfte angeboten hätten. Erling waren seine Aufgaben schon gleich am nächsten Morgen nach der Explosion klar: „Wir brauchen jetzt alle Mann, um mit den Aufräumungsarbeiten beginnen zu können.“ Und unter dem Vorwand, nach den sieben Vermißten zu suchen, kann er die Hilfe von Technischem Hilfswerk und der Bundeswehr in Anspruch nehmen. Daß es dabei um die schnellstmögliche Inbetriebnahme der restlichen Anlagen geht, kommt nur allzu deutlich heraus: „Nach Auskunft Herrschels entscheidet es sich in den nächsten Tagen, ob in absehbarer Zeit mit einer Schrot- und Roggenmehlproduktion begonnen werden kann.“ (WK, 14.2.79) Mittlerweile sieht man die LKW's von „Rolandmehl“ wieder durch die Stadt fahren, während das THW angeblich nach Vermißten sucht. – „Wir brauchen jetzt alle Mann...“

chen Anlagen geht, kommt nur allzu deutlich heraus: „Nach Auskunft Herrschels entscheidet es sich in den nächsten Tagen, ob in absehbarer Zeit mit einer Schrot- und Roggenmehlproduktion begonnen werden kann.“ (WK, 14.2.79) Mittlerweile sieht man die LKW's von „Rolandmehl“ wieder durch die Stadt fahren, während das THW angeblich nach Vermißten sucht. – „Wir brauchen jetzt alle Mann...“

Die Konkurrenzschlacht um Schiffbaumärkte

z.hef. Am 17.1. beschloß die Bundesregierung die Zahlung von 660 Mio. DM Subventionen an die Werftkapitalisten in den nächsten drei Jahren. Bis zu 20% „Baukostenzuschüsse“ werden gezahlt. Wenn der Kapitalist Gewinn macht, muß er zwischen 1983 und 1988 zurückzahlen. Dieser Zuschuß wird zusätzlich zur „Reederbeihilfe“ von 17,5% vom Neubaupreis vergeben, die aber auf westdeutsche Reedereien begrenzt ist.

Die Regierung hat zum erstenmal die Genehmigung eines Werfthilfsprogramms bei der EG-Kommission beantragt. Das heißt, die Subventionen sind vor allem für den Konkurrenzkampf auf dem Weltschiffmarkt da. Für Subventionen auf dem Inlandsmarkt bedarf es dieser Genehmigung nicht.

Bislang hatte die Bundesregierung versucht, sich als Gegner von staatlichen Zuschüssen bei „Überkapazitäten“ hinzustellen. Sie setzt die EG-Kommission gegen die entsprechenden Subventionen der westeuropäischen Konkurrenz, vor allem Frankreichs und Britanniens, regelmäßig in Marsch. Im Juli schrieb die EG-Kommission Briefe an die Regierungen Frankreichs, Britanniens und Hollands, in denen mit Anwendung des Paragraphen 93,2 der Römischen Verträge gedroht wurde. Nach diesem Paragraphen kann die EG-Kommission in die innere Haushaltsführung eines Landes eingreifen, wenn staatliche Zuschüsse „mißbraucht“ werden.

Mit Milliardenbeträgen versuchen die verschiedenen Bourgeoisien in Westeuropa, den strategisch wichtigen Schiffbau unter den Bedingungen der Krise und der Konkurrenz der japanischen Imperialisten auf dem Markt im Geschäft zu behalten und so durchzurationalisieren, daß der Konkurrenz Marktanteile abgenommen werden können. Das genaue Gegenteil von „Erhaltung von Arbeitsplätzen“, nämlich Massenentlassungen, sind Begleiterscheinungen dieses Konkurrenzkampfs.

In *Frankreich* wurden in den letzten zwei Jahren mehr als 5000 der 21000 Werftarbeiter im Handelsschiffbau entlassen. Ungefähr 680 Millionen DM an Subventionen werden jetzt pro Jahr insgesamt an Werfthilfen gezahlt.

In *Britannien* hat der Staatsapparat Mitte 1977 fast bankrotte Werften zum staatlichen Konzern British Shipbuilders zusammengefaßt und den Kapitalisten einen fetten Kaufpreis gezahlt. 12300 von 40000 Arbeitern des Handelsschiffbaus (der Kriegsschiffbau floriert) sollen in den nächsten Jahren entlassen werden. Ein Beispiel für die Erhöhung der Ausbeutung der verbleibenden Arbeiter: 1971 wurden 850000 Mannstunden für den Bau eines 26000-Tonnen-Frachters der Cardiff-Klasse benötigt. Nach einem Rationalisierungsprogramm von über 100 Mio. DM waren es 1977 nur noch 600000 Mannstunden. Ziel sind 400000 Mannstunden. Die britische Regierung hat erneut einen Interventionsfonds von 300 Mio. DM für die Gewinnung von Schiffbauaufträgen errichtet, den die EG-Kommission jetzt nicht genehmigen will, ehe nicht Britannien Zusagen über Kapazitätsreduzierungen gemacht hat.

Die Regierung *Schwedens*, des größten Handelsschiffproduzenten in Westeuropa, will in diesem Jahr 940 Mio. DM als Verlustausgleich an die staatliche Svenska-Varv zahlen sowie die bankrotte Kockums-Werft aufkaufen. 20% der Werftbelegschaften sollen in den nächsten beiden Jahren entlassen werden. – Subventionsprogramme von Bedeutung in ähnlicher Form auch in *Norwegen, Italien, Holland* und *Belgien* verabschiedet.

In allen westeuropäischen Ländern mit Werftindustrie gibt es Kämpfe gegen die Folgen der Stillegungen und Entlassungen. Während die Kapitalisten diese Bewegung gern in eine Bewegung zur freiwilligen Lohnsenkung verwandeln würden, werden aus verschiedenen Ländern Kämpfe gegen die Folgen der Entlassungen *und* für den Lohn gemeldet. In Dänemark, wo seit 1975 6000 Werftarbeiter entlassen wurden, streiken seit zwei Wochen 350 Arbeiter der Nakskov-Werft für die Erhöhung des Akkordsatzes von 32,20 Kronen auf 38 Kronen. Die britischen Werftarbeiter organisieren zur Zeit vor allem kleine, wirksame Aktionen gegen die Kapitalisten. Z.B. wurde der Stapellauf des Zerstörers „Southampton“ zweimal boykottiert. In Frankreich demonstrierten am 9. Februar 8-9000 Arbeiter in Nantes in Unterstützung der 1000 streikenden Arbeiter des Werftbetriebs Brissoneau-Lotz-Marine (siehe Bild).



Streikposten vor der Cammell Laird Werft in Birkenhead bei Liverpool (Dez.78). Cammell Laird hat 625 Arbeiter der Tochterfirma Western Shiprepairers entlassen. Die 5200 Arbeiter von Cammell Laird's Hauptwerft unterstützten den Kampf mit Streikaktionen.





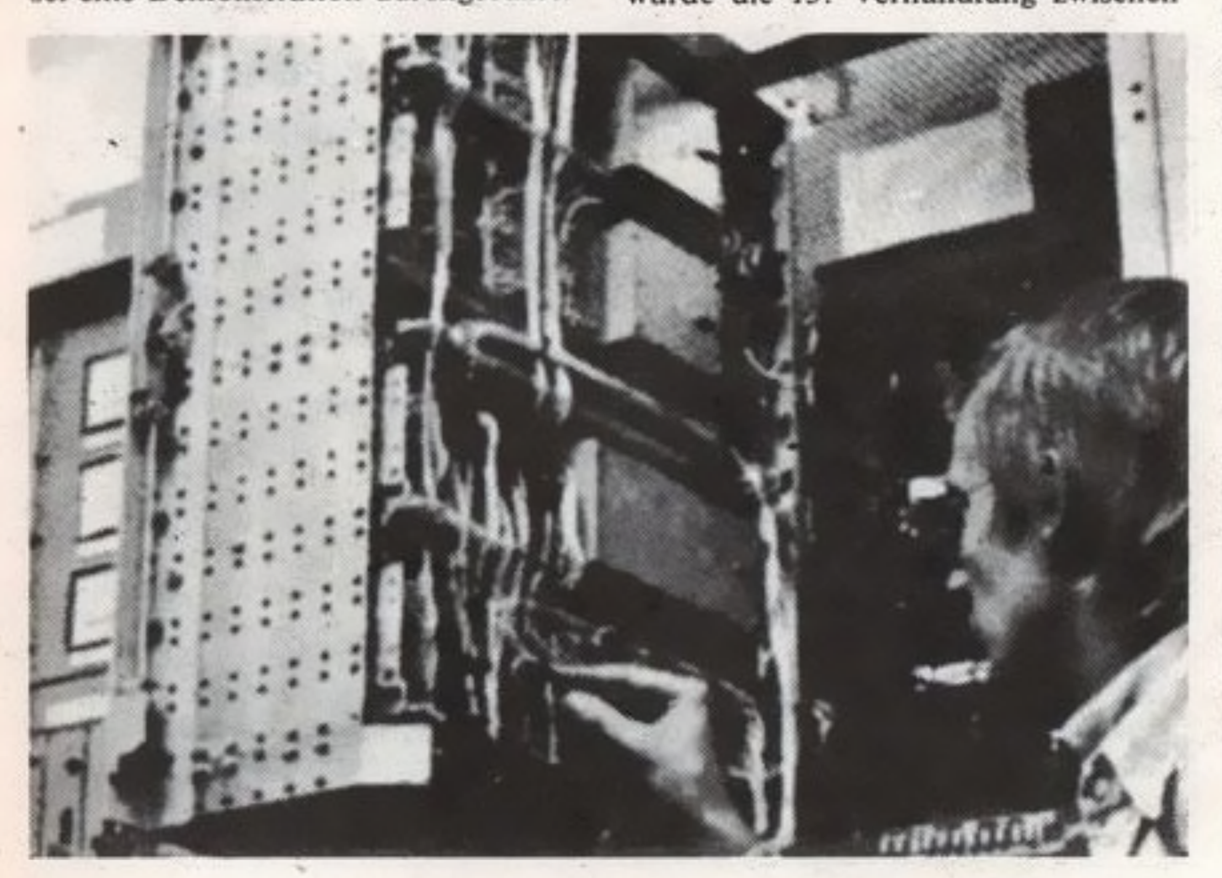
Seit dem 15. Januar streiken die 1000 Arbeiter der Fabrik für Schiffsaufbauten und Hafeneinrichtungen Brissoneau-Lotz-Marine gegen Lohnkürzungen bei Kurzarbeit und die Entlassung von 282 Arbeitern. Am 5. Februar versuchten die Kapitalisten mit 200 leitenden Angestellten, Meistern und bezahlten Streikbrechern, den Betrieb zu besetzen. Mehrere hundert Arbeiter der umliegenden Betriebe verjagten sie. Daraufhin besetzten starke Polizeieinheiten den Betrieb. 4000 Arbeiter demonstrierten am 6. Februar zur Unterstützung des Streiks. Die Polizei mußte den Betrieb inzwischen wieder räumen. Der Streik wird fortgesetzt.

Streik der SEL-Montagearbeiter und bei AEG Kanis in Nürnberg

SEL

z.höm. Am Dienstag, 13.2., haben die Außenmontagearbeiter von SEL in der gesamten BRD einen über 1-stündigen Warnstreik durchgeführt, um ihre Forderungen zu den Manteltarifverhandlungen zu bekräftigen und gegen die Verhandlungsverschleppereі seitens der Kapitalisten vorzugehen. Obwohl viele Montagearbeiter nur zu dreien oder vieren auf einer Baustelle arbeiten, konnte große Einheit erzielt werden. Fast 1000 Arbeiter haben im Streik gestanden, 56 Telegramme trafen von den Montagestellen bei der IG-Metallverhandlungskommission ein. Tags darauf haben 40 Monteure in Wesel eine Demonstration durchgeführt.

Für den Manteltarifvertrag für Montagearbeiter, der seit dem 31.12.76 gekündigt ist, stehen die folgenden Forderungen: – Erhöhung der Fernauslösung um 3,50 DM, – Erhöhung des Montagezuschlags von 12 auf 15 % auf den Ecklohn, – Ausdehnung des Geltungsbereiches des MTV auf die Angestellten. Die Kapitalisten nutzen den tariflosen Zustand und greifen die Arbeiter frech an, wie in Saarbrücken, wo sie versucht haben, den Montagearbeitern den Zuschlag von 54 DM auf 36 DM herunterzudrücken; die Arbeiter haben rasch in einem Brief an die Geschäftsleitung geantwortet: „Die Kürzung ist untragbar!“ Der bundesweite Warnstreik ist die richtige Antwort auf derlei Angriffe. Letzten Donnerstag wurde die *13.* Verhandlung zwischen IGM und SEL-Kapitalisten abgebrochen und auf den März vertagt.

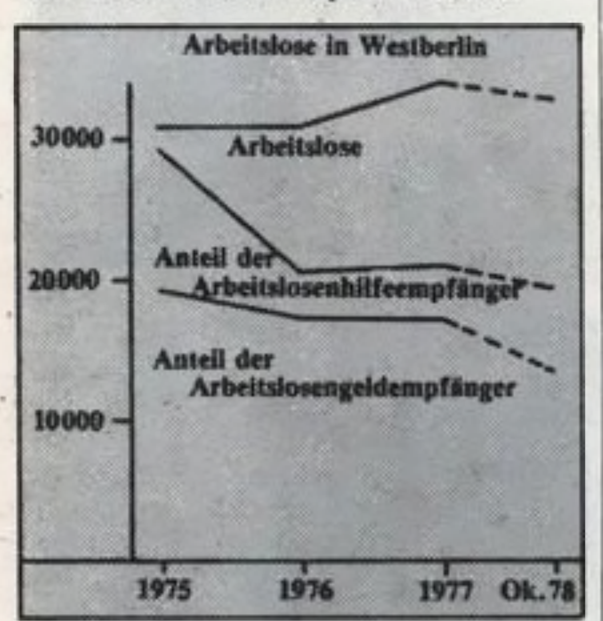


AEG-Kanis Nürnberg

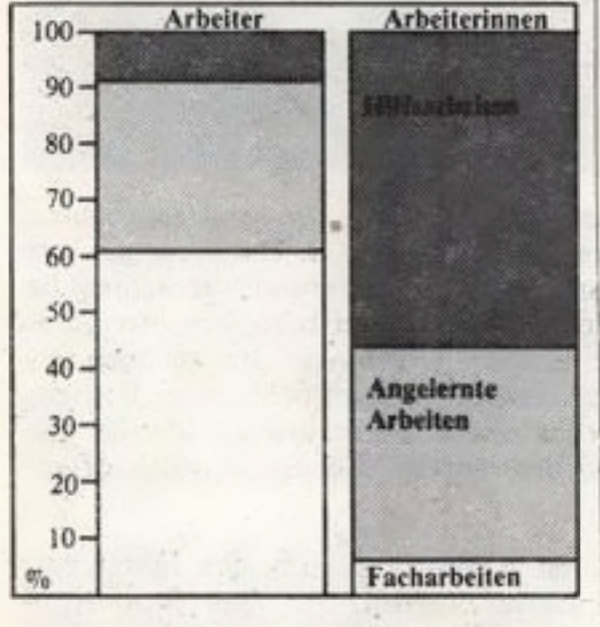
z.jüf. Am 7. Februar streikte eine Schicht von 400 Arbeitern bei AEG-Kanis in Nürnberg gegen die geplante Entlassung von 120 der 1200 Arbeiter. Im Essener Werk von AEG-Kanis liegen für 300 Mio. DM Turbinen auf Lager. Einen Teil der Gasturbinenproduktion wollen die AEG-Kapitalisten dort konzentrieren. Auf einer Betriebsversammlung am 8. 2. forderten die 800 Arbeiter die Geschäftsleitung auf, die Entlassungen zurückzunehmen, sowie zu garantieren, daß die Auszubildenden nach der Lehre übernommen werden und sämtliche Pläne über die Zukunft des Nürnberger Werks offen gelegt werden. Die Geschäftsleitung hat sich geweigert, die Entlassungen zurückzunehmen und erklärt, daß sie „inkompetent“ sei, „zukunftweisende Aussagen zu machen“. Die Betriebsversammlung beschloß, daß ein kompetenter Mann antreten soll. „Falls sie doch entlassen sollten, werden wir wieder streiken“ erklärten Arbeiter auf der Betriebsversammlung gegenüber der Geschäftsleitung. - 5 Tage später streikten die 80 Arbeiter der Bayerischen Reißzeugfabrik. Die neuen amerikanischen Besitzer hatten sämtliche Tarifverträge und betriebliche Vereinbarungen gekündigt und erklärt, daß die Nürnberger Firma ins weitere Umland und eventuell nach Mexiko verlegt werden soll. Die Sozialdemokraten in der IG-Metall haben nun in einem Brief die neuen Besitzer auffordern lassen, die Kündigung der Tarifverträge rückgängig zu machen.

Umwälzung und Spaltung der Belegschaften

r.gör. Im Oktober 1978 wurden in Westberlin 16184 Arbeitsvermittlungen vorgenommen. Mit 12 multipliziert macht das aufs Jahr gerechnet 194208 Vermittlungen. Also das Fünf- bis Sechsfache des Bestandes an Arbeitslosen (im Oktober 33099) und mehr als ein Viertel aller lohnabhängig Beschäftigten in Westberlin wurde auf diese Weise statistisch umgewälzt. Die Politik des Arbeitsamtes zielt dabei darauf, die Taktik der Spaltung der Belegschaften durch die Kapitalisten zu unterstützen. Dafür holen sie sich jährlich noch um die 10000 Arbeitskräfte aus Westdeutschland, wobei den Kapitalisten mit der ,,Berlinzulage" zusätzlich Lohnkosten erspart werden. –



Das erste Schaubild zeigt (für Westberlin), daß immer weniger Arbeitslose Arbeitslosengeld oder -hilfe bekommen, zugleich wächst gesetzmäßig die Zahl der Sozialhilfeempfänger (vgl. KVZ 4/79, Ausgabe Nord, Seite 16). Das ist die Grundlage, auf der die Arbeitsämter operieren. Der auf die Straße geworfene Arbeiter steht dem Arbeitsamt *als einzelner* gegenüber bleibt er dessen Schikanen unterworfen und weitestgehend beliebiger Vermittlung verfügbar. Die Rebellion bleibt zersplittert, individuell und findet Ausdruck hauptsächlich bloß in wachsender Zahl von Sperrfristen, wachsender Zahl abgelehnter Widersprüche gegen Entscheide der Ämter, wachsender Zahl nicht erfolgreicher Sozialgerichtsklagen. – Die Forderung nach Selbstverwaltung der Arbeitsämter durch die Arbeiter und Bezahlung durch die Kapitalisten bleibt demgegenüber grundlegend. Solange sie nicht durchgesetzt ist, gelingt es den von der Bourgeoisie beherrschten Arbeitsämtern, die Arbeitslosigkeit zur Lohnsenkung auszunutzen. Es ist ausschließlich der Kampf der Belegschaften, der dieser Politik der Arbeitsämter Grenzen setzt und verhindert, daß die weit vorangetriebenen Spaltungen von den Kapitalisten noch wesentlich verschärft werden. – Das zweite Schaubild zeigt die Verteilung der westberli-



ner Arbeiter und Arbeiterinnen auf sog. ,,Leistungsklassen" (1 = Facharbeiter, 2 = angelernte Arbeiter, 3 = Hilfsarbeiter) im Juli 1978. Dieses große Ausmaß an Spaltung drückt sich bei den Arbeitern in durchschnittlichen Lohndifferenzen von 500 bis 600 DM monatlich zwischen Leistungsgruppe 1 und 3 aus. Bei den Arbeiterinnen führt das wesentlich niedrigere Lohnniveau (durchschnittlich bloß 70 % des der Arbeiter) auch zu absolut niedrigeren Lohndifferenzen: durchschnittlich 120 DM. – Besonders weit getrieben haben die Kapitalisten diese Spaltungen in der Elektroindustrie, die mit 30,9 % aller Arbeiter in Westberlin die größte Bedeutung hat. Dort arbeiten 45,4 % Frauen (im Durchschnitt 28,9 %), und von diesen sind wiederum 68,9 % Hilfsarbeiterinnen (im Durchschnitt 55,7 %). Ebenso liegt die Lohnspaltung in dieser Industrie über dem Durchschnitt. – Hat sich das Ausmaß dieser Spaltungen in den letzten Jahren verschärft? Ja, Anfang bis Mitte der 70er Jahre. Aber die Statistik zeigt ein zersplittertes Bild, das näherer Untersuchung bedarf.

,,Jahrhundertwerk" Lastenausgleich: Schröpfung der Volksmassen

Die Kapitalakkumulation wird subventioniert

z.bil. Am 10. Februar wurde zum letzten Mal die Lastenausgleichsabgabe erhoben. Die bürgerliche Presse gerät richtig in Begeisterung über das ,,große soziale Umverteilungswerk" (Tagesspiegel vom 8.2.79): ,,Die Habenden gaben denen, die alles oder vieles verloren hatten; auf diese Weise wurden alle Bevölkerungsschichten in den Wiederaufbauwerk eingebunden". Wie *das*, wo doch freiwillig die Kapitalisten noch nie einen Pfennig nur mal so rausgerückt haben. Das ,,Wiederaufbauwerk" der imperialistischen Bundesrepublik mußten einzig und allein die Arbeiter bewerkstelligen. Sie haben es unter der Knute der Ausbeutung durch die Kapitalistenklasse mit Nerv, Muskel, Verschleiß und Ruinierung ihrer Gesundheit bezahlt.

Der Lastenausgleich – eine der ersten Taten der Adenauerregierung – war eine Grundgesetzänderung wert. 1952 wurde der Artikel 120a neu eingefügt, und das Lastenausgleichsgesetz verabschiedet. Letzteres bestimmt: ,,Zur Abgeltung von Schäden und Verlusten, die sich infolge der Vertreibungen und Zerstörungen der Kriegs- und Nachkriegszeit ergeben haben, sowie zur Milderung von Härten, die infolge der Neuordnung des Geldwesens im Geltungsbereich des Grundgesetzes einschließlich Berlin West eingetreten sind, ... werden die erforderlichen Mittel aufgebracht". (§ 1 LAG) Dazu wurde das Bundesausgleichsamt errichtet. Die ,,soziale Tat" ist der *Form nach* die Erhebung einer Vermögensabgabe von allen ,,natürlichen Personen, Betrieben, Aktiengesellschaften und Banken, die 1952 zur Vermögensteuer veranlagt waren und nach dieser Veranlagung über Vermögen verfügten". Der *Inhalt* des Gesetzes ist imperialistische Aggression gegenüber der damals sozialistischen Sowjetunion und der DDR. Mit der Propaganda von Aufbaudarlehen, Erstattungen der Spareinlagen und Ersetzung des Verlustes des Grunds und Bodens sind Arbeitskräfte, Handwerker, kleine Gewerbetreibende und Bauern in der BRD gezogen worden. Gleichzeitig wurde den Kapitalisten kräftig Kapital zur Restaurierung des Privateigentums zugeschossen.

Zahlen die Kapitalisten wirklich? Was die Einnahmen des beim Bundesausgleichsamts gebildeten Ausgleichsfonds betrifft, so mußten die Kapitalisten dem Anschein nach einiges geben. Die Vermögensabgabe wird erhoben auf 50% des Vermögens, das am Stichtag 1952 vorhanden war. Sie wird *verteilt* in *108 Raten*, deren letzte am 10. Februar 1979 gezahlt wurde. Eingezogen wurde die Rate vierteljährlich und durch den Ausgleichsfonds verzinst. In über 350 Paragrafen, 20 Novellierungen des Gesetzes und 80 Rechtsverordnungen ist dieser Vorgang kleinlichst geregelt worden. Die Befreiung der Kapitalisten von der Vermögensabgabe ist ausdrücklich vorgesehen, wenn sie selbst ein Aktienpaket durch den Krieg ,,verloren" haben. Schließlich, und das ist entscheidend, jede einzelne dieser Raten haben sie vollständig als Sonderausgabe oder bei Werbungskosten bei der Ermittlung des zu versteuernden Vermögens absetzen können.

Lastenausgleichszahlungen

Ausgezahlte Beträge in Mio. DM bis	1952	1959	1965	1972	1977
Hauptentschädigung		719,7	8072,7	16847,0	22803,0
Kriegsschadensrente	954,0	6486,1	15543,7	29084,0	37081,0
Wohnraumhilfe	619,0	2409,7	3499,4	5611,0	5611,0
Währungsausgleich	418,4	936,2	1072,9	1106,0	1109,0
Altsparentschädigung		949,1	2181,2	3629,0	4513,0
Landwirt. Darlehen	90,0	494,4	497,0	497,0	497,0
Förderung des Wohnbaus für Umsiedler	65,0	200,0	225,0	225,0	225,0
Hausratsentschädigung	940,3	6713,4	8053,5	8859,0	8963,0
Aufbaudarlehen	184,2	1075,3	1325,5	1767,0	1782,0
Arbeitsplatzdarlehen	49,2	123,6	216,7	282,0	282,0

Die Massen haben tatsächlich in diesen Ausgleichsfonds zahlen müssen. Über die Erhebung der Steuern sind dem Bundesausgleichsamt jährlich Millionen überwiesen worden. Während die Vermögensabgaben durch die Kapitalisten jährlich gesunken sind, wurden die Aufkommen aus Steuergeldern vom Lohn erhöht. 110 Milliarden DM sind über den Ausgleichsfond an ,,Leistungen" ausgezahlt worden. 53 Mrd. DM wurden über die Vermögensabgabe erhoben, was die Kapitalisten vollständig an zu zahlender Steuer haben absetzen können; 57 Mrd. DM sind den Massen abgepreßte Steuergelder. Für die Zukunft erwartet das Bundesausgleichsamt ,,Zuschüsse der Bundesregierung in Höhe von 78 Mrd. DM". Stellt somit die Einnahmeseite des ,,sozialen Jahrhundertwerks" nichts anderes als einen Ausplünderungsfeldzug dar, so ist die Ausgabenseite, das heißt die Zahlungen, die der Ausgleichsfonds getätigt hat, Subventionierung der Kapitalisten *und* Elendsrenten oder Almosen für die Arbeitermassen.

Leistungen werden gewährt für ,,Vertreibungsschäden, Kriegssachschäden, Ostschäden und Sparerschäden". Das liegt vor, wenn die Kapitalisten und Großgrundbesitzer im Deutschen Reich mit Gebietsstand 1937 ihre Anlagen, Fabriken, Grundbesitz und Aktienpakete lassen mußten. Ein Sparerschaden ist ,,die Minderung des Nennbetrages von Sparanlagen, die dadurch eingetreten sind, daß die Sparanlagen bei der Neuordnung des Geldwesens im Geltungsbereich der BRD im Verhältnis 10 zu 1 oder in einem ungünstigeren Verhältnis auf DM umgestellt worden sind". Zu den Sparanlagen zählen die Aktienpakete, Pfandbriefe, Rentenbriefe, Schuldverschreibungen, Schatzanweisungen des Reiches, die Ansprüche aus Lebensversicherungen, Grundpfandrechten usw., also Kapital, von dem die Arbeitermassen frei sind. Die Verluste sind aus hauptseitig den Volksmassen abgenommenen Geldern schadensersetzt worden, um auf dieser Grundlage die Arbeiter sodann wieder auszubeuten.

Die Formen der Subventionierung sind vielfältig, Hauptentschädigung, Währungsausgleichsentschädigung, Förderung des Wohnungsbaus für ,,Umsiedler", Aufbaudarlehen und Arbeitsplatzdarlehen. Letztere wurden den Kapitalisten für die Einstellung von Arbeitskraft aus den ,,Ostgebieten" zugeschossen. Pro Schaffung eines ,,Dauerarbeitsplatzes" waren das 5000 Mark.

Bis 1977 sind 22803 Millionen DM an Hauptentschädigung aus dem Ausgleichsfonds gezahlt worden, 1109 Millionen DM an Währungsausgleichsgeldern.

Die nebenstehende Tabelle gibt eine Übersicht über die ,,Leistungen" des Bundesausgleichsamts bis zum 31.12.1977

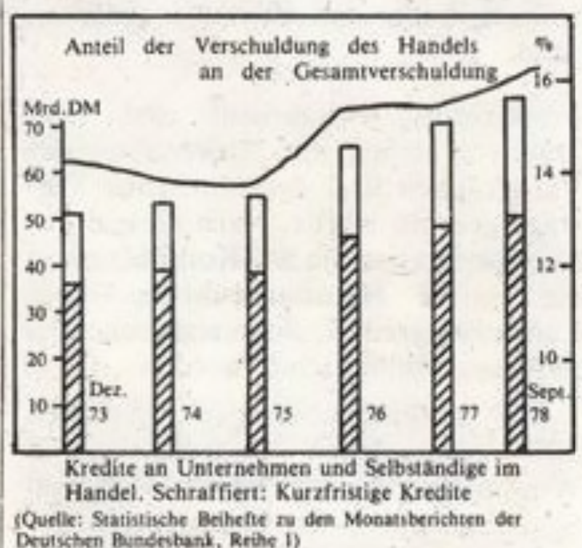
Posten wie Wohnraumhilfe, Hausratsentschädigung sind seit 1965 im wesentlichen gleichbleibend. Es sind zusammen mit der Kriegsschadensrente die ,,Leistungen", die die Massen für den Verlust ihrer Wohnung und Lebenskraft durch den imperialistischen Weltkrieg beantragen konnten. *Ob* und *wann* gezahlt wurde, nachdem der Antrag gestellt war, ist offen. Sowieso wird die Kriegsschadensrente nur gezahlt, wenn der Betroffene entweder 65 Jahre erreicht hat, oder durch Krankheit in der Gesundheit so ruiniert ist, daß er für die Dauer nicht mehr ausgebeutet werden kann. Die Sätze dieser Renten sind elend, die Kriegsschadensrente beträgt ca. 205 DM im Monat. Von 1953 66564 Rentenbeziehern ist die Zahl bis 1978 auf 11935 ,,gesenkt" worden. Zu diesen Posten der Beihilfen und Renten vermerkt das Bundesministerium für Finanzen unfroh, sie müßten wohl noch ,,jahrzehntelang gezahlt werden".

Die Bundesregierung hat ein neues Bezuschussungsgebiet eröffnet, wo die Gelder *heute* eigentlich hin sollen: ,,Die Aussiedler, die dank der Ostpolitik der Bundesregierung in großer Zahl gekommen sind, sind damit einzugliedern und zu entschädigen" (Finanznachrichten des BMW vom 9.2.79). Insoweit hat der Lastenausgleich seinen Zweck gewandelt. Durch Gesetzänderung ist die Subventionierung der ,,Flüchtlinge aus der DDR" rechtzeitig ermöglicht worden. Die Anlockung der qualifizierten Arbeiter aus der DDR zwecks Ausbeutung durch die westdeutschen Imperialisten entspricht den gewandelten Zielen. Anzumerken bleibt noch, daß die Bundesregierung sich die Ansprüche auf die verlorenen Güter und Gelder im ehemaligen Deutschen Reich im Falle der Entschädigung also bestätigen läßt, d.h. 110 Mrd. DM werden als Anspruch auf Eigentum in der DDR aufrechterhalten. ,,Der Lastenausgleich beruht auf der simplen Erkenntnis, daß alle Bürger unseres Landes ohne jede Ausnahme den Krieg verloren haben", schreibt der ,,Tagesspiegel" in seiner Laudatio.

Selbstarbeitende Einzelhändler – Angestellte der Handelsmonopole

An der Ausdehnung des Arbeitstages durch längere Öffnungszeiten haben die Handelsmonopole Interesse

z.alb. Als Teil ihres ,,Mittelstandsförderungsprogramms" haben die bürgerlichen Parteien die Ausdehnung der Ladenschlußzeiten wieder heftig ins Gespräch gebracht. Angeblich soll diese Maßnahme gerade den kleinen, selbstarbeitenden Einzelhändlern eine Chance geben und sie vor weiterer Verschuldung und damit dem Bankrott bewahren. Die Rechnung, die dabei aufgemacht wird: längere Verkaufszeiten, mehr Umsatz, höheres Einkommen, Vergrößerung des Geschäfts, mehr Umsatz ... Wer genügend arbeitet, schafft sich raus.



Kredite an Unternehmen und Selbständige im Handel. Schraffiert: Kurzfristige Kredite (Quelle: Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 1)

Jährlich ca. 10000 Geschäftsaufgaben bei den kleinen und mittleren Einzelhändlern verzeichnet die Statistik. Zu den Ursachen ein Bericht aus Schlangen, Ostwestfalen:

,,Um überhaupt das Geschäft zu erhalten und damit die Existenzgrundlage, ergibt sich eine Arbeitszeit von 10 bis 12 Stunden am Tag, auch samstags. Sonntags, an dem das Geschäft auch geöffnet ist, nochmal 4 bis 5 Stunden. Nebenbei werden noch andere Familienmitglieder eingesetzt. Dazu ist an einigen Tagen eine Teilzeitaushilfe beschäftigt, die dann im Monat nicht mehr als durchschnittlich 200 DM verdient.

Für den Einzelhändler kommt dabei heraus ein Gesamtbetrag der Einkünfte 1977 von 27783 DM brutto. Versicherungsbeiträge sind zu zahlen in Höhe von 4483 DM, davon absetzbar von der Steuer 4129 DM. Nach Abzug des Haushaltsfreibetrages von 3000 DM und 536 DM gezahlter Kirchensteuer wird ein Einkommen von 20055 DM versteuert. Die Einkommensteuer beträgt 4180 DM und 322,20 DM Kirchensteuer. Es bleibt also übrig davon, einschließlich Haushaltsfreibetrag, 18875 DM im Jahr. Das sind etwa über 1500 DM im Monat."

Die Verschuldung im Einzelhandel an das Finanzkapital steigt ständig. Am stärksten betroffen sind die kleinen Einzelhändler, die zur Bezahlung der Lieferungen immer häufiger kurzfristige Kredite aufnehmen müssen, weil sie die bezogenen Mindestabnahmemengen der Großhändler nicht in den festgesetzten Zahlungszeiträumen umschlagen können. Zu hohen Lagerkosten kommen so die Kreditkosten. Und weil die Verkaufs- und Lagerräume klein sind, muß das Sortiment eingeschränkt werden, was die Umschlagszeit für den Lagerbestand zusätzlich verlangsamt, denn Kundschaft wandert in den entfernteren Supermarkt ab, wo es wenigstens ,,alles unter einem Dach" gibt. Eine Erhebung im Lebensmitteleinzelhandel – dem von dieser Entwicklung am stärksten betroffenen Bereich mit ,,Abschlüssen im betriebswirtschaftlichen Minus" – gibt das in Zahlen wieder: Geschäfte mit einem Jahresabsatz bis zu 200000 DM wälzen den Lagerbestand 10,2 Mal im Jahr um, solche mit 2-5 Mio. Jahresabsatz 18,4 Mal.

Viel Warenkapital, kein Geldkapital – das Ende des selbständigen Einzelhändlers. Die Zahl der Verfahren wegen Zahlungsunfähigkeit im Einzelhandel ist 1977 um 2,5% gestiegen, nachdem sie schon 1976 um 4% höher lag als im Vorjahr. Um dem sicheren Bankrott zu entgehen, haben sich viele Einzelhändler frühzeitig ,,Einkaufsgenossenschaften" angeschlossen wie ,,Konsum" oder ,,EDEKA". Heute beherrschen 12 solcher Unternehmen 18% des Marktes. Den Vorgang beschreibt Walter Hesselbach, Vorstandsvorsitzender der Bank für Gemeinwirtschaft, in seinem Buch über die ,,Gemeinwirtschaftlichen Unternehmen" so: ,,Den einer solchen Kette angehörigen Einzelhändlern wurde nun das *Sortiment*, die *Kalkulation*, die *Abnahmemenge* usw. vorgeschrieben und ihnen dabei zugleich auch eine Reihe von Funktionen abgenommen, so daß sie sich voll auf das Verkaufen konzentrieren konnten. Seitdem müssen die Ketten als geschlossen am Markt operierende Lebensmittelfilialunternehmen angesehen werden" (S.79). Selbständig ist der angeschlossene Einzelhändler gerade noch bezüglich der finanziellen Haftung, bis sein Geschäft über Verschuldung ganz der Genossenschaft gehört und er auch juristisch nur noch ,,auf das Verkaufen konzentriert" ist. Seine Arbeitskraft eignet sich die Genossenschaft von Anfang an zur eigenen Profitvermehrung an.

Daß bei 1500 DM und einer 64- bis 77-Stunden-Woche, also einem umgerechneten Nettolohn zwischen 5 und 6 DM auch 10 zusätzliche Wochenstunden dem kleinen Einzelhändler nicht einmal die ,,Kapitaldecke" schaffen, um die Zinsen für die Kredite zurückzuzahlen, ist eine einfache Rechnung. Zum sicheren finanziellen Ruin bringt das nur den ebenso sicheren körperlichen durch die Ausdehnung der Überarbeit. Verlängerung der Ladenschlußzeiten – Mittelstandsförderung? Im Interesse der selbstarbeitenden Einzelhändler? Von wegen. Gesetzlich ,,ermöglichte" längere Ladenöffnungszeiten *zwingen* ihn zu dieser Überarbeit.

Lebensmittelabteilungen für Horten nicht profitabel genug: EDEKA übernimmt

z.haw. Über einen Kooperationsvertrag haben Horten und EDEKA beschlossen, die 58 Lebensmittelabteilungen der Hortenwarenhäuser in Zukunft von der EDEKA-Zentrale AG Hamburg ,,führen" zu lassen. Für Horten ist der Transport und die Lagerhaltung von Frischwaren für die über die gesamte BRD verstreuten Häuser zu kostspielig geworden. Horten-Vorstandssprecher Hebberich: ,,...daß wir das erreichte Niveau unserer Leistungsfähigkeit im Preis bei hoher Bedienungsintensität auf Dauer nicht mehr erreichen könnten." Und: ,,(Diese) Produktionsleistung des Handels sei heute rationell nur noch in größeren Einheiten – Fleischverarbeitungsbetriebe, Fruchtkontor Spezialager – kostengünstig möglich." Der Horten-Kapitalisten ist die Profitrate in diesem Bereich nicht mehr hoch genug. Die EDEKA -Zentrale AG mit 96,2% im Besitz der Regionalen EDEKA Genossenschaften und ,,größter förderwirtschaftlich strukturierter Zusammenschluß von Einzelhandelskaufleuten in Europa" (sie hat 22000 Einzelhändler unter ihrer Knute, die ihr einen Umsatz von 11 Mrd. DM erwirtschaften), soll die ,,logistischen Voraussetzungen" dafür mitbringen, die Ausbeutung in den Horten-Lebensmittelfilialen wieder profitabel zu gestalten. EDEKA verspricht sich von der Kooperation bessere Auslastung von vorhandenen Kapazitäten sowie eine ,,Zurückeroberung verlorengegangener City-Lagen".

Geht es um den Profit, werden alle Lehren über den Aufbau der Bodenfruchtbarkeit beiseite geschoben

z.rak. Die Kurve zeigt die Entwicklung des Weizenertrags je Hektar in Westdeutschland und die ausgebrachte Stickstoffmenge. Aus der Kurve wird dreierlei deutlich: Die Hektarweizenerträge nehmen jetzt nicht mehr so stark zu wie Mitte der sechziger Jahre. Die Ertragsschwankungen nehmen von Jahr zu Jahr zu. Gleichzeitig ist auch die ausgebrachte Stickstoffdüngermenge stetig gestiegen. Eine ähnliche Entwicklung wie beim Stickstoff gab es auch bei den anderen wichtigen Düngern Kali und Phosphor, aber auch bei den Pflanzenschutzmitteln.

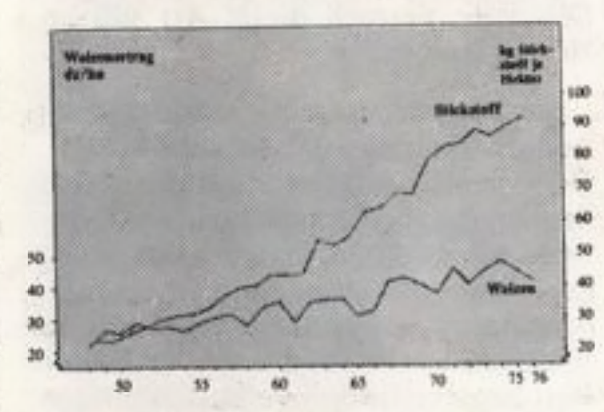
Ein durchschnittlicher Weizenhektarertrag von 40 bis 45 Doppelzentner pro Hektar ist sehr niedrig, mißt man ihn daran, daß Weizen theoretisch (nach Professor Baeumer, Göttingen) 250 dz/ha erbringen könnte; erst dann wäre die Sonnenenergie zur Produktion von Pflanzensubstanz in mittleren Breiten völlig ausgeschöpft – immer vorausgesetzt, die Pflanze wird ausreichend mit Wasser und Nährstoffen versorgt. Da liegt aber auch gerade der Grund für die niedrigen und immer weniger steigenden Erträge: Der Boden wird zwar immer besser mit Nährstoffen versorgt, diese können aber immer schlechter zur Pflanze gelangen, weil der Boden nicht in einen solchen Zustand versetzt wird, der es ihm ermöglicht, die Nährstoffe und das Wasser der Pflanze dann zu vermitteln, wenn sie es braucht. Das führt dann dazu, daß immer mehr zusätzlicher Dünger eine immer geringere zusätzliche Wirkung hat. Um das zu verhindern, muß der Boden eine schwammartige Krümelstruktur haben. Um eine solche Struktur stabil herzustellen, muß im Boden stetig ausreichend Humus aufgebaut werden, der die Bodenteilchen zu einem Schwamm verklebt. Humus kann nur aufgebaut werden, wenn genügend organische Stoffe dem Boden zugeführt werden, am besten Stoffe, die schon eine bestimmte Umwandlung oder Verrottung außerhalb des Bodens durchgemacht haben, wie Fäkalien, Mist und Klärschlamm. Vor allem müssen aber von Zeit zu Zeit solche Bedingungen geschaffen werden, daß der Boden organische Stoffe anreichern und Humus aufbauen kann. Aus diesem Grund muß in der Fruchtfolge ein Jahr Futtergras eingeschoben werden. Unter dem Gras herrscht Luftarmut; eine stürmische Umsetzung der organischen Stoffe wird verhindert und dies ist gleichzeitig eine Bedingung zum Humusaufbau.

Die kapitalistische Profitwirtschaft führt dazu, daß alle diese Regeln zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit in den Wind geschrieben werden und deren wissenschaftliche Untersuchung unterdrückt wird: Der Agrarkapitalist hat vor allem Interesse daran, die Ausbeutung der Landarbeiter zu intensivieren. Ihn interessiert eine hohe Verwertung seines Kapitals und nicht ein hoher Hektarertrag. Deshalb wird er sein Kapital zur Mechanisierung eines Zweigs der Landwirtschaft, Tierproduktion oder Ackerbau, verwenden, denn so kann er auf diesem einen Gebiet hoffen, schlagkräftiger als seine Konkurrenten auszubeuten. Natürlich wird er auf dem Gebiet der Pflanzenproduktion dann nur das anbauen, was er auch auf dem Markt losbekommt, also z.B. keine Futterpflanzen oder ähnliches. Die Folgen für die Bodenfruchtbarkeit sind: Es steht kein tierischer Dung mehr zur Verfügung und auf komplizierte Fruchtfolgen, die aber Voraussetzung für den Humusaufbau sind, muß verzichtet werden.

D.h., der Agrarkapitalist wird zwar überdurchschnittlich Nährstoffe in seinen Boden pumpen, er wird aber von der Bodenstruktur zehren. Da stabile Humusstoffe mehrere Hundert Jahre alt werden können, kann es unter Umständen recht lange dauern, bis das kriserhaft in Erscheinung tritt. Außerdem steigt die Anfälligkeit gegenüber Pflanzenkrankheiten, es muß mehr gespritzt werden. Der kleinere Bauer wird teilweise, um von der Konkurrenz nicht total niedergewalzt zu werden, mitziehen müssen. Doch wird sich bei ihm die Lage nicht so extrem darstellen, da er gezwungen ist, neben dem Ackerbau immer Viehzucht zu betreiben, da seine Fläche nicht ausreicht, um allein davon zu leben.

der Pflanze dann zu vermitteln, wenn beutung der Landarbeiter zu intensi- Ackerbau immer Viehzucht zu betrei-

In einer Diplomarbeit bei Professor Welte (Institut für Pflanzenernährung, Göttingen, Vizevorsitzender der „Internationalen Gesellschaft für Handelsdünger" und langjähriger Versuchsleiter bei der „Salz und Kali AG", Hannover) wurden diese Zusammenhänge dargestellt, kritisiert



und daraus der Schluß gezogen, daß nur eine gesellschaftliche Planung der Produktion den Aufbau der Bodenfruchtbarkeit ermöglicht. Welte hat die Arbeit mit '5' bewertet. Andere Wissenschaftler meinten, sie sei mindestens eine '3'. An der Fakultät wird der Kampf darum geführt, daß ein Zweitgutachter zugelassen wird. Dies haben die Professoren jetzt abgelehnt. Begründen konnten sie das nicht und haben sich jetzt einen Juristen bestellt, der das für sie machen soll. Gegen den Beschluß wird Einspruch erhoben. Die Arbeit wurde im November dem Ministerium für Landwirtschaft und Agrarreform in Syrien zur Verfügung gestellt und dort ins Arabische übersetzt. Damit wurde dem UNO-Beschluß entsprochen, daß den Ländern der 3. Welt die wissenschaftlichen Untersuchungen zur Verfügung gestellt werden, die zum Aufbau einer unabhängigen nationalen Wirtschaft von Bedeutung sind.

Arbeit wurde im November dem Mini-

In ihrem Brief an das syrische Landwirtschaftsministerium hat die Diplomandin geschrieben: „... , obwohl die Arbeit auf die klimatischen und ökonomischen Bedingungen in Westdeutschland bezogen ist, enthält sie einige Erkenntnisse über die nachteiligen Auswirkungen von einseitigen Maßnahmen zur Erzielung von kurzfristigen Gewinnen auf die Bodenfruchtbarkeit und auch Hinweise über die Grundprinzipien zur Wiederherstellung und Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit... Da die Landwirtschaft Syriens viele Jahre durch die Kolonialisten und Neokolonialisten nach diesem Prinzip der „Gewinnmaximierung" betrieben worden ist mit der Folge des Raubbaus am Boden und der Ruinierung der Lebensmittelversorgung des ganzen Volkes, stehen Sie jetzt vor der gewaltigen Aufgabe, die Landwirtschaft in Syrien wiederaufzubauen. Ich hoffe, daß diese Arbeit einen bescheidenen Beitrag dazu leisten kann."





z.mar. Anläßlich einer Sitzung der vom hessischen Landtag eingesetzten „Vogelsbergkommission" am 29.1.79 in Salz demonstrierten 50 Bauern gegen die brutale Wasserbeschaffungspolitik des Frankfurter Magistrats. Seit Juli 1977 werden bis zu 9000 m³ täglich abgepumpt und die Menge soll per Gerichtsbeschluß bis auf 19400 m³ täglich gesteigert werden. Um die Zugriffe der Kapitalisten zu sichern, ist die Zuständigkeit für die Wasserbeschaffung am 1.1.79 auf den Umlandverband Frankfurt (UVF) übergegangen.
Im Raumordnungsgutachten der Regionalen Planungsgemeinschaft heißt es dazu: „... Vor allem im landwirtschaftlichen Bereich dürften dadurch Existenzgefährdungen nicht ausgeschlossen sein. Aus Standorten, die aus der Sicht der dort lebenden Bevölkerung ungünstige Lebensbedingungen bieten, ... sollte die Abwanderung gefördert werden."

116 Bauern klagen gegen das Flurbereinigungsverfahren der Bezirksregierung Aurich

r.nij. Am 7.2.79 schrieb die Ostfriesenzeitung: „120 Bauern in Nesse und Westerende sind in Aufruhr geraten. Der Grund: ein von der Bezirksregierung im Jahre 1976 angesetztes Flurbereinigungsverfahren, das rund 200 Landwirte betrifft. 1644 ha. groß ist das Gebiet, das neu geordnet werden soll." Gegen diesen Beschluß der Bezirksregierung Aurich haben 135 Bauern Protest eingelegt. Sie erklären, daß sie zwar für Fortschritt seien, für eine rationelle Bewirtschaftung, aber das dürfte nicht auf ihrem Rücken ausgetragen werden. Der Regierungspräsident lehnte ihren Protest ab. Jetzt haben sie beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg Klage eingereicht, das Urteil steht noch aus.

Die Bezirksregierung führt als Grund für die Flurbereinigung an: „Sinn ... ist die Zusammenlegung zersplitterter und unwirtschaftlich geformter Grundstücke; sie sollen dabei nach neuzeitlich-betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten neu verteilt werden. Das Bauen neuer Straßen und Wege gehört ebenso dazu wie die Durchführung von bodenschützenden sowie verbessernden und landwirtschaftsgestaltenden Maßnahmen. Für die Landwirte soll der Arbeitsaufwand vermindert und die Bewirtschaftung erleichtert werden." Laut der Bezirksregierung zeigt die Besitzstandskarte die Notwendigkeit der Flurbereinigung.

Genau gegen die Folgen der Flurbereinigung wehren sich die Bauern. „Unser Hauptgrund für den Widerstand dagegen ist, daß wir kein gleichwertiges Land dafür bekommen werden," berichtete einer der Kläger. Das Gebiet zwischen Nesse und Westerende, das flurbereinigt werden soll, ist unterschiedlicher Qualität. Nördlich der Bahnlinie, die dieses Gebiet durchschneidet, liegt das weitaus bessere Land, südlich davon das Weideland, das von Ackerschachtelhalm bewachsen ist, einem schädlichen und giftigen Unkraut. Auch im Ackerbau ist dieses Gebiet nicht so ertragreich. Nun besitzen die Bauern sowohl nördlich wie südlich der Bahnlinie Ländereien, sodaß der gute und schlechte Boden so ziemlich gleichmäßig verteilt ist. Sieht man sich die Flurkarte an, fällt genau dieses Gebeit auf, weil eben diese Ländereien ziemlich zersplittert sind und unregelmäßige Flure haben. Die Bauern haben unter diesen Bedingungen das Land kultiviert. Sie haben Gräben gezogen und befestigte Zuwege gebaut, nur zum Teil sind diese Zuwege von der Gemeinde mitfinanziert worden. So der Bauer vom Schloßhof; er hat seine 40 ha. Land schon vor langer Zeit so arrondiert, daß sie in einem Stück liegen und von daher gut zu bewirtschaften sind. Auch die Zuwege bezeichnet der Bauer als günstig. Schließlich hat er auf eigene Kosten Wirtschaftswege anlegen lassen. Durch die Flurbereinigung würde alles zunichte gemacht werden. Ein Bauer aus Nessmergrode berichtete in der Ostfriesenzeitung, daß er nur Nachteile durch die Flurbereinigung befürchte. Seine in dem Verfahrensgebiet liegende Flurstücke würden infolge Grabenaushub und Einplanierung sowie anderer strukturverbessernder Maßnahmen schon so weit verbessert, daß weitere positive Verbesserungen nicht möglich sind. Außerdem liegen seine Ländereien günstig an einer nie versiegenden Viehtränke, die nach der Flurbereinigung dann wegfallen würde. „Ich habe nur Schaden davon", schimpfte er.

Genauso würden viele Bauern ihr gutes Land verlieren und sie hätten keinen Ausgleich für ihre schlechten Böden.

Weiter kommen hohe Kosten durch die Flurbereinigung auf die Bauern zu. Viele Gräben müßten zugeschüttet und neu ausgehoben, einige Zuwege weggerissen und neue errichtet werden. Für die ganze Flurbereinigung sollen alle Landwirte 3% ihres Landes unentgeltlich abgeben, und 20 Jahre lang ca. 25 DM pro ha bezahlen. Weiter äußerten die Bauern die Befürchtung, daß während des Flurbereinigungsverfahrens einige Bauern ihre Ländereien nicht bewirtschaften können, evtl. für die Dauer von 2 Jahren.

Das Flurbereinigungsverfahren ist eine Maßnahme, den kleinen Bauern ihre Existenz schneller zu ruinieren und den kapitalistischen Großbauern ihre Flächen rentabler zu gestalten. So kritisierte ein Bauer in einem Leserbrief, daß der Direktor der NLG, die an der Organisation der Flurbereinigung beteiligt ist, daß dieser das Land eines gelegten Bauern einem Jagdfreund zugeteilt hat.

Auf ihre 116 Klagen gegen das Flurbereinigungsverfahren hat das Oberverwaltungsgericht Lüneburg nur 11 Kläger zugelassen. Offenbar versucht das Gericht, die geschlossene Front der Ablehnung dieser Flurbereinigung zu spalten. Daraufhin haben die Bauern auf ihrer letzten Versammlung organisiert, gemeinsam zum Prozeß hinzufahren.

Mexikanische Landarbeiter, USA, kämpfen um Lohntarife

z.gek. Mit Riesenschritten geht die gewerkschaftliche Kampfbewegung der – meist mexikanischen – Farmarbeiter in den USA voran. Anfang dieses Monats haben zum ersten Mal sog. „illegale" mexikanische Saisonarbeiter auf der Arrowhead Ranch in Arizona, die z.T. dem Senator Goldwater gehört, einen Tarifvertrag erkämpft, der ihnen eine Erhöhung der Stücklöhne pro Korb gepflückter Zitronen auf 1,35 $ (gegenüber 0,60 $ 1977) bringt. – Für über 20000 Farmarbeiter in Kalifornien, die sich in jahrelangen Streiks die Anerkennung ihrer Gewerkschaft UFW durch die Pflanzer und Agrarmonopole erkämpft haben, sind seit 1. Januar die Tarifverträge gekündigt. Speerspitze dieses Kampfes sind die 3000 Salatpflücker auf 8 Großfarmen der Sun Harvest Corporation im Imperial Valley, Californien, die die 4. Woche im Streik stehen. „Kein mexikanischer Farmarbeiter, der so fühlt, wird diesen Streik brechen", hatte der Vorsitzende der UFW, Chavez, vorhergesagt, und tatsächlich konnten die Kapitalisten bisher keine nennenswerte Zahl von Streikbrechern finden, die ihnen die faulende Winterernte an Kopfsalat gepflückt hätten. Sofortige Lohnerhöhung von 3,70 auf 5,25 $ pro Stunde; Pausen von 20 Minuten alle 2 Stunden; höhere Zuschläge für Überstunden und Nachtarbeit sind die wichtigsten Forderungen des einjährigen Tarifvertrags, den die Arbeiter verlangen.

Irische Bauern gegen neue Steuerpläne der Regierung

z.rül.London Die irische Regierung hat

z.rül.London Die irische Regierung hat

im Parlament einen Antrag auf Erhebung einer Steuer von 2% für landwirtschaftliche Produkte eingebracht. Sie soll 90% der Produktion treffen, mit Ausnahme von Gemüse, Geflügel und Kartoffeln. Bisher zahlten 100000 der 243000 (1976) Bauern keine Steuern. 52% von ihnen erreichten 1978 keine 2000 Punt Jahreseinkommen, ein Drittel blieb sogar unter 1000 Punt (1 Punt = 3,50 DM). Die neue Steuer wird die Ausplünderung der Bauern durch den irischen Staat um 26,3% auf 60 Mio. Punt steigern und auf alle ausdehnen. Vor allem die 80000 Milchbauern werden durch diese Maßnahme getroffen. Mit durchschnittlich 10 Kühen pro Hof zählen sie bereits zu den ärmsten in der EG. Sie erzielten bisher einen Preis von 50 Pence pro Gallon, d.h. 42,5 Pfennig je Liter. Zusammen mit den für April erwarteten Beschlüssen der EG-Kommission zum „Abbau des Milchberges", die die Bauern mit ca. 6 bis 7 Pence je Gallon belasten, bedeutet die neue Steuer für sie eine Einkommenssenkung von mindestens 14%. Schon in der ersten Woche nach Vorlage des neuen Steuerplans führten die Bauern drei Protestkundgebungen vor dem Parlament und dem Landwirtschaftsministerium durch. Letzten Freitag beschloss der Irische Bauernverband, die Irish Farmers Association (IFA), gemeinsam mit anderen Verbänden landesweite Streikaktionen gegen die Regierungspläne.

Afrikanischer Erdnußrat verteidigt Preis des Rohstoffes

z.dab. Kurz nach ihrer Unabhängigkeit haben sich 1964 Gambia, Mali, Niger, Nigeria, Senegal und Sudan zum Afrikanischen Erdnußrat (AGC) zusammengeschlossen mit dem Ziel, einen angemessenen Preis zu erreichen, um die Grundlage für den Aufbau der nationalen Wirtschaft zu schaffen. Der Anteil von Erdnüssen und ihren Produkten am Export betrug z.B. bei Gambia 83%, bei Mali 24% und bei Senegal 59%. Diese Einseitigkeit ist das Vermächtnis kolonialer Ausplünderung, die dazu geführt hat, daß das ehemals fruchtbare Land durch Abholzen und Überweidung versteppte und nicht mehr viel anderes darauf wuchs. So war die Gründung des AGC eine direkte Antwort auf die Versuche der imperialistischen Staaten, sich diese Länder – über Plünderung der Rohstoffe durch die Lebensmittelkonzerne wie Oetker, Nestlé, Unilever – weiterhin zu unterwerfen. – Die Erdnuß ist einer der wichtigsten landwirtschaftlichen Rohstoffe zur Gewinnung von Speiseöl und zur Erzeugung von Margarine und wird wegen des hohen Proteingehalts (24 – 35%) zu hochwertigem Futtermittel und wegen des Stickstoffanteils zu Dünger verarbeitet; Eigenschaften, die sie zu einem wichtigen Rohstoff für den Aufbau der eigenen Landwirtschaft und Verarbeitungsindustrie machen. Mit einem Anteil von über 50% an der Weltausfuhr ist es dem AGC gelungen, die Preise stabil zu halten und sie von 1977 auf 1978 um 18% zu erhöhen.

Neue Wege zur „Beseitigung“ der Jugendarbeitslosigkeit

z.coi.Stockholm. Von den 1,3 Mio. schwedischen Jugendlichen zwischen 13 und 24 sind z.Zt. 120000 arbeitslos. Die Zahl der „offen“ arbeitslosen Jugendlichen betrug im August 1978 „nur“ 54000. Knapp 50000 in „halbjähriger Bereitschaftsarbeit“ (s.KVZ 3/79) und ca. 18000 in Schulungskursen der Arbeitsmarktverwaltung (AMS) gelten als beschäftigt. In seiner Zeitung empfiehlt der schwedische Kapitalistenverband (SAF) seinen Mitgliedern, „das Angebot an Bereitschaftsarbeitsplätzen“ weiter zu erhöhen, damit mehr Jugendliche praktische Erfahrung sammeln und dann die Besten für eine feste Anstellung ausgewählt werden können. Auf diese Weise versucht die Bourgeoisie das von der Arbeiterbewegung erkämpfte Kündigungsschutzgesetz, das die Anstellung zur Probe verbietet, zu unterhöhlen.

Die Regierung ergreift derweil flankierende Maßnahmen, um die Jugendlichen entsprechend den Anforderungen der Kapitalisten abzurichten. Am 1.2. beschloß sie, zusätzlich zu den sowieso einzuziehenden 50000 Wehrpflichtigen weitere 2000 auf „freiwilliger Basis“ im Herbst einzuberufen. Gelockt werden sollen die 18jährigen mit dem Versprechen, daß „Gediente“ es leichter auf dem Arbeitsmarkt haben, und mit dem erst kürzlich auf 1500 SKr. erhöhten Übergangsgeld nach Abschluß des Militärdienstes. Von den „offen arbeitslosen“ Jugendlichen über 18 Jahren bekommen nämlich 50% nur eine Arbeitslosenhilfe von steuerpflichtigen 65 SKr. pro Tag. Weiterhin hat die schwedische Schulministerin jetzt vorgeschlagen, berufsvorbereitende Kurse als 10. Grundschuljahr für Jugendliche einzurichten, die weder im Gymnasium Aufnahme noch eine Anstellung gefunden haben. Der erste Versuch dieser Art soll im Herbst starten.

Im Gespräch ist schließlich die Erhöhung der Gymnasiastenzahlen. 70 – 80% der Grundschulabgänger setzen heutzutage ihre Ausbildung im Gymnasium fort. Gut die Hälfte von ihnen geht auf die zweijährigen, berufsorientierten Gymnasienzweige, die in Wirklichkeit Berufsschulen sind. Der Rest besucht die drei- oder vierjährigen technischen und theoretischen Zweige, die unmittelbar zur Hochschulreife führen. Für die Praktika, die die Schüler der berufsorientierten Zweige bei den Kapitalisten oder beim Staat leisten, bekommen sie meist nur wenige Kronen von der Schule. Die Berufsschüler haben sich 1977 in einem zentralen Berufsschülerverband zusammengeschlossen und fordern die tarifliche Bezahlung der Praktikantenzeit.

Berufsschule in Rom besetzt – 6000 Schüler in einem Bau und 1000 Lire „Lohn“ am Tag

z.ulg.Rom. Ein Hauptgebäude, zwei Seitenflügel. Man würde schätzen, eine Schule für 700 Schüler, höchstens 1000. Doch in der Berufsschule „De Amicis“ in Rom sind 6000 zusammengepfercht, in zwei Schichten, sechs Stunden täglich. Dazu 600 Lehrer und 100 Hilfskräfte. Fünf bzw. drei Jahre dauert der Kurs zum Zahntechniker, Optiker, Röntgentechniker oder technischen Zeichner. Seit langem kämpfen Schüler und Lehrer gegen die unerträglich beengten Raumverhältnisse. Am 30. Januar sind sie mit 4000 zum Erziehungsministerium marschiert. Eine Delegation ist empfangen worden, ohne Ergebnis. Daraufhin haben die Schüler am vorletzten Montag die

träglich beengten Raumverhältnisse. Am 30. Januar sind sie mit 4000 zum Erziehungsministerium marschiert. Eine Delegation ist empfangen worden, ohne Ergebnis. Daraufhin haben die Schüler am vorletzten Montag die
Schule für zehn Tage besetzt.

Die meisten sind direkt nach der obligatorischen dreijährigen Mittelschule hierhin gekommen. Gleich nach der Schule feste Arbeit zu finden, ist fast unmöglich in Rom. Doch fast alle sind gezwungen, neben der Schule „schwarz“, d.h. ohne Tarif und Versicherung, arbeiten zu gehen. Außerdem, berichtet Aldo vom Besetzungskomitee, drängen die Lehrer darauf, sich irgendwo bei einem Zahnarzt, einem Ingenieurbüro Arbeit zu suchen. Denn die Labors sind so unzureichend, daß man dort unmöglich den Beruf lernen kann. Und so arbeiten die Jugendlichen täglich vier oder fünf Stunden, für 1000 Lire (2,20 DM) am Tag. Und wenn man die Schule abgeschlossen hat, fliegt man raus und wird durch einen neuen Schüler zum gleichen Taschengeld ersetzt.

Was sind die Forderungen? Der von der PCI beherrschte Schulbeirat hatte anfangs nur ein neues Gebäude und mehr Personal gefordert. Jetzt stellen die Schüler auch Forderungen zu den Inhalten der Ausbildung auf: Die Labors sollen ordentlich ausgestattet werden, damit der Überausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft eine Grundlage entzogen wird. Bei den nächsten Zeugnissen soll es eine Einheitsnote geben.



Nach der von Erziehungsminister Pedini geplanten Schulreform soll die Gratisausbeutung der Jugendlichen durch „Praktika“ in den Betrieben künftig verallgemeinert werden. Die Schüler vom „De Amicis“ haben sich deshalb mit anderen Schulen der Stadt in Verbindung gesetzt, um eine gemeinsame Demonstration gegen die Reform vorzubereiten.

Nachtarbeit in Ausbildungsverträgen

mah. Mitte November 78 verkündete die Pflegedienstleitung der städtischen Krankenhäuser Braunschweig, daß die Krankenpflegeschüler des 2. und 3. Lehrjahres bis zu 42 Nächte innerhalb der letzten beiden Ausbildungsjahre in der Nachtwache eingesetzt werden können. Eine von drei Kursen verabschiedete Resolution, die sich gegen den Nachtwacheneinsatz im Zusammenhang mit dem gesenkten Krankenpflegeschülertarif richtete, wurde auf der Personalversammlung Ende November verlesen.

Von 42 auf 30 Nächte ist der Dienstherr jetzt heruntergegangen, zur Anwendung ist der Nachtwacheneinsatz noch nicht gekommen. Der Dienstherr hofft, seine Pläne mittels Spaltung über die neu beginnenden Schüler durchzusetzen: Die Ausbildungsverträge wurden geändert, mit dem Vertrag müssen sich die Schüler auf 30 Nächte während der Ausbildung verpflichten. Vor zwei Wochen hat die SV der Krankenpflegeschule eine Unterschriftensammlung auf den Stationen gegen den Nachtwacheneinsatz und die Anrechnung der Schüler auf den Stellenplan begonnen. Große Teile des Pflegepersonals und der Ärzte unterstützen den Kampf der Krankenpflegeschüler, so daß die Pflegedienstleitung jetzt behauptet, daß der Inhalt dieses Briefes sachlich falsch sei, weil durch den Nachtwacheneinsatz der Schüler keine Stellen eingespart werden könnten, und daß alle, die diesen Brief unterschreiben, nicht ernst genommen werden würden.

In der Belegschaft gehen die Auseinandersetzungen derzeit darum, ob Nachtwache für die Ausbildung zur Krankenschwester nötig ist. Bestimmte Tätigkeiten, wie Medizinstellen u.a., könnten die Schüler nur nachts lernen, was jedoch daran liegt, daß viele Tätigkeiten vom Tag in die Nacht verlegt worden sind, weil sie am Tag mit dem reduzierten Personal nicht mehr zu schaffen sind. Deshalb haben die Schüler die Forderung „Kein Nachtwacheneinsatz“ mit der Forderung „Runter vom Stellenplan“ verbunden.

Sicher ist: sind die Stationen gegen den Einsatz der Schüler in der Nacht, kann dieser Plan des Dienstherrn nicht praktisch durchgeführt werden, da von den Stationen die Einteilung vorgenommen werden muß.

Überarbeit und Lohnsenkung durch Ehrenbergs neue „sozialversicherungspflichtige Tätigkeit“

z.klr. Mit dem 21. Rentenanpassungsgesetz vom 25.7.78 wurde der § 8 (Geringfügige Beschäftigung und geringfügige selbständige Tätigkeit) des Sozialgesetzbuches – Viertes Buch (SGB IV) geändert. Demnach liegt eine geringfügige, d.h. nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vor, wenn

„1. die Beschäftigung regelmäßig weniger als fünfzehn Stunden in der Woche ausgeübt wird und das Arbeitsentgeld regelmäßig im Monat ein Sechstel der monatlichen Bezugsgröße (das sind 1979 390 DM Lohn) ... nicht übersteigt,

2. die Beschäftigung innerhalb eines Jahres seit ihrem Beginn auf längstens zwei Monate oder fünfzig Arbeitstage nach ihrer Eigenart begrenzt zu sein pflegt oder im voraus vertraglich begrenzt ist, es sei denn, daß die Beschäftigung berufsmäßig ausgeübt wird und ihr Entgeld die in Nummer 1 genannten Grenzen übersteigt.

(2) Bei der Anwendung des Absatzes 1 sind mehrere geringfügige Beschäftigungen nach Nummer 1 oder Nummer 2 zusammenzurechnen. ...“

Die bis zum 31.12.78 gültigen Stichdaten waren 20 Wochenstunden, drei Monate bzw. 75 Arbeitstage im Jahr.

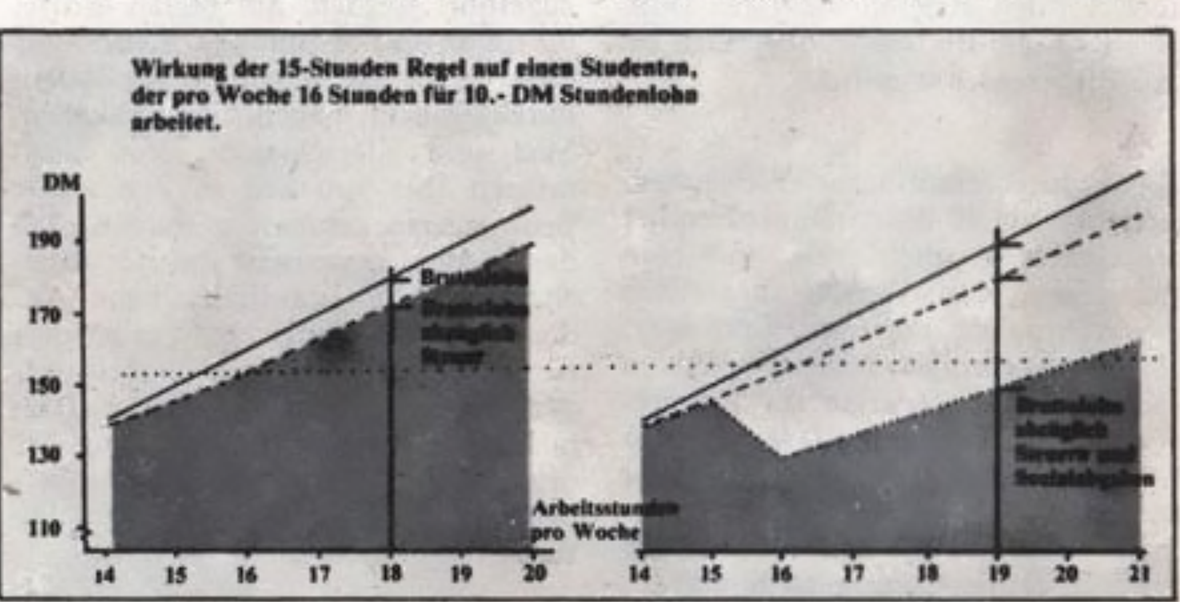
Ehrenbergs Absicht besteht darin, die Versicherungskassen durch die Beiträge der Arbeiter und Angestellten in Teilzeitarbeit zu füllen, die durch die bisherigen Regelungen zum großen Teil nicht sozialversichert waren.

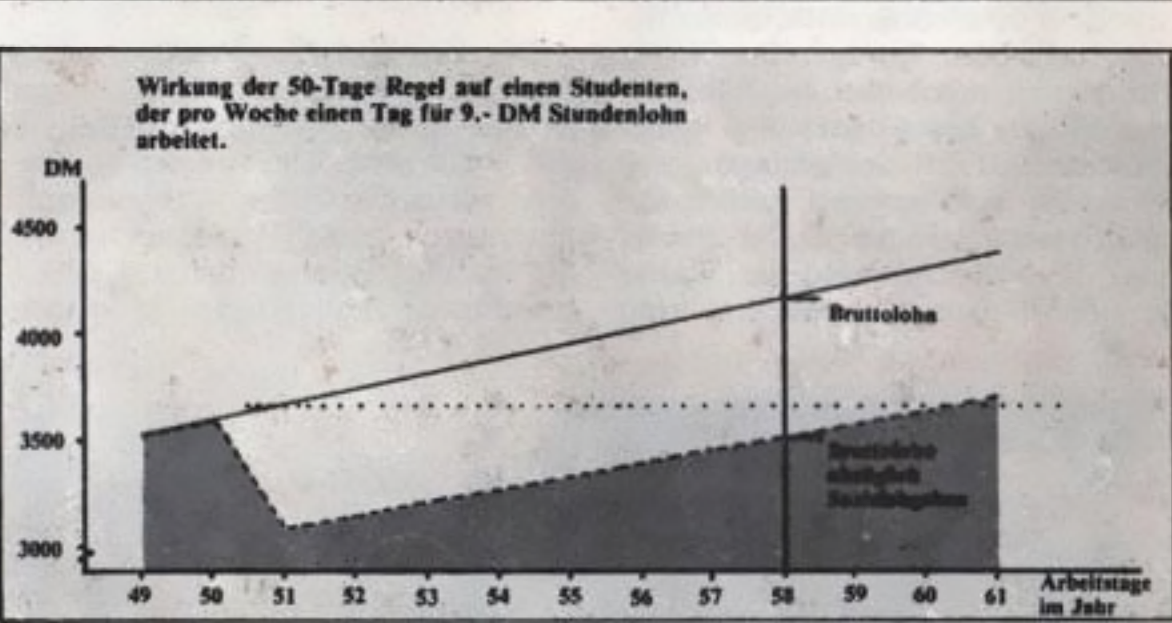
Wir haben die Wirkung der neuen Regelung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auf Studenten untersucht, die sich das Studium durch Lohnarbeit neben dem Studium finanzieren müssen. Ein Student, der bislang regelmäßig 16 Stunden die Woche arbeitet, und nach der 8. Sozialerhebung des deutschen Studentenwerkes arbeiten rund 200000 Studenten mehr als 15 Stunden, muß ab 1. Januar bei 16 Wochenstunden Sozialversicherungsabgaben von monatlich 103,50 zahlen. Um auf seinen bisherigen Monatslohn von 695,79 zu kommen, muß er ab Januar in der Woche 4 Stunden

mehr als 15 Stunden, muß ab 1. Januar bei 16 Wochenstunden Sozialversicherungsabgaben von monatlich 103,50 zahlen. Um auf seinen bisherigen Monatslohn von 695,79 zu kommen, muß er ab Januar in der Woche 4 Stunden

mehr arbeiten, die ihm den Arbeitstag noch weiter ausdehnen und die passende Ergänzung zur Verschärfung der Schein- und Prüfungsvoraussetzungen sind.

Ein Student, der bislang einen Tag in der Woche seine Arbeitskraft an einen Kapitalisten verkauft hat und jährlich 3672 DM verdient hat, erhält durch diese Ehrenbergreform 568,68 DM für Krankenversicherung, Arbeits-





losenversicherung und Rentenversicherung abgezogen. Er muß 1979 10 Tage mehr im Jahr arbeiten, um denselben Lohn wie 1979 zu bekommen.

Versicherung der Studenten in den allgemeinen Versicherungen der Arbeiter und Angestellten, Bezahlung der Beiträge durch den Staat, ist eine alte Forderung der Studentenbewegung, deren erster Bestandteil durch das Gesetz zur Krankenversicherung der Studenten aus dem Jahr 1975 erfüllt wurde – nur zu dem Preis, daß die Studenten selber die Beiträge zahlen müssen, und die liegen mittlerweile bei 31 DM pro Monat, für BAFöG-Bezieher bei 17 DM pro Monat. Den Rest zahlt der Staat. Bislang waren das 12 DM, durch das 6. BAFöG-ÄndG auf 14 DM erhöht. Bei nicht geringfügiger Nebenbeschäftigung „ruht“ diese Versicherung und muß eine zusätzliche Versicherung bezahlt werden. Über die Änderung der Regelung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung füllt Ehrenberg die Versicherungskassen 1979 mit rund 150 Millionen DM von denjenigen Studenten, die bis zu 20 Stunden regelmäßig pro Woche arbeiten.

Lohn wie 1979 zu bekommen.

Versicherung der Studenten in den allgemeinen Versicherungen der Arbeiter und Angestellten, Bezahlung der Beiträge durch den Staat, ist eine alte Forderung der Studentenbewegung,

cherungspflichtigen Beschäftigung füllt Ehrenberg die Versicherungskassen 1979 mit rund 150 Millionen DM von denjenigen Studenten, die bis zu 20 Stunden regelmäßig pro Woche arbeiten.

„Die Teilnahme an Lernkontrollen wird empfohlen“

Studienordnungen Deutsch und Englisch (Zweiphasige Lehrerausbildung)

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Kommunistischen Studentenbund Münster-Emsland für die Universität Abt. Osnabrück und Vechta, FH Osnabrück, Kath. FH

12. Februar 1979
Jg. 2 / Nr. 6

z.dem. Kürzlich haben die zuständigen Unterkommissionen Studienordnungsentwürfe für die Fächer Englisch und Deutsch in der Zweiphasigen Lehrerausbildung vorgelegt. Schon 1977 hatte WiMi Pestel in Form seiner Musterstudienordnung die Ausrichtung der „Studienreform“ an den niedersächsischen Hochschulen vorgenommen. Diese Musterstudienordnung beinhaltet die Reglementierung des Studiums durch seine Aufgliederung in „Grund- und Hauptstudium“, welches wiederum aus Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlveranstaltungen bestehen soll. Sie schreibt Leistungsnachweise, Klausuren und Zwischenprüfungen vor. Professor Utz Maas, Vorsitzender der UK Deutsch, behauptete unlängst auf einer Deutschstudentenversammlung, es liege nicht in der Absicht der UK's, die von der Bourgeoisie geplanten Studien- und Prüfungsverschärfungen umzusetzen; im Gegenteil, die UK's würden nach Strategien suchen, diese Pläne zu durchkreuzen.

Wir werden sehen, wie sich diese lobenswerten Absichten der UK's in den weitgehend wortgleichen Studienordnungen Englisch und Deutsch niedergeschlagen haben. Zum „Aufbau des Studiums“ legen beide Studienordnungen folgendes fest: „Für die Durchführung eines ordnungsgemäßen Studiums sind das gemeinsame Grundstudium und das Hauptstudium mit einem Schulpraktikum im Fach Deutsch (Englisch) zu absolvieren.“ Der direkt davor stehende Satz, der Aufbau des Studiums nach Grund- und Hauptstudium sei lediglich eine „Empfehlung“ an die Studenten, wird durch diese Festlegungen ad absurdum geführt. Die gleiche Verschleierungstaktik findet sich in den Äußerungen von Prof. Maas, die „Gliederung des Studiums“ sei doch eine „nützliche Orientierungshilfe“ für die Studenten, die durch die chaotische Studiensituation völlig verunsichert seien. Nun hat niemand etwas gegen eine fachliche Einführungsveranstaltung für Studienanfänger, in der den Studenten ein Überblick über die Studieninhalte und die Grundlagen ihres Faches vermittelt wird.

§9 des Studienplanes Deutsch jedoch verdeutlicht den wahren Zweck der „Gliederung“. „Für die Veranstaltungen des Hauptstudiums können in der Regel keine besonderen Veranstaltungen des Grundstudiums vorausgesetzt werden, sondern nur die Zielsetzung...“

Ein Beispiel für eine solche Zielsetzung aus dem „sprachwissenschaftlichen Kursfeld“: Die „selbständige Lösung begrenzter deskriptiver Aufgaben (phonetisch-phonologische Beschreibungen gesprochener Sprachsequenzen)“ des Grundstudiums umfaßt knapp zwei Seiten. Nach §9 kann jeder Student, der sie nicht erreicht hat, gleich den Seminaren des Hauptstudiums fernbleiben. Die Verfasser der Studienordnungen spekulieren darauf, daß die Studenten unter solchen Umständen die Seminare des Grundstudiums freiwillig besuchen und schreiben deshalb: „Eine Testatpflicht besteht nicht.“ Derselbe Paragraph legt jedoch für die „Durchführung eines ordnungsgemäßen Studiums“ das Belegen von „nicht weniger als vier SWS“ fest. Diese Festlegung liest sich wie eine Einladung an das Ministerium, die Testatpflicht im Nachhinein doch einzuführen, und zwar mit der Argumentation, ein Nachweis der Pflichtstunden sei ja schließlich erforderlich.

Besonders trickreich ist der Paragraph „studienbegleitende Lernkontrollen.“ Mit dem Argument, das Ministerium werde Zwischenprüfungen und Leistungsnachweise oktroyieren, wenn sie nicht wenigstens in „liberaler Form“ in der Studienordnung stehen, verlangen die Verfasser der STO's die freiwillige Unterwerfung der Studenten unter den Prüfungsdruck schon während des Studiums. Sie legen fest, daß in allen (!) Lehrveranstaltungen Lernkontrollen angeboten werden müssen, die Teilnahme der Studenten ist natürlich „freiwillig“, aber „die Teilnahme an Lernkontrollen wird empfohlen“.

Die Konsequenz kann man sich lebhaft ausmalen: Die Dozenten werden in den Seminaren Druck auf die Studenten ausüben, sich an den „Lernkontrollen“ zu beteiligen (Klausur, Kolloquium, Hausarbeit), z.B. mit dem Argument, es sei doch notwendig, zu überprüfen, ob die Kenntnisse der Studenten für das Hauptstudium ausreichen. Nachdem die „freiwillige Durchführung von Lernkontrollen“ erst einmal um sich gegriffen hat, wird es dem Wissenschaftsministerium leicht fallen, obligatorische Zwischenprüfungen einzuführen. Und damit hätte die Bourgeoisie ein Ziel erreicht: Das Überziehen des gesamten Studiums mit einem Netz von Prüfungsunterdrückung, um einen Teil der Studenten auszusieben. Diese Studenten finden sich „minderqualifiziert“ auf dem Arbeitsmarkt wieder und sollen entweder als Arbeitslose oder durch schlecht bezahlte „Hilfsjobs“ (Feuerwehrlehrer) Druck ausüben auf das Lohnniveau der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Die Studenten der ELAB im FG 7 haben in den letzten Semestern einen recht erfolgreichen Kampf gegen diese Pläne geführt; zum Beispiel haben sie die Einführung der regelmäßigen Leistungsnachweise verhindert. Auch die Studenten der zweiphasigen Lehrerausbildung müssen jetzt zusammen mit dem Fachschaftsrat 7 die Verabschiedung dieser Studienordnungen im Fachbereichsrat verhindern.

Baums 200 Millionen-Gorleben-Versicherung

z.rug. Verwaltungsakt in Bonn am 9. Februar 1979 zwischen dem niedersächsischen Finanzminister Kiep und dem Bundesinnenminister Baum: Unterschrift drunter, und mit 200 Millionen DM für die nächsten 4 Jahre kehrt Kiep nach Hannover zurück.

Für außerordentliche Kosten beim Bau der Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstoffe in Gorleben, heißt es, „vor allem für die Absicherung gegen Demonstrationen."

Ließen sich früher Fürsten ein Schloß bauen, dann war der erste Bauabschnitt der Wassergraben. Doch weder Wassergräben noch Zugbrücken verhinderten, daß Bauern und Leibeigene diese Dinger zum Brennen brachten. Versucht der westdeutsche Staat diese 12-Milliarden-Anlage in Gorleben zu bauen, dann ist der erste Bauabschnitt der lebendige Wassergraben, der von diesen 200 Millionen hingestellt werden soll: In der Garnison sollen über 1000 Mann Bundesgrenzschutz und Polizei fest stationiert werden. Bundeswehr war auch im Gespräch. Apel dementierte – erstmal.

Das imperialistische Energieprogramm, mit dem Zweck, durch Senkung des konstanten Kapitalteils die Profitproduktion sprießen zu lassen und zur Sicherung einer inländischen billigen und schnellen Versorgung mit Energie für Kriegsvorbereitung und Kriegsfall, ist der Grund, warum die Entsorgungsanlage nach dem Konzept der Bourgeoisie in Gorleben gebaut werden muß. Das imperialistische Energieprogramm ist ebenfalls der Grund, warum nach Meinung der Massen diese Anlage nicht gebaut werden wird. Das spürte auch der Bundestagsausschuß für Forschung und Technologie bei seinem Vor-Ort-Termin im Kreis Lüchow-Dannenberg. Mit über 145 Traktoren und Mähdreschern demonstrierten die Bauern zu dem Haus, wo der Ausschuß tagte, und übergaben eine Protestresolution gegen den geplanten Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben. Die Bauern protestierten: „Uns Landwirten gehen durch den Bau der WAA (Wiederaufbereitungsanlage) und ihrer Versorgungseinrichtungen über 1000 ha land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche verloren. Das ist die Existenzgrundlage von mindestens 20 mittleren Betrieben. Weiterhin drohen uns unzumutbare Belastungen durch Flächenzerschneidung, autobahnartiges Verkehrsaufkommen, Grundwasserabsenkung und der sichere Rufmord unserer landwirtschaftlichen Produkte."

Überzeugen von der Notwendigkeit und Nützlichkeit der Wiederaufbereitungsanlage konnte keiner der Herrn Abgeordneten die Bauern. Das geht auch nicht. Das liegt an den gegensätzlichen Interessen. Weil es diese gegensätzlichen Interessen zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse und den Volksmassen gibt, muß die Bourgeoisie den staatlichen Unterdrückungsapparat immer weiter ausbauen, und so wurde auch zwei Tage nach der Bauerndemonstration mit Niedersachsen der Vertrag über die 200 Millionen DM geschlossen. Und der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht, der gern aus dem Schafspelz lächelt, läßt den Wolf raus.

– Im niedersächsischen Landtag läßt er die Rechtgrundlage für das neue Polizeigesetz erarbeiten, wonach Handgranaten und Maschinengewehre von Polizeieinheiten gegen Demonstrationen benutzt werden können. Gewiß, ein Polizeiknüppel hilft nichts dagegen, daß über einen Wassergraben ein Ponton gelegt wird, daß der Stacheldraht einem Bolzenschneider weichen muß, daß Azetylen und Sauerstoff Panzerplatten schmelzen lassen. Die Schußwaffe für mittlere Entfernungen soll einsatzbereit sein.

– Die Strafen im Grohnde-Prozeß sind in Kraft, die Prozesse gegen 18 Grohnde-Demonstranten zum Eintreiben von 240000 DM „Schadenersatz" finden im April statt.

– In Salzgitter unterstützt der Bund den Ausbau der paramilitärischen Verbände. Im November, zum Zeitpunkt der Manöver der Besatzerarmeen, ließ der Staat die Feuerwehr, das DRK, ASB und THW zu einer Katastrophenschutzübung in Salzgitter ausrücken. Mit einer knappen Million DM soll der 2,5 qkm große Trakt des „Technischen Hilfswerks" ausgebaut werden. Inmitten der großen Automobil- und Stahlindustrie, unweit von Gorleben.

– In Braunschweig läßt die Polizeidirektion eine Übung durchführen: Frontalzusammenstoß 3t Betonmischer mit LKW mit radioaktiver Ladung, Ladung beschädigt, vier Verletzte, Absperrung mit Sicherheitsabstand.

Absperrung mit Sicherheitsabstand – das will die Bourgeoisie in Gorleben. Die 200 Millionen sind keine Lebensversicherung. Die Absperrung kann sie damit versuchen aufzustellen.

Kampf gegen die Dienstpflicht – Bericht vom Kongreß der Zivildienstleistenden

z.hot. Am 3./4. Februar fand in Frankfurt eine Bundesdelegiertenkonferenz der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden statt. Anwesend waren ca. 65 Delegierte von ca. 25 Ortsgruppen der SOdZDL. Aus den Berichten der Gruppen wie auch der Leitungsgremien ging hervor, daß die verschiedenen Angriffe der Bourgeoisie auf die Lage der Zivildienstpflichtigen, wie z.B. Kasernierung und verschärfte Anwendung des Dienstrechts, im großen und ganzen stecken geblieben sind und jetzt vielmehr in einzelnen Vorstößen, in „Projekten", vorgetragen werden. So z.B. der Einsatz von Zivildienstleistenden im „Umweltschutz" oder der „mobilen Altenhilfe".

Solche Versuche, die imperialistische Dienstpflicht auszuweiten und bei der Gelegenheit den Zugriff auf die Arbeitskraft im Zivildienst etwa durch die Einführung der Kasernierung zu verschärfen, wurden verurteilt, und es wurden Maßnahmen dagegen beraten. So wurde die Ausweitung des zivilen Arbeitsdienstes auf Frauen unter der Bezeichnung „soziales Jahr" einmütig verurteilt. Gleichzeitig aber gelang es den anwesenden Opportunisten und Revisionisten, an einigen Punkten den Angriff auf die Bourgeoisie und ihre Maßnahmen zu verhindern. So bei der Frage der „mobilen Altenhilfe". Angesichts der katastrophalen Lage in der Altenversorgung im Krankenhaus und in den Altenheimen seien die Alten auf die Arbeit der Zivildienstleistenden angewiesen und man mache sich daher mit seinem „Anspruch" als Zivildienstleistender völlig unglaubwürdig, wenn man dagegen ist, in der „mobilen Altenhilfe" zu arbeiten. So versuchten insbesondere die Revisionisten die ZDL'ler auf die Anerkennung der Beschlagnahmung ihrer Arbeitskraft durch den bürgerlichen Staat und ihre Vernutzung im „sozialen Bereich" festzulegen.

Dem hielten einige ZDL'ler ihre Erfahrungen entgegen. Sie machten deutlich, daß es um das Verwirklichen von „Ansprüchen" als ZDL'ler in der „mobilen Altenpflege" wirklich schlecht bestellt ist. Wenn man sich aufgrund der Arbeitshetze nur im Laufschritt durch die Wohnungen der alten Menschen bewegen kann und völlig hilflos dasteht, wenn diese, wie berichtet wurde, z.B. einen epileptischen Anfall kriegen, liegt der Gedanke, daß man als billige und völlig unqualifizierte Arbeitskraft eher das Sterben beschleunigen soll als hehre „Ansprüche" zu verwirklichen, wirklich näher. Aus Köln wurde berichtet, daß zusammen mit der Einrichtung von Sozialstationen, von denen aus die „mobile Altenhilfe" betrieben wird, ein Altenheim und die Pflegeabteilung eines Krankenhauses dichtgemacht wurden mit der Begründung, die Alten seien ja jetzt per Sozialstation „versorgt".

Schließlich gelang es den Revisionisten, zu verhindern, daß die Maßnahmen der Kapitalistenklasse zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen und zur Verschlechterung der medizinischen Versorgung verurteilt wurden.

Bezüglich der Ausweitung der Einsatzbereiche des Zivildienstes wurde eine Resolution angenommen, die den Zivildienst „im sozialen Bereich" toleriert, mit 21 zu 19 Stimmen. Das drückt eine Spaltung in der Einschätzung des Dienstverhältnisses zum bürgerlichen Staat aus. Soll aber der Kampf gegen den Arbeitsdienst vorankommen, so muß man mit allen Illusionen über einen „sinnvollen Dienst im sozialen Bereich" brechen. Entscheidend ist das Dienstverhältnis, das dem bürgerlichen Staat den schrankenlosen Zugriff auf die Arbeitskraft der Dienstpflichtigen erlaubt. Am 3.3. wird ein Aktionstag der SOdZDL stattfinden; man wird ihn nutzen müssen sowohl zur Organisierung des Angriffes auf die Dienstpflicht als auch zum Brechen mit allen Illusionen über sie.

Abrüstungs- und Entspannungspolitik im Bundestag – neue Waffensysteme der BRD-Imperialisten

z.wim. In der Bundestagsdebatte am vergangenen Donnerstag haben die drei Parteien der westdeutschen Finanzbourgeoisie sich gegenseitig überboten in der Beteuerung der Friedfertigkeit ihrer imperialistischen Interessen.

Herbert Wehner rühmt sich, dazu den Anstoß gegeben zu haben. In der BRD müßte der Entspannungspolitik in Europa durch eine eigene Abrüstungsinitiative neuer Schwung gegeben werden. Gegenüber einem holländischen Reporter ließ Wehner sogar hören, die sowjetischen Panzer stünden gar nicht zu einem Angriff auf die Staaten Westeuropas bereit, sondern hätten rein defensive Aufgaben.

Die BRD-Imperialisten haben große Probleme, ihre verstärkte Aufrüstung der jüngsten Zeit und die immer offenere politische Gängelung der anderen Staaten Westeuropas in friedfertigem Licht erscheinen zu lassen.

Sie haben 1,16 Mrd. DM allein für Flugzeuge des AWACS Luftüberwachungssystems der NATO ausgegeben. Das Heer wird noch in diesem Jahr mit dem Kampfpanzer Leopard 2, dem Lieblingsstück der westdeutschen Panzerwaffe, ausgerüstet. Es folgt ein neuer Panzerabwehrhubschrauber und Transportpanzer. Die Auslieferung des Spähpanzers Luchs ist abgeschlossen. Der Flugabwehrkanonenpanzer Gepard und der FLA-Raketenpanzer Roland sind in der Auslieferung. Die Luftwaffe hat den Alpha Jet, die MRCA-Tornado wird gebaut.

Die Marine hat sechs Fregatten im Bau, die vorhandenen Schiffe werden mit dem Schiff-Schiff-Lenkflugkörper MM 38 ausgerüstet. Diese stolze Bilanz hat die Bundesregierung Ende letzten Jahres der Presse vorgelegt.

Gegenüber dem Geschwätz von Abrüstung und Entspannung sind dies Taten und Tatsachen. Der machtvolle Drang des BRD-Imperialismus, sich im Windschatten des US-Imperialismus zum Zuchtmeister über Westeuropa aufzuschwingen und gleichzeitig bis in die weiten westlichen Bereiche der Sowjetunion strategische Waffen zu besitzen, steht an einem Punkt vor einem technischen und politischen Problem: Dem Fehlen eigener weitreichender Trägerwaffen für Mehrfach-Atomsprengkörper, mit denen die Sozialimperialisten auf Westeuropa zielen.

Das Gerede von Abrüstung und Menschenrechten (KSZE-Schlußakte), Truppenabbau (MBFR), Rüstungsbeschränkung (SALT II) wird geradewegs dazu führen, die Mittelstreckenrakete für atomare Mehrfachsprengköpfe in Europa und Westdeutschland zu stationieren. Die US-Imperialisten halten die neue Pershing-2-Rakete schon bereit.

Diese Waffen in Westdeutschland scharf zu haben, ohne einen Sturm der Empörung hervorzurufen, das ist im Kern der Zweck, auf den die Abrüstungsdiskussion gegenwärtig zielt.

Der Rauchvorhang, den die BRD-Imperialisten jetzt vor ihre Absichten in der Abrüstungsdebatte zu ziehen suchen, ist nicht neu. Bereits die Brandt'sche Ost- und Friedenspolitik war darauf gerichtet. Sie konnte seinerzeit noch eine gewisse Verwirrung stiften. An diese Variante sozialdemokratischen Verwirrmanövers will Wehner anknüpfen. Es gehört zu den parlamentarischen Betrugsmanövern der Bourgeoisie, vor jeder reaktionären Maßnahme die eine oder andere „liberale" Opposition ins Feld zu führen, um die Hoffnungen der Massen auf gerade diese Scharlatane zu binden.

Knüppelgarde gegen die Volksmassen

Japans Polizei und Armee ständig im Einsatz

z.mih. Tausende Polizisten und Einheiten der Armee waren notwendig, um die eisernen Wachtürme der breiten Volksbewegung gegen die Errichtung des neuen Tokioter Flughafens Narita auf seinem Gelände einzureißen und die Besetzer nach blutigen jahrelangen Auseinandersetzungen zu vertreiben. Gegen jeden Streik und jede Demonstration treten Polizei und Armee für die „Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit des Landes und den Schutz des Lebens und des Eigentums seiner Bewohner" an. „Allein" zu diesem Zweck ist die Polizei und Armee offiziell gegen den erbitterten Kampf der Volksmassen wieder geschaffen worden.

1946 wurden unter dem Diktat und der Befehlsgewalt der US-Imperialisten zwei getrennte Polizeisysteme geschaffen, die nationale Polizei und autonome Polizeitruppen für jede Stadt und für jedes Dorf, insgesamt 7600. Die Polizei war selbst in den großen Städten mit verhältnismäßig starken Kräften den machtvollen Kämpfen der Arbeiter und Volksmassen gegen die US-Besatzer nicht gewachsen.

Streikende Arbeiter besetzten die Fabriken, die sie selbst wieder aufgebaut hatten und nahmen die Produktion in die eigene Hand. Gegen die US-Besatzer wurde durch Sabotage die Staatseisenbahn lahmgelegt, und der Aufstand der japanischen und koreanischen Hafenarbeiter in Kobe konnte nur mit der Verhängung des Kriegsrechtes durch die USA niedergeschlagen werden. Die japanische Finanzbourgeoisie bemühte sich fieberhaft, die Wiederbewaffnung und die Schaffung einer überregionalen Polizei à la FBI unter eigenem Kommando gegen die Volksmassen durchzusetzen. Der Beginn der US-Aggression in Korea 1950 sollte dafür herhalten, damit „die kommunistische Aktivität in Japan entsprechend dem Vormarsch der Nordkoreaner in Südkorea" zerschlagen werden kann. Auf US-Anordnung entstand die Nationale Polizei, gegliedert in regionale Einheiten und die gesonderte Nationale Polizeireserve, die der japanischen Regierung direkt unterstand. Letztere war der Rumpf der künftigen Freiwilligen-Armee. Mit dem Abschluß des amerikanisch-japanischen Friedensvertrages und des Sicherheitspaktes in San Francisco 1951 wurde die Nationale Polizeireserve auf 75000 Mann und die Sicherheitstruppe zur See um 8000 Mann aufgestockt. Jeder Polizeisoldat erhielt als Anreiz 4500 Yen (12,6 $) Monatssold und eine 60000-Yen-Abfindung bei Dienstaustritt. 1954 wurden die Nationale Polizeireserve, die Sicherheitsstreitkräfte zur See und die neugebildeten Luftstreitkräfte zu den Japanischen Selbstverteidigungsstreitkräften zusammengefaßt. Heute sind die Japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte 238000 Mann stark. Die Armee (155000 Mann) ist mit ihren 13 Divisionen und den Versorgungsbrigaden im wesentlichen Reserve der Nationalen Polizei (200000 Mann). Die japanische Polizei trägt den Titel „der Welt effektivste".

1973 besetzten 60000 Polizisten zwei Monate die japanischen Bahnhöfe, um den Streik der Eisenbahner für das Streikrecht der Beamten und 30% Lohnerhöhung zu zerschlagen. Das Militär wurde als Streikbrecher eingesetzt. 1975 fuhr die Polizei über 5000 Einsätze gegen die Massenstreikbewegung der japanischen Arbeiterklasse und die Solidaritätskundgebungen und -demonstrationen der Volksmassen.

Um der Verschärfung der Klassenwidersprüche Herr zu werden, wird der Polizeiapparat ständig weiter aufgebläht. Es gilt, den Weg für Aggression und Expansion im Ausland freizumachen. Mit jährlichen Steigerungen um mindestens 15% erreichte das Militärbudget 1977 1,6 Mrd. Yen und das der Polizei 0,8 Mrd. Yen. Sonderkommandos zur „Terrorbekämpfung" wurden aufgebaut und die Razziengesetze verschärft. Die „Schlagkräfte" (insgesamt 100000 Mann), die Stoßtrupps der Polizei, führen mit Einheiten der Armee alljährlich Manöver zur inneren Sicherheit durch. Auf 500 Einwohner kommt ein Polizist. „An jeder Ecke" steht eine Polizeibox, von der aus Polizisten im Schichtdienst angehalten sind, die Volksmassen zu bespitzeln.

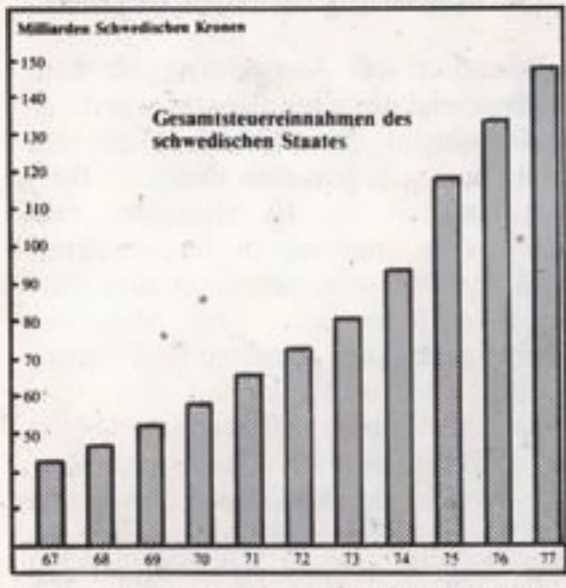
Doch der Apparat ist anfällig. Auf die Zersetzung von Polizeieinheiten hat die Regierung mit verschärfter Kasernierung geantwortet. Kommt die Vereinheitlichung der zersplitterten Kämpfe weiter voran, wird die japanische Polizei ihren Titel schnell verlieren.



4 Jahre lang haben die Bauern in der Umgebung des neuen Flughafens von Tokyo, Narita, mit Unterstützung der Volksmassen die Eröffnung des Flughafens, der ihre Existenz als Bauern bedroht, verhindern können. Im Mai 1978 stürmten 15000 Polizisten die von ihnen errichteten Barrikaden.

Imperialistische Raubritter

z.coi.Stockholm. Seit Wochen sorgt sich die schwedische Bourgeoisie öffentlich um die Gesundheit der Stockholmer Bevölkerung. Vor allem die Kinder seien durch Autoabgase und Verkehrslärm gesundheitlich gefährdet. Die Lösung dieser Frage sei ein nationales Problem. Um also den Automobilverkehr zu vermindern, hat jetzt eine Kommission den monatlich 200 – 300 Mio. SKr.-trächtigen Vorschlag ausarbeiten lassen, den zwischen 7 und 18 Uhr mit ihrem PKW in die Innen-



stadt einfahrenden Arbeitern täglich einen ,,Autozoll'' von 10 – 15 SKr. abzunehmen. Für diesen Zweck sollen rund um die Innenstadt 44 Kontrollstellen eingerichtet werden. Mit dem Bau von Parkhäusern vor der Innenstadt will die Kommission sicherstellen, daß ein Teil der begehrten Lohngelder, wenn schon nicht als ,,Autozoll'', so doch zumindest als Parkgebühren und anschließend als Fahrgeld für öffentliche Verkehrsmittel in die Staatskasse wandert. Der Vollständigkeit und vor allem der Gerechtigkeit halber sollen die Benutzer der Massenverkehrsmittel durch Erhöhung der Monatskarte von 70 auf 100 SKr. um weitere 125 Mio. SKr. geschröpft werden.

Doch damit ist die Bourgeoisie noch nicht zufrieden. Die staatliche Telefongesellschaft (Televerket) hat ihre Absicht geäußert, die Telefongebühren im voraus als Pauschale einzuziehen und wie bereits bei Strom und Fernheizung im Nachhinein zu verrechnen. Dies würde 400 Mio. SKr. auf einen Schlag einbringen und die Möglichkeit eröffnen, den Massen bei Zahlungsunfähigkeit das Telefon bereits im voraus abzustellen. Weitere 200 Mio. SKr. im Jahr sollen von den 15% ,,schwarzen'' TV-Besitzern eingetrieben werden. Dazu soll eine spezielle ,,TV-Gebührenzentrale'' eingerichtet werden, deren 140 Angestellte mit neuartigen, in Dänemark bereits mit ,,Erfolg'' getesteten Minidetektoren durch die Treppenhäuser schnüffeln sollen. Die lang angekündigte 50 Mio. SKr. schwere Einführung der Besteuerung der Freizeitboote hat die Regierung erst mal auf nach den Wahlen im Herbst verschoben.

Budapest: Zwangsvollstreckung und Räumung bei Mietrückstand

z.krk. 5 Mio. Forint Mieten konnten die Mieter staatlicher Wohnungen im vergangenen Jahr in Budapest nicht bezahlen. Die höchsten Schulden hatten die Mieter in den Arbeiter- und Neubauvierteln: in Angyalföld, Csepel und Obuda. In 385 Fällen ließ der Staat zwangsvollstrecken und kündigte 117 Mietern. Diesen Bericht veröffentlichte das Zentralorgan der ungari-

lette zwangseingewiesen. Bereits bei der Vergabe von staatlichen Wohnungen müßte überlegt werden, ob der neue Mieter wird bezahlen können oder nicht. Daher sollte man an Familien mit mehreren Kindern schon gar nicht erst moderne Neubauwohnungen vergeben, sie sollten sich mit dem schlechten und billigeren Altbau zufriedengeben, dann wird ihnen so et-

Budapest: Zwangsvollstreckung und Räumung bei Mietrückstand

z.krk. 5 Mio. Forint Mieten konnten die Mieter staatlicher Wohnungen im vergangenen Jahr in Budapest nicht bezahlen. Die höchsten Schulden hatten die Mieter in den Arbeiter- und Neubauvierteln: in Angyalföld, Csepel und Obuda. In 385 Fällen ließ der Staat zwangsvollstrecken und kündigte 117 Mietern. Diesen Bericht veröffentlichte das Zentralorgan der ungarischen Revisionisten, Népszabadság.

Die Zeitung weiß auch die Gründe für die Nichtzahlungen anzugeben: Arbeiterfamilien mit mehreren Kindern, wenn sie endlich die Möglichkeit haben, aus ihren Elendsquartieren in moderne Neubauwohnungen zu ziehen, können die monatlich anfallende Miete von 1000 Forint nicht mehr bezahlen. Nicht bezahlen können außerdem viele Rentner. Ein strenges Vorgehen fordert Népszabadság gegen diejenigen, die nicht zahlen können. Als gutes Beispiel wird die Praxis des Stadtrates vom VII. Bezirk hingestellt. Hier gibt es die wenigsten säumigen Mieter. Und wieso das? Weil ihnen ziemlich schnell Strom und Gas abgeschaltet wird, ,,was schon allen zu denken gibt''. Wenn auch diese Maßnahme nichts fruchtet, wird über das Gericht gekündigt und der Mieter in eine schlechtere, kleinere Wohnung ohne Bad und Toilette zwangseingewiesen. Bereits bei der Vergabe von staatlichen Wohnungen müßte überlegt werden, ob der neue Mieter wird bezahlen können oder nicht. Daher sollte man an Familien mit mehreren Kindern schon gar nicht erst moderne Neubauwohnungen vergeben, sie sollten sich mit dem schlechten und billigeren Altbau zufriedengeben, dann wird ihnen so etwas auch nicht passieren. Überhaupt müsse das Verfahren der Zwangsräumung beschleunigt werden, allerdings habe man Sorgen, da zu wenig Notunterkünfte für solche Fälle zur Verfügung stehen, so Népszabadság.

In Ungarn, insbesondere in Budapest und den Großstädten, herrscht große Wohnungsnot. Nur ein Bruchteil der Familien kann eine staatliche Wohnung bekommen. Für eine Eigentumswohnung, die sich die meisten inzwischen anschaffen müssen, müssen weit über 100000 Forint auf den Tisch geblättert werden, öfters sogar das vielfache davon. Die Regierung sieht im neuen Wohnungsbauprogramm vor, daß 1979 bei den Neubauten nur noch 24 Mrd. vom Staat, aber 27 Mrd. direkt von der Bevölkerung getragen werden sollen. Die Hälfte der anfallenden inneren Reparaturen müssen eh schon die Mieter bezahlen.

Britische Stahlarbeiter gegen Werksschließungen

z.rül.London. Mit Protestdemonstrationen, einer landesweiten Informationskampagne und Geldsammlungen kämpfen die britischen Stahlarbeiter gegen die Absicht der British Steel Corporation (BSC), die Werke in Corby (Northants) und Bilston (West Midlands) stillzulegen und die Produktion bis 1980 auf fünf große Werke an der Küste zu konzentrieren. Die 12000 Ar-



Protestdemonstration vor der BSC-Zentrale in London

beiter in Corby haben jetzt beschlossen, daß sie notfalls das Werk besetzen und die Produktion in eigener Regie weiterführen, wenn die Kapitalisten ihren Stillegungsplan nicht vollständig zurückziehen. Mit der Bekanntgabe der Pläne mitten in den laufenden Tarifverhandlungen versucht die BSC gleichzeitig, die Arbeiter zu spalten und eine Lohnsenkung durchzusetzen.

Inzwischen haben alle Gewerkschaften das 5%-Angebot der Kapitalisten abgelehnt. Vor einer Schlichtungsstelle der Regierung finden jetzt Verhandlungen für die 80000 Mitglieder der ISTC (Iron and Steel Trades Confederation) statt. Die ISTC-Führung vertritt gegenüber den Stillegungsplänen eine sozialchauvinistische Linie mit der Forderung ,,Britischer Stahl aus britischen Fabriken''. Die 30000 Mitglieder der Facharbeitergewerkschaften lehnten in der letzten Woche die Aufforderung der Gewerkschaftsführungen, in dieser Lage allein zu streiken, ab. Wie diese Gewerkschaften nun weiter vorgehen wollen, ist noch unbekannt.

Im letzten Jahr hat die BSC ihre Produktion bis Ende November um 2,2% senken müssen; ihr Anteil am britischen Stahlmarkt ist auf 80% gesunken (1970: 94%), von den Exporterlösen der 12 größten stahlproduzierenden Länder erzielte Großbritannien nur noch knapp über 4% (1970: 6%); im laufenden Geschäftsjahr wird ein Verlust von 350 Mio. Pfund (ca. 1,3 Milliarden DM) erwartet. Mit den Stillegungen und weiteren Rationalisierungsmaßnahmen will die BSC diese Lage ändern und sich auf dem Weltmarkt wieder nach vorn kämpfen. Die britischen Stahlarbeiter wollen jetzt Verbindung herstellen mit den französischen, die am letzten Freitag mit einem landesweiten Streik gegen die Pläne der französischen Stahlmonopole, 27000 Arbeiter zu entlassen, protestierten.

Kampf gegen Lohnraub: Haupttriebkraft in den Streiks der französischen Metallarbeiter

z.jon.Paris. In der Streikbewegung, an der sich ausgehend vom Kampf der Stahlarbeiter gegen die geplanten Rationalisierungen und 27000 Entlassungen in der Stahlindustrie immer größere Teile der französischen Arbeiterklasse beteiligen, treten die Lohnforderungen mehr und mehr in den Vordergrund. Die Belegschaft der zum Renaultkonzern gehörenden Kranfabrik SNAV hat nach dem Abbruch ihres Streiks gegen Entlassungen ihre Forderungen neu diskutiert und eine Lohnforderung von 165 F für alle gleich aufgestellt. In den ebenfalls zu Renault gehörenden Berliet-LKW-Werken haben die Arbeiter im Kampf gegen geplante Entlassungen die Forderung nach 350 F (1 F = 0,45 DM) für alle gleich zum Ausgleich der Lohnkürzung durch Kurzarbeit aufgestellt. In allen Berliet-Werken im Raum Lyon werden seit dem 22. Januar für diese Forderung Streikaktionen durchgeführt. In der Stahlindustrie werden die Löhne ebenfalls durch Kurzarbeit beschnitten. Im November 1978 bekamen die französi-



Stahlarbeiter zerstören Lohnsteuerunterlagen des Finanzamtes in Denain



Stahlarbeiter zerstören Lohnsteuerunterlagen des Finanzamtes in Denain

Preise, ausgedrückt in Bruttostundenlöhnen von Stahlarbeitern im Raum Paris

	Okt. 75	Okt. 76	Okt. 77	Okt. 78
Hilfsarbeiter (Bruttomonatslohn Okt. 78: 2172 F (–4,5% gegen 1977))				
1 kg Rindfleisch	3,49	3,46	3,21	3,72
1 kg Schweinenacken	1,65	1,60	1,41	1,54
1 Kinderhose	7,05	7,03	6,58	7,78
Facharbeiter P2 (Bruttomonatslohn Okt. 78: 3090 F (+10,7%))				
1 kg Rindfleisch	2,47	2,48	2,61	2,61
1 kg Schweinenacken	1,17	1,15	1,15	1,09
1 Kinderhose	5,30	5,04	5,36	5,46
Meister und Vorarbeiter (Bruttomonatslohn Okt. 78: 4834 F (+35,4%))				
1 kg Rindfleisch	2,13	1,97	2,04	1,67
1 kg Schweinenacken	1,01	0,91	0,90	0,69
1 Kinderhose	4,57	4,01	4,19	3,49

schen Stahlarbeiter für 58000 Kurzarbeitsstunden nur die Hälfte des Lohns. In KVZ Nr. 50/78 berichtete ein französischer Stahlarbeiter, daß sein Lohn nach der Umstellung der Produktion von Kontischicht auf Dreierschicht um 25% gekürzt worden sei bei gleichzeitiger Verlängerung der Arbeitszeit. Die bürgerlichen Gewerkschaftsführer wollen verhindern, daß der Kampf der Stahlarbeiter gegen die Rationalisierungen sich zu einem Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung selbst entwickelt. Sie wollen ihn in eine Kampagne zur Verteidigung und Stärkung der französischen Stahlmonopole im Konkurrenzkampf gegen ihre imperialistischen Konkurrenten umfälschen. Sie haben deshalb bisher verhindert, daß Lohnforderungen in der Stahlindustrie aufgestellt werden und sich der Kampf gegen die Massenentlassungen mit dem Kampf gegen den Lohnraub in der ganzen Stahlindustrie verbindet.

Der Metallarbeiterverband der CGT hat am 1.2. die ersten Ergebnisse seiner jährlichen Erhebung über die Löhne in der französischen Metallindustrie veröffentlicht. Die Untersuchung beruht auf der Erfassung der Löhne von 690770 Beschäftigten in der Metallindustrie (26% der Gesamtbelegschaft). Im Durchschnitt hätten sich die Metallarbeiter Lohnerhöhungen von 11,5% zwischen Oktober 1977 und Oktober 1978 erkämpft, schreibt die CGT. Damit wäre es den französischen Metallarbeitern im wesentlichen gelungen, bei einer offiziellen Preissteigerungsrate von 9,5% ihre Löhne zu verteidigen. Tatsächlich beweisen die Zahlen der CGT, daß die französischen Kapitalisten 1978 tiefe Einbrüche in die Löhne der unteren und mittleren Lohngruppen erzielen konnten.

Die CGT hat für jeweils sieben Lohn- und Gehaltsgruppen der Arbeiter und Angestellten in verschiedenen Zweigen der Metallindustrie die durchschnittlichen Bruttomonatslöhne bei 40 Stundenwoche für den Raum Paris, das übrige Frankreich und im Gesamtdurchschnitt ausgerechnet. Die durchschnittlichen Abzüge von Arbeiterlöhnen für Steuern und Versicherungen betrugen 1977 rund 20%. Auf Grundlage der CGT-Lohnerhebungen seit 1975 haben wir ermittelt, wieviele Bruttostundenlöhne Stahlarbeiter im Raum Paris für den Kauf von drei Artikeln aufbringen mußten. (Tabelle)

Die Zahl der in der Stahlproduktion beschäftigten Arbeiter ist von 109000 1975 auf 87000 im September 1978 gesunken. Die Spaltung durch die Arbeitslosigkeit macht, daß sich in der Entwicklung der Stahlarbeiterlöhne die Tendenz besonders krass zeigt, die für alle Zweige der Metallindustrie gilt: Senkung der unteren Lohngruppen bis einschließlich zu den mittleren Facharbeitergruppen und unverschämte Bestechung der höchstverdienenden Schichten der Arbeiterklasse, um sie als Agenten der Unterdrückung und der Verschärfung der Ausbeutung zu gewinnen. Für die Hilfsarbeiter und angelernten Arbeiter soll die Lohnsenkung bewirken, daß sie sich die notwendigen Lebensmittel nicht mehr leisten können und sich Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit widerstandslos unterwerfen.

Der Anteil der Metallarbeiter in den unteren Lohngruppen wächst. Das verstärkt die schädliche Wirkung der Senkung der relativ niedrigen Löhne. 1975 verdienten rund 24% der französischen Metallarbeiter soviel oder weniger als den Durchschnittslohn der untersten Lohngruppe der angelernten Arbeiter, OS 1, nämlich 1710 F. 1978 waren es rund 31%, die auf den Durchschnittslohn von OS 1 von 2455 F kamen oder darunter blieben.

Diese Erfolge in der Steigerung der Ausbeutung konnten die französischen Kapitalisten nur mithilfe von staatlicher Gewalt und der Zwangsarbeitsprogramme erzielen, die die französische Regierung organisiert, um die Arbeitslosenheere ausbeuten zu lassen. Im Rahmen des ersten ,,Paktes für die Beschäftigung'' hat der französische Staat 1977 475000 Lohnabhängige für sein Arbeitsbeschaffungsprogramm rekrutiert. Das entsprach 17,7% aller Be-

darunter blieben.

Diese Erfolge in der Steigerung der Ausbeutung konnten die französischen Kapitalisten nur mithilfe von staatlicher Gewalt und der Zwangsarbeitsprogramme erzielen, die die französische Regierung organisiert, um die Arbeitslosenheere ausbeuten zu lassen. Im Rahmen des ersten ,,Paktes für die Beschäftigung'' hat der französische Staat 1977 475000 Lohnabhängige für sein Arbeitsbeschaffungsprogramm rekrutiert. Das entsprach 17,7% aller Be-schäftigten in der Metallindustrie. 40% davon wurden zur Ausbeutung in feste Arbeitsverhältnisse vermittelt. 60% führten befristet im Rahmen von ,,Praktika'', ,,Lehrverhältnissen'' oder ,,Verträgen für Fortbildung und Beschäftigung'' Zwangsarbeit aus.

Erwachsene erhielten dabei 90% des gesetzlichen Mindestlohns (Oktober 1978: 1917 F). Jugendliche, die bis dahin noch keinen Ausbeuter gefunden hatten, erhielten für die Beteiligung an ,,Ausbildungspraktika'' von höchstens acht Monaten 75% des Mindestlohns, wenn sie über 18 Jahre alt waren, und 25%, wenn sie jünger als 18 waren. Die Masse der Arbeitslosen hat keine Wahl, als sich diesen Ausbeutungsbedingungen zu unterwerfen. Bei der Beratung des Gesetzes, mit dem im Januar dieses Jahres die Kürzung des Arbeitslosengeldes von 90% nach jedem Vierteljahr beschlossen wurde, wurde im französischen Senat bekanntgegeben, daß von den 1344123 im November 1978 gemeldeten Arbeitslosen 13% das Arbeitslosengeld von 90% des Lohns bekommen, das für ein Jahr bei Entlassung aus wirtschaftlichen Gründen gezahlt wird, 27% ein Arbeitslosengeld von 35% des Lohns, 18% eine ,,öffentliche Hilfe'' zwischen 410 und 495 F und 43% keinerlei Unterstützung.

Sozialimperialisten erzwingen Abwertung der indischen Rupie

z.wom. Nach fast vierjährigen Verhandlungen haben jetzt die Sozialimperialisten in ihrem Handel mit Indien eine Abwertung der indischen Rupie von 8,33 Rupien auf 10 Rupien gegenüber einem Rubel durchgesetzt. Beide Währungen sind nicht konvertierbar, so daß die Kurse für die Verrechnung des bilateralen Handels jeweils ausgehandelt werden müssen. Gleichzeitig haben die Sozialimperialisten mit Indien ein langfristiges Kooperations- und Handelsabkommen vereinbart, nach dem der bilaterale Handel jährlich um 15-20% steigen soll. Breshnew will bei seinem Indienbesuch im Frühjahr das Abkommen unterzeichnen. – Die Sozialimperialisten machen bei der Abwertung der Rupie einen großen Schnitt: Indische Exporte in die SU werden billiger, und Importe von den Sozialimperialisten werden teurer. Bislang hatte Indien immer mehr in die SU geliefert, als aus der SU bezogen. Jetzt wird die negative sowjetische Handelsbilanz auf einen Schlag besser. Nach der Abwertung ist der Rubel gegenüber der Rupie höher bewertet als ein Dollar, obwohl der sowjetische Rubel auf den internationalen Geldmärkten unter dem Dollar liegt. Indien kostet diese Abwertung mindestens 200 Mio. US-Dollar. Die Sowjetunion konnte sie erzwingen, weil Indien bei ihr verschuldet ist und weil sie sich die Erpressung der Carter-Regierung gegen Indien zunutzemachte, die kein angereichertes Uran mehr für die indischen Atomkraftwerke liefern will. So ist Bestandteil des vereinbarten indisch-sowjetischen Kooperations- und Handelsabkommens die enge Zusammenarbeit auf nuklearem Gebiet.

,,Betriebssoziologie'' in der UdSSR – schmieriger Betrug

z.pek. Ein Heer von ,,Betriebssoziologen'' haben die Sozialimperialisten auf die sowjetischen Arbeiter losgehetzt, um die ständige Verschärfung der Ausbeutung mit schmierigem Betrug zu übertünchen. In der Minsker Fabrik für Haushaltskühlschränke haben sie durch ihre besonders geschulten ,,Rationalisatoren'' den Leitspruch ,,Sogar nachts träume ich von diesen Maschinen'' als Vorbild für die ,,psychologische Atmosphäre der Besessenheit'' ausgeben lassen. Von Besessenheit kann bei den Arbeitern keine Rede sein, wenn sie durch den niedrigen Grundlohn gezwungen sind, sich für Prämien und Zulagen rund um die Uhr zu schinden. Das nutzen die Sozialimperialisten dann auch noch zur Knechtung und Demütigung der Arbeiter, indem sie ,,besonderen Wert auf die öffentliche Prämienverteilung'' legen. Um den Arbeitern die ,,Vorbilder der Schrittmacher'' vor Augen zu halten, wurde das Werksgelände mit Plakaten der Oberantreiber vollgepflastert. Selbst das Prinzip Befehl oder Bestrafung, mit dem jede sozialimperialistische Knechtung und Antreiberei durchgesetzt wird, wird mit betrügerischen Phrasen verkittet: ,,Verständnis mit den Unterstellten läßt sich mit den Worten ‚ich bitte' eher herstellen als mit den Worten ‚ich ordne an' ''.

Carter in Mexiko: Wie ein begossener Pudel

z.lik. Trotz Sombrero und seiner in Spanisch gehaltenen Rede erlebte Carter letzte Woche den Bankrott seiner Mexiko-Politik. Schon vor seiner An-

Zigeuner: Unterdrückte Nationalität in allen kapitalistischen Ländern

Dachorganisation der Zigeuner beantragt Aufnahme in UNO-Gremium

z.krk. „Wir hatten mal einen großen König, er war ein Zigeuner... Die Zigeuner wohnten alle zusammen, an einem Platz in einem wunderschönen Land", erzählen die Zigeuner über die Vergangenheit ihres Volkes.

Die ursprüngliche Heimat der heute in vielen Ländern der Welt zerstreut lebenden Zigeuner war Indien. Von dort machten sie sich um 1000 auf die Wanderschaft. Im 15. und 16. Jahrhundert sind sie in fast allen Ländern Europas zerstreut auf der Wanderschaft. „Elendt Volck, hat kein Vaterland, zeucht also müßig im Landt umher...", so berichtet eine deutsche Chronik aus 1628. Bereits im 15. Jahrhundert sind in fast allen diesen Ländern Anti-Zigeunergesetze verfaßt worden, die schwere Strafen für die umherziehenden Familienverbände vorsahen.

Als die Zigeuner als Nomaden die europäischen Länder erreichten, trafen sie dort auf im großen und ganzen feststehende Staatengrenzen und auf die feudale, stellenweise schon auf die kapitalistische Produktionsweise, was die Entstehung einer neuen Nation in Europa unmöglich machte. Eingliederung in die jeweiligen Länder hätte für die Zigeuner Unterwerfung unter die Leibeigenschaft oder die Lohnarbeit bedeutet, wogegen sie sich mit Recht gewehrt hatten. Ihr Widerstand war umso größer, da für sie der Ackerbau eine selten ausgeübte Tätigkeit war. Auf ihrer langen Wanderschaft eigneten sie sich hauptsächlich Berufe an, die dieser Lebensweise entsprachen: sie waren Kesselschmiede, Scherenschleifer, Pferdehändler, usw. Hinzu kam, daß sie ihre eigene, je nach Stämmen verschiedene Sprache sprachen.

Für die ganze europäische Geschichte der Zigeuner gilt: Sprachen die herrschenden Klassen der jeweiligen Länder von Eingliederung, so meinten sie stets Eingliederung in die Ausbeutung, Seßhaftigkeit war immer gleichbedeutend mit der Unterwerfung unter die Staatsgewalt und somit unter die herrschende Klasse. Die Geschichte der Zigeuner ist die Geschichte des Kampfes dagegen.

Die ersten gegen die umherziehenden Zigeuner verabschiedeten Gesetze in der Periode des Kapitalismus fallen zusammen mit den gegen das „Vagabundieren" geschaffenen. Sie richteten sich generell gegen alle, die auf diese oder jene Weise versuchten, dem Zwang der Lohnarbeit zu entgehen. Dort, wo die Zigeuner seßhaft geworden sind, behandelten sie die Feudalherren wie Sklaven. Ein Dokument aus dem Jahre 1736 berichtet aus Siebenbürgen, wie ein lokaler Feudalherr seinen entlaufenen Zigeuner-Leibeigenen zu Tode folterte.

Friedrich der Große wie Maria Theresia in der Monarchie haben versucht, die Zigeuner mit Polizeigewalt in für sie vorgeschriebene Dörfer zu pressen. In Württemberg wurden zwischen 1835 und 1838 die umherziehenden Verbände aufgelöst und über das ganze Land verteilt, und zwar so, daß die verwandten Familien am weitesten auseinanderkamen. Mit dieser Maßnahme sollte die Grundlage des organisierten Widerstandes, die gesellschaftliche Organisation der Zigeuner, zerschlagen werden. In den Dörfern wurden die Erwachsenen der Zwangsarbeit unterworfen, die Kinder wurden „in nützlichen Handreichungen unterrichtet."

Auch in der imperialistischen Epoche änderte sich nichts daran, daß die Maßnahmen, die die Bourgeoisie zur Unterwerfung der Zigeuner ergriff, sich gleichermaßen gegen die Arbeiterklasse richteten. So hieß auch folgerichtig das 1928 in Bayern erlassene Gesetz „Gesetz zur Bekämpfung der Zigeuner, Landfahrer und Arbeitsscheuen".

Ihren Höhepunkt erreichte die Unterdrückung der europäischen Zigeunerbevölkerung während des Faschismus. Sie wurden in allen vom deutschen Imperialismus besetzten Ländern in Arbeitslager gepreßt und schließlich in Konzentrationslagern umgebracht; von schätzungsweise 2 Millionen Zigeunern in Europa eine halbe Million, von den in Deutschland lebenden 300000 blieben nur 5000 übrig.

Heute dürften in der BRD ca. 30 bis 40000 Zigeuner leben, ihre Zahl hat sich hauptsächlich durch die Einwanderung seit dem 2. Weltkrieg vergrößert. Die westdeutsche Bourgeoisie brüstet sich gern mit den angeblich so hohen Wiedergutmachungen, die an die Zigeuner gezahlt worden sein sollen. Tatsache ist dagegen, daß die gezahlten Summen auf kleinlich gehässige Weise auf Kleckerbeträge von 3-5000 DM runtergedrückt worden sind, wobei die Ansprüche einer großen Zahl von Antragstellern abgelehnt wurden, mit der Begründung, sie seien nicht aus „rassischen Gründen", sondern wegen „asozialem und kriminellem Verhalten" oder gar aus „Sicherheitsgründen" verfolgt worden.

„Wir frieren viel und hungern, Kinder müssen alle sterben" – so kennzeichnete die Lage der Zigeuner in der BRD einer ihrer Stammesführer 1977. Auf vom Staat bewußt dem Verfall überlassenen Lagerplätzen leben sie unter wahrhaft unmenschlichen Bedingungen. Da ihre traditionellen Berufe durch die große Industrie zerstört wurden, stellen sie einen Teil der industriellen Reservearmee oder sind die billigsten Hilfs- und Gelegenheitsarbeiter. Als Empfänger staatlicher „Wohltätigkeit" sind sie dauernd der Kontrolle und Schikane des Staates und der unmittelbaren Polizeigewalt unterworfen. Durch Abschiebungen soll schon eine schlichte Aufenthaltsgenehmigung als Gnade und Wohltat erscheinen. Die Inhaber von Fremdenpässen müssen sich alle drei Monate bei der Polizei melden, ansonsten droht ihnen das Gefängnis.

Insgesamt leben heute in der Welt ca. 10 Millionen Zigeuner. Ihre Lage in den anderen kapitalistischen Ländern ist nicht anders als in der BRD. In Frankreich wie in Italien stehen Polizeiüberfälle auf ihre Lager auf der Tagesordnung. In Spanien, wo die meisten Zigeuner in Westeuropa leben, hausen 75% in Blech- und Lehmhütten am Rande der großen Städte, 80% haben keine feste Arbeit, 73% sind Analphabeten.

Von den osteuropäischen Ländern leben nach Rumänien in Ungarn die meisten Zigeuner, an die 350000. Hier heißt das Programm „Eingliederung". Hatten 1961 erst ⅓ der arbeitsfähigen Männer gearbeitet, so sind heute bereits über 80% in die Lohnarbeit gepresst worden. Der Widerstand wird dadurch gebrochen, daß ihnen der Gebrauch der eigenen Sprache verboten wird: die Kinder werden in ungarische Schulen gezwungen. Da sie sich jedoch weigern, die ungarische Sprache anzunehmen, werden sie in Sonderschulen gesteckt. 28,4% aller Sonderschüler sind Zigeuner, die Hälfte der Insassen der Heime ebenfalls. Die Zerstörung der Muttersprache geht bereits so weit, daß 72% aller Zigeuner nur noch ungarisch sprechen, was ihren Zusammenschluß als unterdrückte nationale Minderheit stark behindert.

Die Zigeuner in der ganzen Welt streben den Zusammenschluß an. Die Vereinigung europäischer Zigeuner („United Gypsies of Europe") hatte ihren ersten Kongreß bereits 1933. Es gibt auch zahlreiche Zusammenschlüsse in einzelnen Ländern, die sich im Kampf mit dem jeweiligen Staatsapparat behaupten müssen. So ließ z.B. de Gaulle seinerzeit die zwei französischen Zigeunerkomitees verbieten. Das „International Gypsy Committee" hatte schon vor Jahren die UNO aufgefordert, die Forderung der Zigeuner nach Selbstverwaltung in den einzelnen Ländern zu unterstützen. In diesem Monat erst wandte sich die Dachorganisation der Zigeuner aller Länder an die UNO, mit dem Antrag um Aufnahme in den Wirtschafts- und Sozialrat. Sie fordert „die rechtlichen und sozialen Grundlagen herzustellen, die ein Volk braucht, um leben zu können und sein reiches kulturelles Erbe zu erhalten."

gen Wanderschaft eigneten sie sich hauptsächlich Berufe an, die dieser Lebensweise entsprachen: sie waren Kesselschmiede, Scherenschleifer, Pferdehändler, usw. Hinzu kam, daß sie ihre eigene, je nach Stämmen verschiedene Sprache sprachen.

Für die ganze europäische Geschichte der Zigeuner gilt: Sprachen die herrschenden Klassen der jeweiligen Länder von Eingliederung, so meinten sie stets Eingliederung in die Ausbeutung, Seßhaftigkeit war immer gleichbedeutend mit der Unterwerfung unter die Staatsgewalt und somit unter die herrschende Klasse. Die Geschichte der Zi-

Unterwerfung der Zigeuner ergriff, sich gleichermaßen gegen die Arbeiterklasse richteten. So hieß auch folgerichtig das 1928 in Bayern erlassene Gesetz „Gesetz zur Bekämpfung der Zigeuner, Landfahrer und Arbeitsscheuen".

Ihren Höhepunkt erreichte die Unterdrückung der europäischen Zigeunerbevölkerung während des Faschismus. Sie wurden in allen vom deutschen Imperialismus besetzten Ländern in Arbeitslager gepreßt und schließlich in Konzentrationslagern umgebracht; von schätzungsweise 2 Millionen Zigeunern in Europa eine

trolle und Schikane des Staates und der unmittelbaren Polizeigewalt unterworfen. Durch Abschiebungen soll schon eine schlichte Aufenthaltsgenehmigung als Gnade und Wohltat erscheinen. Die Inhaber von Fremdenpässen müssen sich alle drei Monate bei der Polizei melden, ansonsten droht ihnen das Gefängnis.

Insgesamt leben heute in der Welt ca. 10 Millionen Zigeuner. Ihre Lage in den anderen kapitalistischen Ländern ist nicht anders als in der BRD. In Frankreich wie in Italien stehen Polizeiüberfälle auf ihre Lager auf der Ta-



90% der Zigeuner in der Sowjetunion haben die neuen Bourgeois zur Seßhaftigkeit und Lohnarbeit zwingen können. Das Bild zeigt einen Zigeuner-Arbeiter in der Sowjetunion und ein Elendsquartier in der CSSR.

SPD-Jahn fordert Verankerung des „Naturrechts am Eigentum" in portugiesischer Verfassung

z.elb.Brüssel. Jahn, SPD, ehemals Justizminister, möchte sich am liebsten aufs Gesetzeändern in Portugal verlegen. Er fordert von der EG-Kommission nichts weniger, als daß sie gefälligst die Verfassung Portugals zu revidieren hätte. Denn: Trotz Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention, die selbstverständlich auch das „Menschenrecht" der Bourgeois am Privateigentum der Produktionsmittel enthält, kann die portugiesische Regierung nicht so einfach den Art. 82 ihrer Verfassung über Bord werfen. Nach diesem Artikel, der Resultat der Kämpfe der portugiesischen Arbeiter und Bauern ist, kann das Eigentum von Großgrundbesitzern und Kapitalisten ohne irgendeine Entschädigung enteignet werden. Das Auslandsinvestitionsgesetz vom April 1976, das die Imperialisten der portugiesischen Regierung

ligst die Verfassung Portugals zu revidieren hätte. Denn: Trotz Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention, die selbstverständlich auch das „Menschenrecht" der Bourgeois am Privateigentum der Produktionsmittel enthält, kann die portugiesische Regierung nicht so einfach den Art. 82 ihrer Verfassung über Bord werfen. Nach diesem Artikel, der Resultat der Kämpfe der portugiesischen Arbeiter und Bauern ist, kann das Eigentum von Großgrundbesitzern und Kapitalisten ohne irgendeine Entschädigung enteignet werden. Das Auslandsinvestitionsgesetz vom April 1976, das die Imperialisten der portugiesischen Regierung

aufgezwungen haben, legt Garantien für Eigentum und „Rechte" ausländischer Investitionen und Enteignung nur gegen Entschädigung fest. Doch das reicht dem werten Herrn EG-Vertreter der BRD-Imperialisten nicht aus. Er hätte es gern grundgesetzlich, also fragt er bei der EG-Kommission an, zu einer Zeit, als die letzte Regierung Portugals am Kampf der Bauern gegen den Raub ihres Landes endgültig scheiterte: Ob die Kommission nicht auch wie er der Meinung sei, „daß mit diesem portugiesischen Vorbehalt die Aushöhlung des natur- und völkerrechtlichen Grundsatzes vom Schutz des Eigentums erfolgt?" Das kapitalistische Privateigentum als Naturrecht: Der Himmel hat's gesandt, und die Imperialisten sind berufen, es zu schützen.

In Portugal ist den EG-Imperialisten dieser „Schutz" zwecks Ausplünderung äußerst wichtig, allen voran den BRD-Imperialisten, die bei den Direktinvestitionen alle anderen Länder, einschließlich die USA, auf die Plätze verweisen. Von 82,7 Mio. DM Direktinvestitionen 1970 haben sie es bis 1977 auf 436,3 Mio. DM gebracht. Die immer negativer werdende Zahlungsbilanz Portugals, durch eine Unmasse von Krediten, deren Zinsen sich inzwischen





Portugiesische Arbeiter demonstrieren gegen das Mota Pinto-Regime

auf 200 Mio. $ belaufen, von den Imperialisten gefördert, nutzten sie Anfang 1977, die Abwertung des Escudo um 15% zu erpressen. An einen Kredit des IWF über 740 Mio. $ stellten sie Anfang 1978 die Bedingung, die Bauernbewegung zu zerschlagen. Bisher ist die Durchsetzung dieser Bedingung am Kampf der Bauern gescheitert.

Damit bei der europäischen Eingemeindung auch alles seine imperialistische Naturordnung hat, fordert Jahn von der EG-Kommission, alles zu tun, „damit die portugiesische Regierung keine Eigentumsverletzungen ausländischer Staatsbürger vornehmen kann und daher zur Einhaltung dieser Völkerrechtsgrundsätze verpflichtet werden muß." Sollte es die portugiesische Regierung wagen, sich diesen imperialistischen Unterwerfungsabsichten zu widersetzen, so hält Jahn eine Empfehlung bereit: keine weiteren Kredite von der Europäischen Gemeinschaft.

---

kunft haben Zehntausende in Demonstrationen und Kundgebungen, zu denen Gewerkschaften und antiimperialistische Organisationen aufgerufen hatten, protestiert. Carter, in Gestalt einer riesengroßen Pappuppe, wurde öffentlich verbrannt. Die Massen forderten: Nutzung der Naturreichtümer Mexikos für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft und die Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes sowie die Respektierung der Rechte der mexikanischen Arbeiter in den USA. Über 3 Millionen von ihnen, sogenannte „illegale Arbeiter" werden allein bei der alljährlichen Zitrusernte zu elendem Lohn dort ausgebeutet. 70% der Exporte Mexikos eignen sich die US-Imperialisten billig an, während umgekehrt Mexiko 60% seiner Importe für teures Geld aus den USA beziehen muß. Bisher sind die Versuche der US-Imperialisten, das mexikanische Erdöl und Erdgas unter den Preis des Weltmarktes zu drücken, gescheitert. Mexiko weigert sich, sein Öl und Gas unter dem von der OPEC vereinbarten Preis zu verkaufen. Der zuständige Staatssekretär hat gesagt: „Lieber verbrennen wir das Erdgas, als daß wir es den Yankees schenken." Die 1977 gebaute 850 Meilen lange Erdgaspipeline bis zur Grenze der USA ist deshalb außer Betrieb. Stattdessen nutzt Mexiko sein Erdgas für die eigene Industrie und verhandelt mit Costa Rica über den Bau einer Pipeline.

Nicaragua: National-Patriotische Front gebildet

z.rül.London. Das Volk von Nicaragua bereitet unter Führung der sandinistischen FSNL eine neue Offensive zum Sturz des Somoza-Regimes vor, nachdem es den „Befriedungsplan" der US-Imperialisten, der eine „Volksabstimmung unter internationaler Kontrolle" vorsah, zu Fall gebracht hat. Auf einem Kongreß mit mehr als 3000 Teilnehmern wurde eine „Nationale-Patriotische Front" zum Sturz des Somoza-Regimes gebildet, der die Union der Arbeiter Nicaraguas, die Arbeiterfront, die Gewerkschaft der Radioreporter Managuas, sowie bürgerliche Parteien und Organisationen wie die „Bewegung der 12", ein Zusammenschluß aus Kapitalisten und Kleinkapitalisten, Priestern und Professoren, angehören. Die Kräfte der sandinistischen FSNL haben sich nach den schweren Kämpfen des letzten Jahres reorganisiert und erneut bewaffnet. Die US-Imperialisten fürchten inzwischen um ein Ausbreiten des bewaffneten Kampfes auf ganz Mittelamerika. Sie lassen das Somoza-Regime über ihren zionistischen Kolonialstaat versorgen, während sie offiziell die Waffenlieferungen und die Kredite gesperrt haben. Carter forderte die Regierungen Lateinamerikas, insbesondere Panamas und Venezuelas, die die Sandinistas mit Waffen unterstützen, auf, „die Ausbreitung von Gewalt zu unterbinden".

Supermächte betreiben weitere Teilung Zyperns

z.scc. In Mißachtung mehrerer im November erneut bekräftigter UN-Resolutionen haben die US-Imperialisten Ende '78 einen „neuen" Plan zur „Lösung des Zypernproblems" ausgeheckt. Demzufolge soll durch eine aus „zwei Zonen bestehende Zwei-Volksgruppen-Republik" die Teilung Zyperns verfestigt, die Kompetenzen der Regierung stark beschnitten werden. – Seit den Auseinandersetzungen 1974 halten türkische Truppen den Norden des Landes (38%) mit den besten Agrargebieten, den wichtigsten Bodenschätzen (Asbest, Kupfer- und Eisenkies) und Häfen, aber fast ohne industrielle Produktion, besetzt. Die einst im Norden lebenden griechischen Zyprioten sind in den Süden vertrieben, die türkischen Zyprioten im Norden angesiedelt worden. In beiden Teilen des Landes ist die Produktion schwer beeinträchtigt, das Elend der rund 200000 meist arbeitslosen Flüchtlinge groß. Der Handel stockt, weil der wichtigste Hafen Famagusta im Norden für Produkte des Südens gesperrt ist, der Norden wiederum fast vollständig von Einfuhren vor allem aus der Türkei abhängig ist. 1977 hatten sich Präsident Makarios und Denktasch auf eine blockfreie Bundesrepublik Zypern geeinigt und darauf, die Teilung auf dem Verhandlungswege zu beseitigen und die Freizügigkeit wiederherzustellen.

Britische Regierung läßt 9% anbieten

z.hef.London. In dieser Woche wollen Regierung und Lokalbehörden mit den Gewerkschaftsführern einen Abschluß zustande bringen, mit dem die Kampfaktionen der 1,5 Millionen Gemeinde- und Krankenhausarbeiter für 60 Pfund beendet werden sollen. Einigkeit, gaben sie nach Verhandlungen am Freitag bekannt, bestehe über eine Lohnerhöhung von 9% und eine „Vergleichsstudie." In dieser sollen die Löhne im öffentlichen Dienst mit Löhnen bei Privatkapitalisten verglichen und eventuelle Erhöhungen ab August 1978 und April 1979 ausgezahlt werden. Außerdem verhandeln sie über einen „selbstfinanzierten Produktivitätszuschlag", dessen Einzelheiten noch unbekannt sind. Für die 33000 Wasserarbeiter war in der letzten Woche ein Produktivitätszuschlag in Höhe von 5 Pfund als Prämie für Anwesenheit in der ganzen Woche angeboten worden. Die Delegierten der Wasserarbeiter stimmten dem Abschluß zu. Der alte Lohn eines Wasserarbeiters betrug, einschließlich eines bisherigen Zuschlags von 6 Pfund, um 49 Pfund in der Woche (brutto, ohne Schichtzulage). Jetzt sind es 53,08 Pfund; wenn er die Anwesenheitsprämie bekommt, 58,08 Pfund. *Netto* bedeutet das für einen verheirateten Arbeiter: statt 39,50 Pfund (ca. 160 DM) jetzt 44,50 Pfund (ca. 180 Mark).

Die Bundesregierung muß die Beschlüsse der UNO-Generalversammlung einhalten und die Patriotische Front anerkennen!

UNO-Dokument Nr. A/C.4/33/L.5, 17.11.1978, verabschiedet von der Generalversammlung am 13. Dezember 1978

A

Die Generalversammlung,
– nach Beratung über die Frage von Südrhodesien (Zimbabwe),
– nach Prüfung der entsprechenden Abschnitte aus dem Bericht des Sonderausschusses über die Lage bezüglich der Verwirklichung der Deklaration



über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker,
– nach Anhörung der Erklärungen der Vertreter der Verwaltungsmacht,
– nach Anhörung der Erklärungen der Vertreter der Patriotischen Front, die als Beobachter bei der Beratung des Gegenstandes anwesend waren,
– unter Hinweis auf ihre Resolutionen Nr. 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960, die die Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker enthält, und Nr. 2621 (XXV) vom 12. Oktober 1970, die das Aktionsprogramm für die volle Anwendung der Deklaration enthält, sowie weitere Resolutionen bezüglich der Südrhodesien-Frage, die die Generalversammlung, der Sicher-
die Generalversammlung, der Sicher-
heitsrat und der Sonderausschuß beschlossen haben,
– im Hinblick auf die Erklärung von Maputo zur Unterstützung der Völker von Zimbabwe und Namibia und das Aktionsprogramm für die Befreiung von Zimbabwe und Namibia, angenommen von der Internationalen Konferenz zur Unterstützung der Völker von Zimbabwe und Namibia in Maputo vom 16. bis 21. Mai, sowie die Deklaration von Lagos zur Aktion gegen die Apartheid, angenommen von der Weltkonferenz für Aktion gegen die Apartheid, die vom 22. bis 26. August in Lagos stattfand,
– unter Hinweis auf die Resolution des Sicherheitsrates Nr. 423 (1978) vom 14. März 1978, in das Abkommen von Salisbury vom 3. März 1978 verurteilt wird,
– eingedenk der Tatsache, daß die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland als die Verwaltungsmacht die Hauptverantwortung dafür trägt, der kritischen Situation in Südrhodesien (Zimbabwe) ein Ende zu bereiten, die, wie der Sicherheitsrat wiederholt festgestellt hat, eine Bedrohung für den internationalen Frieden und die Sicherheit darstellt,
– unter Bekräftigung ihrer Auffassung, daß alle Versuche, über die Zukunft von Zimbabwe mit dem illegalen Regime auf der Grundlage der Unabhängigkeit vor der Herrschaft der Mehrheit zu verhandeln, eine Verletzung der unveräußerlichen Rechte des Volkes dieses Territoriums wären und gegen die Festlegungen der Charta der Vereinten Nationen und der Resolution 1514 (XV) verstießen,
– unter Verurteilung der bewußten Sabotage, die das illegale rassistische Minderheitsregime gegen die zahlreichen, intensiven Bemühungen betreibt, eine Verhandlungslösung auf Grundlage der Mehrheitsherrschaft zu gewährleisten,
– unter Verurteilung aller Versuche und Manöver des illegalen rassistischen Regimes, die darauf abzielen, die rassistische Minderheit an der Macht zu halten und zu verhindern, daß Zimbabwe die Unabhängigkeit erlangt,
– in Würdigung der Patriotischen Front wegen ihrer politischen Reife und ihrer Zusammenarbeit bei den Bemühungen, eine Verhandlungslösung in Zimbabwe zu gewährleisten,
– eingedenk der Resolution über Zimbabwe, die die Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation für Afrikanische Einheit bei ihrer fünfzehnten ordentlichen Sitzung, durchgeführt in Khartoum vom 18. bis 22. Juli 1978, gefaßt hat,
– eingedenk ebenso der entsprechenden Festlegungen der Erklärung der Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten vom 25. bis 30. Juli in Belgrad,
– unter Betonung der großen Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, alle nur möglichen Mittel zu ergreifen, um das Volk von Zimbabwe in seinem Befreiungskampf unter der Führung der Patriotischen Front zu unterstützen und der Not und dem Leiden der Zimbabwer in dieser Hinsicht ein Ende zu machen,
– entrüstet über die willkürliche Verhaftung und Gefangenhaltung politischer Führer und anderer Personen, über die summarische Hinrichtung von Freiheitskämpfern und die anhaltende

Dokumentation aus „Zimbabwe News“

zu beziehen über Buchvertrieb Hager
Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151
6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611 / 730234
Preis: 2.– DM

Verweigerung grundlegender Menschenrechte, einschließlich brutaler Schläge, Folter, Massaker und Massenmord an Zimbabwern, willkürlicher verbrecherischer Maßnahmen der Kollektivstrafe und Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, einen Apartheidsstaat in Zimbabwe zu schaffen,
– in Würdigung der festen Entschlossenheit des Volkes von Zimbabwe, unter der Führung der Patriotischen Front Freiheit und Unabhängigkeit zu erringen, und in der Überzeugung, daß seine Einheit und Solidarität grundlegend sind für das rasche Erreichen dieses Ziels,

– unter Hinweis auf die Resolutionen des Sicherheitsrates Nr. 403 (1977) vom 14. Januar 1977 und Nr. 411 (1977) vom 30. Juni 1977, in denen die Aggressionsakte des illegalen Regimes in Südrhodesien gegen Botswana, Mosambik und Sambia scharf verurteilt werden,
– empört und tief betroffen über die oben erwähnten anhaltenden Aggressionsakte gegen benachbarte unabhängige afrikanische Staaten, insbesondere über die kürzlich erfolgten Aggressionsakte gegen Sambia, die zu Verlusten an Menschenleben und Beschädigung von Eigentum geführt haben,

1. bekräftigt das unveräußerliche Recht des Volkes von Zimbabwe auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit und die Gerechtigkeit seines Kampfes, den es führt, um mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln den Genuß dieses Rechts zu gewinnen, wie es in der Charta der Vereinten Nationen erklärt ist und in Übereinstimmung mit den Zielen der Resolution der Vollversammlung 1514 (XV),
2. bekräftigt das Prinzip, daß es keine Unabhängigkeit in Zimbabwe geben kann vor der Herrschaft der Mehrheit, und daß jede Lösung, die sich auf die Zukunft des Territoriums bezieht, unter voller Teilnahme der Patriotischen Front und in Übereinstimmung mit den wirklichen Bestrebungen des Volkes von Zimbabwe erarbeitet werden muß,
3. verurteilt den anhaltenden Unterdrückungskrieg und die verschärften Unterdrückungsmaßnahmen des illegalen rassistischen Minderheitsregimes gegen das Volk von Zimbabwe,
4. verurteilt schärfstens das illegale rassistische Minderheitsregime wegen seiner wiederholten Aggressionsakte gegen Botswana, Mosambik und Sambia,
5. verurteilt schärfstens das illegale rassistische Minderheitsregime von Südrhodesien wegen seiner jüngsten Aggressionsakte gegen Sambia und seines grausamen Massakers an Flüchtlingen aus Zimbabwe,
6. verurteilt schärfstens Südafrika und bestimmte westliche und andere Länder wegen der direkten und indirekten Unterstützung, die sie weiterhin dem illegalen rassistischen Minderheitsregime entgegen den Festlegungen aller entsprechenden Resolutionen der Vereinten Nationen gewähren,
7. fordert die Regierung des Vereinig-
7. fordert die Regierung des Vereinig-
ten Königreichs von Großbritannien und Nordirland auf, entsprechend ihrer Hauptverantwortung als Verwaltungsmacht, alle wirksamen Maßnahmen zu ergreifen, um das Volk von Zimbabwe in die Lage zu versetzen, in Übereinstimmung mit seinen tiefen Bestrebungen die Unabhängigkeit zu erlangen, und unter keinen Umständen dem illegalen Regime irgendwelche Hoheitsrechte oder Kennzeichen der Souveränität zu gewähren,
8. unterstützt entschlossen das Volk von Zimbabwe in seinem gerechten Kampf um die Ausübung seines unveräußerlichen Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln,
9. bekräftigt erneut die entsprechenden Festlegungen der Deklaration von Maputo zur Unterstützung der Völker von Zimbabwe und Namibia und des Aktionsprogramms für die Befreiung von Zimbabwe und Namibia, insbesondere die Festlegungen, die zur Unterstützung der Frontstaaten auffordern, die Opfer wiederholter Aggressionsakte durch das rassistische Minderheitsregime sind,
10. verurteilt und weist zurück die sogenannte innere Lösung, beschlossen in Salisbury am 3. März 1978, und verurteilt scharf alle weiteren Manöver des illegalen rassistischen Minderheitsregimes, die darauf abzielen, die rassistische Minderheit die Macht zu erhalten,
11. erklärt jene sogenannte innere Lösung für null und nichtig, in Übereinstimmung mit der Resolution des Sicherheitsrates Nr. 423 (1978),
12. erklärt für illegal jede innere Lösung unter den Vorzeichen des illegalen Regimes und fordert alle Staaten auf, keiner derartigen Lösung Anerkennung irgendwelcher Art zu gewähren,
13. fordert:
(a) die sofortige Beendigung aller Unterdrückungsmaßnahmen seitens des illegalen rassistischen Minderheitsregimes gegen das Volk von Zimbabwe, insbesondere der Ermordung und Hinrichtung von Freiheitskämpfern durch dieses Regime, der in den „Operationsgebieten“ begangenen Brutalitäten, der willkürlichen Sperrung afrikanischer Gebiete, der Vertreibung, Verschleppung und Umsiedlung von Afrikanern und der Schaffung von Konzentrationslagern,
(b) die bedingungslose und sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen und Inhaftierten, die Beseitigung aller Beschränkungen der Freiheit der Person sowie anderer Einschränkungen der politischen Tätigkeit, die Gewährung voller demokratischer Freiheiten und gleicher politischer Rechte, sowie die Wiederherstellung der grundlegenden Menschenrechte der Bevölkerung,
(c) die Beendigung des Zuflusses von fremden Einwanderern in das Territorium und den sofortigen Rückzug aller Söldner von dort,
(d) die sofortige Beendigung aller Aggressionsakte und Vorbereitung solcher Akte gegen benachbarte Staaten,
14. fordert alle Staaten auf, alle notwendigen und wirksamen Maßnahmen zu ergreifen, um die Werbung, Rekrutierung, Ausbildung und den Transport von Söldnern für Südrhodesien zu verhindern,
15. verurteilt schärfstens jene Staaten, die auf ihrem Territorium die Rekrutierung, Ausbildung und den Transport von Söldnern für Südrhodesien gestatten oder dazu ermutigen,
16. ersucht alle Staaten, den Regierungen von Botswana, Mosambik und Sambia umgehend beträchtliche materielle Unterstützung zu gewähren, um diese Regierungen in die Lage zu versetzen, ihre Verteidigungskräfte zu stärken, damit sie ihre Souveränität und territoriale Integrität wirksam verteidigen können,
17. fordert alle Staaten auf, direkt und durch ihre Tätigkeit in den Sonderorganisationen und anderen Organisationen innerhalb des Systems der Vereinten Nationen, deren Mitglied sie sind, ebenso wie in den entsprechenden nichtstaatlichen Organisationen und den verschiedenen Programmen innerhalb des Systems der Vereinten Nationen, in Beratung und Zusammenarbeit mit der Organisation für Afrikanische Einheit, dem Volk von Zimbabwe und der Patriotischen Front all die moralische, materielle, politische und humanitäre Hilfe zu gewähren, die sie in ihrem Kampf um die Wiederherstellung ihrer unveräußerlichen Rechte gebrau-
ihrer unveräußerlichen Rechte gebrau-
chen,
18. lädt alle Regierungen, die Sonderorganisationen und anderen Organisationen innerhalb des Systems der Vereinten Nationen, die betreffenden Körperschaften der Vereinten Nationen und nichtstaatlichen Organisationen, die ein besonderes Interesse an der Frage der Dekolonisierung haben, sowie den Generalsekretär dazu ein, geeignete Schritte zu unternehmen, um mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Medien Informationen über die Lage in Zimbabwe und über die entsprechenden Beschlüsse und Tätigkeiten der Vereinten Nationen in weiter Verbreitung und kontinuierlich zu veröffentlichen, unter besonderem Bezug auf die Anwendung von Sanktionen gegen das illegale Regime,
19. ersucht die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien, weiterhin mit dem Sonderausschuß über die Lage bezüglich der Verwirklichung der Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker bei der Erfüllung des Mandats, das ihr von der Generalversammlung überantwortet wurde, zusammenzuarbeiten, und darüber dem Sonderausschuß und der Vollversammlung bei ihrer vierunddreißigsten Sitzung zu berichten,
20. ersucht den Sonderausschuß, die Lage in dem Territorium weiterhin vordringlich zu überwachen und darüber der Vollversammlung auf ihrer vierunddreißigsten Sitzung zu berichten.

B

Die Vollversammlung,
– nach Annahme der obigen Resolution A über die Frage von Südrhodesien (Zimbabwe),
– unter nachdrücklichem Bedauern über die zunehmende Zusammenarbeit bestimmter Staaten, insbesondere Südafrikas, mit dem illegalen rassistischen Minderheitsregime in Verletzung des Artikels 2, Absatz 5 und des Artikels 25 der Charta der Vereinten Nationen und der entsprechenden Entschließungen der Vereinten Nationen, wodurch sie die wirksame Anwendung der Sanktionen und anderer bisher getroffener Maßnahmen gegen das illegale Regime schwerwiegend behindern,
– tief betroffen über die weitverbreitete Verletzung der Sanktionen der Vereinten Nationen einschließlich des Einsatzes südrhodesischer Flugzeuge im internationalen Passagier- und Frachtverkehr, sowie die fortwährende Tätigkeit von Informations- und Luftfahrtbüros des illegalen Regimes außerhalb von Südrhodesien, die einen Zustrom ausländischer Touristen in das Territorium zur Folge hat,
– unter bedauernder Kenntnisnahme und Sorge über die Entscheidung der Regierung der Vereinigten Staaten von
Regierung der Vereinigten Staaten von
Amerika, Ian Smith und einigen Mitgliedern des illegalen Regimes von Südrhodesien die Einreise in die Vereinigten Staaten zu gestatten,
– in der Erwägung, daß die schwerwiegenden Entwicklungen in diesem Gebiet insbesondere dringende koordinierte internationale Maßnahmen erfordern, die darauf abzielen, das ille-

Beschlüsse zur Unterstützung der Sammlung Druckausrüstung für die ZANU

Köln. Aus dem Antragsmaterial der GEW-Jahreshauptversammlung des Stadtverbandes Köln, verabschiedet am 1.2.79: „4. Anerkennung der Patriotischen Front und der SWAPO durch die Bundesregierung; Verbreitung von Information über den Befreiungskampf in Gewerkschaftspublikationen, Durchführung einer Veranstaltung und Spendensammlung.“

Varel. Wegen Aufruf zu einer Veranstaltung des KBW über den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe ist Schütze Meyer-Hartisch zu insgesamt 4 Wochen Bau von KP-Chef Hptm. Staschen und dem Bataillonskommandeur des 11. NSchBtl verurteilt worden. In der vergangenen Woche hat das Soldaten- und Reservistenkomitee diese beiden Offiziere zu einer Podiumsdiskussion „Bundeswehr nach Afrika?“ in Varel eingeladen. 16 Teilnehmer, darunter 3 Soldaten der Frieslandkaserne, waren erschienen. Die Offiziere waren weggeblieben. Einverständnis wurde darüber erzielt, daß der Kampf der Völker im südlichen Afrika unterstützt werden muß. Auf der Veranstaltung wurden 10 DM für die Druckausrüstung der ZANU gesammelt.

Braunschweig. Pädagogische Hochschule. Auf einer Veranstaltung des revisionistischen MSB zu den Befreiungskämpfen im südlichen Afrika wurde folgende Erklärung verabschiedet: „Morgen findet in Peine ein Prozeß statt gegen die Durchführung einer Sammlung für eine vollausgerüstete Kompanie der ZANLA. Die Stadt Peine hatte diese Sammlung verboten und Bußgelder in einer Gesamthöhe von 5000 DM verschickt. ... In der Presse wird schon offen mit einer Intervention (in Zimbabwe) gedroht. ‚In England stehen Kommando- und Fallschirmjägereinheiten bereit, um englische Staatsbürger zu retten', schrieb der BZ-Korrespondent aus Johannesburg am 16.1., um dann zu bedauern, daß die deutsche Botschaft in Johannesburg nur ‚Rundschreiben mit Verhaltensmaßnahmen' verschicke. Weil wir den Befreiungskampf der Völker im südlichen Afrika bedingungslos unterstützen, weil wir gegen jede Form der imperialistischen Einmischung sind, fordern wir das Gericht auf, die Prozesse zur Durchsetzung des Sammlungsverbotes sofort einzustellen und das jüngste von der Stadt Peine verhängte Sammlungsverbot für eine Druckausrüstung für die ZANU zurückzunehmen.“ Mit einer Gegenstimme eines MSB-Vertreters von 14 Anwesenden angenommen. Begründung: „Die meinen doch auch die Einmischung der Sowjetunion.“

Kassel-Nordhessen, Rothwesten. 20 DM haben Soldaten der 2. FmBtl 2 aus der Fritz-Erler-Kaserne in Rothwesten für die Druckausrüstung für die ZANU gespendet. Sie wollen mit weiteren Soldaten ihres Bataillons darüber reden und selbst sammeln.

gale Regime vollständig zu isolieren,
– tief besorgt darüber, daß die vom Sicherheitsrat beschlossenen Maßnahmen bisher das illegale Regime nicht zu Fall gebracht haben, und in der Überzeugung, daß Sanktionen dieses Regime nicht zu Fall bringen können, wenn sie nicht umfassend, obligatorisch und unter strenger Überwachung erfolgen und wenn nicht Maßnahmen gegen solche Staaten ergriffen werden, die ihnen zuwiderhandeln,
– eingedenk der Resolution über Südrhodesien, die die Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation für Afrikanische Einheit auf ihrer Sitzung in Khartoum vom 18. bis 22. Juli 1978 gefaßt hat,
– unter Bekräftigung der entsprechenden Festlegungen der Deklaration von Maputo zur Unterstützung der Völker von Zimbabwe und Namibia und des Aktionsprogramms für die Befreiung von Zimbabwe und Namibia, verabschiedet von der Internationalen Konferenz zur Unterstützung der Völker von Zimbabwe und Namibia vom 16. bis 21. Mai 1977 in Maputo, insbesondere der Festlegungen, die sich auf Sanktionen gegen das illegale Regime beziehen,
– im Bewußtsein der dringenden und besonderen wirtschaftlichen Bedürfnisse Mosambiks und Sambias, die aus ihrer Verwirklichung der entsprechenden Beschlüsse des Sicherheitsrats entspringen,

1. verurteilt schärfstens diejenigen Regierungen, insbesondere die Regierung Südafrikas, die unter Verletzung der entsprechenden Resolutionen der Vereinten Nationen und in offenem Widerspruch zu ihren bestimmten Verpflichtungen nach Artikel 2, Absatz 5, und Artikel 25 der Charta der Vereinten Nationen weiterhin mit der illegalen rassistischen Minderheitsregierung zusammenarbeiten, und fordert diese Regierungen dringend auf, in Zukunft jegliche derartige Zusammenarbeit zu unterlassen,
2. verurteilt diejenigen Regierungen, die die vom Sicherheitsrat beschlossenen obligatorischen Sanktionen verletzen, wie auch bestimmte Regierungen, die die Einhaltung dieser Sanktionen fortgesetzt nicht erzwingen, im Widerspruch zu den Verpflichtungen, die sie nach Artikel 2, Absatz 5, und Artikel 25 der Charta übernommen haben,
3. bedauert den Beschluß der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, Ian Smith und einigen Mitgliedern der illegalen Regierung von Südrhodesien die Einreise in die Vereinigten Staaten in schamloser Verletzung der Beschlüsse der Vereinten Nationen zu gestatten, insbesondere in Verletzung der Resolution Nr. 253 (1968) des Sicherheitsrates vom 29. Mai 1968 und der Verpflichtungen nach Artikel 25 der Charta der Vereinten Nationen,
4. verurteilt schärfstens die Regierung Südafrikas wegen der fortdauernden Unterstützung, die sie dem illegalen rassistischen Minderheitsregime in Südrhodesien gewährt, wodurch sie die Resolutionen des Sicherheitsrats über Sanktionen gegen dieses Regime in empörender Weise verletzt,
5. ruft alle Regierungen, die bisher nicht entsprechend gehandelt haben, auf,
(a) bindende Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, um die strikte Einhaltung der vom Sicherheitsrat verhängten Sanktionen durch alle unter ihrer Gerichtsbarkeit stehenden Personen, Organisationen und Körperschaften zu sichern und jede Form der Zusammenarbeit mit dem illegalen Regime zu verbieten,
(b) effektive Maßnahmen zu ergreifen, um die Auswanderung von Personen oder Gruppen von Personen unter ihrer Rechtsprechung nach Südrhodesien (Zimbabwe) zu verhindern oder sie davon abzuhalten,
(c) alles zu unterlassen, was dem illegalen Regime den Schein der Legitimität verleihen könnte, unter anderem durch Verbot des Betriebs und der Tätigkeit der „Air Rhodesia", des „Rhodesia National Tourist Board" und des „Rhodesischen Informationsbüros" und aller anderen Aktivitäten, die den Zielen und Zwecken der Sanktionen zuwiderlaufen,
(d) Pässe und andere Reisedokumente für das Territorium ungültig zu machen,
(e) alle wirksamen Maßnahmen gegen internationale Gesellschaften und Agenturen zu ergreifen, die Öl und Ölprodukte an das illegale südrhodesische Regime liefern,
6. verurteilt schärfstens die Lieferung von Erdöl und Erdölprodukten an Südrhodesien durch Ölgesellschaften des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und anderer Staaten, die durch diesen bewußten Akt die Sanktionen der Vereinten Nationen umgehen und das illegale Regime Ian Smiths stärken,
7. fordert alle Staaten auf, direkt oder im Rahmen der Sonderorganisationen und anderer Organisationen und Körperschaften des Systems der Vereinten Nationen, deren Mitglied sie sind, und mittels der verschiedenen Programme innerhalb des Systems der Vereinten Nationen, den Regierungen von Botswana, Mosambik und Sambia alle Formen der finanziellen, technischen und materiellen Hilfe zukommen zu lassen, um diese Regierungen in die Lage zu versetzen, die durch die Verwirklichung der Sanktionen gegen das illegale Regime entstandenen wirtschaftlichen Verluste und die Vernichtung von Eigentum, die ihnen durch die Aggressionsakte des Regimes entstanden sind, zu entschädigen, und fordert den Sicherheitsrat auf, in regelmäßigen Abständen die Frage der wirtschaftlichen Unterstützung der drei Regierungen zu überprüfen,

8. beklagt die Komplizenschaft mehrerer aufeinanderfolgender Regierungen des Vereinigten Königreichs in der Verletzung der Sanktionen der Vereinten Nationen durch britische Ölgesellschaften, wie sie im Bingham-Bericht über die Lieferung von Erdöl und Erdölprodukten an das illegale Regime von Ian Smith enthüllt wurde,
9. hält es für unbedingt notwendig, das Spektrum von Maßnahmen gegen das illegale Regime zu erweitern, so daß es alle unter Artikel 41 der Charta vorgesehenen Maßnahmen enthält, und wiederholt ihre Aufforderung an den Sicherheitsrat, die Ergreifung der notwendigen Maßnahmen in dieser Hinsicht als eine dringende Angelegenheit zu betrachten,
10. ersucht den Sicherheitsrat, unter anderem ein obligatorisches Lieferungsembargo über Erdöl und Erdölprodukte nach Südafrika zu verhängen, in Anbetracht dessen, daß aus Südafrika Erdöl und Erdölprodukte nach Südrhodesien transportiert werden,
11. ersucht den Sonderausschuß über die Lage bezüglich der Verwirklichung der Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker, die Erfüllung der vorliegenden Resolution zu verfolgen, und lädt den Ausschuß des Sicherheitsrats zur Verwirklichung der Resolution Nr. 253 (1968) über die Südrhodesien-Frage zur Weiterführung der Zusammenarbeit in der entsprechenden Arbeit mit dem Sonderausschuß ein.

rung der Vereinigten Staaten von Ame- gime Ian Smiths stärken, mit dem Sonderausschuß ein.

Verzeichnis der in der UNO-Resolution aufgeführten Dokumente

Die Resolution Nr. 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 – Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker – „verkündete feierlich die Notwendigkeit, den Kolonialismus in all seinen Erscheinungsformen schnell und bedingungslos zu beenden".
(die Resolution ist abgedruckt in Kommunismus und Klassenkampf 6/78, S. 267)

Das Aktionsprogramm für die volle Anwendung der Deklaration von 1960 (Nr. 2621 (XXV) vom 12. Oktober 1970) ruft alle Mitgliedsstaaten auf, den Völkern der kolonialen Länder alle notwendige moralische und materielle Unterstützung in ihrem Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit zu geben, wirksam den Aktivitäten und Praktiken der ausländischen ökonomischen, finanziellen und anderen Interessen entgegenzutreten, die in den kolonialen Ländern zum Nutzen und im Namen der Kolonialmächte und ihrer Verbündeten operieren, und ebenso allen militärischen Aktivitäten und Einrichtungen der Kolonialmächte in den Ländern unter ihrer Verwaltung entgegenzutreten.

Im Dezember 1966 hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verbindliche Sanktionen gegen das rhodesische Kolonialregime für solche Waren, die eine Schlüsselstellung im Außenhandel einnehmen, einschließlich Erdöl verhängt.

1968 wurde jeglicher Handel mit Rhodesien und jegliche wirtschaftliche und finanzielle Hilfe an das Kolonialregime untersagt und zur Überprüfung der Einhaltung der Sanktionen ein Sonderausschuß durch den Sicherheitsrat eingesetzt.

Die Internationale Konferenz zur Unterstützung der Völker von Zimbabwe und Namibia vom 16.-21. Mai 1977 in Maputo erklärte: Jede Regelung über die Zukunft des Territoriums müsse unter voller Anteilnahme des Volkes von Zimbabwe in Einklang mit seinen tatsächlichen Wünschen getroffen werden, es werde vertreten durch seine nationale Befreiungsbewegung, die alle aktiv am Kampf beteiligten fortschrittlichen Kräfte einschließe. Die Konferenz rief alle Regierungen dazu auf, sich jeder Zusammenarbeit oder Kollaboration mit dem illegalen rassistischen Minderheitsregime in Südrhodesien (Zimbabwe) zu enthalten, das Waffenembargo strikt zu beachten, Gesetze zu erlassen, die die Rekrutierung, Versammlung, Finanzierung und Ausbildung von Söldnern in ihrem Staatsgebiet als Verbrechen unter Strafe stellen, bindende Maßnahmen zu ergreifen, um die strikte Einhaltung der vom Sicherheitsrat verhängten Sanktionen zu gewährleisten, und alle Maßnahmen zu unterlassen, die dem illegalen rassistischen Minderheitsregime den Anschein der Legitimität verleihen könnten.

Die Konferenz gegen Apartheid von Lagos vom 22. bis 26. August 1977 erklärte: „Die Befreiung des südlichen Afrika als Ganzes von kolonialer und rassistischer Herrschaft wird der letzte Schritt in der Emanzipation des afrikanischen Kontinents von jahrhundertelanger Vorherrschaft und Erniedrigung sein. Sie wird ein großer Beitrag zur Eliminierung von Rassismus und rassistischer Diskriminierung und zur Stärkung des internationalen Friedens und der Sicherheit sein."

Die Resolution des Sicherheitsrates Nr. 423 (1978) vom 14. März 1978 „erklärt jede innere Regelung unter der Schirmherrschaft des illegalen Regimes für illegal und unannehmbar und fordert alle Staaten auf, einer solchen Regelung keinerlei Anerkennung zu gewähren." Sie „erklärt ferner, daß die schnelle Beendigung des illegalen Regimes und die Ersetzung seiner Militär- und Polizeikräfte die erste Voraussetzung für die Wiederherstellung der Legalität in Südrhodesien ist." (abgedruckt in: KVZ Dokumentation 12. Februar 1979, „Unterstützt den gerechten Krieg gegen das rhodesische Kolonialregime bis zum vollständigen Sieg").

Die Versammlung der Staats- und Regierungschefs der *Organisation für Afrikanische Einheit in Khartoum vom 18.-22. Juli 1978* bekräftigte in einer Resolution die Unterstützung des bewaffneten Kampfes durch das Volk von Zimbabwe unter Führung der Patriotischen Front, verurteilte alle Manöver des rassistischen Minderheitsregimes und erklärte, daß jeder Bruch der Sanktionen durch irgendeinen Staat einen Affront gegen die Würde und die Bestrebungen des afrikanischen Volkes und einen unfreundlichen Akt gegenüber Afrika darstellt.

Die Resolution des Sicherheitsrates Nr. 403 (1977) „verurteilt nachdrücklich die vom illegalen Regime in Südrhodesien gegen Botswana unternommenen Herausforderungen und Störversuche, insbesondere militärische Drohungen und Angriffe, Mord, Brandstiftung, Entführung und Sachbeschädigung."

Die Resolution des Sicherheitsrates Nr. 411 (1977) „verurteilt nachdrücklich das illegale rassistische Minderheitsregime in Südrhodesien wegen seiner jüngsten Angriffshandlungen gegen die Volksrepublik Mozambique" und „verlangt, daß sich alle Staaten jeder – offenen oder versteckten – Hilfeleistung für das illegale Regime in Südrhodesien enthalten".

Artikel 2, Absatz 5 der Charta der Vereinten Nationen lautet:
„Alle Mitglieder leisten den Vereinten Nationen jeglichen Beistand bei jeder Maßnahme, welche die Organisation im Einklang mit dieser Charta ergreift; sie leisten einem Staat, gegen den die Organisation Vorbeugungs- oder Zwangsmaßnahmen ergreift, keinen Beistand."

Artikel 25 lautet:
„Die Mitglieder der Vereinten Nationen kommen überein, die Beschlüsse des Sicherheitsrats im Einklang mit dieser Charta anzunehmen und durchzuführen."



Bundesregierung betreibt „aktive Politik des Wandels" / Berliner Gericht erlaubt ZANU-Sammlung

z.mif. Die erste Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin hat am 31. Januar 1979 beschlossen, die „aufschiebende Wirkung des Widerspruchs" gegen das Verbot der Sammlung für die Ausrüstung der vollmotorisierten Kompanie der ZANLA wiederherzustellen, d.h. bis zur gerichtlichen Klärung ist die Sammlung in Westberlin gestattet. Als Hauptgrund führt das Gericht an: „Es bestehen... gewichtige Bedenken, die Kriegshandlungen der ZANLA gegen die auf rhodesischem Gebiet derzeit ausgeübte Staatsgewalt als Angriffskrieg anzusehen. Derartige Bedenken leiten sich einmal aus der völkerrechtlich ungeklärten und zweifelhaften Legitimation der von der ZANLA bekämpften rhodesischen Regierung her. Ebensowenig kann sich die Kammer... der Tatsache verschließen, daß die weitaus überwiegende Zahl der in den Vereinten Nationen zusammengeschlossenen Staaten das derzeitige Staatswesen in Rhodesien als ein Kolonialregime ansehen...". Die Kammer kommt zu dem Schluß, es sei „davon auszugehen, daß ein über die Anhänger des Antragstellers hinausgehender Teil der hiesigen Bevölkerung in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Vereinten Nationen die Berechtigung des Kampfes gegen die Regierung in Rhodesien anerkennt, mag dies auch im Gegensatz zu der Auffassung staatlicher Stellen der Bundesrepublik Deutschland stehen."

Es ist den Imperialisten durchaus nicht gelungen, mit der „inneren Lösung" durchzukommen, in Zimbabwe nicht, und in der UNO nicht. Und die Arbeiterklasse und die Volksmassen in Westdeutschland haben eine Million für die Ausrüstung dieser Kompanie der ZANLA bis zur UNO-Generalversammlung 1978 aufgebracht. Während der ZANLA bis zur UNO-Generalversammlung 1978 aufgebracht. Während das Berliner Gericht den Eindruck verbreitet, dies habe rasche Wirkung auf den Raum für die Klassenkämpfe in Westdeutschland gehabt, sucht die Bundesregierung im südlichen Afrika den Durchbruch zu schaffen und den bewaffneten Befreiungskampf zu liquidieren.

Fragestunde im Bundestag, 8. Februar 1979. Auf eine Frage von Marx (CDU/CSU) antwortet Staatsminister Hamm-Brücher: „Auch für die Beseitigung des Restkolonialismus in Afrika gilt für uns das in der Charta der Vereinten Nationen verankerte Gewaltverbot und das Prinzip der Friedenspolitik. In ihrer Ablehnung von Gewalt als Mittel der Politik ist die Bundesregierung zu keinen Abstrichen bereit... Wir betreiben im südlichen Afrika eine aktive Politik des Wandels mit friedlichen Mitteln. Wenn wir damit Erfolge erzielen, können wir den Gruppen innerhalb der Befreiungsbewegungen den Boden entziehen, die Gewalt predigen und Gewalt anwenden... Die Bundesregierung hat die Zusammensetzung, die politischen Ziele und die Strategien der einzelnen Befreiungsbewegungen analysiert... Ich bitte jedoch um Verständnis, daß zur Wahrung der im außenpolitischen Interesse liegenden Vertraulichkeit eine Vorlage nur im zuständigen Ausschuß möglich ist.

Ziel der Bundesregierung ist es, unter dem Druck der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht der EG und der NATO zu erzwingen, daß das Volk von Simbabwe sein Ziel der Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung aufgibt und sich mit einem bloßen Farbwechsel der Staatsgewalt abfindet. Daran hält die Bundesregierung eisern fest. Gegenüber dem Regierungspräsidium Tübingen, das am 7. März die Sammlung verboten und 105000 DM beschlagnahmt hat, erklärt das Auswärtige Amt mit Schreiben vom 29.12.78, es habe damals geschrieben, „daß durch die Zielsetzung der Sammlung außenpolitische Belange der Bundesrepublik Deutschland berührt werden.' Diese Stellungnahme des Auswärtigen Amts gilt auch weiterhin und bedarf keiner Ergänzung."

Das Verwaltungsgericht Koblenz hat am 6.1.79 die Sammlung für die Druckausrüstung im Rahmen einer Kundgebung genehmigt, „weil der Antragsteller am vorgesehenen Sammlungstage in Koblenz eine politische Kundgebung abhält, die vom Antragsgegner nicht verboten worden ist." Die Sammlung für eine Druckausrüstung sei gerade eben noch tragbar, „wobei die Kammer nicht übersieht, daß auch die technisch-propagandistische Ausrüstung einer Bewegung, die ihre politischen Ziele auch durch Gewaltanwendung durchzusetzen trachtet, letztlich diesen Zielvorstellungen dient und ihnen zugeordnet ist."


Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Dokumentation 12. Februar 1979

Kommunismus und Klassenkampf – Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Unterstützt den gerechten Krieg gegen das rhodesische Kolonialregime bis zum vollständigen Sieg!

Spendet für die Druckausrüstung der ZANU!

1. Die ZANLA-Kämpfer und die freien Bauern hegen eine tiefe, revolutionäre Achtung füreinander
2. Vor der Befreiung des Gebietes wurde unser Volk gezwungen, um den Hals Personalausweise zu tragen, sonst wurden sie von den Rassistentruppen ermordet
3. Auf regelmäßigen politischen Versammlungen schärft unser Volk sein Bewußtsein über seine revolutionären Aufgaben
4. Beratung einer Verwaltungseinheit des Volkes
5. In den befreiten Gebieten wird kollektiv produziert
6. Gibt der Soldat des Volkes die Spritze, ist die Furcht wie weggeblasen
7. Die neue Generation wird im Interesse der Massen erzogen
8. Unsere Jugend wächst mit einem klaren Verständnis von der korrekten politischen Linie unserer Partei auf
9. Das Gewehr, das unsere Gebiete befreit hat, verteidigt sie weiterhin und vergrößert das Land unserer Freiheit

In „dritter Verhandlungsrunde" Lohnabschluß bei VW

r.mar. Nachdem die IGM Tarifkommission für die fünf inländischen VW-Werke das Angebot der VW-Kapitalisten von 4,3% / 13 Monate „Hessenmodell" auf der ersten Verhandlung am 6.2.79 wegen Differenzen in der Laufzeit und über den Urlaub abgelehnt hatte, wurde am dritten Verhandlungstag, 15.2.79, abgeschlossen. 4,3% bei einer Laufzeit von 12 Monaten, Streichung der untersten Lohngruppen, damit beträgt der niedrigste Zeitlohn 11,18 DM und der niedrigste Akkordlohn 12,53 DM. Die Auszubildenden erhalten 30 DM für alle gleich, sowie 45 DM als Ausgleich für die wegfallenden Essensmarken. Ebenfalls vereinbart ist die stufenweise Erhöhung des Jahresurlaubs auf 6 Wochen bis 1983. Erhöht wurde auch die Erholungsfreizeit, ein Zusatzurlaub, auf 3 Tage pro 12 Monate für Wechselschichtler und 3,5 Tage für Dreischichtler. Die Erholungsbeihilfe, bisher 465 DM brutto, wird in Zukunft mit 300 DM netto für alle ausgezahlt, den Steueranteil trägt VW. Als „Einstieg in die Lohndifferenzierung" wird für Facharbeiter die Lohnstufe 9H geöffnet und als oberste Grenze die Lohngruppe 9V (17,25 DM) geschaffen. Zwischen 91 und 118 DM mehr im Monat bei den Akkordlöhnern und zwischen 86 und 123 DM für Zeitlöhner. Schmücker hat sich mit seinen 13 Monaten Laufzeit nicht durchsetzen können. Am 19.2.79 beschließt die Tarifkommission über das Ergebnis.

Beker-Chemie: „Gläubigerausschuß" geht auf Betriebsräumung

r.wik. Angesichts der Lage, daß von den 108 Arbeitern von Beker-Chemie in Brake sich derzeit nur noch 15-20 regelmäßig auf dem Betriebsgelände treffen, geht das Kabinett Albrecht zur Betriebsräumung über. Der „Gläubigerausschuß", bestehend aus Commerzbank, Land Niedersachsen und Klöckner AG, hat es den Arbeitern verboten das Betriebsgelände zu betreten. Der Betriebsrat und die meisten der Arbeiter sehen derzeit keine Möglichkeit das Verbot zurückzuschlagen und wollen sich jetzt auf den am 20. März stattfindenden Prozeß konzentrieren, bei dem es um die Kündigungsschutzklage, die Einklagung der vollen Auszahlung des Weihnachtsgeldes und um die Festlegung eines Sozialplanes für die entlassene Belegschaft geht. Von den 70 Arbeitern sind noch ca. 50 ohne eine neue Arbeitsstelle. Bis auf wenige haben alle Lohneinbußen hinnehmen müssen. Z.B. haben drei Schlosser 60 km entfernt Arbeit gefunden. Vorher hatten sie mit Zulagen 13,20 DM, jetzt haben

Beker-Chemie: „Gläubigerausschuß" geht auf Betriebsräumung

r.wik. Angesichts der Lage, daß von den 108 Arbeitern von Beker-Chemie in Brake sich derzeit nur noch 15-20 regelmäßig auf dem Betriebsgelände treffen, geht das Kabinett Albrecht zur Betriebsräumung über. Der „Gläubigerausschuß", bestehend aus Commerzbank, Land Niedersachsen und Klöckner AG, hat es den Arbeitern verboten das Betriebsgelände zu betreten. Der Betriebsrat und die meisten der Arbeiter sehen derzeit keine Möglichkeit das Verbot zurückzuschlagen und wollen sich jetzt auf den am 20. März stattfindenden Prozeß konzentrieren, bei dem es um die Kündigungsschutzklage, die Einklagung der vollen Auszahlung des Weihnachtsgeldes und um die Festlegung eines Sozialplanes für die entlassene Belegschaft geht. Von den 70 Arbeitern sind noch ca. 50 ohne eine neue Arbeitsstelle. Bis auf wenige haben alle Lohneinbußen hinnehmen müssen. Z.B. haben drei Schlosser 60 km entfernt Arbeit gefunden. Vorher hatten sie mit Zulagen 13,20 DM, jetzt haben
sie nur noch 10,20 DM die Stunde. Von den 5 Laboranten sind 3 bei anderen Kapitalisten untergekommen, zu annähernd gleichem Lohn. 20 der 30 Angestellten haben neue Arbeit gefunden. Der Betriebsrat will jetzt eine Zusammenkunft der entlassenen Beker-Belegschaft organisieren, wo auch der bevorstehende Prozeß vorbereitet werden soll.

JVA Celle I: Folterkammer mit modernsten Methoden

r.evb. Anfang Dezember hat Ministerpräsident Albrecht den „Sicherheitstrakt" in der Justizvollzugsanstalt Celle I erstmals belegen lassen mit drei Gefangenen. Versteckt in dem alten Bau (1732 nach dem Vorbild französischer Schlösser als Zuchthaus gebaut) wurden mit Millionenaufwand 10 Folterkammern auf dem Höchststand der Technik eingerichtet. Der ganze Trakt ist fernsehüberwacht. Die Zellen: 5,5 × 1,8 m, Bett, Tisch, Stuhl, Klo, Waschbecken, alles aus Metall. Zwei Fenster aus Panzerglas, nicht zu öffnen, Ausblick durch eine Wand abgeschirmt; Luftzufuhr durch Filter. Totale Geräuschisolation, vereinzelte Geräusche klingen dumpf, undefinierbar. Hofgang eine Stunde am Tag in einem Käfig, 3 × 24 m, mit Betonwänden und Drahtgeflechtdecke. Die Häftlinge haben keinen Kontakt untereinander oder zu anderen Gefangenen; ihre Briefe werden kontrolliert. Post an andere Häftlinge wird meist nicht durchgelassen, weil dadurch das Vollzugsziel gefährdet würde. In der Tat, für das Ziel, jeden politischen Willen der Häftlinge zu brechen, sie zum Verrat zu bringen oder eben ins Grab, ist jede Verständigung mit anderen eine Gefährdung. Die Häftlinge führen trotzdem den Kampf, zwei von ihnen haben einen Hungerstreik begonnen. Ihre Verteidiger haben Kontakt aufgenommen, um ihre Forderungen zu unterstützen.

Expansion der Preussen Elektra zum Stromversorgungsmonopol

Niedersächsische Landesregierung fördert Strompreiserhöhungen für die Massen

r.mid. Die Preussen Elektra wurde 1927 auf Erlaß des preußischen Staates aus mehreren kleineren Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) und der NWK (Nordwestdeutsche Kraftwerke AG), die dem Siemens-Konzern gehörte, gegründet. In der Bekanntmachung durch das Amtsgericht Berlin heißt es: „Gegenstand des Unternehmens ist jetzt: Die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb elektrowirtschaftlicher Anlagen zur vorteilhaften Versorgung der Bevölkerung mit elektrischem Strom." Ein noch heute durch § 39 des Energiegesetzes abgesicherter Erlaß des Reichswehrministers von 1937 legt fest: „Der Außerordentliche Lastanstieg in den Versorgungsgebieten der EVU... hat mich veranlaßt..., einige EVU anzuweisen, bestimmte Betriebe in ihrem Versorgungsgebiet über das vertraglich gesicherte Maß hinaus mit Energie zu versorgen." „die nach § 13 begründete Lieferpflicht entfällt nicht dadurch, daß das Unternehmen aus eigener Kraft der Anweisung nicht nachkommen kann..., muß von dritter Stelle Strom vertraglich beschaffen werden." Der Strom „von dritter Seite", damit sind die Volksmassen gemeint, die sich für die billige und jederzeitige Versorgung der Kapitalisten einschränken sollen. In den heutigen Verträgen über Nachtstromspeicherheizungen, die im wesentlichen von den Volksmassen genutzt werden, ist ausdrücklich festgehalten, daß die EVU das Recht haben, uneingeschränkt bei der „Netzüberlastung" die Nachtspeicherheizungen abzuschalten.

Durch „Demarkationsverträge" regeln die EVU untereinander, wer welches Gebiet versorgt. Die Preussen Elektra versorgt demnach 30 % der Bundesrepublik oder den gesamten norddeutschen Raum und südlich von Hannover alle Gebiete östlich der Weser bis Frankfurt. Der Preussen Elektra gehören hier fast alle EVU, wie z.B. die HASTA und die Schleswag. Selbst die Unternehmen, die der Preussen Elektra nicht gehören und selber Strom erzeugen, wie die Stadtwerke Hannover, müssen laut Vertrag 20 % ihrer Stromabgabe von der Preussen Elektra beziehen, selbst wenn sie die Versorgung durch eigene Kraftwerke sicherstellen könnten.

Anders als die anderen EVU in Westdeutschland verfügt die Preussen Elektra nur über geringe eigene Rohstoffquellen. Nur die Kraftwerke Borken und Wölfersheim werden mit Braunkohle aus eigener Produktion gefeuert. Das machte 1976 nur noch 6,1 % der Stromerzeugungskapazität aus. Der Anteil des Erdgases liegt bei 30 %, das durch langfristige Lieferverträge aus der Sowjetunion gesichert ist. Etwa 33% wird durch Steinkohle gesichert. Hier bekommt die Preussen Elektra jede Tonne für 85 DM, während der Preis je Tonne Ruhrkohle laut Liste bei 185 DM liegt. Aber damit nicht genug. Das Kraftwerk Staudinger, eines der größten Steinkohlekraftwerke Europas, wurde mit über 80 Mio. DM vom Bund gefördert, gemäß § 3 Verstromungsgesetz, wo festgelegt ist, daß Kohlekraftwerke, die Ruhrkohle verwenden, mit bis zu 180 DM pro installierte Kilowattstunde (kWh) gefördert werden.

Ende der 60er Jahre wurde dann neben dem Aufbau des Kohlekraftwerkes Staudinger mit dem Ausbau der Kernkraftwerke begonnen. Inzwischen hat der Anteil der im Bau befindlichen und fertiggestellten Kernkraftwerke ab der Stromerzeugungskapazität 40 % erreicht. Anfang 1977 wurde die DWK (Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung) gegründet, die den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben durchführen soll. Die Preussen Elektra besitzt dort 22 % der Anteile.

Außer der gesetzlich festgelegten Aufsicht des Bundesministers für Wirtschaft über die Energiewirtschaft besteht bei der Preussen Elektra direkter Staatseinfluß: 85 % gehören der VEBA, die zu 48 % im Bundesbesitz ist; der Finanzminister des Landes Niedersachsen Kiep hat einen Sitz im Aufsichtsrat.

Die niedersächsische Landesregierung hat über Wirtschaftsministerin Breuel vor einiger Zeit verlauten lassen, die Monopolstellung der EVU müßte zumindest für Sonderabnehmer beseitigt werden, um die Strompreise für diese noch weiter zu senken. Vom Kraftwerk Mehrum (50 % Stadtwerke Hannover, 50 % Preussen Elektra) wollten die Stadtwerke eine 220-KV-Leitung an ihre eigenes Netz bauen lassen. Die Landesregierung genehmigte im April 1978. Nach Breuels Vorstoß wurde die Genehmigung jetzt zurückgezogen, weil die Stadtwerke über das Netz der Preussen Elektra versorgt werden können. Dazu muß man wissen: Die Strompreise für 4-Personen-Haushalte der Stadtwerke liegen etwa 2 Pfennig unter denen der HASTRA (Preussen Elektra), die das Umland von Hannover versorgt. Muß der Strom vom Kraftwerk Mehrum über die Anlagen der Preussen Elektra geführt werden, so müssen die Stadtwerke einen Durchleitungspreis von üblicherweise 1,6 Pfennig pro kWh bezahlen. Eine Erhöhung der Preise für die Volksmassen wird die Folge sein. Birgit Breuel hatte ja auch von günstigeren Preisen für Sonderabnehmer gesprochen. Etwa in Höhe, wie für die Stahlwerke Peine und Salzgitter, die für eine Kilowattstunde 5,1 Pfennig bezahlen müssen, während ein Haushalt (4 Zimmer) in Hannover durchschnittlich 16 Pfennige bezahlt.





r.thw. In der bürgerlichen Presse schäumt es vor „Hilfsbereitschaft". „Alle" sind im Einsatz: 400 Soldaten, 50 Polizeioffiziersschüler, 60 Feuerwehrschüler. 400 Soldaten sind unter 3% der in Hamburg stationierten Soldaten. Kaum eine dieser Formationen hat die Bourgeoisie nennenswert in Einsatz gebracht. Weder THW noch andere zivile Hilfsorganisationen sind vollständig mobilisiert. Nicht, daß wir der Dienstverpflichtung durch den imperialistischen Staatsapparat das Wort sprechen wollen – aber schon diese Tatsachen beweisen, daß es nicht um schnelle Beseitigung geht, sondern der bürgerliche Staat eine Notstandsübung durchführt. Übergangsschwerpunkt ist Unterdrückung der Massen durch Fahrverbote, durch willkürliches Chaos im öffentlichen Verkehrsnetz und Durchgangslager. – Ulrich Klose ruft auf: „Beim Freimachen der Gehwege zu helfen", insbesondere die Lehrer und Schüler, die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst. Sogleich haben sich die Schulrektoren daran gemacht, die Lehrer zu zwingen zu kommen, und die sollen es bei den Schülern machen. Es sind Vorbereitungen für den imperialistischen Krieg gegen die Revolution. Dafür soll der Beamtenapparat reibungslos funktionieren und die Massen in die Gemeinschaftsdienstpflicht gepresst werden.

den Volksmassen genutzt werden, ist ausdrücklich festgehalten, daß die EVU das Recht haben, uneingeschränkt bei der „Netzüberlastung" die Nachtspeicherheizungen abzuschalten.

Durch „Demarkationsverträge" regeln die EVU untereinander, wer welches Gebiet versorgt. Die Preussen Elektra versorgt demnach 30 % der Bundesrepublik oder den gesamten norddeutschen Raum und südlich von Hannover alle Gebiete östlich der Weser bis Frankfurt. Der Preussen Elektra gehören hier fast alle EVU, wie z.B. die HASTA und die Schleswag. Selbst die Unternehmen, die der Preussen Elektra nicht gehören und selber Strom erzeugen, wie die Stadtwerke Hannover, müssen laut Vertrag 20 % ihrer Stromabgabe von der Preussen Elektra beziehen, selbst wenn sie die Versorgung durch eigene Kraftwerke sicherstellen könnten.

Anders als die anderen EVU in Westdeutschland verfügt die Preussen Elektra nur über geringe eigene Roh-





r.thw. In der bürgerlichen Presse schäumt es vor „Hilfsbereitschaft". „Alle" sind im Einsatz: 400 Soldaten, 50 Polizeioffiziersschüler, 60 Feuerwehrschüler. 400 Soldaten sind unter 3% der in Hamburg stationierten Soldaten. Kaum eine dieser Formationen hat die Bourgeoisie nennenswert in Einsatz gebracht. Weder THW noch andere zivile Hilfsorganisationen sind vollständig mobilisiert. Nicht, daß wir der Dienstverpflichtung durch den imperialistischen Staatsapparat das Wort sprechen wollen – aber schon diese Tatsachen beweisen, daß es nicht um schnelle Beseitigung geht, sondern der bürgerliche Staat eine Notstandsübung durchführt. Übergangsschwerpunkt ist Unterdrückung der Massen durch Fahrverbote, durch willkürliches Chaos im öffentlichen Verkehrsnetz und Durchgangslager. – Ulrich Klose ruft auf: „Beim Freimachen der Gehwege zu helfen", insbesondere die Lehrer und Schüler, die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst. Sogleich haben sich die Schulrektoren daran gemacht, die Lehrer zu zwingen zu kommen, und die sollen es bei den Schülern machen. Es sind Vorbereitungen für den imperialistischen Krieg gegen die Revolution. Dafür soll der Beamtenapparat reibungslos funktionieren und die Massen in die Gemeinschaftsdienstpflicht gepresst werden.

Kutterfischer und Binnenschiffer sehen von der „Schneehilfe" nichts

r.ulh. „1979 (ist) für die Zukunft der schleswig-holsteinischen Kutterfischerei entscheidend", verkündet die Landesregierung am 16.1.1979 in einer Pressemitteilung. „Hoffnungen (für 1979) gründen sich vor allem auf die Rückkehr Großbritanniens in die gemeinsame Fischereipolitik der Europäischen Gemeinschaft und die daraus folgende Möglichkeit, mit den osteuropäischen Ostseeanliegerstaaten Verhandlungen zu führen. Gelingt diese Einigung nicht, dann ist mit erheblichen Stillegungen und mit dem Abwracken eines großen Teils der Kutter zu rechnen."

Da die britischen, schottischen und irischen Fischer heftige Kämpfe zum Schutz ihrer Fanggründe vor den EG-Fabrikschiffen führen und die BRD die „Öffnung" dieser Gewässer bisher nicht durchsetzen konnte, geht die westdeutsche Bourgeoisie davon aus, jetzt rasch zur Beseitigung der Kutterfischerei zu kommen. Immerhin ist es ihr schon gelungen, die Zahl der Kutter in Schleswig-Holstein von 488 im Jahre 1968 auf 392 1976 zu reduzieren, die Zahlen für 1977 und 1978 hat sie noch nicht bekannt gegeben, aber zufrieden festgestellt: „Die von der öffentlichen Hand angebotenen finanziellen Hilfen wurden im Vorjahr weitgehend ausgeschöpft. Der Hauptteil der Hilfen entfiel auf die Stillegung der Kutter und der Abwrackhilfen" (Pressemitteilung der Landesregierung, 16.1.79).

Die westdeutsche Bourgeoisie kommt voran mit dem Absatz „neuer Fischsorten" aus ihren „neu erschlossenen Fernfangplätzen", solange die Kutterfischer trotz Fangquotenbegrenzung, Steuern und Lizenzen von 500 DM/Monat durch Überarbeit Speisefisch im bisherigen Umfang anlanden können. Laut Statistischem Jahrbuch für Schleswig-Holstein betrug der Erlös pro Kutter im Jahre 1972 25586 DM, 1976 nur noch 20291 DM, wobei 1976 ein „gutes Jahr" war. Fast 20% des Erlöses stammt aus der östlichen Ostsee und ist durch Ruinierung der Nordseefanggründe und Quotierung in der Ostsee für die Fischer nicht auszugleichen.

Unter vergleichbarem Druck stehen die Binnenschiffer, die sich ebenfalls nur durch enorme Überarbeit gegen die Konkurrenz der Konzerne behaupten können. Im „Nordschau-Magazin" sagte der Schiffer Klaus Petum, dem der 900-Tonnen-Frachter „Argus" gehört und der seit sechs Wochen „angebunden" ist, auf die Frage: „Was geht Ihnen denn so pro Monat an Umsatz verloren?" – „Ja, ich rechne mit einem Umsatz von 25000 DM pro Monat. Ich betone, das ist der Umsatz, nicht die Einnahme. Und dann kommen noch die Nebenkosten, der Matrose wird weiter bezahlt, die Versicherung vom Schiff läuft weiter, meine Krankenversicherung und Rentenversicherung geht weiter, das sind auch noch enorme Kosten, die dazu kommen." Reporter: „Haben Sie denn die Möglichkeit, irgendwann durch Steuervergünstigungen oder durch Hilfen des Staates das wieder hereinzukriegen?" – „Nein, an und für sich sind da keine Steuervergünstigungen, auch keine Hilfen vom Staat, nicht, daß ich wüßte, und ist auch noch nie so gewesen, nicht."

Am 30. Januar beschloß der schleswig-holsteinische Landtag einen „Nachtragshaushalt", in dem 59,9 Mio. DM „bereitgestellt werden, um den von den Naturgewalten besonders hart Betroffenen schnell und wirksam zu helfen ... Zur Gewährung von Beihilfen zur Behebung von Schäden an Gebäuden und Wohnungen, in gewerblichen Betrieben und in Betrieben der Land- und Forstwirtschaft sollen neun Millionen DM bereit gestellt werden ... Entschädigt werden können Schäden, die unmittelbar durch Schneefall, Hochwasser oder Stromausfall eingetreten sind („Bauernblatt'. 3.2.79). „Bagatellschäden" bis 400 DM werden nicht gezahlt, weitere 400 DM sind „Eigenbeteiligung, um kleinere Schäden möglichst auszuklammern." „Personenschäden, reine Sturmschäden" werden überhaupt nicht entschädigt. Die kleinen Bauern sehen praktisch nichts von den 59,9 Mio. DM „Beihilfe", die Kutterfischer und Binnenschiffer sind von vornherein ausgeschlossen, sie sollen das normale „Unternehmensrisiko" selber tragen. Die Bourgeoisie nutzt die „Schneekatastrophe", um rasche Fortschritte bei der Beseitigung der Existenz der kleinen Bauern, Binnenschiffer und Kutterfischer zu machen.

Für die Kapitalisten billigere Transporte auf dem Nordostseekanal

r.woh. Den Nordostseekanal hat von 1887 - 95 Kaiser Wilhelm II für die expansive Wirtschafts- und Militärpolitik bauen lassen. Er ist jetzt die meistbefahrene künstliche Wasserstraße der Welt. 1978 haben die Kapitalisten 52,6 Mio. Tonnen Ladung (7,1% mehr als 1977) über den Nordostseekanal verschiffen lassen. Für 1979 wird eine weitere Erhöhung der Tonnage erwartet. – Senkung der Transportkosten verschafft den Kapitalisten Extraprofite. Unter der Parole „Flexible Tarifpolitik" sprach sich der Verkehrsausschuß der FDP Ende Januar dafür aus, die Kanalgebühren zu senken. Am 29.1.1979 konnten die „Kieler Nachrichten" bereits als erstes Ergebnis vermelden: Staatssekretär Ruhnau habe sich mit Vertretern der Wirtschaft darauf geeinigt, daß die Befahrungsabgaben auf dem Kanal auf unbestimmte Zeit nicht mehr erhöht werden; also: relative Kostensenkung. – In einem weiteren Vorstoß hatte das Bundesverkehrsministerium Anfang des Jahres versucht, die Besatzungen an den Schleusen – Beschäftigte im öffentlichen Dienst – durch Privatfirmen zu ersetzen. Dies sollte die äußere Form sein, um zu rationalisieren und den Lohn zu drücken. Die Ausschreibung für die Privatfirmen war bereits ergangen. Aber durch die Geschlossenheit der Schleusenarbeiter, unterstützt durch die Gewerkschaft ÖTV, wurde die Wasser- und Schiffahrtsdirektion Nord gezwungen, von ihrer Planung „Abstand zu nehmen". Der Dienstherr hatte wohl auch gemeint, durch die geplante „Privatisierung" vom Lohnkampf abhalten zu können. Nun hat er den Strich durch die Rechnung.

Hamburger Haushalt: Scheingefecht zwischen CDU und SPD, um die Millionen für die Kapitalisten abzusichern

b.hej. Großes Spektakel gibt es um den Haushaltsplanentwurf der SPD, der jetzt in der Bürgerschaft verabschiedet werden soll.

Große Scheingefechte liefern sich die bürgerlichen Parteien in Presse und Rundfunk über den Weg, wie die Plünderung der Volksmassen am besten betrieben werden soll. Allein 144 Anträge der CDU liegen vor. Die CDU will, so Echternach, der ,,Zerrüttung der Staatsgeschäfte'' nicht länger zusehen. ,,Links'' gibt sich die SPD, mit Abschaffung des Radikalenerlasses im öffentlichen Dienst und einer angeblichen Stellenausweitung. Das wird ihr von der CDU ja auch heftig vorgeworfen, die 1200 Stelleneinsparungen im öffentlichen Dienst fordert.

Überprüft man die Anträge der CDU und den Haushaltsplanentwurf der SPD, stellt man fest, daß es eigentlich große Übereinstimmung gibt. Rationalisierungen und Einschränkungen der Leistungen im öffentlichen Dienst, um den Haushalt für die Kapitalisten finanzieren zu können. 11491729000 DM an Ausgaben sieht der Entwurf vor. Einnahmen von 10787621000 DM werden erwartet. Der Fehlbedarf von 704108000 DM soll über verschiedene Kredite finanziert werden.

– Mit den Parlamentarischen Betrugsmanövern, nichts anderes sind die Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Parteien, sollen die Volksmassen an den Parlamentarismus gefesselt werden und die Politik der SPD als ,,kleineres Übel'' hinnehmen. Die SPD kann jeden Vorwurf der CDU zurückweisen. Ihr Entwurf geht noch viel weiter. Rationalisierungen und Lohnsenkungen soll Tür und Tor geöffnet werden. Drucksache 9/200: ,,Der Senat wird ermächtigt,

1. entbehrliche Planstellen zu streichen,
2. Planstellen, soweit sie nicht mit einem besonderen Vormerk versehen sind, in andere Stellen als Planstellen umzuwandeln,
3. Planstellen, die nicht mehr in der bisherigen Besoldungsgruppe erforderlich sind, in Planstellen einer niedrigeren Besoldungsgruppe umzuwandeln.
4. Planstellen in solche mit einer anderen Amtsbezeichnung und der selben Besoldungsgruppe umzuwandeln.''

Der Einzelplan 3,1 ,,Behörde für Jugend und Berufsbildung sieht vor: Stelleneinsparungen bis 1985 = 3000, bis 1990 = 5000 (alles theoretische Angaben). Erfreuliches kann die SPD bereits verzeichnen: ,,Im Studienseminar ist bereits im VR-Bereich ein Rückgang der Anmeldungen zu verzeichnen.'' (Bericht des Haushaltsausschusses.) Durch die verschärfte Auslese während des Studiums, Runterzensierung der Examensarbeiten und langen Wartezeiten aufs Referendariat sind die Studenten gezwungen, sich andere meist billige Hilfsarbeitertätigkeiten zu suchen. Viele verzichten dann ganz auf die Weiterführung ihrer Ausbildung. ,,Hilfreich'' bietet hier das Arbeitsamt Umschulungen an, unter dem Verzicht, jemals seine Lehrerausbildung zu vollenden. Billige Lohnarbeiter, die auf den Lohn insgesamt drücken sollen. 34538000 DM sollen dann auch für ,,Allgemeine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen'' zur Verfügung stehen.

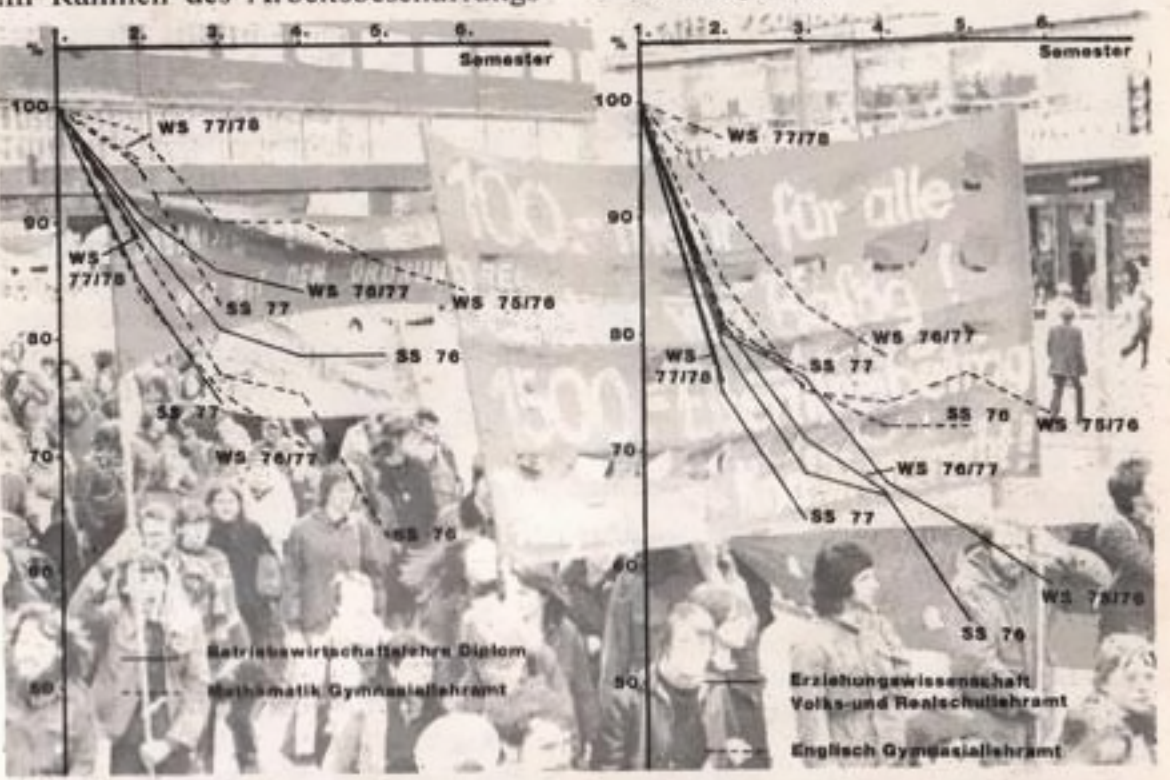
Folgende Personengruppen würden im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms beschäftigt. 1000 gewerbliche Arbeitnehmer, 800 Angestellte, 200 Jugendliche im Sonderprogramm, 200 Akademiker, 100 Lehrer, Frauen und Teilzeitbeschäftigte würden angemessen berücksichtigt.'' (Bericht des Haushaltsausschusses)

Mit Millionen werden die Kapitalisten Subventioniert, für Zuschüsse zur Verbesserung des Sturmflutschutzes sind allein 95750000 DM veranschlagt. Erschließung Altenwerders für Hafenzwecke 15000000 DM. Hafen- und Lager-AG 5242000 DM. Zuschüsse im Rahmen des gemeinsamen Bund/Küstenländer Werftenhilfsprogramm 24000000 DM. Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft 10800000 DM. Ausplünderung der Volksmassen, billige Lohnsklaven und Millionen für die Kapitalisten ist Sinn und Zweck des Haushaltsplans.

Folgende Bürgschaften bzw. Gewährleistungsverpflichtungen sollen übernommen werden:

1. bis zu 45000000 DM zugunsten der Hamburger Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung für Kredite an die Hamburg Messe, Congress GmbH, an die Sprinkenhof AG, an die Hamburger Hochbahn
2. bis zur Höhe von 205000000 DM (seit 77) für Verbundmaßnahmen HEW und HHA
3. bis zu 1000000 DM für die Gesellschaft zur Behandlung, Lagerung und Ablagerung von Sonderabfällen,
4. bis 12232000 DM für die Müllverbrennungsanlage Stapelfeld (Baumaßnahme und Betriebsmittel)
5. bis 1000000 DM für Sturmflutmaßnahmen,
6. bis 3140000 DM, Landesverein ,,Innere Mission'',
7. bis 3457500 DM Gesellschaft für Kernenergieforschung in Schiffbau und Schiffahrt mbH,
8. 1750000 für die Stiftung Deutsche Elektrosynchrotron (DESY).

Diese Bürgschaften bedeuten: kann von den Kapitalisten nicht gezahlt werden, zahlt der Senat die volle Summe.



40% der Stufenlehrerstudenten verschleißt die Bourgeoisie, um den imperialistischen Dressurakt an der Hochschule zu bewerkstelligen. Dagegen müssen Institutsgruppen aufgebaut werden, die als gewerkschaftliche Zusammenschlüsse die Interessen der Studentenmassen gegen den bürgerlichen Staat durchsetzen können.

Sozialdemokratisches zum Iran – eine Presselese

b.uwh. ,,Spätestens seit dem verbrecherischen Schießbefehl wird klar, daß es richtig war, diesen Despoten, samt seinen gewalttätigen und korrupten Hofschanzen zum Teufel zu jagen''. Arbeiterkampf? Falsch! Solch kernige Weisheit kündigte die Morgenpost (auch sozialdemokratisch) in ihrer Ausgabe vom 2.Februar. Einige Mühe hatten die linken Mopo-Tintenkulis in den letzten *Wochen*. Anfang Januar hatte sie noch schnell geschnallt, daß der Schah für die Imperialisten als Marionette keinen Pfifferling mehr taugt. Promt wurde eine Serie geboren: ,,Der Sturz vom Pfauenthron. ,,Welche Verbrechen der Kerl am Stecken hat, wie er sein Vermögen ergattert, wieviel Frauen er aushielt usw. Kein Härchen blieb ungekrümmt. Doch nur um Raum zu machen für sozialdemokratische Sabotageakte gegen die bedingungslose Unterstützung des Befreiungskampfes. Am 22.Januar war die Rede von ,,Zerreißprobe im Iran''. Am 25.2.: ,,In Persien droht ein schreckliches Blutbad''. Von der Lunte, die die Imperialisten mit dem ,,Widerstandskämpfer'' Bakhtiar auslegten hielten die pfiffigen Moporedakeure nicht: ,,Bakthiar steht vor unlösbaren Problemen'' (9.1.). Also stürzte man sich mit Eifer auf den Ayatollah und die revolutionäre Volksbewegung. ,,Millionen jubeln dem Ayatollah zu (...) Ministerpräsident Bakhtiar verlor über die größte Demonstration in seinem Land bislang kein Wort''. Nur, was kommt jetzt? Schah-Bezwinger Khomeini hat zwar die Massen, nicht aber den Verstand hinter sich. Seine muselmanische Republik ist wie Pferdekutschfahrten auf der Autobahn'' (2.2.). Am 19.1. wird eine Karikatur gezeigt mit Khomeini, einem Blindem am Arm und einem Wegweiser zum Mittelalter. Drunter steht: ,,Khomeini befiehl, wie folgen dir.'' Das iranische Volk dumm, blind und hinterwäldlerisch. Das sollen die Hamburger Arbeiter glauben. Ja nicht, daß der revolutionäre Funke in die Metropolen überspringt. Es ist die nackte Angst, die diesen Schmierfinken im Nacken sitzt.

diesen Schmierfinken im Nacken sitzt. Ihre Politik ist leicht durchschaubar. ,,Chaos und Blut'' sei das Ergebnis der Revolution. Das ist die wichtige ,,Erkenntnis''. Lernziel: Vertraue auf die sozialdemokratischen Politiker und ihren ,,demokratischen Sozialismus''. Der Gedanke an Revolution soll einen schon ekeln: ,,Persien steht in Flammen... Khomeini Jünger schießen... Soldaten auf ihre früheren Kameraden...'' Das Totale Chaos... Kinder balgen sich um die erbeuteten Waffen (12.2.). Geordnet, planvoll, schnell und mit relativ wenigen Verlusten haben die iranischen Massen ihre Aktionen ausgeführt. Die Kraft und die Fähigkeit schnell zu lernen, hat das Volk bewiesen. Vor allem spalten lassen haben sie sich nicht. Das muß Sozialdemokraten einfach nervös machen. – ,,Khomeini hat inzwischen zu erkennen gegeben, daß auch er zu Kompromissen bereit ist, und er hat auf seiner ersten Pressekonferenz zugegeben, daß er Kontakte zu den Militärs unterhält'', versuchts das andere Hamburger Sozıblättchen Arbeiterkampf (Nr. 147). Da wird gesagt, ,,Desertation (...) bedeutet noch keine Zersetzung der Armee.'' Da werden ,,linke, gemäßigte und schiitische Führer'' aufgestöbert. Und überschrieben wirds: ,,Iran vor dem Bürgerkrieg?'' Die Volksmassen im Iran haben den Schreiberlingen das Konzept verdorben. Und kein Arbeiter wird einen Finger krumm machen, wenn es heißen soll: ,,Rettet die Mopo'', ,,für Pressefreiheit''. Auf solcherlei Meinungsvielfalt kann die Arbeiterklasse verzichten.

Krankenhausbeschäftigte schließen sich gegen Rationalisierung und Arbeitshetze zusammen

b.mam. ,,Machen unsere Krankenhäuser Patienten krank?'' (BILD 14.2.) ... ,,Herzkranke sterben – zu wenig Operationen (12.2.) ... ,,Report aus dem Krankenkeller in Barmbek'' (8.2.) ... Jeden Tag aufs neue entdeckt die Bourgeoispresse ihr Herz für die Patienten. Nächste Woche wird die Große Tarifkommission der ÖTV die Forderung für die diesjährige Lohnrunde im Öffentlichen Dienst beschließen. Sorgsam ist die diesjährige Pressekampagne gegen die Beschäftigten im Gesundheitswesen aufgebaut. War es letztes Jahr das ,,seelenlose Krankenhaus'' oder der ,,Mangel an Menschlichkeit'' des Personals, die Spaltung zwischen Arbeiterklasse und Beschäftigten im Öffentlichen Dienst säen sollten, beschwört BILD diesmal zunächst Mißstände in den Krankenhäusern, mit denen Patienten wie Personal unzufrieden sind. Im zweiten Schritt läßt BILD dann den 11jährigen Kinderreporter fordern: ,,Schwestern müßten viel netter sein ...'' (10.2.) kleingedruckt über dem Artikel, der scheinbar objektiv mit Foto enthüllt, daß in einer Rumpelkammer der 5. Chirurgischen Station des Prof. Schreiber am UKE eine totkranke 82jährige liegt, gelähmt nach einem Schlaganfall. Tatsächlich sind solcherart die normalen Auswirkungen der scheibchenweisen Elstnertaktik zur Durchsetzung Ehrenbergscher Kostendämpfungsgesetze wie Krankenhausfinanzierungsgesetz und Krankenhausbedarfsplanung. Hier und da ein Bett streichen statt ganzer Krankenhäuser, damit es keinen massiven Protest gibt. Ständige Senkung der Verweildauer und Bettenstreichung führen in allen Hamburger Krankenhäusern zur totalen Überfüllung und zu langen Patientenwartelisten für Spezialeinrichtungen wie die Herzchirurgie in Eppendorf.

Die ständig gestiegene Arbeitshetze in den Betrieben, Überstundenschinderei, Nacht- und Schichtarbeit haben die Zahl der Infarktpatienten steigen lassen (1968: 59 714, 1976 77 681). In Hamburg sterben im Jahr 300 Herzkranke um die 40, weil sie keinen OP-Termin bekommen laut BILD vom 12.2. Das geplante operative Zentrum im UKE soll frühestens 89 fertig sein und wird auch wohl nur in für die Kassen rentablen Fällen – sprich bei noch jüngeren weiter ausbeutbaren Arbeitern und Angestellten angewendet werden. Reines Renommierprojekt – gleichzeitig werden täglich alte Infarktpatienten in Pflegeheime zum Sterben abgeschoben, ,,weil keine Betten vorhanden sind'', oder zu früh entlassen.

Auch weiter will Frau Elstner gut vorsorgen, daß es auch in Zukunft genügend rentensparende ,,Renten'' (sprich Rentner)Wegfälle'' gibt. In Barmbek, wo seit Jahren die Patienten der orthopädischen Ambulanz mittwochs in langen Warteschlangen in ungesunden stickigen Kellerräumen sitzen, sollen dieses Jahr weitere 65 Betten gestrichen werden. Im UKE wurden von 1975 - 1977 132 Betten gestrichen (von 2 065 auf 1 933). Hier hat die Bedarfsplanung zu einer Rekordsenkung der Verweildauer geführt. (1975: 15,6 – 1978: 14,6 – jeweils September). Notdürftig geflickt werden die Patienten entlassen.

Ehrenberg aus der Schußlinie halten, da für die Beschäftigten im Krankenhaus rein – so will es der staatliche Dienstherr und mit ihm ,,BILD''. Am 14.2. zitiert BILD eine Untersuchung, wonach sich 41% der Patienten als ,,seelenloser Gegenstand'' behandelt fühlen. Tatsächlich klagen die Patienten über *zu wenig* Pflegepersonal, über zu wenige Krankengymnastik usw. Für das Personal bedeutet die Umsetzung Ehrenbergscher Gesetze in den Kliniken immens gestiegene Arbeitshetze, und das nicht nur auf den Stationen, auch in den Laboren, für die Transportpfleger, die Aufnahmedienste, die Karteien und Statistiken usw. Immer mehr Patienten werden aufgenommen (AK Barmbek z.B. 1976 22 113, 1977 23 460), immer schneller muß die Bearbeitung sämtlicher Pflege- und Verwaltungsvorgänge ablaufen. Gleichzeitig führt der berüchtigte Bettenschlüssel (pro Bett soundsoviel Personal) bei Bettenstreichung zu Rationalisierungen = Entlassungen.

Die Beschäftigten schließen sich deswegen immer mehr gegen gestiegene Arbeitshetze und Rationalisierung zusammen. Die Beschäftigten im AK Barmbek z.B. haben die Kandidatenaufstellung zur Personalratswahl genutzt, sich auf ein Programm zu einigen, in dem u.a. keine Rationalisierung und Stellenstreichung auf Kosten von Personal und Patienten gefordert wird. Die ÖTV verhandelt nach dem Grundsatzurteil zum Bereitschaftsdienst der Ärzte über neue Planstellen. Der Stellenplan des Hamburger Senats für 79 liegt noch nicht vor. Erst jetzt verhandelt die Bürgerschaft den Haushaltsplanentwurf. Lange Listen von Forderungen nach mehr Planstellen, Mitteln für Medikamente, medizinisches Gerät müssen die ,,Haushaltsexperten'' beraten. Im Kampf gegen die Rationalisierungen und die dauernden Lohnsenkungen durch die Durchsetzung einer Mindestforderung in Höhe von mindestens 100 DM haben die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst die Unterstützung der gesamten Arbeiterklasse.

Veranstaltungskalender

Montag, 19.Februar

Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur

Hamburg, 16.00 Uhr: Langenhorn, U-Bahn Langenhorner Markt. Barmbek, Barmbeker Bahnhof. Billstedt, im EKZ. Mitte, Gerhart-Hauptmann-Platz. Eimsbüttel, vor Karstadt, Osterstraße. Altona, im EKZ. Osdorf, Elbe-EKZ. Bergedorf, Im Sachsentor. Harburg, Bahnhof.
Stade, 16.30 Uhr: Pferdemarkt
Stade, 16.30 Uhr: Bützfleth, vor Vietz
Buxtehude, 16.30 Uhr: vor Stackmann
Lüneburg, 16.00 Uhr: in der Bäckerstraße
Buchholz, 16.30 Uhr: vor Woolworth

Dienstag, 20.Februar

Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur

Hamburg, 16.00 Uhr: Wie montags. Langenhorn, Langenhorner Markt. In Harburg, vor Karstadt. In Billstedt, U-Bahn Merkenstr./Ecke Steinbekerstr.
Stade, 16.30 Uhr: Pferdemarkt
Buxtehude, 16.30 Uhr: vor Stackmann
Lüchow, 16.00 Uhr: am TG-Markt
Dannenberg, 16.00 Uhr: vor Spar

Donnerstag, 22.Februar

Hamburg, 18.00 Uhr: SRK-Sporttrupp. Alsterschwimmhalle

Samstag, 24. Februar

Propagandaaktionen gegen den § 218 anläßlich des Jahrestages des BVG-Urteils und des ,,Jahres des Kindes''. **EKZ Altona, Große Bergstraße, 9 bis 11 Uhr. Spritzenplatz, 11.30 bis 12.30 Uhr.**

KBW Studienprogramm Winterhalbjahr 1978/79

Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeiten der Ministerien seit Beginn der Großen Koalition

19. bis 23. Februar, Emilie Wüstenfeld Schule, Bundesstraße 78

Montag, 19.Februar

Strafrecht, Verteidigerausschluß, Einschränkung der Rechte in den Gerichtsverhandlungen. Umwälzung des Straf- und Strafprozeßrechts seit der Großen Koalition.

Dienstag, 20.Februar

Versammlungsgesetz, Vereinsgesetz, Ausländergesetz, Parteiengesetz, Meinungsdelikte sollen den Zusammenschluß der Arbeiterklasse unterdrücken.

Mittwoch, 21.Februar

Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, Bestandteil der Verschärfung der Gesetze und Rechtssprechung im Arbeitsrecht.

Donnerstag, 22.Februar

Wohnraumrecht und Mietrecht – die systematische Einschränkung der Arbeiterklasse soll eine weitere Ausplünderung ermöglichen.

Freitag, 23.Februar

Unehelichenrecht, Scheidungsrecht, Volljährigkeit, Reform des §218, Jugendwohlfahrtsgesetz, Heimgesetz erhöhen die Kontrolle der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse und eine höhere Einsaugung in den Produktionsprozeß.

Stalin: Grundlagen des Leninismus

Lüchow: 26. bis 28. Februar und 2. März, 19.30 Uhr, und 3. März, 16.00 Uhr, Gaststätte ,,Deutsches Haus'', Lange Straße.

Mao Zedong: Fünf philosophische Monographien

Uelzen: 26. bis 28. Februar und 2. März, 20.00 Uhr, und 3. März, 16.00 Uhr.

Billstedt: 26. bis 28. Februar und 2. März, 20.00 Uhr, und 3. März, 16.00 Uhr.

Donnerstag, 1. März

Vollversammlung des Soldaten- und Reservistenkomitees: Im zweiten Weltkrieg verliert der britische Imperialismus seine Vorherrschaft im Iran an den US-Imperialismus. Die nationale Befreiungsbewegung nimmt einen neuen Aufschwung. Mossadegh. **Emilie Wüstenfeld-Schule, Bundesstraße 78, 19.30 Uhr.**

Hamburger Affi schüttet ihr Gift über die Arbeiterviertel

b.uwh. Durch die Geschwätzigkeit einiger Senatsbeamten ist bekannt geworden, daß in Wilhelmsburg, Rothenburgsort und Billbrook ein bis zu dreifach größerer Anteil von Cadmium, Blei, Arsen und Quecksilber in der Luft enthalten ist. Die Konzentration dieser Elemente führt schon dazu, daß in Wilhelmsburg Kaninchen daran krepieren. Wer der „Schuldige" ist, will der Senat nicht wissen, obwohl es sonst jeder weiß. In der Affinerie werden Metalle hergestellt, zu deren Herstellung z.B. Cadmium und Arsen (für Legierungen und als Rostschutz) benutzt werden. Wer dort arbeitet, kennt den Staub und den Gestank, den die Affi in die Luft bläst. In ihrem Profitstreben interessiert die Kapitalisten die Gesundheit der Volksmassen einen Scheißdreck.

Damit nicht noch einer während der Isolationshaft umkommt ...

b.reb. Nachdem drei Gutachter Werner Hoppe Haftunfähigkeit bescheinigt haben und auf die Gefahr eines drohenden Todes hingewiesen haben, wurde am 8.2.78 die Haft unterbrochen. „Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung" sieht die Justizbehörde nicht. In ihrer Presseerklärung stellt sie zunächst zufrieden fest: „Schon der Gesundheitszustand Hoppes läßt es nahezu ausgeschlossen erscheinen, daß dieser in naher Zukunft eine aktive Rolle im politischen Terrorismus spielen kann." Zugleich ist die Haftunterbrechung mit den Auflagen angeordnet, jeden Wechsel des Aufenthaltsortes anzuzeigen, nicht die BRD zu verlassen oder Ausweispapier zu beantragen, außerdem keinen „Kontakt zu Mitgliedern der RAF oder verwandten Organisationen aufzunehmen oder auf Kontaktversuche dieser Gruppen einzugehen." (Presseerklärung)

gen angeordnet, jeden Wechsel des Aufenthaltsortes anzuzeigen, nicht die BRD zu verlassen oder Ausweispapier zu beantragen, außerdem keinen „Kontakt zu Mitgliedern der RAF oder verwandten Organisationen aufzunehmen oder auf Kontaktversuche dieser Gruppen einzugehen." (Presseerklärung)

Hamburger Senat will das Polarinstitut nach Hamburg haben

b.uhl. Senator Sinn gibt sich zuversichtlich: „Hamburg genügt, wie ich glaube, den vom Wissenschaftsrat formulierten Anforderungen am besten." Er weiß, was er im Kreuz hat. Schon die Universität wurde als Kolonialinstitut gegründet und konnte sich auf viele imperialistische Forschungsanstalten stützen. Für das Antarktisinstitut ist es wieder so – vom Sonderforschungsbereich Meeresforschung über das Seewetteramt bis zur Schiffbauversuchsanstalt, zig solche Institute hat die Bourgeoisie in Hamburg konzentriert. Sinn hat den um das Institut rivalisierenden Städten Bremen und Kiel jetzt einen Vorschlag „zur Güte" gemacht: sie könnten ja auch Forschungsinstitute einrichten, es reiche ihm, wenn sie unter einem organisatorischen Dach arbeiten. Das allerdings müßte Hamburg sein. Die BRD-Imperialisten spekulieren auf die Bodenschätze, die in der Antarktis lagern: Kohle, Uranerz, Diamanten, Gold, Eisenerz, Kupfer, Blei, Zinn, Mangan und Erdöl.

Der Marsch auf Brokdorf war der Bourgeoisie zu „unausgewogen"

b.uhl. Der Verwaltungsrat des NDR wollte 1977 die Brokdorf-Berichterstattung des NDR absetzen. Der NDR Intendant Neuffler weigerte sich und klagte. Beide Fraktionen streiten jetzt vor Gericht. Die eine unter dem Banner der „Rundfunkfreiheit", die andere unter dem der „Ausgewogenheit". Das ganze Manöver soll davon ablenken, daß der Rundfunk fest in den Händen der Bourgeoisie ist. Worum ging es bei Brokdorf: weil Hunderttausende über den Kampf Bescheid wissen und Zehntausende selber mitmarschierten, mußte der NDR berichten und auch halbwegs den Tatsachen entsprechend. Klar, daß das der Bourgeoisie zu „unausgewogen" war – der Klassenkampf ging ihr an die Nieren.

Staatsanwalt Detken und Richter Pohl lassen Freispruch aufheben

b.uhl. Das Oberlandesgericht hat den Freispruch des Amtsgerichtes Bergedorf wegen Aufstellen eines Infotisches gegen das NPD-Treffen am 7.8.76 aufgehoben und zu 20 Tagen Haft ersatzweise 1000 DM verurteilt. Zeugen der Verteidigung wurden abgelehnt, die Polizisten erhielten keine Aussagegenehmigung – nur über ihre angeblichen Verletzungen durften sie sich auslassen. Das Urteil kam unter der Anleitung des Staatsanwaltes Detken zustande, der sich schon die acht Antifaschisten zu schweren Landfriedensbruch verurteilen wollte. Es wird Berufung eingelegt. Das Verbot der revolutionäre Propaganda gegen den Faschismus wird nicht hingenommen.

Verbot der Akkordarbeit!

Betriebsreportage von Haller-Meurer

b.mie. Alle in der Produktion bei Haller-Meurer arbeitenden Frauen sind in der untersten Lohngruppe eingestuft, das ist die Lohngruppe 2 mit dem neuen Tarif von 7,18 DM. Das ist auch gleichzeitig der Akkordrichtsatz = 100%. Fast alle Frauen arbeiten im Akkord, entweder im Einzelakkord oder im Gruppenakkord. Das Durchschnittsalter der Frauen liegt bei ca. 35 Jahren. 70% sind ausländische Arbeiterinnen, hauptsächlich aus der Türkei.

Durchschnittlich müssen 160% Akkord abgegeben werden, das sind bei 172 Arbeitsstunden im Monat ca. 1300 DM netto. Da vor allem die ausländischen Frauen oft mehr als zwei Kinder zu versorgen haben, sind sie zur Arbeit gezwungen. Aus diesen Gründen sind sie auch zu vielen Überstunden gezwungen. Der elende Tariflohn treibt die Arbeiterinnen geradezu in das Akkordsystem. So verschärfen die Haller-Meurer Kapitalisten mit der Spaltung durch den Lohngruppenschlüssel im Rücken ständig die Antreiberei und die Ausbeutung der Belegschaft. Der letzte Tarifabschluß mit 4,3% hat die Abspaltung der unteren Lohngruppen weiter getrieben: 36 Pfg mehr ab Lohngruppe 6; 30 Pfg mehr für die Lohngruppe 2. Die am 1.Januar in Kraft getretene „Steuerreform" hat diese Abspaltung weiter getrieben: 7 DM für die unteren Lohngruppen, für die Facharbeiter ca. 50 DM mehr. Alle sollen dann aber im Sommer mit der Mehrwertsteuererhöhung doppelt und dreifach ausgeplündert werden.

Von 1970 bis 1977 hat die Haller-Meurer Betriebsführung die Belegschaft von 650 auf 400 gedrückt. Gleichzeitig haben sie den Umsatz pro Beschäftigten von 55000 auf 120000 DM geschraubt. Mit der Einführung von Lichtschranken-gesteuerten Pressen 1977 haben sie die Ausbeutung der Arbeiter in der Rohfertigung weiter gesteigert. Mit den modernen Maschinen sind wesentlich kürzere Taktzeiten möglich, zwei oder drei Sekunden sind keine Seltenheit. Auch kann die Arbeiterin jetzt mit beiden Händen gleichzeitig arbeiten, das Auslösen des Arbeitstaktes übernimmt eine Lichtschranke. An den alten Exenterpressen wird über Hand- oder Fußhebel der Arbeitstakt ausgelöst. Die Arbeitsbedingungen z.B. in der Rohfertigung, wo die Blechteile für die Gasöfen ausgestanzt, gebogen oder gezogen werden, zeichnen sich vor allem durch den ständigen unerträglichen Lärm aus. Verständigung ist nur mit Brüllen möglich. Kopfschmerzen und Nervosität sind Folgen der alten Exenterpressen, die mit einem Arbeitsdruck zwischen 25 und 100 Tonnen bei jedem Arbeitstakt einen explosionsartigen Knall auslösen. Elf dieser Maschinen sowie drei Großpressen mit jeweils 800 bis 1000 Tonnen sind in einer Halle von ca. 20 mal 50 Meter aufgestellt. Bei diesen Arbeitsbedingungen ist ein hoher Krankenstand überhaupt nicht verwunderlich: 20 oder 25% in einer Abteilung sind keine Seltenheit.

Viele unzählige Versuche der Betriebsführung, die Vorgabezeiten zu senken, um so die Arbeitshetze zu steigern, sind ständig von den Arbeitern mit Erfolg bekämpft worden. So sind bei vielen Arbeiten die Vorgabezeiten schon viele Jahre gleich geblieben. So in der Endmontage, wo seit Jahren schom immer 38 Öfen in der Stunde fertig gemacht werden. Unverrichteter Dinge mußten die Stopper jedesmal wieder abziehen. Mit der Einführung neuer Ofenmodelle und Fremdarbeiten konnte die Front der Arbeiter gegen die Akkordverschärfung gespalten werden. Für die neuen Ofentypen wurden neue Werkzeuge gebaut oder alte Werkzeuge geändert und somit hatte die Betriebsführung die Möglichkeit, die Abstopper wieder auf die Arbeiter zu hetzen. Die Einführung der neuen Hydraulikpressen, auf denen viele der alten Werkzeuge aus den Exenterpressen benutzt werden können, gab ebenfalls die Möglichkeit, die Akkordzeiten zu senken. Für die Arbeiter heißt das bei gleichbleibendem Lohn, höhere Stückzahlen und somit wachsender Verschleiß der Arbeitskraft. „Das Geld verdient sich lange nicht mehr so wie früher", das sagen viele der älteren Arbeiter bei Haller-Meurer, die diese Entwicklung im Betrieb mitgemacht haben.

1977 am 1.Mai haben die IG Metall-Mitglieder auf einer gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung bei Haller-Meurer beschlossen, die Forderung nach Abschaffung der unteren Lohngruppen und das Verbot der Akkordarbeit auf der gewerkschaftlichen Maidemonstration mitzutragen. Dies war Ausdruck der Bewegung im Betrieb gegen die Akkordarbeit, gegen die Abspaltung der unteren Lohngruppen. Wild sind die Kapitalisten gegen diesen Zusammenschluß vorgegangen, und haben revolutionäre Arbeiter, die den Kampf gegen das Akkordsystem führten, entlassen. Die Hoffnung, damit das Akkordsystem im Betrieb zu sichern und den Kampf der Arbeiter dagegen zu unterdrücken, ist nur von kurzer Dauer. Die zur Zeit anlaufenden Wahlen der IGM für ihre Vertrauensleute in den Abteilungen des Betriebes werden dazu genutzt, die Forderungen nach Verbot des Akkordsystems, der Nacht- und Schichtarbeit sowie die Streichung der unteren Lohngruppen erneut zu beschließen. Denn erfüllt sind sie immer noch nicht.

Krankenpflegeschüler fordern Ausbildungs- und Tarifvertrag!
b.suk. Anfang Februar haben die neuen Kurse in der Krankenpflegeausbil-
der Woche durchgesetzt, so im AK St.Georg und in Ansätzen im AK
Schüler in „Bauruine" untergebracht – Eltern drohen mit Schulstreik
b.hem. In der letzten Woche wurde bekannt, daß die Stahlbaukonstruktion der erst elf Jahre alten Buxtehuder
Jahre alten Verwaltungsgebäude der Stadtwerke festgestellt worden. Die

Krankenpflegeschüler fordern Ausbildungs- und Tarifvertrag!

b.suk. Anfang Februar haben die neuen Kurse in der Krankenpflegeausbildung begonnen. Heftige Angriffe führte der Dienstherr in den letzten Jahren gegen diesen Teil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst: Rückstufung der Gehälter um ca. 15%, Nichtübernahme nach dem Examen. Durch Steigerung der Ausbildungsplätze um 200 auf 1400 kommen immer mehr Schüler auf eine examinierte Kraft, was eine Ausbildung der praktischen Fertigkeiten der Schüler immer weiter erschwert. Die Stellenplansituation zwingt das examinierte Personal häufig dazu, die Schüler zu reinen Routinearbeiten einzusetzen. Durch diese Lage will der Dienstherr Spaltung innerhalb einer Station.

Der Dienstherr hat sich heftige Kämpfe der Auszubildenden eingehandelt; die den Spaltungsabsichten zum Trotz in zunehmendem Umfang von der ganzen Belegschaft unterstützt werden. So gibt es eine feste Bewegung in der ÖTV für Rücknahme der Rückstufung und Aufstellung von Festgeld- bzw. Mindestforderungen. Die Auszubildenden sind ein wichtiger Teil dieser Bewegung. Die Forderungen: Übernahme aller Schüler nach dem Examen, Besetzung aller Planstellen, keine Anrechnung auf den Stellenplan, sind an allen Krankenpflegeschulen verankert. Erfolge haben die Schüler im Kampf gegen den Blockunterricht unter der Forderung: Für 12 Stunden an zwei arbeitsfreien Tagen in der Woche durchgesetzt, so im AK St.Georg und in Ansätzen im AK Barmbek.

In dieser Lage führte die ÖTV-Jugend am 25.Januar eine Diskussionsveranstaltung durch, auf der auch der Hamburger Sprößling des Minister Ehrenberg, Gesundheitssenatorin Elstner, auftrat. Elstner wurde von verschiedenen Kollegen mit Enthüllungen aus den Betrieben angegriffen. Während der zwei Stunden Diskussion konnte Elstner nicht ein einziges Mal die Zuhörer zum Klatschen bewegen, sie war empört über den Ton, der ihr gegenüber angeschlagen wurde. Ihre Absicht, auf dieser Veranstaltung zu einem Versöhnungsgespräch mit den Beschäftigten zu kommen, ist vollständig gescheitert.

Ein Punkt der Diskussion war der Krankenpflegegesetzentwurf. Gegen alle Varianten, die die Bundesregierung hier vorlegt, muß man an den Forderungen festhalten: Ausbildungs- und Tarifvertrag! Keine Stufenausbildung! Zwei arbeitsfreie Berufsschultage in der Woche!

In den Krankenhäusern stehen die Wahlen der Schulsprecher und Jugendvertreter der Krankenpflegeschüler an. Im AK Heidberg werden zur Zeit Diskussionen über ein Programm geführt. Die Schüler wollen die genannten Forderungen erheben und Untersuchungen dazu in ihrem Krankenhaus anstellen.

Schüler in „Bauruine" untergebracht – Eltern drohen mit Schulstreik

b.hem. In der letzten Woche wurde bekannt, daß die Stahlbaukonstruktion der erst elf Jahre alten Buxtehuder Grundschule am Rotkäppchenweg morsch ist und der Schulbetrieb mit Einschränkungen für höchstens noch ein halbes Jahr aufrecht erhalten werden kann. Rost hat die daumendicken Metallstäbe der Konstruktion bereits so stark angegriffen, daß ein Spannstahl bei dem Versuch, ihn herauszuziehen, abbrach. Bei erhöhter Beanspruchung, wie z.B. „Tanzveranstaltungen" und „Windstärke 10" droht Einsturzgefahr. Außerdem sind Fenster und Fußböden total verrottet und müssen erneuert werden. Grund für den Rostbefall ist ein stark chlorhaltiger Mörtel. Zement und Einpreßmörtel für Stahlbetonkonstruktionen dürfen kein Chlorid enthalten, weil dies einmal Feuchtigkeit anzieht und zum anderen in Verbindung mit der Feuchtigkeit stark aggressiv auf den Stahl wirkt. Es ist jedoch zu vermuten, daß dem Mörtel calcium-chloridhaltiger Betonverflüssiger beigemischt wurde.

Dieser soll die Bearbeitbarkeit des Frischbetons verbessern und den Wasseranspruch herabsetzen, wodurch eine Erhöhung der Druckfestigkeit des erhärteten Betons erreicht und das Aushärten des Betons beschleunigt werden kann.

Ähnliche Schäden wie an der Rotkäppchenschule sind auch am fünf Jahre alten Verwaltungsgebäude der Stadtwerke festgestellt worden. Die Ostwand neigt dort stark nach außen und zwischen Fußboden und Wand sind bis zu 3 cm tiefe Risse entdeckt worden. In trauter Zweisamkeit mit den Baubehörden haben die Varielbau-Kapitalisten so die Umschlaggeschwindigkeit ihres Kapitals und damit ihren Profit gewaltig erhöht, bevor sie dann in Konkurs gegangen sind.

Bei jedem Neubau wird die Entnahme von Frischbetonproben gefordert, um die Mischung auf ihre chemische Reaktion hin zu untersuchen. Bereits zu diesem Zeitpunkt hätte also festgestellt werden können, daß dem Mörtel chlorige Zuschlagstoffe beigemischt wurden. Nicht nur, daß die Kapitalisten in ihrem Streben nach Höchstprofiten über Leichen gehen, auch für die Schulbehörde ist die Ruine ein willkommenes Mittel, die Schulunterdrückung noch besser zu organisieren.

Nachdem die Vertreter der Stadt auf einer Elternversammlung von den anwesenden Eltern heftig unter Beschuß genommen wurden, und die Eltern sich vorbehielten, selbst darüber zu entscheiden, ob und ab wann sie ihre Kinder nicht mehr zur Schule schicken, ließ Schulrat Lippitz sogleich verlauten, daß die Schulleitung ihm über jedes Anzeichen von „Schulstreik" sofort Meldung zu machen habe.

„Schneekatastrophe" – planmäßige Notstandsübung der Bourgeoisie

thw. „Stadtreinigung, Polizei und private Unternehmen sind rund um die Uhr im Einsatz. Sie alleine können es jedoch nicht schaffen... Ich bitte alle Hamburger... beim Freimachen der Gehwege zu helfen... Wir haben heute mittag damit begonnen... Ich habe auch die anderen öffentlich Bediensteten aufgerufen..." (aus dem Kloseaufruf)

Nachdem also „alle" Kräfte der staatlichen Stellen ausgeschöpft waren, mußten die Hamburger Arbeiter und Angestellten ran, um mit der „Schneekatastrophe" fertig zu werden.

Keiner Untersuchung hält die Behauptung stand, das Interesse des Hamburger Senats wäre es gewesen, die Behinderungen durch den starken Schneefall schnell und im Interesse der Massen zu lösen. Dieser großartige Einsatz aller Kräfte bestand aus u.a. 400 Soldaten, das sind unter 3% aller in Hamburg stationierten Soldaten, er bestand ferner in dem hochgejubelten Einsatz einiger Polizeioffiziersschüler und in dem oftmals chaotischen Einsatz der zivilen Hilfsdienste, die zu keinem Zeitpunkt in einem großen Umfang mobilisiert waren. Ein Kollege vom THW berichtet über seinen Einsatz z.B.: "Wir hatten Vollalarmierung um 16.00 Uhr. Diejenigen, die sofort kamen, mußten bis 19.00 Uhr warten. 19.00 Uhr fuhr der Zug zur U-Bahn Hallerstraße. Von dem 20 Mann starken Trupp reinigten sechs die Treppen mit einem Schneeschieber vom Bahnhofswärter, sechs Besen, drei Wasserschrubbern, fünf Spitzschaufeln und zwei Eimern. Um 21.30 Uhr war kein Extraalarm, da der Zug so und so Bereitschaft hatte"

Wir sind überhaupt nicht für die Ausweitung und Straffung des Arbeitsdienstes unter dem Kommando der Bourgeoisie – aber es muß der Nachweis geführt werden, daß umgekehrt die bürgerliche Klasse bewußt eine längere Notstandsübung organisiert hat, die Verschärfung der Unterdrückung der Massen zum Ziel hat. Der Plan des bürgerlichen Staatsapparates war am Mittwoch morgen fix und fertig. Er bestand darin, zunächst nichts zur Räumung des Schnees zu tun, nichts zu unternehmen in Bezug auf Aufrechterhaltung des öffentlichen Verkehrsnetzes, aber die Arbeiterströme in die Fabriken zu lassen. Dann wurden in Schleswig-Holstein und Niedersachsen über Tag der Katastrophenalarm verhängt und die Fahrverbote erlassen. Ein abgekartetes Manöver, denn schon morgens um 8.00 Uhr wurden die Bundeswehreinheiten alarmiert, wurde totale Urlaubssperre verhängt.

So hatten sich die Landesregierungen am Mittwochnachmittag eine kriegsfähige Lage geschaffen: Chaos auf den Straßen und im Verkehrsnetz, Arbeiter in den Fabriken gefangen, Soldaten kaserniert, durch den Katastrophenalarm die Dienstverpflichtung von Massen ermöglicht, Kriegsberichterstattung im Radio. Zwei imperialistische Weltkriege sind von den Volksmassen in Deutschland heftig bekämpft worden. Die Unterdrückung dieses Kampfes, die Organisierung des Massen an die Front wurden geprobt. Am Mittwoch ist man im wesentlichen wie Vieh herumgeschoben worden, man blickte nicht durch, die kleinen Bahnbeamten auch nicht, jede Minute kamen neue Anweisungen. Wer in der Stadt gefangen war, sollte sich in der Notunterkunft registrieren lassen. Das war Teil 1 der Übung. Mit Teil 2 kommen wir zum Ausgangszitat zurück. Zwei hinreißende Appelle hat der Hanswurst Klose verfassen lassen, um die öffentlich Bediensteten und die Massen zu zwingen, jederzeit und kostenlos für den bürgerlichen Staat zu schanzen.

Die Solidargemeinschaft, von der Klose träumt ist eine Zwangsanstalt für die Expansionsabsichten der Kapitalisten. Seine Aufrufe sind deshalb auf wenig Gegenliebe gestoßen. Der Rektor der Staatlichen Gewerbeschule Steinhauerdamm sah sich zu einem Brief an die Lehrer genötigt, in dem es heißt: "Die heute anwesenden Kollegen ließen sich an weniger als einer Hand abzählen...sie auch an (diesen) Tagen Präsenzpflicht in der Schule haben... Ich wünsche uns ein erfolgreiches und gesundes Schneeräumen am Freitag in und um unsere Schule."

Plakatieren Strafbar? Die Entscheidung trifft immer der Klassenkampf

b.khg. Das Hanseatische Oberlandgericht verwarf am 7.2.79 die Revision zweier Angeklagter gegen ein Urteil des Landgerichts Hamburg, durch welches die beiden wegen Sachbeschädigung (§ 303 StGB) verurteilt worden waren, weil sie ein Plakat des KBW an eine „ungepflegte, verwitterte, unansehnliche" Mauer (so das Landgericht) geklebt hatten.

Man muß sich in der Tat fragen, wie eine ungepflegte, verwitterte, unansehnliche Mauer durch das Bekleben mit einem Plakat beschädigt werden kann. Einfach zu beantworten ist diese Frage nicht. Ganze Professoren- und Richterriegen haben sich in den letzten Jahren darum bemüht, plausibel zu machen, worin bei einem solchen Vorgang die „Beschädigung" zu sehen sein soll. Richter Dr. Schmidt, Vorsitzender des 1.Strafsenats des OLG Hamburg, das in einzelnen Fällen Plakatkleber sogar mal freigesprochen hatte, meinte dazu in seiner mündlichen Urteilsbegründung: „Auch wir haben uns in der Vergangenheit stets um eine vernünftige Entscheidung bemüht".

Die Schwierigkeit, der sich die Gerichte heutzutage gegenübersehen, ist folgende: Auf der einen Seite lautet ihr Auftrag, das Ankleben revolutionärer Plakate zu unterbinden. Dessen sind sich die Richter wohl bewußt. Welche Bedeutung revolutionären Plakaten zukommt, hat Friedrich Engels bereits im Jahre 1849 in seinem Aufsatz „Die Debatte über das Plakatgesetz" in der Neuen Rheinischen Zeitung dargelegt: „Plakate sind ein Hauptmittel, auf das Proletariat zu wirken; das Proletariat ist seiner ganzen Stellung nach revolutionär, das Proletariat, die unter dem konstitutionellen Regime ebensogut wie unter dem absoluten unterdrückte Klasse, ist nur zu bereit, abermals zu den Waffen zu greifen; von der Seite des Proletariat droht gerade die Hauptgefahr, und darum fort mit allem, was die revolutionären Leidenschaften im Proletariat lebendig erhalten könnte!

Und was hilft mehr dazu, die revolutionäre Leidenschaft unter den Arbeitern lebendig zu erhalten, als gerade die Plakate, die jede Straßenecke in eine große Zeitung verwandelt, in der die gerade vorbeikommenden Arbeiter die Tagesereignisse verzeichnet und glossiert, die verschiedenen Ansichten dargelegt und debattiert finden, wo sie zu gleicher Zeit Leute aller Klassen und Meinungen versammelt antreffen, mit denen sie die Plakate diskutieren können, kurz, wo sie ein Journal und einen Klub in einem haben, und alles das, ohne daß es sie einen Heller kostet.

Aber das ist es gerade, was die Herren von der Rechten nicht wollen. Und sie haben Recht. Von der Seite des Proletariats droht ihnen die größte, ja die einzige Gefahr – warum sollten sie, die die Macht in Händen haben, nicht diese Gefahr mit allen Mitteln zu erdrücken streben?" (MEW 6, S.440)

Auf der anderen Seite müssen die Gerichte den Schein der Gerechtigkeit der Justiz aufrechterhalten. Hier gibt es für sie die größten Schwierigkeiten. Denn jedermann weiß, daß Plakate geklebt werden, seit es Papier und Kleister gibt. Im „Handbuch für Publizistik" beschreibt Medebach die Geschichte des Plakatierens. Bereits über das Revolutionsjahr 1848 schreibt er: „Die Mauern der Städte wurden zu Trägern revolutionärer Ideen. Mit dem prickelnden Reiz, von einer jüngst noch streng verpönten Kost zu naschen, blieb der erstaunte Pfahlbürger vor den Mauern stehen, die plötzlich ebenfalls die Sprache des Aufruhrs zu sprechen begannen. Es fehlte nicht an Aufrufen, Verordnungen und Kundmachungen aller Art, die ihre Verfasser noch vor wenigen Tagen ins Stockhaus, gewiß aber in eine peinliche Untersuchung gebracht hätten." Und die Zeit nach dem 1.Weltkrieg beschreibt Medebach wie folgt: „Bei der propagandistischen Vorbereitung der Wahl zur Nationalversammlung (1919) erlebt die Plakatpuplizistik sowohl in der Zahl ihrer Erscheinungen als auch in der Ausweitung des Anschlags einen bisher nicht dagewesenen Höhepunkt. Schaufenster, Rolläden, Hauswände, Zäune, Autos, Lokomotiven, Straßenbahnen wurden zu Trägern bunter und oft grellfarbiger Plakate. In den letzten Jahren der Weimarer Republik stiegen die Klebekolonnen dabei sogar an Hauswänden empor, so daß schließlich ganze Häuserfronten mit Plakaten übersät waren. Selbst über Dächer liefen ganze Plakatlinien."

Und selbst die heute im Bundestag vertretenen Parteien haben bis in die fünfziger Jahre hinein in Wahlkämpfen reichlich Plakate geklebt. Damals wurde bestraft, wer die geklebten Plakate wieder abreißt, nicht der, der sie klebt.

Der Umstand, daß revolutionäre Plakate seit langem geklebt werden, ist für die Bourgeoisie allerdings noch nie ein Grund gewesen, nicht gegen Kleber revolutionärer Plakate vorzugehen. Meistens wurden die Kleber wegen Verstoß gegen Verordnungen zum Schutz der Sauberkeit der Straßen oder des Stadtbildes belangt, teilweise wegen fehlendem Impressum und was sich die Bourgeoisie sonst noch alles einfallen ließ. Während der Geltung des Sozialistengesetzes und unter dem Hitlerfaschismus wurden die Kleber wegen des revolutionären Inhalts der Plakate hinter Gitter gebracht. *Nur:* Bestrafungen wegen Sachbeschädigung hat es 1975 nie gegeben, obwohl der Sachbeschädigungsparagraf über 100 Jahre alt ist.

Auf den § 303 StGB sind die Gerichte in dem Augenblick gekommen, als durch Änderung des Strafgesetzbuches die Möglichkeit entfiel, im Zusammenhang mit verschiedenen Verordnungen (s.o.) gegen Plakatierer vorzugehen. Und da fingen die Schwierigkeiten für die Gerichte an. Das Reichsgericht hatte nämlich um die Jahrhundertwende noch entschieden, daß eine Sachbeschädigung nur dann vorliege, wenn die Sache in ihrer Substanz verletzt sei.

Mit dem vermehrten Aufkommen von Maschinen in der Industrie änderte das Reichsgericht seine Rechtsprechung dann in einem Fall, in dem ein entlassener Arbeiter die Maschine seines Kapitalisten dadurch außer Betrieb setzte, indem er ein Stück Holz in ein Ventil klemmte. Von da ab war für eine Sachbeschädigung nicht mehr eine Substanzverletzung erforderlich, sondern es reichte eine „Funktionsbeeinträchtigung". Als später einmal eine Marmorbüste vor ihrer Enthüllung mit Farbe übergossen worden war, meinte das Reichsgericht, daß eine „belangreiche Veränderung der äußeren Erscheinung und Form", durch die die Brauchbarkeit der Sache „für die ihr gegebene Zweckbestimmung herabgemindert erscheint", für eine Sachbeschädigung ausreiche. Führte das Reichsgericht in dieser Entscheidung noch aus, daß die der Marmor-Büste gegebene Zweckbestimmung darin liege, natürlich, glänzend, weiß und rein zu sein, so würde ein derartiger Begründungsversuch bei der „ungepflegten, verwitterten, unansehnlichen" Mauer nur noch Gelächter hervorrufen können. Er macht aber gleichzeitig deutlich, daß es nicht um Sachbeschädigung gehen kann, sondern um die Unterdrückung revolutionärer Plakate. An der Tatsache, daß revolutionäre Plakate geklebt werden, wird allerdings auch dieses Urteil nichts ändern.

Bauboom in Lüneburg: Kein Arbeiter erhält eine bessere Wohnung

b.mas. „Auf Lüneburg rollt ein Bauboom zu, für den es in der tausendjährigen Geschichte der Salzmetropole kaum Vorbilder gibt." Kein einziger Arbeiter erhält durch diesen Bauboom eine bessere Wohnung. Kein einziges Kind einen Platz im Kindergarten (in ganz Lüneburg gibt es 15 Plätze für Kinder zwischen 1 und 3 Jahren). Der Bauboom erstreckt sich ausschließlich auf die Kapitalistenklasse und ihren Staatsapparat. Lünebest plant ein Kühlhaus mit Verteilerzentrale am Hafen für über 3 Mio. DM. Der alte Flugplatz Lüneburg liegt direkt am Industriegebiet Hafen. Die Kapitalisten wollen jetzt eine neue Landebahn bauen, die direkt an das Landschaftsschutzgebiet Bilmer Strauch grenzt, und so den Industriekapitalisten Platz schafft. 150 Arbeiter und Bauern aus Barendorf haben dagegen protestiert.

Lärmbelästigung und Vernichtung der Waldbestände bedeutet die neue Industrieansiedlung für sie. Für 15 Mio. DM will die Kronenbrauerei eine neue Produktionsstätte bauen lassen. –

Den dicksten Brocken für den Bauboom stellt der bürgerliche Staatsapparat. Nach der Zusammenlegung der Regierungsbezirke Stade und Lüneburg zum Regierungsbezirk Lüneburg soll die Stadt mit 200 Mio. DM in diesem Jahr zur Metropole der staatlichen Unterdrückung ausgebaut werden. Allein 65 Mio. DM soll das neue Gebäude der Bezirksregierung kosten, 5 Mio. DM das Finanzrechenzentrum, 14 Mio. DM das Finanzamt. Für 8,6 Mio. DM wird die Staatsanwaltschaft neu untergebracht. – Die Baukapitalisten reiben sich die Hände. Haben sie im letzten Jahr bereits eine Umsatzsteigerung von 14,1% verbuchen können, winken ihnen für 1979 noch höhere Profite. Der Umsatzsteigerung von 14,1% steht eine Steigerung der Zahl der ausgebeuteten Arbeitskräfte von 5,3% gegenüber. Durch verstärkten Einsatz von Maschinen ist den Kapitalisten die Verschärfung der Ausbeutung gelungen. Durch den Lohnraubabschluß im letzten Jahr haben sie die Arbeiter gleichzeitig zu mehr Überstunden zwingen können. Im Landkreis Lüneburg erhöhten sich die monatlich geleisteten Arbeitsstunden von 276 auf 287.

listen die Verschärfung der Ausbeutung gelungen. Durch den Lohnraubabschluß im letzten Jahr haben sie die Arbeiter gleichzeitig zu mehr Überstunden zwingen können. Im Landkreis Lüneburg erhöhten sich die monatlich geleisteten Arbeitsstunden von 276 auf 287.

Leichtere, kleinere und kränkliche Kinder werden geboren
Auswirkungen der ständigen Lohnsenkungen auf den Nachwuchs der Arbeiterklasse
b.syb. Am 8.2. schrieb die Bildzeitung 15 085, der Krankenabgang 15 073 Gewichtsklasse bei Neugeborenen bis Westdeutschland aussieht. Die Kapita-

Leichtere, kleinere und kränkliche Kinder werden geboren

Auswirkungen der ständigen Lohnsenkungen auf den Nachwuchs der Arbeiterklasse

b.syb. Am 8.2. schrieb die Bildzeitung einen Artikel über: „Das schreckliche Baby-Sterben in Neapel – kann das auch bei uns passieren?" Als Unterüberschrift:„Eines ist sicher: Deutsche Kinder haben viel mehr Abwehrstoffe."

In Neapel sind innerhalb von drei Jahren 59 Säuglinge und Kleinkinder an einer „Virus-Epidemie", dem sogenannten „Arme-Leute-Virus" gestorben. Der Grund dafür, laut Medizinaldirektor Dr. Wilcke, Hamburg: „In den Arme-Leute-Vierteln von Neapel bringen ausgemergelte Frauen lebensschwache Kinder zur Welt, die dann an relativ harmlosen Infektionskrankheiten sterben. Unsere Babys haben gegen diese Viren viel mehr Abwehrstoffe, weil sie viel gesünder aufwachsen und besser genährt werden." (BILD, 8.2.)

Die Säuglingssterblichkeit hat zwar in Hamburg abgenommen, aber es werden immer leichtere und kranke Kinder geboren. Das „unsere Babys" nicht so viele Abwehrstoffe haben wie der Dr. Wilcke es angibt, beweist die Medizinalstatistische Information der Gesundheitsbehörde der Stadt Hamburg.

In einer Tabelle wird die Säuglingssterblichkeit nach Todesursachen aufgeführt. Von 1973 bis 1977 hat sich die Anzahl der gestorbenen Säuglinge auf 1 000 Lebendgeborenen bei Infektionskrankheiten auf 4% erhöht, d.h. von 2 auf 6 Säuglinge. Bei der Lungenentzündung erhöhte sich die Zahl von 4 auf 8 um 3%. Bei Mißbildung des Nervensystems von 2 auf 6 um 3%. Bei sonstigen angeborenen Mißbildungen ist die Zahl der gestorbenen Säuglinge in der Zeit von 1973 bis 1977 von 18 auf 13 gesunken, trotzdem tritt dort eine steigende Tendenz auf. Von 1973 auf 1974 sank die Zahl von 18 auf 10, von 1974 auf 1975 von 10 auf 6, von 1975 auf 1976 stieg die Zahl wieder auf 10 und von 1976 auf 1977 auf 13.

Die Zahl derjenigen Säuglinge und Kleinkinder, die in Hamburg im Krankenhaus gelegen haben, erhöht sich stetig. 1974 gab es in den Säuglings- und Kinderkrankenhäuser einen Krankenzugang von 14 945 und einen Krankenabgang von 14 990. Stationär behandelte Kranke gab es insgesamt 15 423. 1975 war der Krankenzugang 15 085, der Krankenabgang 15 073 und die stationär behandelten Kranken waren 15 518. 1976 war der Krankenzugang 15 255, der Krankenabgang 15 283 und die stationär behandelten Kranken waren insgesamt 15 700. (Statistischer Bericht, Statisches Landesamt Hamburg).

In diesem Bericht liegen die Säuglings- und Kinderkrankenhäuser von allen Krankenhäusern für Akutkranke an zweiter Stelle in Hamburg. Im Durchschnitt haben die Neugeborenen im Gewicht nicht abgenommen, dieses hat sich von 1971 bis 1976 von 3 190 g auf 3 300 g erhöht. Doch muß man auch sehen, daß bei diesem Durchschnitt die Kinder der Kapitalistenklasse mit enthalten sind. Eine Kapitalistenfrau, die den ganzen Tag nicht arbeitet und dabei den Profit ihres Mannes mit verfrißt, bringt meistens ein gesünderes Kind zur Welt, als eine Arbeiterin, die Akkord arbeiten muß.

Gewichtsklasse bei Neugeborenen bis 2 500 g von 1971 auf 1976 von 827 auf 974 angestiegen ist. So sieht es also aus mit „unseren Babys" und ihren „vielen Abwehrstoffen". Für die Babys der Kapitalistenklasse kann das vielleicht

So ist es auch kein Wunder, daß die noch stimmen, aber für die Babys der Arbeiterklasse kommt das nicht mehr hin. Die vielen Ratschläge der Ärzte, Krankenkassen usw., wie sich eine werdende Mutter verhalten soll, mit genügend Schlaf, gesundem Essen, regelmäßig zur Untersuchung, regelmäßig Gymnastik betreiben usw. kann eine Arbeiterin sowieso nicht machen, denn sie muß für den Kapitalisten Profit schaffen; der auch überhaupt keine Rücksicht kennt und ständig versucht, das Mutterschutzgesetz zu untergraben.

Zur regelmäßigen Untersuchung beim Arzt sollen die Arbeiterinnen, damit der Staat seine Kontrolle, Bespitzelung und Schikane weiter ausführen kann. Nichts weiter als Chauvinismus wird in dem Bildartikel verbreitet, um zu vertuschen, wie die Lage wirklich in Westdeutschland aussieht. Die Kapitalistenklasse hat den Lohn so weit gesenkt, daß man viel rechnen muß, eh man sich überhaupt ein Kind anschaffen kann, was die Tabelle über den Geburtenrückgang auch deutlich zeigt.

Geburten in Hamburg

Jahr	Anzahl	in % zu 1965
1965	26814	100,0%
1966	27423	102,2%
1967	26167	97,5%
1968	24265	90,4%
1969	21039	78,4%
1970	18390	68,5%
1971	17637	65,7%
1972	15223	56,7%
1973	13666	50,9%
1974	13535	50,4%
1975	13192	49,1%
1976	13601	50,7%

Adoptionsrecht: Erziehung zur bewußten Teilnahme am Klassenkampf soll unterdrückt werden

b.urk./obj. 1973 wurde ein Gesetz zur Erleichterung der Adoption verabschiedet. Mehr Kinder sollten schneller adoptiert werden können. Lästig war noch die Einwilligungspflicht der Eltern. Dies wurde durch das Adoptions- und Adoptionsvermittlungsgesetz vom 1.1.1977 beseitigt. Umfangreiche Möglichkeiten der Zwangsadoption wurden geschaffen. Ersetzung der elterlichen Zustimmung durch staatliche Verfügung ist unter folgenden Voraussetzungen möglich:
„1. daß der Elternteil seine elterlichen Pflichten gegenüber dem Kind anhaltend gröblich vernachlässigt hat oder
2. durch sein Verhalten gezeigt hat, daß ihm das Kind gleichgültig ist und
3. das Unterbleiben der Annahme dem Kind zu unverhältnismäßigem Nachteil gereichen würde ...
4. Ein Verstoß gegen elterliche Pflichten als ein einmaliger Vorgang besonders schwer ist und
5. das Kind voraussichtlich dauernd nicht mehr in die Obhut dieses Elternteils gegeben werden kann."

Nach diesen Bestimmungen ist es den Behörden jederzeit möglich, den Eltern die Kinder wegzunehmen, und sie macht das auch. Im Jugendamtsbereich Billstedt hat eine Mutter ihr Kind in ein Heim gegeben, weil ihr keine andere Möglichkeit blieb. Als sie nach zwei Monaten ihr Kind besuchen wollte, wird ihr mitgeteilt, daß das Kind in einer Pflegestelle untergebracht und zur Adoption freigegeben sei.

Die staatlichen Eingriffe werden alle unter dem Mantel, sich um das „Wohl des Kindes" zu sorgen, durchgeführt. Es geht dem Staat aber darum, staatstreue Erziehung durchzusetzen. So heißt es in dem 1977 vorgelegten Referentenentwurf für ein neues Jugendhilfegesetz: „Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Erziehung. Die Erziehung soll ihnen ermöglichen, ihre Anlagen und Fähigkeiten zu entwickeln, damit sie ihre Persönlichkeit frei entfalten können und lernen, die Würde des Menschen in Denken und Handeln zu achten. Sie soll sie zugleich befähigen, ihre persönlichen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen zu erkennen, ihre eigenen Rechte und Interessen unter der Achtung der Rechte anderer wahrzunehmen, ihre Pflichten gegenüber Staat und Gesellschaft zu erfüllen und an deren Gestaltung mitzuwirken." (§ 1 RefE) Entsprechend wurde einer Mutter – im Bezirksamtsberereich Mitte – angedroht, daß ihr Kind ihr wegnommen und in ein Heim gesteckt wird, wenn sie zuläßt, daß es auf einer Kundgebung gegen die Fahrpreiserhöhungen spricht.

	Adoptionen	Geburten	Adopt. je Lebendgeborene
1972	320	15223	2,1%
1973	364	13666	2,6%
1974	436	13535	3,2%
1975	531	13192	4,0%
1976	416	13601	3,1%

Erziehung zur bewußten Teilnahme am Klassenkampf soll unterdrückt werden, deshalb wurde jetzt in Hamburg noch eine zentrale Adoptionsstelle eingerichtet.

Pelikankapitalisten wittern ihr Geschäft in Bürorationalisierung

b.job. Die Aristo-Werke und Rotring haben fusioniert. Dahinter stecken die Pelikankapitalisten, die mit einem Kapitalanteil von 50% die Ausbeutung der Rotringbelegschaft betreiben. Bei Rotring wird Zeichengerät hergestellt, bei Aristo neben Zeichengerät hauptsächlich automatische Zeichenanlagen und geometrische Datenverarbeitungssysteme. In ihrer Jagd nach Höchstprofiten setzen die Kapitalisten alles daran, im unproduktiven Bereich des Büros durch Rationalisierungsmaßnahmen Arbeitskräfte auf die Straße zu setzen und die Hetze für den Rest ins Unermeßliche zu steigern. Mit den geometrischen Computern und automatischen Zeichenanlagen von Aristo ersetzen die Kapitalisten zunehmend die technischen Zeichner. Zum Beispiel stehen im Rechenzentrum von HDW-Ross zwei solche automatischen Zeichenanlagen. Sie können ganze

Schiffspläne zeichnen. – Die Pelikankapitalisten wollen mit Rationalisierungsprodukten für die technischen Büros und für die Verwaltung (Kopiergeräte und Büro-Off-set von Lumoprint und Roto) Marktanteile ergattern. Allerdings wird der Markt für Bürotechnik wesentlich beherrscht von den Monopolen Rank-Xerox und IBM. Stachel genug für die Pelikankapitalisten, die Ausbeutung der eigenen Arbeiter zu steigern. Bei Lumoprint ist ein Großteil der Belegschaft in den unteren Lohngruppen. Die steigende Verelendung, durch Kurzarbeit noch vorangetrieben, wollen die Pelikangeldsäcke nutzen, um diese Arbeiter zu erhöhter Mehrarbeit zu zwingen. Bei Rotring wird Schicht gearbeitet. Rund um die Uhr müssen z.B. in der Spritzgußabteilung die Arbeiter die Kunststoffteile der Zeichenstifte herstellen. Es wird nützlich sein, wenn sich die Arbeiter in Vorbereitung des 1.Mai gegen die dauernden Lohnsenkungen und die Nacht- und Schichtarbeit gegen die Pelikankapitalisten zusammenschließen.

Revisionistisches von der Martin-Luther-Universität zu Wittenberg, DDR

z.gek. Die Schulbuchreihe ,,Geschichte'' für die Klassen 1-10 aus dem Verlag Volk und Wissen, Berlin, DDR, wird unterderhand von vielen Lehrern auch in der BRD als Unterrichtsmaterial verwendet. Unerträglich dumm erscheinen in der Tat die krampfhaften Bemühungen der amtlich verordneten Schulbücher der BRD, die (doch ganz wenigen) großartigen Momente der bürgerlichen Revolutionsgeschichte auch noch zu verhöhnen, um nur der proletarischen Revolution ihren geschichtlichen Boden zu entziehen. Wem kann es genügen, eine ganze Herde von Professoren und Studiendirektoren der französischen Revolution folgendes hinterher blöken zu hören: ,,Unter den 600000 Einwohnern der Hauptstadt gab es genug Leute, die sachliche oder ganz persönliche Gründe hatten, mit den oberen Ständen und königlichen Behörden einmal abzurechnen. Sie ließen sich leicht von politischen Aufrührern gewinnen ... Unter den roten Jakobinermützen ... sah man stadtbekannte Galgenvogelgesichter ... Als der Diktator (gemeint: Robespierre, d.Verf.) im Konvent wieder einmal eine ‚Säuberung' in den eigenen Reihen angekündigt hatte, wurde er verhaftet und unter dem Jubel des Volkes – bei wievielen Hinrichtungen hatte es gejubelt! – enthauptet'' (Grundzüge der Geschichte, Bd. 3, Diesterweg).

Im Vergleich damit erscheinen die Schulgeschichtsbücher der DDR zunächst als eine weit tatsachengetreuere Darstellung der Geschichte, einfach weil sie wenigstens die Geschichte als eine Geschichte von Klassenkämpfen offen anerkennen, und weil sie sich dabei vorgeblich auf die Seite der unterdrückten Klassen stellen. So schildert das Lehrbuch für Klasse 7, verfaßt von der ,,Fachrichtung Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg'', mit Dokumenten belegt, die Entwicklung der Revolution seit 1789 bis hin zur Errichtung der Diktatur des Wohlfahrtsausschusses als einen notwendigen und gerechten Kampf: ,,Die Jakobinerherrschaft brachte den Konterrevolutionären Verfolgung und Tod, dem Volk aber Ordnung, Sicherheit und Brot.'' (S.139)

Man stutzt zuerst bei dieser spießerhaften Darstellung der Ziele der Volks

Man stutzt zuerst bei dieser spießerhaften Darstellung der Ziele der Volksmassen in der Revolution. Bald wird deutlich, daß ohnehin in der Auffassung der DDR-Schulbuchautoren die Bourgeoisie die einzige wirklich handelnde, klare Ziele verfolgende Klasse in der Revolution war. ,,In England herrschte seit der bürgerlichen Revolution das reiche Bürgertum. Damit hatte die damals fortschrittlichste Klasse die politische Macht erobert'' (S.53). ,,... im Jahre 1795 endete die bürgerliche Revolution in Frankreich damit, daß die Großbourgeoisie das Volk unterwarf ... In ihrem Ergebnis war die französische Revolution der entscheidende Sieg des Kapitalismus über den Feudalismus'' (S.144). – ,,Auf Grund der höheren Arbeitsproduktivität bedeutete der Kapitalismus gegenüber dem Feudalismus einen gewaltigen gesellschaftlichen Fortschritt'' (S.199). – Der Schüler hat sich einzuprägen: ,,*Kapitalismus*: Maschinensystem; Arbeitsmaschinen aus Eisen und Stahl; Steinkohle und Koks; Dampfmaschinen als Antriebskraft; Fabriken; Produktion mit Hilfe von doppelt freien Lohnarbeitern'' (S.55).

Die Begeisterung der Wittenberger Professoren für die Rücksichtslosigkeit und Energie der Revolution hat sich hier bereits ganz aufgelöst in Begeisterung für ,,höhere Arbeitsproduktivität'', welche die ,,fortschrittlichste Klasse'', ,,das reiche Bürgertum'', ,,mit Hilfe von ... Lohnarbeitern'' erzielt.

Marx hatte in der Tat die Bourgeoisie als die ,,an der Spitze der Bewegung stehende Klasse'' bezeichnet, und ,,die Herstellung der modernen bürgerlichen Gesellschaft'' als die Aufgabe der Revolution – aber einer Revolution, die für die ,,entfesselte industrielle Produktivkraft der Nation'' Bahn brach. ,,... welch früheres Jahrhundert ahnte, daß solche Produktivkräfte *im Schoße der gesellschaftlichen Arbeit* schlummerten'', schrieb er 1848 im Kommunistischen Manifest.

Das ist das gerade Gegenteil der revisionistischen Auffassung. Die Bourgeoisie behielt die Führung der antifeudalen Revolution immer in der Hand, weil der Übergang zur *bewußten* gesellschaftlichen Produktion unter Führung der Arbeiterklasse noch nicht offen stand. Dennoch waren in der bürgerlichen wie überhaupt in allen geschichtlichen Revolutionen die Massen der Arbeiter, der Handwerker und Bauern, die produzierenden Gesellschaftsklassen, die Hauptkräfte der Revolution, wer sonst? Sie und nur sie hatten das absolute Interesse an der vollständigen Vernichtung aller Formen und Überreste feudaler Knechtschaft, die sie noch immer als Produzenten an die Produktionsmittel, insbesondere den Boden, ankettete. Ohne das Zerbrechen dieser Ketten konnte aber von der Entfesselung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit, von der Überwindung der individuellen Kleinproduktion, nicht die Rede sein.

Für das ,,Maschinensystem'' schwärmen die Wittenberger Professoren, welches die Bourgeoisie ,,eingeführt'' haben soll. Aber die Bourgeois konnten die Maschinen erst entwickeln auf Grundlage der entwickelten Kooperation der Manufakturarbeiter, die im Zuge ihrer spezialisierten Arbeitspraxis die Werkzeuge und die Bewegungen immer mehr ausfeilten.

Die Bourgeoisie erntete, das ist wahr, die Früchte dieser Entwicklung. Der Profit jedes einzelnen ihrer Mitglieder bemaß sich nach der Geschick. Der Profit jedes einzelnen ihrer Mitglieder bemaß sich nach der Geschicklichkeit, womit es verstand, die Produktivkraft der *gesellschaftlichen* Arbeit wie eine unentgeltliche Naturkraft *für sich* wirken zu lassen und die Arbeiter anzupeitschen. Aber kann man darüber vergessen, daß aller wirklicher Fortschritt nur durch die Produktionspraxis wie die Praxis des Klassenkampfs der arbeitenden Massen zustande kam?

Die Schulgeschichtsbücher der neuen Bourgeoisie der DDR dienen der Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Nachzüchtung bürgerlicher Elemente aus ihr. Das ideologische Instrument ist der moderne Revisionismus, die Umfälschung der Ziele der proletarischen Revolution in die bloße Beseitigung der Schönheitsfehler des – sonst fortschrittlichen – Kapitalismus. ,,Für jeden Schritt vorwärts (im Kapitalismus) mußten Millionen Menschen im Elend verkommen. Erst in unserer Zeit wurde mit dem Sozialismus eine Gesellschaftsordnung geschaffen, die bei noch größerem Fortschritt als je zuvor auch für die Masse der Bevölkerung Wohlstand und gutes Leben bringt.'' (S.193) – Wieder nimmt man den Wittenberger Professoren ihre ungeheuchelte Begeisterung ab.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Illustrierte Blätter

Revolutionen sind der Motor der Geschichte



Bauern verbrennen Schuldurkunden, 1789.



Pariser Frauen und Nationalgarde ziehen zum König und fordern Brot.

,,Camille Desmoulins, Danton, Robespierre, St.-Just, Napoleon, die Heroen, wie die Parteien und die Masse der alten französischen Revolution, vollbrachten in dem römischen Kostüme und mit römischen Phrasen die Aufgabe ihrer Zeit, die EntfesselungLund Herstellung der modernen *bürgerlichen* Gesellschaft. Die einen schlugen den feudalen Boden in Stücke und mähten die feudalen Köpfe ab, die darauf gewachsen waren. Der andere schuf im Innern von Frankreich die Bedingungen, worunter erst die freie Konkurrenz entwickelt, das parzellierte Grundeigentum ausgebeutet, die entfesselte industrielle Produktivkraft der Nation verwandt werden konnte, und jenseits der französischen Grenzen fegte er überall die feudalen Gestaltungen weg, soweit es nötig war, um der bürgerlichen Gesellschaft in Frankreich eine entsprechende, zeitgemäße Umgebung auf dem europäischen Kontinent zu verschaffen.''
Marx, Der 18. Brumaire des Louis Napoleon, S. 115/116

,,Die Bourgeoisie war in der Revolution wirklich die an der Spitze der Bewegung stehende Klasse. Das Proletariat und die Fraktionen der Gesellschaft, die nicht zur Bourgeoisie gehörten, besaßen entweder noch keine mit den Interessen der Bourgeoisie nicht übereinstimmenden Interessen, oder bildeten noch keinerlei sich selbständig entwickelnde Klassen oder Teile von Klassen. Infolgedessen kämpfen sie dort, wo sie gegen die Bourgeoisie auftreten, wie z.B. in Frankreich von 1793 bis 1794 für die Verwirklichung der Interessen der Bourgeoisie, wenn auch nicht auf die Art und Weise der Bourgeoisie. Der ganze französische Terrorismus war nichts anderes als die plebejische Art und Weise des Kampfes gegen die Feinde der Bourgeoisie – gegen den Absolutismus, gegen den Feudalismus und gegen das Philistertum.''
Marx, Neue Rheinische Zeitung, 11.12.1848



Sklavenaufstand auf Haiti, 1791



Pariser Volksmassen ziehen bewaffnet zu den Häusern der Wucherer



Die Volksmassen stürmen das Schloß des Königs, Juni 1792

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistische Volkszeitung

Die französische Revolution 1789 – 95

Bis 1789 hatten König und feudaler Adel den Staat bankrott gewirtschaftet. Der König brauchte einen Kredit von den Großbourgeois. Auf einer Ständeversammlung im Mai/Juni verlangten die Bourgeois als Gegengabe eine bürgerliche Verfassung. Wegen der Last der feudalen Abgaben war unter den Volksmassen große Hungersnot und Arbeitslosigkeit. Sie forderten die Festsetzung der Brot- und Mehlpreise, Aufhebung der Feudallasten und Steuern auch für Adel und Kirche. Von den Beschlüssen der Versammlung hatten sie sich Erleichterung ihrer Lage erhofft. Der König zog seine Truppen zusammen in der Absicht, die Versammlung zu sprengen. Die arbeitenden Klassen bewaffneten sich und besetzten Paris. Auf dem Lande stürmten die Bauern die Schlösser der Feudalen, verbrannten die Urkunden über die Feudalleistungen und verweigerten Abgaben und Steuern. Am 14.7.89 wurde die Bastille als letzter Stützpunkt der Reaktion in Paris gestürmt. Die Nationalversammlung mußte die Verfassung beschließen.

Die Inflation der Assignaten (Wertpapiere der Feudalen zur Finanzierung ihrer Geschäfte) verschlimmerte die Lage. Die Volksmassen verlangten die Todesstrafe auf Wucher. Die Arbeiter schlossen sich in Vereinigungen zusammen, verlangten Tarifabschlüsse und festgesetzte Lebensmittelpreise. Im Juni 1791 erließ die Bourgeoisie ein Koalitions- und Streikverbot.

Das feudale Heer war in der Auflösung begriffen. Zum Schutz der Errungenschaften der 89er Revolution hob die Bourgeoisie ein großes Freiwilligenheer aus, dessen Ausrüstung sie über die Besteuerung der Reichen löste. Der französische Adel schloß mit Österreich und Preußen ein Bündnis gegen die Revolution in Frankreich. Aus Wut über diesen Verrat nahm das Volk am 10.8.92 den König gefangen. Es verlangte die Abschaffung der Monarchie und des Feudalismus.



Hinrichtung des Königs, 21. Januar 1793

,,Die Freiheit muß mit Gewalt eingeführt werden, und der Augenblick ist gekommen, vorübergehend den Despotismus der Freiheit zu errichten, um den Despotismus der Könige zu zerschlagen.''
Marat, April 1793

,,Wer hat unsere glorreiche Revolution gemacht? Sind es die Reichen, sind es die Mächtigen? Nur das Volk konnte die Revolution herbeisehnen und durchführen; aus dem selben Grunde kann auch nur das Volk sie aufrechterhalten.''
Robespierre, 1791

Am 10.8.1792 riefen die Girondisten die Republik aus und gaben dem Volk das allgemeine Wahlrecht. Im Januar wurde der König hingerichtet. Brot und Getreide waren knapp – die Gironde hatte nicht vor, die Forderungen der Massen zu erfüllen. Die Jakobiner (Marat, Robespierre, St.-Just, Desmouillin) bildeten den ,,Wohlfahrtsausschuß''. Dieser Ausschuß beschloß Beschlagnahme und Verkauf allen Besitzes des geflüchteten Adels und der Kirche, Zwangsanleihen über 1 Milliarde für den Adel, Zwangskurs für die Assignaten, Höchstpreise für Getreide und Mehl. Angesichts dieser Entwicklung stellte sich die Gironde auf die Seite der Reaktion. Die Jakobiner riefen zum Aufstand auf. Am 2.6.1793 übernahmen sie die Macht.

Sie beschlossen den Verkauf von Ländereien emigrierter Adliger an arme Bauern, Verteilung aller vom Feudal adel beschlagnahmten Gemeindegüter und die entschädigungslose Aufhebung aller Feudalrechte.

Im September gingen die Volksmassen vor den Konvent und forderten Brot und den konsequenten Kampf gegen die Reaktion. Sie setzten die Schaffung einer Revolutionsarmee, Säuberung der Revolutionsausschüsse, Beschlagnahme des Getreides auf dem Lande, seinen Transport nach Paris und die Festsetzung eines nationalen Höchstpreises für Getreide und Mehl durch. Unter dem Druck der Volksbewegung begannen die Jakobiner im Oktober 1793 mit der konsequenten Verfolgung und Hinrichtung der Feinde der Republik. Religion wurde weltliche Privatsache des einzelnen. Im Februar 1794 hob der Konvent die Sklaverei für die unterdrückten Kolonialvölker auf. Durch den Sieg über die europäische Konterrevolution im Sommer 1794 wurden die Errungenschaften der Revolution gesichert.

Die Hungersnot verschärfte sich. Die Regierung der Jakobiner unternahm nichts und entfernte sich so von der Volksbewegung. Das Direktorium nutzte diese Spaltung für einen Putsch. Am 27.7.1794 löste es den Revolutionsausschuß auf und ließ seine Mitglieder hinrichten, senkte die Löhne der Arbeiter und hob die Festsetzung der Lebensmittelpreise auf.

KBW

Kommunistischer Bund Westdeutschland